DM 6,– Österreich 50,– ÖS Schweiz 6,– sfr Nr. 4 April 1986 8. Jahrgang E 8080 E



Diagnosen

Das zeitkritische Magazin



Deutsche Mark:

Vorstellungen zur Reform der Bundesbank





Europäisches Parlament:

Bauern gegen Agrar-Industrie

Henry Kissinger:

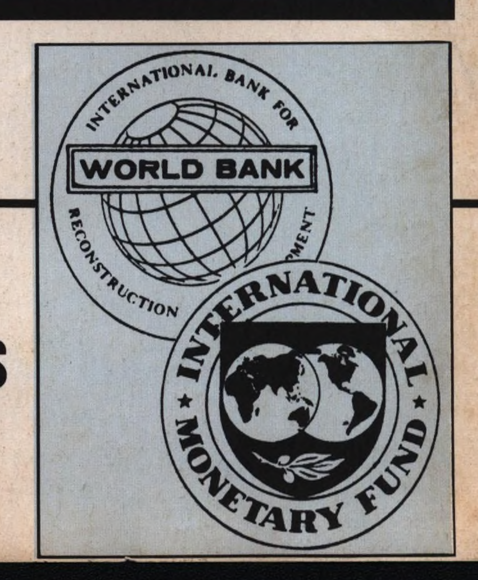
Comeback als US-Senator

»Wir kämpfen für die Freiheit Palästinas und die Einheit der arabischen Welt!«

Exklusiv-Interview mit militanten Palästinenser-Führer Abu Nidal

Schuldenberg:

Schlechte Nachrichten für Bankers wegen uneinbringlicher Kredite



FEUER DES LEBENS, das allgemein verständliche radiästhetisch-medizinische Bioenergielehrbuch von Dr. Josef Oberbach fesselt Wissenschaftler, Fachleute, Radiästheten, Ärzte und Heilpraktiker aufgrund seiner revolutionären Forschungserkenntnisse auf den Gebieten der Kosmo- und BIO-Energie sowie der Wunderwelt des BIOPLASMA. Aufgezeigt wird das energetische Zusammenspiel zwischen Kosmos und Erde und die »Wunderkraft des Menschen in seinem strahlenden Lebensraum«. Aus radiästhetischer Sicht vermittelt das faszinierende Buch völlig neue Perspektiven und Erkenntnisse über die Verhütungs-, Entstehungs- und Heilmethoden bei Krebs, Zuckerkrankheit, Kreislaufstörungen, Rheuma, Infarkt u.v.m. Das Buch beinhaltet die einzigartige Methode der praktischen Anwendung des von Dr. Oberbach entwickelten BIOTENSOR – dem Test- und Diagnosegerät zur Auffindung und Identifizierung von klinisch unerklärbaren Gesundheitsstörungen. Ebenso zeigt es auf, wie man die geo- und kosmopathogenen Schadstrahlungen lokalisieren, identifizieren und eliminieren kann. Es gibt praktische Hinweise auf gesundes Bauen – gesundes Wohnen, und ist ein Wegweiser bei Planung und Beratung für Architekten und Baubiologen. Sichern Sie sich die Erkenntnisse der BIOPLASMA-FORSCHUNG Dr. Josef Oberbach. Das Buch FEUER DES LEBENS gibt Ihnen den Schlüssel für Ihr körperliches, geistiges und seelisches Wohlbefinden. Es ist eine echte Lebenshilfe – notwendig wie die Wunderkraft des Menschen – sein BIOPLASMA, das »FEUER DES LEBENS«.



KOSMO-ENERGIE
BIO-ENERGIE
BIOPLASMA

FEUER DES LEBENS

DEIN BIOPLASMA
DIE WUNDERKRAFT
DES MENSCHEN

DR. JOSEF OBERBACH



ALLEINVERTRIEB BIOPLASMA-FORSCHUNG
DBF VERTRIEBS-GMBH MICHAEL GEISELER
ARABELLASTRASSE 5, (ARABELLAHAUS)
8000 MÜNCHEN 81, TELEFON 089-92 32 35 12

Bestell-Coupon Senden Sie mir: ____ Exemplar/e
FEUER DES LEBENS
Einzelpr. per Scheck DM 86,80,–
Einzelpr. per Nachnahme DM 91,50,–

Vor-/Zuname: ____________________
Straße: ____________________
PLZ/Ort: ____________________ Tel.: ____________

JEDEN MONAT NEU!

Diagnosen

+++ Leser werben Leser +++ Leser werben Leser +++ Leser

Lieber Diagnosen-Leser,

diese Zeitschrift bemüht sich, die wichtigsten Informationen zu veröffentlichen, damit Sie wissen, was hinter den Kulissen gespielt wird. Es gibt eine internationale Gruppe, die an eine »Neuerschaffung der Welt« glaubt. Sie arbeitet in verschiedenen Gremien und unter vielen Namen: Insider, Internationalisten, Bilderberger, Illuminaten, Trilaterale, Council on Foreign Relations.

Über die Verschwörung, die zu einer Art Weltdiktatur führen soll, sollten Sie einmal nachdenken. Sie sollten auch überlegen, wie diese Pläne unser Leben beeinflussen.

Wußten Sie zum Beispiel, daß die bolschewistische Revolution 1917 von den USA und Großbritannien geplant und finanziert wurde?

Daß die USA und der Westen 95 Prozent der Technik und Finanzen für die sowjetische Wirtschaftsentwicklung beisteuerten?

Daß US-Präsident Roosevelts Berater in Jalta 1945 einschließlich Alger Hiss sowjetische Agenten waren?

Daß die Sowjet-Verfassung und die Charta der Vereinten Nationen fast identisch sind?

Daß die »Neue Weltordnung« oder »Weltregierung« der Illuminati heimlich alle Regierungen und internationalen Finanz- und politisch-wirtschaftlichen Einrichtungen zu einem marxistisch-sozialistischen Superkapitalismus manipuliert?

Die Sowjets sind in diesem Spiel nur ein verlängerter Arm der USA. Ziel ist die Eroberung der Welt und die Ein-Welt-Regierung. Es ist darum offensichtlich: Der Marxismus ist letzten Endes »Made in USA«.

Als Leser von »Diagnosen« kennen Sie bereits viele Zusammenhänge und die offene und kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von »Diagnosen« werden könnte.

Für Ihre Mühe wollen wir Sie gern entschädigen: Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten nennen, erhalten Sie als ***Prämie das Buch von Des Griffin »Wer regiert die Welt?«.***

Den neuen Abonnenten für »Diagnosen« nennen Sie uns bitte auf dem anschließenden Abschnitt. Hat der neue Abonnent die Abbuchungsvollmacht ausgefüllt oder einen Verrechnungsscheck beigelegt, senden wir Ihnen das Prämienbuch sofort zu.

Vielen Dank
Ihr
Verlag Diagnosen

Des Griffin
Wer regiert die Welt?
Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für DIAGNOSEN geworben.

Senden Sie DIAGNOSEN ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 60,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vornname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 60,– DM anbei (Ausland: DM 72,–, Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angaben von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Wer regiert die Welt?«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift und ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

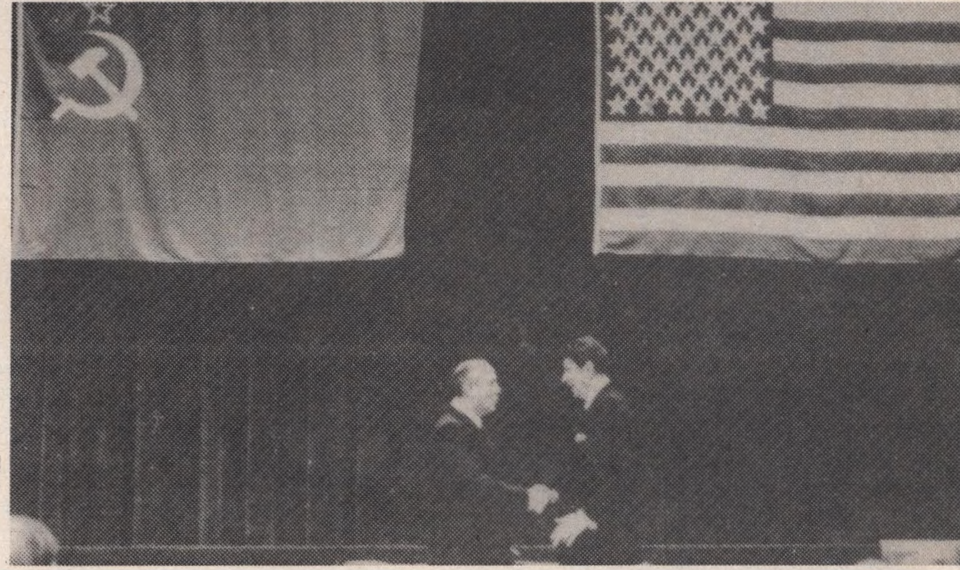
Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

In diesem H



▲ Da die Ölpreise weltweit fallen und die Erdölproduktion in der Sowjetunion zurückgeht, befinden sich die Kreml-Führer mitten in einer verheerenden Wirtschaftskrise. Doch sie brauchen sich keine Sorgen zu machen, da amerikanische Bankers zu ihrer Rettung herbeieilen. **Seite 16**



Alan Garcia will nur zehn Prozent der Einnahmen von Peru für den Schuldendienst bereitstellen. Das bedeutet schlechte Nachrichten für Bankers. Allein die 15 größten Schuldnerländer schulden einen Gesamtbetrag von 437,4 Milliarden Dollar ▶ **Seite 12**

Lenin und seine Revolutionäre besaßen für die Revolution in Rußland große Mengen importierter Waffen und beträchtliche finanzielle Mittel, die ihnen internationale Bankers zur Verfügung stellten. ▼ **Seite 49**



...eft lesen Sie:



Der wichtigste Punkt des Gesprächs in Genf und der noch kommenden Kontakte zwischen Reagan und Gorbatschow ist die Rüstungskontrolle. Das Ergebnis dieser Diskussion dürfte nicht so sehr davon abhängen, inwieweit der geschickte Gorbatschow das Vertrauen des US-Präsidenten gewinnen kann, sondern vielmehr von den harten Tatsachen der amerikanischen Möglichkeiten zur Kontrolle; das sind die verschiedenen fotografischen, elektronischen und anderen High-tech-Aufklärungs- und Überwachungssysteme, die eingesetzt werden um festzustellen, ob die Sowjets bei einem Abrüstungsabkommen schummeln könnten über das zwischen den beiden Staatsmännern Vereinbarte. US-Experten meinen, daß die amerikanischen Nachprüfungsmöglichkeiten anfangen, ihre Effektivität zu verlieren. Seite 42



»Wir werden weiterkämpfen!« erklärt Abu Nidal in einem Exklusiv-Interview. Der militante Palästinenserführer steht wohl zur Zeit an oberster Stelle der Liste mit Personen, die sowohl von Israel als auch von der Reagan-Regierung »gesucht« werden. Selbst Jassir Arafat hat Abu Nidal angedroht, wenn er ihn fangen sollte, würde er ihn erschießen lassen. Seite 18

Konservierte Nahrungsmittel sind zum Teil stark versalzen und mit chemischen Konservierungsstoffen behandelt. Aber immer mehr Menschen ernähren sich heute mit unnatürlichen, vorbehandelten und konservierten Nahrungsmitteln. Sogar der Bundespräsident Richard von Weizsäcker ist bereit, für eine falsche Ernährung mit zuviel tierischen Fetten in der Öffentlichkeit zu werben. Alle diese Fehlverhalten erhöhen das Krebsrisiko. Seite 58



Zu diesem Heft

Der Tanz ums goldene Kalb

Ekkehard Franke-Gricksch

Die dritte Welt ist den Nationen des Westens tief und hoffnungslos verschuldet. Allein die 15 größten Schuldnerländer schulden einen Gesamtbetrag von 437,4 Milliarden Dollar. Die Zinszahlungen dieser Länder belaufen sich jährlich auf 44,5 Milliarden Dollar. Ihre Schulden entsprechen 58 Prozent ihres Gesamtbruttosozialproduktes.

Schulden: Schlechte Nachrichten für Bankers, Seite 12

Amerikas Auslandsschulden von 200 Milliarden Dollar machen dagegen nur 5 Prozent seines Bruttosozialproduktes aus. Obwohl die Vereinigten Staaten tatsächlich das Rudel mit der höchsten Auslandsverschuldung anführen, ist ihre Produktivität im Vergleich zu anderen hoch, so daß die Schulden relativ unbedeutend sind.

Das heißt allerdings nicht, daß die Auslandsverschuldung Amerikas kein Grund zur Sorge ist. Das ist sie gewiß. Aber solange Amerikas Produktivität auf dem derzeitigen Niveau bleibt, oder sich sogar etwas verbessert, ist der amerikanische Schuldenberg nicht unüberwindbar.

Für die verarmten Schuldner der dritten Welt jedoch sieht die Sache anders aus. Die Schuldenkrise wurde schon 1981 zu einem Hauptproblem, nachdem jahrelang unkluge Kredite vergeben worden waren, die amerikanische und andere westliche Banken angeregt hatten. Sie wurden von Petro-Dollars überschwemmt und hatten die Länder der dritten Welt buchstäblich angefleht massiv Kredite aufzunehmen.

Die gegenwärtigen Gespräche der Bankers konzentrieren sich darauf, die Zinszahlungen in Fluß zu halten. Mit keinem Wort wird tatsächlich der Abbau der Gesamtschulden erwähnt. Es geht im Grunde nur darum, die Schuldnerländer in die Lage zu versetzen, ihre Zinsen an die Banken pünktlich zu zahlen. Die Banken halten ihre Kredite an die dritte Welt so lange für »einbringlich«, wie die Zinsen laufend gezahlt werden.

Wenn jedoch die Zinszahlungen eingestellt werden, kann die Bank gezwungen sein, derartige Kredite als uneinbringlich zu bezeichnen. In den meisten Fällen würden dann die Profite der Bank auf dem Papier entweder ganz verschwinden oder einen erheblichen Rückgang aufweisen, was einen Sturz ihrer Aktienkurse und einen Vertrauensschwund bei den Einlegern hervorrufen würde. Im schlimmsten Fall könnte die Bank krachen.

Der primäre Grund für die Schuldenkrise und ihre Unausweichlichkeit liegt in der Natur des Schuldengeldsystems und der bruchteilhaften Reservepraxis. Das von den Banken verliehene Geld wird aus der Luft geschaffen und existiert nur als elektronische Signale in einem Computer, der es auf zauberhafte Weise auf das Konto des Schuldnerlandes überweist. Wenn es in Verzug gerät, verliert die Bank nur auf dem Papier. Dank der bruchteilhaften Reservepraxis halten die Banken nur einen Bruchteil des Geldes an der Hand, das tatsächlich bei ihnen eingelegt ist.

Die Länder jedoch müssen die Bankkredite mit echtem Geld zurückzahlen, das sie durch Verarbeitung, Bergbau oder Landwirtschaft verdienen.

Zionismus: Terror aus dem Untergrund, Seite 20

Die zionistische Bewegung manipuliert Juden in aller Welt, beherrscht Banken und Medien und hat einen gefährlichen Terroristen-Untergrund aufgebaut, der dem israelischen Geheimdienst, dem Mossad, zur Verfügung steht.



In den USA gibt es beispielsweise Hunderte von zionistischen Dienststellen mit dem Zweck, Juden und evangelische Christen aus allen sozio-ökonomischen Schichten anzuziehen und ihre Aktivitäten, einschließlich ihrer finanziellen Ressourcen, zu kontrollieren. Diese Dienststellen reichen von der mächtigen Israel Board Organization, die Anlagen in Millionenhöhe von Pensionskassen und Angestelltenversicherungen zu sich zieht, bis hin zu der militanten Jewish Defense League (JDL).

Zwischen diesen beiden Organisationen existieren Hunderte von steuerbefreiten Gruppen mit dem Zweck, israelische Universitäten, israelische Krankenhäuser und israelische Religionsschulen zu finanzieren. Alle diese Organisationen haben ein ähnliches Ziel, nämlich die Unterstützung für die Existenz und Expansion des Staates Israel sowie Befehlsempfänger der Anti-Defamation League der B'nai B'rith-Loge und des Mossad zu sein.

Das breite Spektrum der Organisation dient den Zwecken eines wachsenden zionistischen Untergrunds, der einmal all die Organisationen schützen soll und zum anderen jegliche Opposition gegen die zionistische Machtstruktur angreifen und zum Schweigen bringen möchte.

In einer von der »New York Times« veröffentlichten Story wird Irv Rubin, nationaler Direktor der JDL in den USA, mit den Worten zitiert: »Es scheint offenbar einen jüdischen Untergrund in den Vereinigten Staaten zu geben.« Weiter sagt er: »Ich will stolze, harte Juden sehen. Ich hoffe, den Tag zu erleben, wenn sie in jede Ecke, jeden Winkel und jede Nische dieses Landes gehen und den Judenhassern eine Lektion erteilen, die sie niemals vergessen werden.«

Henry Kissinger: »Räuber zu mieten«, Seite 27

Es ist kein Zufall, daß gerade in dem Moment, da die mexikanische Regierung noch einen weiteren Besuch der Delegation des Internationalen Währungsfonds (IWF) erhalten soll, das Wirtschaftskabinett unter Führung von Finanzminister Jesus Silva Herzog eine Verbindung mit den blaublütigen Oligarchen von Monterrey eingeht, um die Dienste der Kissinger-Gesellschaft mit dem Spitznamen



Henry Kissingers Associates Inc. arbeitet wie die Mafia der dreißiger Jahre: Verkauf von Schutz.

»Diagnosen«, die Zeitschrift mit dem Vogel Phönix als Symbol. In Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight« versucht dieses zeitkritische Magazin die Leser sehr eingehend und fundiert über aktuelle politische und wirtschaftliche Belange mit Kommentaren und Analysen zu informieren. »Diagnosen« steht dafür ein weltweiter Mitarbeiterstab zur Verfügung. Neben der täglich veröffentlichten Meinung in den Medien des Establishments hat der deutsche Leser zum ersten Mal die Möglichkeit, die andere Seite der Ereignisse und Nachrichten kennenzulernen. Er hat somit die Chance, sich besser eine eigene objektive Meinung zu bilden, und er kann nun besser die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland, Europa und der Welt beurteilen und einordnen.



»Räuber zu mieten« zu beanspruchen.

Zu diesem Zweck traf der lateinamerikanische Schuldenexperte der Kissinger-Gesellschaft, Alan Stoga, in Monterrey ein. Dort erklärte er den mexikanischen Geschäftsleuten in einem privaten Treffen, daß Mexikos wirtschaftspolitische Richtlinien »während des vorangegangenen Jahres uneinheitlich waren, und zwar infolge des Rückgangs der Ölpreise und dem wachsenden Ärger bereitenden Protektionismus der Vereinigten Staaten, der der mexikanischen Wirtschaft schaden könnte«.

Stoga empfahl, Mexikos Wirtschaft soweit nur möglich zu »liberalisieren«, weil es angebracht sei, »sowohl kurz- als auch langfristig, das Handelssystem, die Devisenkurse und das Preissystem freier zu machen. Die Industrie sollte weitgehendst privatisiert werden, und man muß ein fortschrittlicheres Finanzsystem schaffen, um im Inland größere Ersparnisse zu ermöglichen«.

Zum Schluß verkündete Stoga die Notwendigkeit, daß Mexiko dem GATT beitreten sollte.

Die Kissinger Associates Inc. wurde 1982 gegründet, als die mexikanische Wirtschaft gerade mitten in einer Krise steckte. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, ihren Einfluß geltend zu machen, um ibero-amerikanische und andere Regierungen gefügig zu machen, den Forderungen der Finanzoligarchie nachzugeben.

Ihre Funktion sind im wesentlichen die der Mafia in den dreißiger Jahren: Verkauf von Schutz an diejenigen Interessen, die ihn anfordern, und Eliminierung – durch politische und wirtschaftliche Erpressung – derjenigen Einzelpersonen, Industrieunternehmen oder Regierungen, die sich ihren politischen Diktaten widersetzen.

Und daher beweisen Stogas Gebote, daß die Linie von Kissinger immer dieselbe ist: Wenn sich die nationalen Märkte nicht für Auslandsinvestitionen öffnen, wenn die Schulden nicht bezahlt werden, sei es in Geld oder Gut, wenn die Vorschriften des Internationalen Währungsfonds (IWF) nicht buchstabengetreu eingehalten werden, dann folgt daraus die Kapitalflucht, Zusammenbruch der Investitionsausgaben und politische Destabilisierung – und Kissinger Associates werden stets dafür sorgen.

Südafrika: Bedrohung kommt aus der Regierung, Seite 36

Südafrika könnte einer Invasion durch die gesamten Streitkräfte seiner marxistischen, von Schwarzen regierten Nachbarländern, widerstehen. Zu dieser Ansicht kommt Professor Karl Borgin, ein norwegischer Militärexperte. Er sagt: »Die Ironie ist, daß ohne die ständigen Angriffe von den Stützpunkten in den Nachbarländern und ohne den internationalen Boykott wäre Südafrika militärisch sehr viel schwächer als es heute ist.«

Laut Borgin gibt es drei Hauptgründe, warum Südafrika die stärkste Militärmacht in Afrika ist: An drei Seiten ist es umgeben von marxistischen Staaten, die von den UdSSR, Rotchina und Nordkorea Militärhilfe erhalten, und an der vierten Seite ist das Meer. Diese Nationen arbeiten aktiv daran, die weiße Regierung zu stürzen und lassen in ihren Territorien Stützpunkte für Terroristen und Guerillas zu.

Südafrika verfügt über moderne Industrie, die beste in Afrika, die bei Bedarf sämtliche Waffen herstellen kann, die von den Militärs gewünscht werden. Und das Land ist gezwungen worden, seine eigenen Waffen herzustellen, weil es aufgrund des internationalen Boykotts schwierig geworden ist, im Ausland Waffen zu erhalten.

»Die Ironie der Situation ist«, so Borgin, »daß es Südafrikas Feinde waren, die das Land gezwungen haben, in der Rüstung autark zu werden sowie eine effektive Militärmachtstellung aufzubauen.«

Die südafrikanische Luftwaffe verfügt über eine große Anzahl von französischen Mirage-Kampfjägern und von südafrikanischen Impalas, die rund um die Uhr einsatzbereit sind. Die Hubschrauber sind bemerkenswert zuverlässig, insbesondere die Super-Frelon und die Alouette, die gegen die Guerilla-Soldaten entlang der Grenze zu Angola eingesetzt werden.

Weiter wies Borgin darauf hin, daß die südafrikanische Armee das Gros seiner Ausrüstung aus der eigenen Industrie erhält: Armscor, die Schützenpanzer, Raketenbatterien und eine sehr moderne und leistungsstarke Panzerhaubitze, die G-6, herstellen. Die G-6 ist »übrigens ein beliebter Artikel im internationalen Waffenhandel«.

Bei einer militärischen Konfrontation zwischen Südafrika und seinen unmittelbaren marxistischen Nachbarn spielen natürlich die zahlenmäßigen Bedingungen und die technische Ausrüstung eine große Rolle, wie der Professor erläuterte. »Aber was letzten Endes der wichtigste Faktor ist, ist die Qualität der Soldaten und Offiziere. Einen Krieg zu überleben oder eine Begegnung zu entscheiden hängt von der Mannschaft ab, die die moderne Kriegsausrüstung in die Schlacht trägt.«

Südafrika: Gewaltlosigkeit von der Kirche abgewiesen, Seite 38

Ein weiterer Beitrag zum Thema Südafrika kommt von Gatsha Buthelezi. Der Chiefminister von KwaZulu wollte den Text dieses Artikels als Rede vor dem schweizerischen Evangelischen Kirchenbund vortragen. Der Schweizer Kirchenbund hat sich jedoch geweigert, Buthelezi anzuhören. Diese Gesprächsverweigerung erfolgte offensichtlich gemäß einer Absprache mit dem Südafrikanischen Rat der Kirchen (SACC), dessen Generalsekretär bis Ende 1984 Bischof Tutu war.

Buthelezi ist als Führer des Zulu-Volkes, der größten schwarzen Bevölkerungsgruppe in Südafrika, nicht nur die wohl wichtigste schwarze Persönlichkeit in Südafrika. Er bekennt sich überdies zum christlichen Glauben, was die ihm gegenüber gezeigte brüske Zurückweisung durch den schweizerischen Evangelischen Kirchenbund um so bedauerlicher und unbegreiflicher erscheinen läßt.

Offenbar unterwarf sich der Kirchenbund mit dieser Gesprächsverweigerung ganz der vom SACC bereits unter Tutu diktierten Linie, mit dem SACC-Alleinvertretungsanspruch insbesondere zu verhindern, daß auch solche schwarzen Persönlichkeiten aus Südafrika, die trotz aller Opposition zur südafrikanischen Regierung für einen konstruktiven Dialog um eine friedliche Zukunft eintreten, in Europa überhaupt zu Wort kommen.

»Diagnosen« veröffentlicht in dieser Ausgabe den vollständigen Text der verbotenen Rede von Gatsha Buthelezi. □



Vertrauliches

Israel

Konkurrent um schmutziges Geld

Israels Banken sind bemüht, die Stelle der Schweizer Banken als Instrumente der Geldwäscherei einzunehmen. In den letzten fünf bis sechs Jahren haben israelische Banken versucht, die Schweizer zu überflügeln, indem sie günstigere Zinssätze anboten und überall in Nord- und Südamerika Zweigstellen eröffnet haben.

Mitglieder der israelischen Mafia werden jeden als »Antisemiten« beschimpfen, der versucht, ihre Beteiligung an Geldwäscherei zu untersuchen, und dies führt inzwischen dazu, daß Beamte in Washington mit einer Untersuchung zögern. Als Beispiel dafür wird die Vertuschung angeführt, wie der Generalstaatsanwalt von Manhattan, Robert Morgenthau, die Ermittlungen über die windigen Unternehmungen des Bankers David Gravier vor mehreren Jahren vereitelt hat. □

Südafrika

Zustimmung für Entwicklungsbank

Der Finanzminister der Republik Südafrika hat dem Internationalen Währungsfonds (IWF) gegenüber geäußert, daß seine Regierung den Projekten der Entwicklungsbank von Südafrika »höchste Priorität« eingeräumt hat. Die Bank hat ihre Verpflichtungen mit dem Ziel, die Lebensbedingungen für die ärmsten Leute in dieser Region zu verbessern, fast verdoppelt.

Finanzminister J. B. Du Plessis sagte: »Wenn es jemals an der Zeit war, daß das moralische Bewußtsein der Menschen mit ihrer Technologie in Einklang stehen muß, dann jetzt. Die Herausforderung besteht darin, genügend Verantwortungsgefühl zu haben, um den Entwicklungsnationen materiell auf den Weg zu anhaltendem Wachstum zu verhelfen.«

Der südafrikanische Minister wandte sich gegen »opportunistische Einzelbanken«, deren »übereilte Aktionen« das »internationale Banken- und Währungssystem anfällig wie schon lange nicht mehr gemacht hat«. Er bezog sich damit insbesondere auf den Schritt der Chase Manhattan Bank sowie anderer US-Banken, mit dem Südafrika kurzfristige Kredite gestrichen wurden. Südafrika hatte daraufhin ein Schuldenmoratorium erklärt. □

Besatzer

»Patrioten für Deutschland«

Der ehemalige Gouverneur des Staates Washington, Dixy Lee Ray, hat sich hinter die Bemühungen einer Gruppe deutscher »Patrioten« gestellt, die den Erfolg der sowjetischen Bestrebungen zur Abkopplung der Bundesrepublik von Amerika verhindern wollen. In der Erklärung stellt er sich allerdings auch hinter die »Strategische Verteidigungsinitiative« (SDI) und ruft dazu auf, das westliche Bündnis auf der Basis der kulturellen und politischen Prinzipien der deutschen Klassik und der amerikanischen Revolution neu zu beleben.

Ray, der auch bereits einmal Vorsitzender der Atomenergiekommission war, sagte: »Ich glaube stark an Nicht-Beschwichtigung, Bewahrung unserer Freiheit und der von Westeuropa und an die Rückkehr zu klassischer Bildung und an die Unterstützung von SDI.«

Die Unterstützungserklärung für »Patrioten für Deutschland«, die von Ray unterschrieben wurde, ist auch in den Vereinigten Staaten von Milton Croom in Umlauf gebracht worden, der früher Vorsitzender von »Peace Through Strength« (»Frieden durch Stärke«) war.

In der in der Bundesrepublik herausgegebenen Erklärung heißt es unter anderem: »Im Namen von Millionen Amerikanern, die sich der Bewahrung der Freiheit verpflichtet haben, begrüßen wir, die Unterzeichner, die Bildung der Bürgerinitiativen ›Patrioten für Deutschland‹. Auch wir sagen nein zur Abkopplung und ja zu Kooperation mit der Strategischen Verteidigungsinitiative, wirtschaftliches Wachstum und einer starken Allianz. Wir applaudieren Ihren Bemühungen gegen eine Rot-Grüne-Regierung und für einen gerechten Friedensvertrag für ganz Deutschland.« □

Unsichtbare Hand

Internationaler Kokain-Fonds vorgeschlagen

Boliviens Vizepräsident Julio Garrett Aillon hat vor der UN-Vollversammlung die Drogen verbrauchenden Nationen dazu aufgerufen, einen internationalen Fonds zu schaffen, um die Kokainblätter von den Entwicklungsländern zu kaufen. Die Drogen erzeugenden Länder, wie beispielsweise Bolivien, könnten es sich nicht leisten, auf die Einnahmen aus dem Drogenhandel zu verzichten. Rund 75 Prozent der amtlichen Geldmenge liegt in der Hand der »drogenverbundenen«, nicht geregelten Wirtschaft.

Garrett Aillon beschrieb seinen Vorschlag als eine »neue, kreative und pragmatische« Maßnahme, die »der unmittelbarste und sofortige Weg ist, um das Übel in den erzeugenden Ländern an der Wurzel zu packen«.

»Auf diese Weise würde ein internationales Kontrollsystem geschaffen, ohne daß die Bauern leiden müssen«, sagte Aillon. Er meinte, daß die Regierung die Wirtschaftskrise nicht lösen könne und gleichzeitig »auch noch ganz allein den Drogenhandel bekämpfen«. □

Werte

Der Begriff »Soldat«

US-Generalleutnant Robert M. Elton hat an sämtliche amerikanische Army-Einrichtungen ein Memorandum gesandt, das den Gebrauch von Slang à la McNamarra in bezug auf militärische Ränge verbietet.

Zum Beispiel der Begriff »Angehörige der Streitkräfte«, mit dem einmal Soldaten bezeichnet wurden, ist, wie General Elton äußerte, »ein nichtssagendes Gebilde, das Gefühle von Computer-Slang-Nullen aufkommen läßt, oder, noch schlimmer, von einem Acht-Stunden-Tag-›Angestellten‹ der US-Regierung. Wir wollen, daß Soldaten sich als Soldaten wahrnehmen, mit all den Werten, die dieser Begriff enthält. Der Begriff ›Soldat‹ umfaßt die Bedeutungen von Tapferkeit, Pflicht, Ehre, Opfer, ehrenhafte Werte eines ehrenhaften Berufes.« □

Mexiko

Versuchskaninchen für Baker-Plan

»Das Versuchskaninchen für den Baker-Plan soll Mexiko sein, nicht Argentinien«, so erklärte der argentinische Minister für Wirtschaftskoordination, Adolfo Canitrot, in einer Ansprache vor einer privaten Stiftung in Buenos Aires. Der Baker-Plan sieht vor, daß Privatbanken neues Kapital in Höhe von 20 Milliarden Dollar zur Verfügung stellen, um eine Explosion der Schulden der dritten Welt zu verhindern, wobei die Weltbank als Instrument anstelle des verhaßten Internationalen Währungsfonds (IWF) treten soll. Als Gegenleistung verlangt er die »Neustrukturierung« der Wirtschaften der Schuldnerländer.

Im Namen des Wirtschaftsministeriums erklärte Canitrot: »Der wirkliche Test für den Baker-Plan wird nicht in Argentinien stattfinden. Das Leitmotiv für diesen Plan ist die Lage in Mexiko, und in dieser Hinsicht halten wir ständig Kontakt mit den Amtsstellen jenes Landes.

Wir in Argentinien sollten uns nicht im Mittelpunkt dieses Planes fühlen, weil die mexikanische Frage zeigen wird, ob der Baker-Plan wirkungsvoll ist oder nicht. Daher wird die argentinische Regierung keinerlei Urteil über die Meriten des Plans abgeben.« □

USA

Tod eines Geldwäschers

Nicholas Deak, häufig in Untersuchungen des amerikanischen Kongresses als ein Geldwäscher zitiert, wurde in seinem Büro erschossen, angeblich von einem Landstreicher. Deaks Firma, spezialisiert auf Goldbarren und Devisen, nahm sich auf allen Kontinenten des Fluchtkapitals an. Deak, ein ehemaliger OSS-Mitarbeiter, unterhielt enge Verbindungen mit dem CIA, tätigte geheime Geldüberweisungen für Geheimdienstoperationen und diente möglicherweise auch als ein »Schalter für sowjetisches Graugeld«. □

Bankers

Skepsis zu Bakers Schuldenplan

Auf dem Treffen der Gruppe der zehn Zentralbanken in Basel, das bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich stattfand, wurde der Plan des US-Finanzministers James Baker zur Handhabung der Schulden der dritten Welt verurteilt und mit wenig Lob bedacht.

Die Gruppe, unter Vorsitz von Bundesbankchef Karl Otto Pöhl ließ sich trotz aller überschwenglichen Rhetorik über das »Willkommenheißen« des Bakers-Vorschlages als »eines konstruktiven Rahmenwerkes« nicht davon abbringen, den vorhandenen Ansatz in jenem Punkt erneut zu bekräftigen. Dazu gehört auch die vom Internationalen Währungsfonds gewünschte Behandlung »von Fall zu Fall«, sowie die Fortsetzung der IWF-Politik der »strukturellen Anpassung«, eine vornehme Umschreibung der Zentralbankers für einschneidende Sparprogramme bei den Schuldnerländern.

Pöhl betonte, daß die Zentralbankers nicht intervenieren werden, um Druck auf die Privatbanken auszuüben, zusätzlich 20 Millarden Dollar einzuschießen, um die derzeitige Schuldenexplosion zu erleichtern, wie es der Baker-Plan verlangt. Pöhls lakonischer Kommentar: »Wir sind nicht die Hauptspieler in diesem Spiel.« □

Erdöl

Saudis erwarten Preiskrieg

Der Erdölminister von Saudi Arabien, Scheich Ahmed Zaki Yamani, sagte voraus, daß 1986 ein weltweiter Ölpreiskrieg ausbrechen werde, wodurch der Preis für Rohöl bis zu 10 Dollar pro Barrel fallen könnte. Er erklärte, daß Nicht-OPEC-Länder nicht bereit zu sein scheinen, ihre Produktion zu drosseln.

»Ich denke«, so Yamani, »daß sie es im ersten Sommer wahrscheinlich noch nicht ernst nehmen und sich auf einen Preiskrieg einlassen. Vielleicht werden sie im Sommer 1987 die Tatsachen des Lebens erkennen.«

Saudi Arabien, das den Weltölpreis beeinflussen könnte, indem es seine eigene Produktion senkt, wird eher zum ersten Mal sein volles Kontingent von 4,35 Millionen Barrel pro Tag erzeugen, das ist die Hälfte der Gesamtkapazität Saudi Arabiens, die nach dem Abkommen der Organisation der Erdöl exportierenden Länder zulässig ist. Der Sprecher der OPEC war jüngst gezwungen, das Auseinanderbrechen des Ölkartells zu dementrieren. □

Drogen

Das Geld lockt

Robert Wesson, ein leitender Wissenschaftler am Hoover Institut, einem Zentrum für freies Unternehmertum, behauptet, daß jegliche Bemühungen der Vereinigten Staaten, die iberoamerikanischen Länder in der Drogenbekämpfung zu unterstützen, sich gegen sie kehren muß.

Mit Argumenten, die den Erben der drogenfreundlichen British East India Company gut zu Gesicht stehen, sagte Wesson: »Auf den ersten Blick scheint es für die Vereinigten Staaten eine vernünftige Politik zu sein, ihre Drogenprobleme dadurch zu bewältigen, daß man sie an der Wurzel packt.« Die Wurzeln sind in Mexiko, Jamaika, Kolumbien, Peru und Bolivien.

»Aber diese Drogenbekämpfungsmaßnahmen sind weitgehend erfolglos gewesen, und sie könnten diesen Ländern selbst und den Beziehungen zwischen den USA und Lateinamerika schaden. Der Drogenanbau ist für Hunderttausende von Bauern Lebensunterhalt geworden, und sie werden nicht freundlich darauf reagieren, wenn sie gezwungen werden, ihn aufzugeben. Jeglicher Versuch der USA, den Bauern Geld zu geben, damit sie die Drogenpflanzen nicht anbauen, würde einfach mehr Leuten in mehr Ländern Anreiz sein, in das Geschäft einzusteigen.« □

Thailand

Kissingers Befehle

Von Henry Kissinger sind die Befehle an die Regierung von Thailand weitergereicht worden, wie hochgestellte Informanten berichten, um General Kriangsak Chomanan a. D., ehemaliger Premierminister von Thailand und Parlamentarier, gerichtlich zu ermorden. Kissinger sagte dem thailändischen Premierminister Tinsulamond bei einem Treffen in New York: »Kriangsak ist gefährlich und sollte eliminiert werden.«

In den 53 Jahren seiner konstitutionellen Monarchie hat es in Thailand nichts dergleichen gegeben. General Kriangsak ist zusammen mit drei anderen führenden Militäroffizieren verhaftet und des Verrates angeklagt worden, weil er angeblich in dem fehlgeschlagenen Staatsstreich gegen die Regierung Prem am 9. September 1985 eine Rolle gespielt habe. Kriangsak erklärt, daß er gewaltsam gefangengenommen und von den Planern des Staatsstreichs, angeführt von Young Turk Col. Manoon Roopkarchorn, in der Kommandozentrale der Rebellen festgehalten wurde. Sämtliche Versuche seiner Frau und seiner Kollegen, ihn auf Kaution freizubekommen, wurden abschlägig behandelt.

Kriangsak und die anderen hohen Offiziere sollen vor ein Zivilgericht gestellt werden. Druck wird aus bestimmten Lagern ausgeübt, die offensichtlich glauben, daß sie Befehlen von Kissinger nachkommen müssen, um den Prozeß in wenigen Wochen abzuschließen. Die gerichtliche Ermordung von General Kriangsak wird die derzeitige politische Destabilisierung dieses wichtigen amerikanischen Verbündeten anheizen. □

Internationaler Handel

Brasilien und China vereinbaren Naturalienabkommen

Nach einem Besuch in Brasilien hat der chinesische Premierminister Zhao Zi-yang ein Abkommen mit Brasilien unterzeichnet, wonach Brasilien jährlich zwei Millionen Tonnen Eisenerz an China verkauft und von China jährlich mehr als drei Millionen Tonnen Rohöl kauft. Damit würde sich der gesamte bilaterale Handel zwischen den beiden Ländern auf jährlich mehr als eine Milliarde Dollar belaufen. Die genauen Bedingungen des Abkommens werden noch ausgearbeitet.

Man verabredete auch politische Konsultationen, die ersten, die Brasilien mit einem kommunistischen Land führt.

Chinas Interesse an Brasilien gilt dem Bau von Eisenbahnen, Häfen und Staudämmen. □

Pakistan

Gandhi ist vom Vorhandensein einer Atombombe überzeugt

Pakistan hat vielleicht schon eine Atombombe, erklärte der indische Premierminister Gandhi gegenüber der britischen Zeitung »Guardian«: »Wir haben das Gefühl, daß sie entweder kurz davor stehen, die Bombe zu

Vertrauliches

bekommen oder bereits eine besitzen und sie nicht testen brauchen. Indien hat geschworen, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, wenn festgestellt wird, daß Islamabad Atomwaffen besitzt.«

Der Premierminister sagte, daß »andere Länder« das angebliche Atomwaffenprogramm der Pakistanis finanzieren würden, und er drückte seine Befürchtungen aus, daß Pakistan die Verbreitung von Atomwaffen fördern könnte. »Wir haben handfeste Beweise, daß die Bombe finanziert wird, und zwar nicht allein von Pakistan, sondern auch von anderen Ländern. Wird dies bedeuten, daß Pakistans Bombe anderen Ländern zur Verfügung gestellt wird«, so die Frage von Gandhi. □

AIDS

»Crazy Eddie« von Rabbis zensiert

Der New Yorker Bürgermeister Edward »Crazy Eddie« Koch ist von einer Gruppe »exkommuniziert« worden, die als »ultrakonservative jüdische Rabbis« beschrieben wird und wütend über seine Verteidigung der Rechte Homosexueller ist. Koch bezeichnete sie als eine »kleine Randgruppe«, die religiöse Prinzipien »für vulgärpolitische Zwecke« ausbeute.

Der Bürgermeister der größten amerikanischen Stadt genießt einen äußerst geneigten Platz in der Presse. Wann immer sich ein Anlaß bietet, die Sache aufs Tapet zu bringen, bezeichnen ihn die New Yorker Zeitungen als »einen Junggesellen«.

Rabbi Isaac Levy, Vorstandsvorsitzender der orthodoxen »Jews for Morality«, warf Koch »fanatische Unterstützung für die Sache der Homosexuellen und ihrer schädigen Wirkungen auf die Öffentlichkeit, vor allem Kinder«, vor, sowie seine Weigerung, Badeanstalten zu schließen, die von Homos frequentiert werden, obwohl sie nachweislich in der Verbreitung von AIDS eine Rolle spielen; außerdem seine Beteiligung an einer Parade, die von Homosexuellen veranstaltet wurde, zu denen angeblich auch die radikale Päderasten-Gruppe North American Man-Boy Love Association« gehörte. Die Gruppe der Rabbis trug Transparente mit der Aufschrift: »Koch AIDS NY.« □

Evolution

Nuklearer Winter

Sechsundneunzig Prozent der Wissenschaftler der Gesellschaft der Wirbeltier-Paläontologen fechten die Theorie an, daß die Dinosaurier vor 65 Millionen Jahren durch Einschlag eines großen Meteoriten ausgelöscht wurden. »Sie ist Fischköder«, sagte Dr. William A. Clemens von der Universität von Kalifornien in Berkeley.

Die Meteoriten-Theorie hat die Hypothese vom nuklearen Winter inspiriert, deren Befürworter der Kinderzimmer-Physiker und atomare Eiszeitanhänger Carl Sagan ist. Ursprünglich stammt die Theorie von dem sowjetischen Wissenschaftler Alexandrow. Die Sowjets haben sie dann im Westen propagiert, und zwar als Bestandteil für ihren Aufbau der atomaren Einfrierungsbewegung. □

Rüstungskontrolle

Verschleierung sowjetischen Abenteurertums

Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger hat gewarnt, die USA könnten es sich nicht leisten, »die Rüstungskontrolle isoliert von dem Gesamtzusammenhang der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen zu betrachten«, und forderte eine »umfassende Verhandlungshaltung« in den Gesprächen mit Gorbatschow, die auch »sowjetische Aggression« in der dritten Welt anschneidet, sowie den sowjetischen Aufbau der chemischen Kriegsführung, Moskaus Verstöße gegen Rüstungsabkommen und anderes mehr.

»Wir teilen nicht den Glauben derjenigen, die meinen, daß der bloße Vorgang der Verhandlungen über Rüstungsabbau, isoliert von allen anderen drängenden Meinungsverschiedenheiten und Wettbewerbssituationen, für sich genommen schon gut ist«, wie Weinberger in New York vor der Vereinigung für Außenpolitik erklärte. Tatsächlich könnte die ausschließliche Konzentration auf Rüstungsfragen »sowjetisches Abenteurertum verschleiern«.

Weinberger wetterte gegen diejenigen, die in der Öffentlichkeit die Verstöße der Sowjets gegen Rüstungsabkommen nicht bekanntmachen wollen aus Angst, in Moskau Unwillen hervorzurufen: »Wenn wir vor sowjetischen Verstößen und Aggression die Augen schließen, fühlen wir uns vielleicht wohl und sicher, doch wird dieses Gefühl, wie die Geschichte zeigt, nur von kurzer Dauer sein.« □

Wahlkampf

Gala bringt eine Million Dollar

Eine Spenden-Gala im New Yorker Waldorf-Astoria-Hotel zugunsten des hoffnungsvollen amerikanischen Präsidentschaftskandidaten, des Republikaners Jack Kemp, erbrachte mehr als eine Million Dollar.

Geleitet wurde die Gala-Veranstaltung von Herbert Siegel, Präsident der Chris-Craft Industries. Andere Großspender waren: Morris Amitay, ein Lobbyist für Israel; Norman Bateman, Besitzer des Football-Teams Eagles aus Philadelphia; sowie Thomas Pownall, Vorsitzender der Martin-Marietta Corporation. □

Weltbank

Schweiz als Hauptgeldgeber

Die Weltbank hat auch in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres 1986, das am 1. Juli begonnen hat, wieder mehr Geld aufgenommen und verdient. Die in 15 Währungen emittierten Anleihen erreichten die Rekordhöhe von 6,8 Milliarden Dollar oder umgerechnet 16,7 Milliarden Mark.

Im Durchschnitt schlugen die Kreditkosten mit 7,25 Prozent zu Buche. In der gleichen Zeitspanne des Vorjahres besorgte die multinationale Entwicklungsorganisation 6,3 Milliarden Dollar zu 7,82 Prozent. Die Aufnahmen in der zweiten Hälfte werden auf drei bis vier Milliarden geschätzt.

Nach den Swaps, die von der Weltbank durchgeführt werden, um die Zinsen zu drücken, deckte der schweizerische Kapitalmarkt 28 Prozent (1,91 Milliarden Dollar) des Kreditbedarfs. Auf japanische Yen entfielen 20 Prozent, auf Deutsche Mark 17 Prozent und auf US-Dollar mittel- und langfristig 15 Prozent. Von den 6,8 Milliarden Dollar weisen 6,5 Milliarden eine durchschnittliche Laufzeit von 11,7 Jahren zu 7,22 Prozent per annum auf. Bis zu einem Jahr nahm die Weltbank nur 250 Millionen Dollar zu 8,10 Prozent auf.

Die Weltbank verbuchte zudem den höchsten Reingewinn in ihrer Geschichte. Er stieg von Juli bis Dezember von 588 auf 695 Millionen Dollar, wovon 208 Millionen Dollar aus der Anlage der liquiden Mittel stammten. Sie nahmen von 15,2 auf 19,7 Milliarden Dollar zu, wobei die Weltbank den allgemeinen Zinsrutsch nutzte. □

Kuba

Schüsse auf US-Flugzeuge

Auf ein US-Flugzeug vom Typ Blackbird wurde geschossen, als es über Kuba Aufnahmen von dem Transport großer Mengen von schwerem sowjetischem Kriegsmaterial machte, das von sowjetischen und bulgarischen Schiffen auf Küstenfrachter verladen wurde, deren Ziel Nicaragua war.

Das US-Flugzeug entging sowjetischen Land-Luft-Raketen, die von Kuba aus abgeschossen wurden. Kuba protestierte gegen den Flug der Blackbird und brachte 20 000 Demonstranten auf, die vor der US-Interessenzone der Schweizer Botschaft in Havanna protestierten □

Zitate

Revisionismus

Sir Hartley Shawcross, britischer Generalstaatsanwalt: »Schritt für Schritt bin ich immer mehr zu der Überzeugung gekommen, daß die Ziele des Kommunismus in Europa finster und tödlich sind. Ich klagte die Nationalsozialisten in Nürnberg an. Zusammen mit meinem russischen Kollegen verdammte ich die Nazi-Aggression und den Nazi-Terror. Hitler und das deutsche Volk haben den Krieg nicht gewollt. Nach den Prinzipien unserer Politik der Balance of Power haben wir, angespornt durch die ›Amerikaner‹ um Roosevelt, Deutschland den Krieg erklärt, um es zu vernichten. Wir haben auf die verschiedenen Beschwörungen Hitlers um Frieden nicht geantwortet. Nun müssen wir feststellen, daß Hitler recht hatte. Anstelle eines kooperativen Deutschland, das er uns angeboten hatte, steht die riesige imperialistische Macht der Sowjets. Ich fühle mich beschämt und gedemütigt, jetzt sehen zu müssen, wie dieselben Ziele, die wir Hitler unterstellt haben, unter einem anderen Namen verfolgt werden und daß dieselbe Taktik hemmungslos Anwendung findet.«

Bundeswehr

Hans Joachim Mann, Vizeadmiral und Inspekteur der Bundesmarine: »Ich bedauere, daß unsere Soldaten so wenig staatsbürgerlich vorbereitet in die Bundeswehr kommen. Sie wissen nicht, daß sie in einem Staat leben, der es wert ist, verteidigt zu werden.«

Alternative

Richard von Weizsäcker, Bundespräsident: »Wirtschaftliches Wohlergehen und Stabilität, Sicherung der eigenen Unabhängigkeit und Schutz vor menschenverachtendem Terrorismus kann heute kein Staat mehr allein erreichen oder bewahren. Wir müssen wählen: gemeinsames menschenwürdiges Überleben oder gemeinsamer Verfall.«

Bonn

Heiner Geißler, CDU-Generalsekretär: »Die Demokratie kann auch zugrunde gehen durch die Faulheit und Feigheit der Demokraten, durch hündisches Kriechen vor der Drohkulisse des Kommunismus. Manche wollen heute schon nicht mehr wissen, von welcher Seite die Mauer gebaut worden ist.«

Kooperation

Franz Josef Strauß, bayerischer Ministerpräsident: »Die Anwendung eines historischen Begriffes aus der Zeit des Absolutismus auf wirtschaftspolitische Vorgänge des 20. Jahrhunderts zeugt nicht nur von einer schwerwiegenden Fehleinschätzung aktueller Vorgänge, sondern vor allem auch von einer bemerkenswerten Unkenntnis wirtschaftsgeschichtlicher Fakten und Zusammenhänge. Nicht das merkantilistische Streben nach machtpolitischem Wohlstand der Staaten ist heute das Ziel der Wirtschaftspolitik, sondern ausschließlich der wirtschaftliche Wohlstand der Bürger. Nicht eine Abschottung der heimischen Märkte wird heute angestrebt, sondern im Gegenteil die Öffnung möglichst vieler Märkte für den freien und ungehinderten Austausch von Waren und Dienstleistungen. Nicht eine auf Autarkie – höchstes und letztes Ziel eines jeden Merkantilisten – hinsteuernde Wirtschaftspolitik kommt heute in Frage, sondern eine immer weitergehende Verflechtung der Volkswirtschaften untereinander und ihre Abhängigkeit voneinander bestimmen das Wirtschaftsleben. Kooperation statt Konzentration, Zusammenarbeit statt Isolation sind Ziele wirtschaftlicher Vernunft.«

Trilaterale

Philipp Robrieux, französischer Historiker: »Die Russen wollen Raymond Barre als nächsten Präsidenten, sein Kurs bedeutet die Finnlandisierung Frankreichs.«

Eine-Welt-Idee

Georg Bush, US-Vizepräsident: »Vielleicht ist die wichtigste Tatsache von allen die, daß die Welt jetzt so eng durch Investitionen und Handel miteinander verbunden ist, daß wir einfach versuchen müssen, gemeinsam über die Probleme zu sprechen. Staaten können kapitalistisch, kommunistisch, schwarz, braun oder weiß sein, reich oder arm, groß oder klein – doch niemals zuvor in der Geschichte sind sich die Leute so darüber bewußt geworden, daß dies eine Welt ist.«

Ronald Reagan

Felix Garner, Vizepräsident der US-Schauspielergewerkschaft, als Ronald Reagan deren Präsident war: »Als ich sein Vize war, haben wir immer genau gesagt, was er sagen sollte. Dann konnte er darüber besser sprechen, als sonst jemand auf der Welt. Mir ist nie aufgefallen, daß er je auch nur eine einzige Idee gehabt hätte und wir kennen uns lange.«

Deutschland

Erich Honecker, DDR-Staatsratsvorsitzender und SED-Generalsekretär: »Es ist ein Glück für die Menschheit, daß es zwei deutsche Staaten gibt.«

UNO

Papst Johannes Paul II.: »Die Vereinten Nationen sollten Staaten, die sich mit dem Terrorismus einlassen, nicht als UNO-Mitglieder dulden.«



Abtreibung

Friedrich Kronenberg, Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und CDU-Bundestagsabgeordneter: »In der Tat ist es empörend, daß jährlich Zehntausende ungeborener Kinder durch Mißbrauch von Gesetzen sterben, die hinsichtlich ihrer rechtlichen Schutzwirkung für ungeborene Kinder zudem höchst fragwürdig sind und die deshalb von weiten Teilen unserer Bürgerinnen und Bürger bis heute nicht akzeptiert werden. Ein Gesetzgeber, der nicht alles unternimmt, um wenigstens den Mißbrauch unzureichender Gesetze zu bekämpfen, erweckt den Anschein einer stillschweigenden Rechtfertigung der Abtreibung von mehr als 200 000 Kindern jährlich.«

Kirche

Denis Hurley, Erzbischof und Präsident der katholischen Bischofskonferenz des südlichen Afrikas: »Wir sind Zeugen eines Wechsels in der Gesinnung über die Geschehnisse in Südafrika. Wir müssen viel direkter zu den schwarzen Befreiungsbewegungen sprechen.«

Bonn

François Mitterrand, französischer Staatspräsident: »Frankreich hat keinen vertrauenswürdigeren Partner als Deutschland in Europa. Deutschland gehört zu Europa, ohne Deutschland wird es kein Europa geben, ohne Europa kann es kein großes Deutschland mehr geben.«

Entente

François Mitterrand, französischer Staatspräsident: »Der letzte Weltkrieg hat nicht nur Europa zweigeteilt, er hat auch Frankreich und die Bundesrepublik in verschiedene Verteidigungssysteme hineingestellt, wenn auch im gleichen Lager. Die Entscheidung der Deutschen war nicht autonom, dagegen die der Franzosen. Was sich anläßlich der Aufstellung der Pershing 2 in der Bundesrepublik abspielt (Demonstrationen, Widerstand, Anschläge), wer die Veränderungen in der SPD wahrnimmt (gestern in der Regierung noch Initiator dieser Nachrüstung, heute in der Opposition ein Gegner), kann dies alles nicht nur abtun als eine Reaktion des Pazifismus oder des Neutralismus. Ich sehe hier ein Volk, das sich dagegen zu wehren beginnt, Objekt einer Verteidigungsplanung zu sein, seine Sicherheit in den Händen anderer zu wissen.«

Volk

Muammar al Gaddafi, libyscher Staatschef: »Die Triebkraft der Geschichte der Menschheit ist der soziale, das heißt der nationale Faktor. Die soziale Bindung, die jede menschliche Gemeinschaft, angefangen von der Familie über den Stamm bis hin zur Nation, zusammenhält, ist die Basis der geschichtlichen Bewegung.« □

Schulden

Schlechte Nachrichten für Bankers

Folger Addison

Die dritte Welt ist den Nationen des Westens tief und hoffnungslos verschuldet. Allein die 15 größten Schuldnerländer schulden einen Gesamtbetrag von 437,4 Milliarden Dollar. Die Zinszahlungen dieser Länder belaufen sich jährlich auf 44,5 Milliarden Dollar. Ihre Schulden entsprechen 58 Prozent ihres Gesamtbruttosozialproduktes.

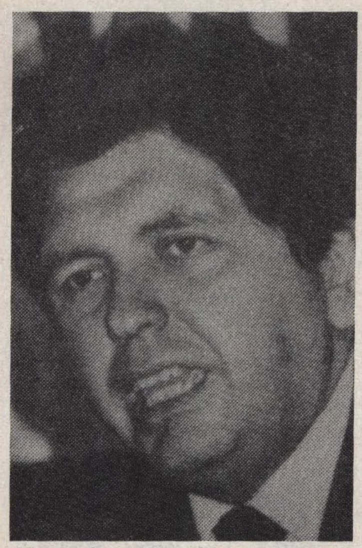
Diese Zahlen sagen für die nicht allzu ferne Zukunft eine traurige Kalamität voraus. Ganz klar ist ein Kurs notwendig, um eine Katastrophe zu vermeiden, wenn diese Länder in Verzug geraten. Die einzige Reaktion der Reagan-Regierung auf dieses Problem hat bis jetzt darin bestanden, die Handelsbanken zu ermutigen, noch mehr uneinbringliche Kredite zu vergeben, um die schwindsüchtigen Wirtschaftssysteme der Schuldnerländer aufrechtzuerhalten.

US-Schuldenberg nicht überwindbar

Diese schwache Reaktion ist nunmehr der offizielle Plan geworden. Vom US-Finanzminister James Baker wurde ein Plan vorgestellt, den Schuldenberg dieser Länder um 40 Milliarden Dollar zu erhöhen. Dabei soll die eine Hälfte von Handelsbanken kommen und die andere von den internationalen Kreditinstituten.

Die Kredite sollen zu der Bedingung vergeben werden, daß diese Länder ihre Wirtschaft »restrukturieren«, um das Wachstum zu fördern. Dieses Wirtschaftswachstum ist nach Bakers Plan der Schlüssel zu den Problemen der Schuldnerländer, wobei erklärt wird, daß ein Wirtschaftswachstum es den Ländern möglich machen wird, alle ihre Schulden vollständig zurückzuzahlen.

Wie bereits erwähnt, entsprechen die Gesamtschulden der 15 größten Schuldner 58 Prozent ihres Bruttosozialproduktes. Dagegen machen Amerikas Auslandsschulden von 200 Milliarden Dollar nur etwa 5 Prozent seines Bruttosozialproduktes aus. Obwohl die Vereinigten Staaten tatsächlich das Rudel mit der höchsten Auslandsverschuldung anführen, ist ihre Produktivität im Vergleich zu anderen so hoch, daß die Schulden relativ unbedeutend sind.



Alan Garcia will nur noch zehn Prozent der Einnahmen seines Landes für den Schuldendienst bereitstellen.

Das heißt allerdings nicht, daß die Auslandsverschuldung Amerikas kein Grund zur Sorge ist. Das ist sie gewiß. Aber solange Amerikas Produktivität auf dem derzeitigen Niveau bleibt, oder sich sogar etwas verbessert, wie in jüngster Zeit zu beobachten war, ist der amerikanische Schuldenberg nicht unüberwindbar.

Kein Abbau der Gesamtschulden

Für die verarmten Schuldner der dritten Welt jedoch sieht die Sache anders aus. Die Schuldenkrise wurde schon 1981 zu einem Hauptproblem, nachdem jahrelang unkluge Kredite vergeben worden waren, die amerikanische und andere westliche Banken angeregt hatten. Sie wurden von Petro-Dollars überschwemmt und hatten die Länder der dritten Welt buchstäblich angefleht, massive Kredite aufzunehmen.

Angefangen hat dieser Kredittrend Ende der sechziger Jahre und erreichte seinen Höhepunkt in den siebziger. Der große Schrittmacher auf diesem Gebiet war Citicorp, die sich ein jährliches Gewinnziel von 15 Prozent gesetzt hatte und die dritte Welt als einen perfekten Platz für Investitionen betrachtete, weil die meisten Länder noch keine erheblichen Schulden aufwiesen.

Dieser Sprung ins internationale Kreditgeschäft war für die Handelsbanken eine relativ neue Sache, sie hatten dieses Gebiet bisher Regierungsstellen und Rentenanlegern überlassen. Die letzte Methode zur Kapitalauftreibung für Entwicklungsländer war vor 50 Jahren in Ungnade gefallen, als mehrere lateinamerikanische Länder ihre Auslandsschulden nicht bezahlten und dadurch viele in den Konkurs trieben, die ihr Geld in diese ausländischen Rententitel angelegt hatten.

Von den insgesamt 437 Milliarden Dollar, die die ersten 15 Schuldnerländer der dritten Welt geborgt haben, werden 275 Milliarden an die Handelsbanken geschuldet, davon 94 Milliarden an US-Banken. Fünfundachtzig Prozent der Schulden der dritten Welt stehen bei den 24 größten Banken Amerikas zu Buche. Der größte Gläubiger ist die Citibank mit 12 Milliarden Dollar.

•

Als die Schuldenkrise zuerst auftauchte, berieten die Bankers Wege, wie die Schulden – oder die Länder – insgesamt abgebaut werden könnten. Jetzt reden sie über die »Restrukturierung« der Kredite, das heißt, die Laufzeiten werden verlängert. Die Banken sind gezwungen, um Verzug zu verhindern, mehr Geld zu leihen, mit dem dann die Zinsen für alte Kredite bezahlt werden. Natürlich werden die neuen Kredite auf die bestehenden aufgetürmt, und die jährliche Zinsbelastung steigt. Diesen Prozeß nennt man im Bankenjargon »Rundfahren«.

Die gegenwärtigen Gespräche der Bankers konzentrieren sich darauf, die Zinszahlungen in Fluß zu halten. Mit keinem Wort wird tatsächlich der Abbau der Gesamtschulden erwähnt. Ja, der einzige Zweck von Bakers Plan ist der, die Schuldnerländer in die Lage zu versetzen, ihre Zinsen an die Banken pünktlich zu zahlen. Die Banken halten ihre Kredite an die dritte Welt so lange für »einbringlich«, wie die Zinsen laufend gezahlt werden.

Kurzlebiger Optimismus

Wenn jedoch die Zinszahlungen eingestellt werden, kann die Bank gezwungen sein, derartige Kredite als uneinbringlich zu bezeichnen. In den meisten Fällen würden dann die Profite der Bank auf dem Papier entweder ganz verschwinden oder einen erheblichen Rückgang aufweisen, was einen Sturz ihrer Aktienkurse und einen Vertrauensschwund bei den Einlegern hervorrufen würde. Im schlimmsten Fall könnte die Bank krachen.

Die Schuldnerländer haben zwei Möglichkeiten über Wasser zu bleiben. Sie können weitere Schulden machen, indem sie neue Bankkredite aufnehmen, oder sie können strikte Sparmaßnahmen einführen, ihre Importe kürzen und ihre Exporte so weit ankurbeln, daß sie mit dem Handelsüberschuß ausländische Devisen verdienen.

Zu der letzten Methode hatten sich die Schuldnerländer zu Beginn der achtziger Jahre entschlossen, und es lief auch bis zu einem gewissen Punkt gut. Im Jahre 1984, nachdem mit den rigorosen Steuerauflagen für die Leute, die den politischen Selbstmord riskiert und alles in die Ankurbelung der Produktion gesteckt hatten, brachten die Länder einen gemeinsamen Handelsbilanzüberschuß von 44 Milliarden Dollar auf, was nicht genug war, um ihre Zinszahlungen abzudecken, aber immerhin genug, um bei ihren Gläubigern

eine gute Portion Optimismus zu erzeugen.

Leider hat dies nicht lange angehalten. Vor den Vereinten Nationen hielten im September 1985 zwei neugewählte Präsidenten aus Lateinamerika, Alan Garcia aus Peru und Jose Sarney aus Brasilien, Reden, die das internationale Banken-Establishment vor Furcht erzittern ließen. Denn zum ersten Mal sprachen Oberhäupter von tief verschuldeten Ländern davon, die ihnen von den Bankers auferlegten rigorosen Sparmaßnahmen zu mißachten und erklärten, daß man noch andere Methoden außer dem Handelsüberschuß einsetzen müsse, um das Geld für die Rückzahlung der Schulden aufzubringen.

Garcia ging soweit, anzukündigen, Peru werde seine nächste fällige Zinszahlung nicht vornehmen. Garcia bestimmte, daß nur 10 Prozent der Einnahmen seines Landes für den Schuldendienst bereitgestellt würden, womit knapp 1 Milliarde Zinsen für das Jahr 1985 unbezahlt blieben. Auch erklärte Garcia, das Geld würde zuerst den internationalen Kreditinstitutionen zurückbezahlt werden, weil sie die einzigen Kreditgeber seien, die auf der Rückzahlung der Kapitalsumme wie auch der Zinsen bestehen.

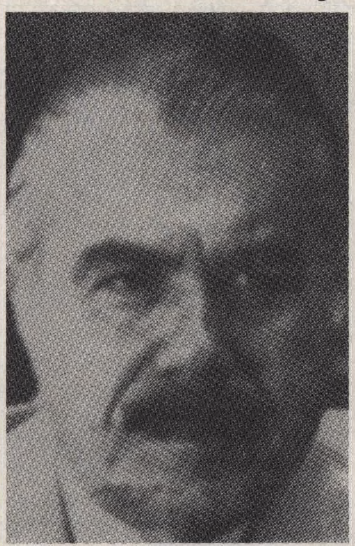
Das bedeutet politischen Selbstmord

Diskutiert wurde auch die Möglichkeit, ein Schuldnerkartell zu errichten, in dem sich die Schuldnernationen zusammentun, um den Banken die Rückzahlungsbedingungen zu diktieren. Die Banken, bemüht zu retten, was zu retten ist, hätten die sprichwörtliche Pistole auf der Brust und müßten unter der Bedrohung eines massiven, kollektiven Verzuges die von den Schuldnerländern vorgelegten Bedingungen akzeptieren.

In der Vergangenheit haben die Banken damit gedroht, Exporte der Schuldnerländer zu beschlagnahmen, die sich zu zahlen weigerten, und lebenswichtige Artikel von der Importliste zu nehmen, zum Beispiel Nahrungsmittel und Medikamente. Aber die Drohungen sind bis jetzt noch nicht an Peru ausgesprochen. Der Baker-Plan zählt Peru zu den Ländern, die für neue Kredite in Frage kommen.

Es gibt eine Reihe von Gründen, warum der Baker-Plan nicht gut gehen wird. Der erste ist, daß die Schuldenlast einfach zu groß ist. Die Schuldnerländer, wenngleich einige von ihnen allmählich eigene Industriezweige entwickeln, gehören immer noch zu den ärmsten Nationen der Welt. Von diesen Ländern zu verlangen, sie sollen einen großen Brocken ihrer jährlichen Einnahmen für die Zahlung von Zinsen an die internationalen Bankers opfern, heißt, von ihren Staatschefs den politischen Selbstmord verlangen.

Auch nimmt das Bevölkerungswachstum in den Ländern der dritten Welt weiterhin beschleunigt zu, in Mexiko und Brasilien nach letzten Angaben mit 2,5 Prozent im Jahr. Dadurch verringert sich das Bruttosozialprodukt pro Kopf und senkt den Lebensstandard weiter.



Jose Sarney mißachtet die seinem Land von den Bankers auferlegten rigorosen Sparmaßnahmen.

Die wirtschaftliche Umwandlung der »jungen Industrieländer«, wie man die Ostasienländer Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong nennt, von verschlafenen Randzonen in blühende Industriezentren, ist überwiegend mit Krediten von internationalen Banken finanziert worden.

Aber das Wirtschaftswunder der NICs, wie die englische Abkürzung dafür lautet, befindet sich seit kurzem auf dem Abwärtstrend. Südkorea, die größte und industriell wichtigste Nation in dieser Region, hat als erste eine Stagnation der Expansion erlebt, von der die Wirtschaft des Landes in den letzten zehn Jahren bestimmt war. Und diese neueste Entwicklung hat in der internationalen Finanzwelt Wellen der Furcht ausgelöst, da Korea weltweit der viertgrößte Schuldner mit rund 45 Milliarden Dollar ist.

Es gibt einen Hauptgrund für den Wirtschaftsabschwung in Korea: der Rückgang der Exporte in die Vereinigten Staaten. Da das amerikanische Wirtschaftswachstum von 10 auf 2 Prozent gesunken ist, ist auch der amerikanische Markt für koreanische Güter zurückgegangen. Schuhe fielen um 2 Prozent, Schiffe um 24 Prozent, Elektronik um 5 Prozent und Leichtindustriewaren um 5 Prozent.

Geld geht auf private Konten

Ein anderer großer Geldverdiener für die koreanische Wirtschaft, die Bauvorhaben im Mittleren Osten, hat Einbußen erlebt, als die Ölpreise fielen. Dabei sind dort Länder zurückgeblieben, die kein Geld haben, um neue Projekte zu finanzieren und auch nicht genug haben, um die begonnenen fertigzustellen.

Die Koreaner sind besonders alarmiert, daß der US-Kongreß in letzter Zeit protektionistische Gesetzesvorlagen eingebracht hat, von denen viele eine direkte Auswirkung auf eine Kürzung der Importe aus Korea haben würden.

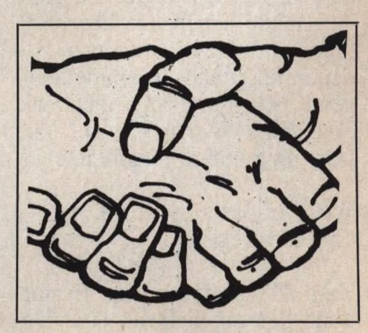
Korea ist nur ein Beispiel eines Landes, das dem von den Bankern diktierten Weg gefolgt ist. Obwohl dieses kleine Land die erfolgreiche Industrialisierung schneller als die anderen Länder der dritten Welt geschafft hat, dient es als ein Beispiel dafür, wie abhängig die Schuldnerländer von dem amerikanischen Markt sind.

Ein anderes Problem liegt darin, daß ein Gutteil des von den internationalen Kreditinstituten geliehenen Geldes zur Förderung des wirtschaftlichen Aufbaus, einem Schlüsselelement des Baker-Plans, in den Taschen korrupter Politiker landet – ein in der dritten Welt weit verbreitetes Problem. Dieses Geld geht dann auf private Schweizer Bankkonten oder zurück in die USA, wo es von neuem investiert wird.

Der primäre Grund für die Schuldnerkrise und ihre Unausweichlichkeit liegt in der Natur des Schuldengeldsystems und der bruchteilhaften Reservepraxis. Das von den Banken verliehene Geld wird aus der Luft geschaffen und existiert nur als elektronische Signale in einem Computer, der es auf zauberhafte Weise auf das Konto des Schuldnerlandes überweist. Wenn es in Verzug gerät, verliert die Bank nur auf dem Papier. Dank der bruchteilhaften Reservepraxis halten die Banken nur einen Bruchteil des Geldes an der Hand, das tatsächlich bei ihnen eingelegt ist.

Die Länder jedoch müssen die Bankkredite mit echtem Geld zurückzahlen, das sie durch Verarbeitung, Bergbau oder Landwirtschaft verdienen.

Es ist ganz klar, daß die Lösung des Schuldenproblems nicht dadurch erreicht wird, daß die Banken ermutigt werden, noch mehr uneinbringliche Kredite zu vergeben. Man darf sich nicht darauf verlassen, daß Amerikas Steuerzahler die Lücke zwischen dem, was diese Länder bezahlen können und wollen und dem, was die Bankers verlangen, schließen. Wenngleich der amerikanische Kongreß nicht gezögert hat, den Großbanken in der Vergangenheit auszuhelfen, so verlieren doch Kautionen für internationale Banken und übermäßige Hilfeleistungen an das Ausland immer schneller an Wählerbeliebtheit, die sie vielleicht einmal hatten, insbesondere da sich die amerikanische Wirtschaftslage verschlechtert und der Wettbewerb aus dem Ausland immer mehr Amerikaner arbeitslos macht. □



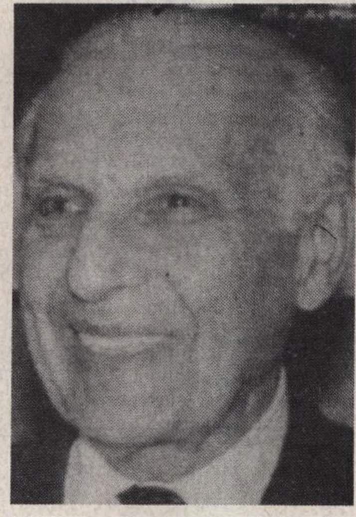
Bankers

Mord als Warnung

Folger Addison

Der erschreckende und gewaltsame Tod von Nicholas Deak, dem internationalen Finanzier, der in seinem Wall Street-Büro niedergeschossen wurde, hat viele Fragen bezüglich des Motivs seines Mörders aufgeworfen.

Man hat eine 44 Jahre alte Frau, die als Lois Lang identifiziert und als eine der vielen Obdachlosen von New York beschrieben wurde, verhaftet und ohne Kaution-Gewährung inhaftiert, und zwar wenige Minuten nachdem sie angeblich zuerst Deaks Sekretärin Frances Lauder, 58, und dann Deak selbst erschossen hatte. Entgegen den ersten Berichten, die die Frau als geistesgestört bezeichneten, erklärte Captain William Quigley von der New Yorker Polizei: »Sie behauptet, diese Firma habe ihr in der Vergangenheit in finanziellen Angelegenheiten Unrecht angetan.«



Nicholas Deak, der 80jährige Cäsar im Devisenhandel, wurde aus eigenem Antrieb oder im Auftrag ermordet.

Untersuchung wegen Geldwäscherei

Die Polizei erklärte, Miß Lang habe schon vorher die Büroräume von Deak-Perera aufgesucht und behauptet, sie sei ein Partner und wolle mit Deak sprechen. Nachdem sie Lauder erschossen hatte, marschierte sie zu Deaks Büro, der sich dort aufhielt. Sie gab drei Schüsse ab, von denen einer ins Herz traf. Wie die Polizei sagte, zerrte sie Deaks Leichnam zurück in sein Büro und sagte: »Jetzt hast Du das Deine erhalten.«

Miß Lang hatte ihren Revolver nachgeladen und wollte gerade gehen, als ein Polizist kam. Quigley sagte: »Er sagte, sie solle die Hände heben. Sie beachtete ihn nicht, und er warf sie zu Boden. Sie sprach zusammenhängend. Sie führte sich nicht wie eine wilde Verrückte auf. Sie war ruhig und untergeben.«

Wie Quigley auch sagte, hat sie kein Strafregister.

Zum Zeitpunkt seiner Ermordung lief gegen Deak eine Untersuchung durch die amerikanische Regierung, und zwar wegen Waschen von Drogengeldern und anderen organisierten kriminellen Handlungen. Deak war der Kapitän eines sinkenden Finanzimperiums: Seine Deak & Co., die Holding-Gesellschaft für Amerikas größten nichtbanklichen Devisen- und Edelmetallhändler, hatte im Dezember 1984 Bankrott erklärt.

Deak, der 80jährige Cäsar für Devisenhandel und Edelmetalle, ist seit langem eine umstrittene Figur gewesen und besaß ein scheinbar unfehlbares, finanzielles Gespür: »Immer wenn Währungen nicht stabil sind«, so sagte er, »werden sie massiv gehandelt.«

Der Trick, mit Devisenhandel Geld zu machen, besteht darin zu wissen, wann man tauschen muß. Zweifellos würde es jedem Spekulanten auf diesem Gebiet helfen, wenn er einen guten Nachrichtendienst über die politischen Situationen in diesen Ländern hat und im voraus von dramatischen Entwicklungen in Kenntnis gesetzt wird.

War die Ermordung eine Auftragsarbeit?

Deak, ein ehemaliger Spion für das Office of Strategic Services, dem Vorläufer des CIA, im Zweiten Weltkrieg, der seine Beziehungen zu den Geheimdiensten zeitlebens aufrechterhalten hat, verfügte über die Kontakte, um solche Vorausinformationen zu erhalten, und er benutzte sie zu seinem eigenen Vorteil.

Die seinen Tod umgebende Spekulation bewegt sich vor allem um die Motive seines Mörders und darum, ob die Ermordung aus eigenem Antrieb oder im Auftrag geschah. Obwohl es Deak immer gelungen ist, angesichts von, oder vielleicht infolge von nachteiligen Umständen Geld zu verdienen, haben viele Anleger in seinen verschiedenen Unternehmungen Millionen verloren.

Während seiner Glanzzeit führte Deak ein Finanz-Service-Netzwerk an, mit 71 Büros in Amerika und Übersee. Er verdiente rund eine Million Dollar im Jahr für sich persönlich. Er veranstaltete zahlreiche Finanzseminare in ganz Amerika, auf denen er die Geschäfte für seine Investment- sowie Handelsfirmen für Gold- und Silberbarren einsammelte.

Diese Seminare, an denen konservative Anleger, angezogen von der Werbung für harte Anlagenwerte, zuhauf teilnahmen, und die von anderen führenden konservativen Finanzberatern inszeniert wurden, brachten Millionen von Dollar von Anlegern herein, die der hohen Inflation der sechziger und siebziger Jahre entgehen wollten.

In Transylvanien – dem legendären Heimatland der Vampire – geboren, kam Deak nach Amerika und gründete 1939 sein Devisen- und Edelmetallimperium. Bevor er ins Ausland ging, hatte er internationalen Handel und Finanzen an dem Königlich Ungarischen Handelsinstitut studiert und in der Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes gearbeitet.

Nachdem Deak sein Devisenhandelsgeschäft in New York begonnen hatte, brach der Zweite Weltkrieg aus. Er war bei dem OSS und führte Missionen hinter den deutschen Linien aus.

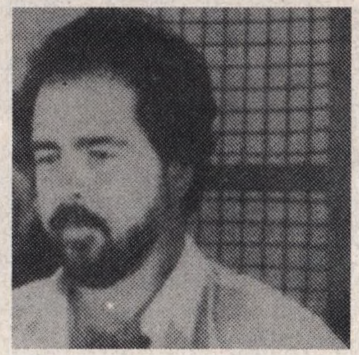
1946 kehrte Deak in die Vereinigten Staaten zurück, wo er seinen Devisenhandel wieder aufnahm, und zwar unter dem Gesellschaftsnamen »Dean and Co.«. Er kaufte dann seinen Hauptkonkurrenten auf, die Perera Company, seinerzeit der führende Devisenhändler für Lateinamerika. Er kaufte eine Bank im Staat New York, nannte sie in Deak National Bank um und startete eine eigene Bank – unerlaubterweise – in Zürich: die Foreign Commerce Bank.

Aufkauf von Erbschaften

Als erster hatte er verbilligte Finanzdienste in Europa offeriert, Mieten für Auslandsbesitz eingezogen, Wechselautomaten in internationalen Flughäfen aufgestellt, sowie Banknoten aus fast jedem Land der Erde gekauft und verkauft.

Deak hat sogar Erbschaften von ausländischen Staatsbürgern gekauft, die Schwierigkeiten hatten, ihr Geld aus ihrem Heimatland herauszuholen; natürlich verlangte er dafür einen entsprechenden Rabatt. Er setzte darauf, daß er mit seinen eigenen beträchtlichen Ressourcen das Geld entweder selbst aus dem Land herausholen oder mit ihm innerhalb der Grenzen des Landes, in dem es eingefroren war, einen Provit erzielen könnte.

Als in den siebziger Jahren in Amerika der Privatbesitz von Gold gesetzlich erlaubt wurde, fing Deak seinen eigenen Handel mit Barren und Münzen an.



William Alderdice verkaufte Edelmetalle, die er niemals besaß, und zahlte hohe »Dividenden« an alte Anleger.

Er ließ sogar kleine Goldmünzen prägen, die als »Deak-Dollars« bekannt sind und sein Profil und seinen Namen tragen.

Später fing er an, Edelmetall-Zertifikate zu verkaufen. Damit kaufen Anleger Gold- und Silberanteile mit Deckung – die Differenz wurde von Deak gegen Zinsen geliehen – an ungeteilten Gold- und Silbervorräten, die angeblich in der Schweiz, in Delaware oder London aufbewahrt wurden.

Die Frage nach Deaks Zugang zu vertraulichen Informationen und den Diensten, die er dafür erbracht hat, ist immer wieder aufgetaucht. Deak stand 1957 vor einem Untersuchungsausschuß des amerikanischen Senats, und zwar wegen des Handels mit deutschen Inhaberschuldverschreibungen im Wert von 245 000 Dollar, die von der sowjetischen Roten Armee erbeutet worden waren. In dem Ausschußbericht hieß es:

»Das Internal Security Subcommittee hat versucht festzustellen, ob die Sowjetunion veranlaßte, daß Geld in die Vereinigten Staaten gelangte, um die Sicherheit des Landes zu unterminieren und um die kommunistische Macht im Ausland zu verbreitern.«

Der Ausschuß hat die Sache niemals vollständig aufgeklärt. Einmal hat Deak auch Hunderttausende von alten israelischen Pfunden gehalten, die von der Regierung eingezogen worden waren und als wertlos galten. Niemals um eine kreative Lösung eines heiklen Problems verlegen, gelang es Deak, die veralteten israelischen Pfunde ausgerechnet im Libanon loszuwerden. Niemand weiß genau, an wen das Geld verkauft wurde, oder zu welchem Zweck.

Während des Vietnam-Krieges wurde in weiten Kreisen behauptet, Deak and Co. leite CIA-Mittel über seine Filiale in Hongkong zum Umtausch in Piaster auf den blühenden Schwarzmarkt von Saigon weiter.

Schmiergelder weitergeleitet

Nachdem Südvietnam in die Hände der Kommunisten gefallen war, erhielt Deak fast ein Monopol auf den Ankauf von Gold von vietnamesischen Flüchtlingen auf Guam. Das Gold wurde weit unter Marktpreis gekauft und dann durch chinesische Kuriere nach Hongkong geschmuggelt.



J. David Dominelli lebte gut von den Geschäften nach den Pyramidenplänen, bis er wegen Betrugs verhaftet wurde.

Trotzdem er keine Gelegenheit ungenutzt ließ und jede der vielen Finanzkrisen seiner Firma als Gewinner überstand, wurde ihm durch die in einem Bericht der amerikanischen Kommission für organisiertes Verbrechen enthaltenen Enthüllungen im Jahr 1984 ein vernichtender Schlag versetzt. In dem Bericht hieß es, Deak and Co. habe wiederholt die Gesetze über die Nachweispflicht von Währungstransaktionen verhöhnt, Gelder von Lockheed Aircraft an japanische Beamte als Schmiergelder weitergeleitet und Hunderte von Millionen Dollar sauber gewaschen, die aus dem illegalen Drogenhandel, hauptsächlich Kokain, stammten, was den größten Schaden angerichtet habe.

Schließlich hatten seine Anleger ihr Vertrauen verloren, und Deak and Co. meldete Reorganisation und Schutz vor seinen Gläubigern an, das war im Dezember 1984. Ausgewiesene Verbindlichkeiten machten 95 Millionen Dollar aus, bei Aktiva in Höhe von nur 62,2 Millionen Dollar.

Aber der größte Schwindel, an dem Deak beteiligt war, war der große Zusammenbruch des Silbermarktes 1968. Der Schwindel basierte darauf, Anlegern Eigentum an Gold und Silber zu verkaufen, das angeblich von Deak gehalten wurde.

Ähnliche Schwindelfälle wurden seitdem von so undurchsichtigen Geschäftemachern wie Alan Saxon, J. David Dominelli und William und James Alderdice begangen. Die letztgenannten vier Männer haben von dem Schwindel eine Zeitlang gut gelebt, indem sie Edelmetalle verkauften, die sie niemals besaßen, und dann »Dividenden« zu fantastisch hohen Raten an alte Anleger zahlten, wobei sie die Mittel der neuen Anleger benutzten. Aber das alles hörte auf, als die von ihnen benutzten Pyramidenpläne umfielen.

Die Brüder Alderdice sind im Gefängnis, Dominelli hat nach seiner Inhaftierung einen schweren Schlaganfall erlitten, und Saxon hat sich selbst umgebracht, als die Seifenblase platzte. Deak hat den Zusammenbruch seines eigenen Plans in den sechziger und siebziger Jahren überlebt, doch schließlich fand auch er ein schlimmes Ende.

Im Jahre 1963 stieg der Weltmarktpreis für Silber über den Wert der US-Währung. Silber wurde ein heißer Tip für Anleger, während Verkäufe und Preise in die Höhe stiegen. Das amerikanische Schatzamt hielt den Preis für Silber, das noch immer an das breite Publikum verkauft wurde, auf dem amtlichen Wert von 1,29 Dollar pro Unze. Doch 1967 stellte das Schatzamt sämtliche Verkäufe an alle nicht-industriellen Abnehmer ein, wodurch der Aufwärtstrend für den Silberpreis weiter angereizt wurde.

Werber für Silber

Es bildete sich ein ganzes Team von Finanzspezialisten, Beratern und Herausgebern von Informationsdiensten, die aktiv für harte Werte, insbesondere für Silber warben. Dazu gehörten der sehr bekannte Richard Cotton und Harry Browne, die, als Angestellte von Deak, zahlreiche Seminare veranstaltet hatten, die von Anlegern und sogenannten Experten besucht wurden, vor allem von Deak. Die Empfehlung der Berater war einfach: Kauft eure Silberbarren gegen Deckung von einer Schweizer Bank, die das Silber für euch aufbewahrt und euch – gegen 8 Prozent Zinsen – bis zu Zweidrittel des Kaufpreises leiht.

Die Anleger würden dann der Bank eine Gebühr von einem Prozent bezahlen, dem Agenten, der das Silber verkauft hat, eine Gebühr von einem Prozent plus 10 Prozent an die Bank von den Gewinnen, die sich aus Preissteigerungen des aufbewahrten Silbers ergaben. Die Schweizer Bank, die den potentiellen Anlegern unweigerlich empfohlen wurde, war Deaks Focobank.

Das enorme Volumen des Silberumsatzes während dieser Periode ist direkt auf die Verknappungstaktik dieser Berater zurückzuführen, die den bevorstehenden Zusammenbruch des Dollar und ein anhaltendes Steigen der Silberpreise voraussagten. Die angenommene Sicherheit eines Schweizer Bankkontos, angesichts der Prognosen über einen US-Währungskollaps und anschließenden sozialen Unruhen, veranlaßten viele Anleger dazu, ihr Geld in Deaks »Silber-Anrechtskonto« zu stekken.

Als jedoch 1968 der Silberpreis zu fallen anfing und der Dollar einen plötzlichen Aufschwung auf den internationalen Märkten erlebte, riefen die Focobank ihre Anleger zu weiteren Deckungsbeiträgen auf und warnte sie, daß, wenn sie nicht sofort mehr Geld zur Deckung des Preissturzes einzahlen würden, ihre Konten von der Bank verkauft werden.

Viele Anleger mußten feststellen, daß ihre Konten sowieso verkauft worden waren, obwohl sie mehr Deckungsbeträge gezahlt hatten. Der Silberpreis fiel von einem Rekordhoch von 2,55 Dollar auf 1,30 Dollar pro Unze. Viele Anleger verloren alles: ihre Anfangsinvestition plus die zusätzlichen Beträge, die sie auf Aufforderung der Focobank als Deckung geschickt hatten.

Natürlich tauchte der Verdacht auf, daß Deak, der enorme Einlagen in seine Focobank durch den Verkauf der Silber-Anrechtskonten hereingenommen hatte, über den bevorstehenden Preissturz bei Silber im voraus gewarnt worden war und erkannt hatte, daß er ihn gewinnbringend für sich ausnutzen konnte.

Tausende individueller Tragödien

Seine Verbindungen zu Geheimdienstkreisen, die ihn vermutlich

Bankers

Mord als Warnung

über kommende politische Umstürze in ausländischen Staaten informiert haben, so daß er seinen Gewinn daraus machen konnte, hätten ihm sicher eine Frühwarnung von dem Vorhaben des amerikanischen Schatzamtes geben können, seine restlichen Silbervorräte zu verkaufen – was den Preissturz veranlaßt hat – und den Markt zu überschwemmen, womit der Preis gedrückt wurde.

Tatsächlich gibt es keinen Beweis, daß Deak mehr als nur einen Papierzettel als Quittung für seine Silber-Anrechtskonten ausgestellt hat. Wie sich herausstellte, hat er niemals nachweisen müssen, daß er tatsächlich all das Silber besaß, das er seinen Kunden versprach, um sie zufriedenzustellen.

Die Story Deak und die Tausende individueller Tragödien, die aus dem Verlust von Investitionen resultieren, sind nicht neu. Immer wenn ein Finanzberater oder Investitionsvermittler einen Interessenten auffordert, daß er ihm das Geld geben solle, damit er es entsprechend anlegen kann, oder man soll ihm die Edelmetalle zur Aufbewahrung geben, beziehungsweise er will Investitionen für einen Anleger tätigen, dann ist man auf jeden Fall am besten beraten, wenn man sich anderweitig orientiert. Einen Ratschlag soll man entsprechend honorieren, aber niemals das Anlagegeld oder die Edelmetalle einem Dritten an die Hand geben.

Je eifriger Anlegern ein gewisser »Service« angeboten wird, desto besser sollte man auf das Portemonnaie achten.

Wenngleich noch unbestimmt ist, ob Deaks Abgang auf die hemmungslose Wut eines betrogenen Anlegers zurückgeht oder das Werk einer irren »Landstreicherin« war, den Unmengen von Beratern und Finanz-Service-Händlern sollte es eine Warnung sein und sie sollten sich dagegen wappnen, daß dies nicht der Anfang eines Trends unter enttäuschten Anlegern wird. □

Bankers

Hilfe für die Sowjets

John Bishop

Da die Ölpreise weltweit fallen und die Erdölproduktion in der Sowjetunion zurückgeht, befinden sich die Kreml-Führer mitten in einer verheerenden Wirtschaftskrise. Doch sie brauchen sich keine Sorgen zu machen, da amerikanische Bankers zu ihrer Rettung herbeieilen.

Vier der größten amerikanischen Banken – Morgan Guaranty, First National of Chicago, Irving Trust und Bankers Trust – haben sich mit der Londoner Tochter der Royal Bank of Canada zusammengetan, um der Sowjetunion bis zu 400 Millionen Dollar zu sehr niedrigen Zinsen zu leihen.

Die Spitze des Eisberges

Die Transaktion übersteigt die Gesamtschulden der Sowjets bei amerikanischen Banken um 125 Millionen Dollar, und wie internationale Wirtschaftsexperten voraussagen, ist dies nur die Spitze des Eisberges.

Um ihre Wirtschaft zu stützen und eine Reihe von schlechten Ernten auszugleichen, greift die Sowjetunion auf massive Importe von Maschinen und Landwirtschafts-Erzeugnissen zurück. Darüber hinaus braucht die Sowjetunion unbedingt ausländische Technologie, um ihren massiven Militärapparat weiterhin an der Weltspitze zu halten.

Um für diesen stets wachsenden Importstrom bezahlen zu können, brauchen die Sowjets unbedingt Devisen – US-Dollar, japanische Yens und Deutsche Mark –, weil die meisten Länder keine Rubel akzeptieren.

Zur Deckung dieses steigenden Bedarfs an Auslandsdevisen hängt die Sowjetunion überwiegend von dem Export ihres Erdöls ab. Die Sowjetunion ist das größte erdölerzeugende »Land« der Welt. Leider sind seit mehreren Jahren die Ölpreise gefallen, während die Erdölproduktion des Landes stetig zurückgegangen ist. Von einer Spitzenhöhe von 12,3 Millionen Barrels pro Tag Rohöl ist die Produktion der Sowjets auf 11,8 Millionen gesunken.

Infolge dieser beiden Faktoren haben die Deviseneinnahmen der Sowjets von 5 Milliarden Dollar auf 3 Milliarden Dollar abgenommen. Zum ersten Mal in den achtziger Jahren verbuchen die Sowjets ein Defizit bei ihren Transaktionen in harten Währungen.

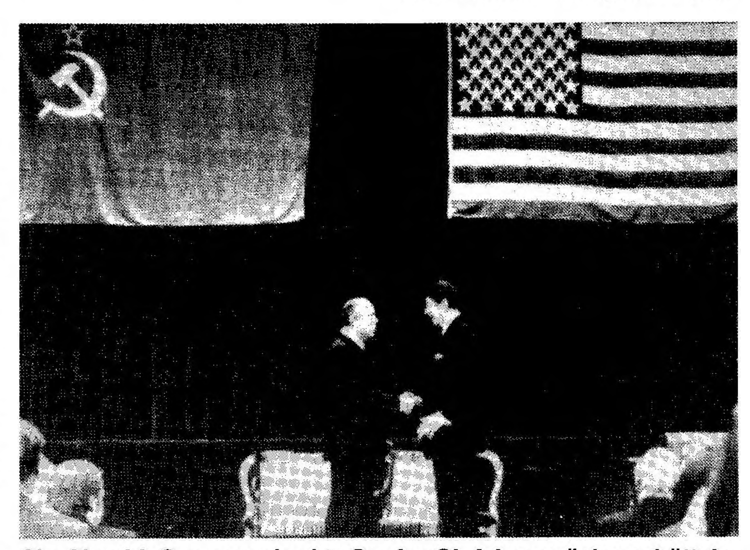
Der Zinssatz für den 400-Millionen-Dollar-Kredit beträgt nur ein Viertel eines Prozentpunktes mehr als der gegenwärtig in London angebotene Interbanksatz von achteinhalb Prozent. Der Londoner Interbanksatz bildet die Grundlage für die Mehrzahl der internationalen Kreditabmachungen.

Gorbatschow braucht Hilfe

Angeführt wird dieses Massenrennen amerikanischer Banken um die Kreditvergabe an die Sowjets von der First National Bank of Chicago. Bereits zuvor hatte die Bank die Führung einer anderen Gruppe übernommen, in der sie die einzige US-Bank war, um Moskau 250 Millionen Dollar zu leihen.

Den 40-Millionen-Dollar-Kredit werden die Sowjets zum Einkauf von Getreide verwenden, rund 75 Prozent davon in Amerika und den Rest in Kanada.

Im Jahr 1985 haben die Sowjets 8 Milliarden Dollar geliehen, um ihre Wirtschaft über Wasser zu halten. Man erwartet, daß sie auch in diesem Jahr weitere 8 Milliarden Dollar borgen werden.



Als Abschlußzeremonie der Genfer Gipfelgespräche schütteln sich Gorbatschow und Reagan die Hand.

Dieses massive Bedürfnis an Auslandskrediten könnte eine Erklärung für die recht freundliche Haltung des sowjetischen Generalsekretärs Michail Gorbatschow gegenüber dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan sein, die ja auch bei dem Gipfeltreffen in Genf zum Ausdruck kam. Gorbatschows Machtgrundlage in der Sowjetunion hängt von seiner Fähigkeit ab, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten seines Landes zu verbessern.

Da er seine Macht innerhalb der sowjetischen Bürokratie noch nicht vollkommen konsolidiert hat, könnte ein Anhalten der Wirtschaftsprobleme möglicherweise Abgang bedeuten. Um einen Wirtschaftsaufschwung zu erreichen, braucht Gorbatschow die Kredite Amerikas. □

Geldreform

Zur Reform der Bundesbank

Albert Lämmel

Vor rund 6 000 Jahren schufen sich die Menschen das »Geld«. Nach mancherlei Vorstufen wie Salz, Reis, Muscheln, Silber und Gold funktionierte es prächtig. Die durch das Geld möglich gewordene präzise Preisbildung und der Preisvergleich noch so verschiedener Waren und Leistungen erleichterte den Waren- und Leistungsaustausch, führte zur steten Arbeitserleichterung, Arbeitsteilung und Rationalisierung und ist aus dem Wirtschaftsleben der Menschen nicht mehr wegzudenken.

Die Machtgier der Herrschenden verbündete sich jedoch mit der Gier der Betrüger. Sie formten das Geldwesen zum bequemen Instrument der zentralen Ausbeutung. Verantwortliche Geldreformer und Wirtschaftskundige suchten seit Jahrtausenden einen Ausweg aus diesem Irrgarten der Macht und des Betruges. Sie konnten sich auf Jesu Christi berufen, denn selbst der »Friedensfürst« trieb die Geldverfälscher und Zinswucherer mit der Peitsche aus dem Tempel. Durch die Hintertür der betrügerischen Geldgesetze schlüpften sie wieder herein.

Im 12. Jahrhundert refomierte Erzbischof Wichmann von Magdeburg, Beauftragter des »Volkskaisers« Friedrich Barbarossa I. das Geld- und Steuerwesen. Das führte zur Hochblüte europäischer Kultur, der Gotik, und wirkte noch nach, als längst wieder gierige Kaiser, Könige, Fürsten und Päpste, oft als willfährige Diener geheimer Finanzcliquen im Hintergrund, die Herrschaft über das Geld an sich gerissen hatten.

Die Folge waren dann die blutigen Bauernaufstände und Kriege bis heute. Thomas Münzer, Freund Martin Luthers und Mitkämpfer der Bauernaufstände, bereitete die Neuordnung des Geldwesens als Ansatzpunkt und Hebel für eine gerechte Neuordnung vor. Der berühmte Festungsbauer de Vauban suchte vor der Französischen Revolution mit einer Denkschrift zur Reform des Geld- und Steuerwesens noch eine Wendung herbeizuführen.

Um 1950 versuchte es noch einmal ein Franzose, der Steuerrebell Pierre Poujade, in Dänemark der bekannte Rechtsanwalt Mogens Glistrup, das Volk für eine Reform des korrupten Geld- und Steuerwesens zu gewinnen, mit kurzem Erfolg.

Ab 1920, nach den schrecklichen Folgen des Ersten Weltkrieges mit Geldentwertung, Hungerjahren und Reparationen, mit der 1929 bis 1933 heraufziehenden Massenarbeitslosigkeit bemühten sich der deutsch-schweizerische Kaufmann Silvio Gesell und der österreichische Volkswirtschaftler Heinrich Färber, das Volk und die Verantwortlichen auf die segensreiche Wirkung eines gerechten Geld- und Steuerwesens hinzuweisen, leider aber auch vergeblich.

Sechs Millionen Arbeitslose führten dann zu Hitler. Hitler führte zu KZ und Krieg, ungeachtet auch der Warnungen Gottfried Feders, des Schöpfers des Programms zur Brechung der Zinsknechtschaft. Er wurde auf Geheiß der Finanziers Hitlers 1933 kaltgestellt.

Die Erkenntnis daraus ist geblieben: ein korruptes Geld- und Steuerwesen ist nicht nur zentraler Massenbetrug, es birgt auch höchste Gefahr, es korrumpiert und demoralisiert von oben nach unten und von unten nach oben, führt zu rücksichtsloser Ausbeutung von Mensch, Tier und Kosmos und bewirkt letztlich nur noch Zersetzung und Zerstörung.

Der folgende Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Aufgaben und Funktion der Bundesbank sollte als Diskussions-Grundlage dienen:

Gesetz zur Neuregelung der Aufgaben der Bundesbank

§ 1: Die Deutsche Bundesbank – künftig Deutsche Notenbank oder Bundesnotenbank – ist gleichzeitig Bundesfinanzkasse. Sie untersteht – wie alle übrigen öffentlichen Verwaltungen – der Aufsicht des Bundesfinanzministers und des Bundesrechnungshofes.

§ 2: Die Bundesnotenbank stellt neues Geld nur im Rahmen der von Bundestag und Bundesrat einvernehmlich bewilligten Steuermittel her; weiteres Geld zum Gesamtgeld-Umtausch – gegebenenfalls mit einem prozentualen Abzug in Höhe der Steuermittel – sowie zum Umtausch abgenützten Geldes ohne Gebühren. Den Termin eines Geldumtausches mit Steuerabzug bestimmen Bundestag und Bundesrat einvernehmlich, zum Beispiel bei Geldfälschungen größeren Ausmaßes sowie als Erstmaßnahme bei Einführung dieses Gesetzes zur Geldgesamtkontrolle.

§ 3: Als Steuergeldherstellung gilt auch jede Erstherstellung von Hartgeld (Münzen). Demnach unterstehen auch alle Münzanstalten der Bundesfinanzkasse. Papiergeld und Hartgeld sind amtliche Geldwertzeichen und dürfen nicht nachgemacht oder verfälscht werden.

§ 4: Die Höhe der jährlich herzustellenden Steuermittel orientiert sich an der Leistungskraft (Produktivität) der Volkswirtschaft und am Finanzbedarf der Gemeinden, ausgewiesen durch deren Haushaltspläne, die auch die Aufgaben und Ausgaben der Kreise, Länder und des Bundes umfassen. Die Souveränität der Steuermittelverteilung liegt demnach bei den Gemeinden.

§ 5: Der ermittelte Gesamtsteuerbedarf ist in einem durch fünf teilbaren Prozentsatz zum Goldvolumen festzulegen und bekanntzugeben (zum Beispiel 20,25 oder 30 Prozent).

Das von der Bundesnotenbank hergestellte Steuergeld ist den Gemeinden nach dem Schlüssel ihrer Einwohnerzahl zu überweisen. Alle bisherigen allgemeinen Steuern, insbesondere Einkommen- und Lohnsteuer, entfallen.

§ 6: Aus den Mitteln der »Automatischen Geldsteuer« zahlen die Gemeinden auch eine allgemeine und beitragsfreie Alters- und Erwerbsunfähigkeits-Rente (Volksrente). Das rentenfähige Alter bestimmen Bundestag und Bundesrat einvernehmlich. Bisherige Pflichtbeiträge für Rentenversicherungen entfallen, die bisherigen Einrichtungen sind aufzulösen, beziehungsweise an die Gemeinden zu übertragen. Die Rentenkassen der Gemeinden sind gleichzeitig auch Zahlstellen für freiwillige Renten-Höherversicherung. Das rentenfähige Alter sollte nach der derzeitigen volkswirtschaftlichen Produktivität nicht über 55 Jahren, die Volksrente nicht unter 1 500 DM liegen.

§ 7: Die Gemeindekassen sind künftig allein zur Aufnahme von Spargeldern befugt. Zinsen werden, ebenso wie für die freiwilligen Höherversicherungsbeiträge, nicht mehr bezahlt. Während der Verfügbarkeit dieser Mittel verwenden die Gemeinden davon 50 Prozent im Rahmen der Haushaltsmittel, 50 Prozent sind an die Bundesfinanzkasse für einen allgemeinen, zusätzlichen Finanzausgleich der Gemeinden abzuführen. So kommt die Sparsamkeit der Bürger den Gemeinden und der Allgemeinheit zugute.

§ 8: Die Bundesbank tätigt keine eigenen Devisengeschäfte, sondern nur mehr im Auftrag der Banken als deren zentrale Ausgleichsstelle.

§ 9: Die Besoldung der Bundesbankbediensteten und der Stellenplan richten sich nach den allgemeinen Richtlinien der größten Sparsamkeit für die öffentliche Verwaltung.

§ 10: Das bisherige Notenbankgesetz (BGBl. 33/1957) tritt hiermit außer Kraft. □

Weitere Informationen zu diesem Thema: Arbeitskreis Demokratisches Geld- und Steuerrecht, Luisenstraße 13, D-7500 Karlsruhe 1.

Palästina

»Wir kämpfen weiter!«

Exklusiv-Interview mit Abu Nidal

Das folgende Interview mit dem militanten Palästinenserführer Abu Nidal, der zur Zeit an oberster Stelle der Liste der Leute steht, die sowohl von Israel als auch von der Reagan-Regierung »gesucht« werden, wurde von einem altgedienten, mit vielen Verbindungen versehenen arabischen Reporter gemacht, der gelegentlich als Sonderkorrespondent für die amerikanische Zeitung »The Spotlight« wichtige Ereignisse im Mittleren Osten beobachtet.

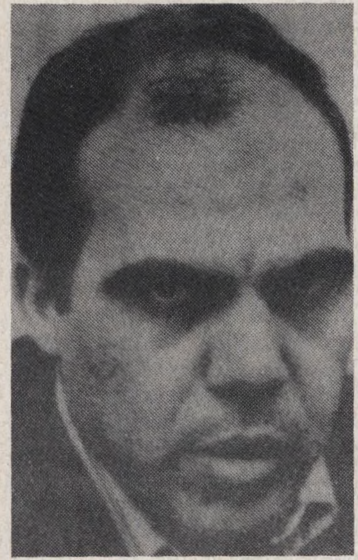
Sie sind heute wahrscheinlich der meist gesuchte Mann in der Welt. Selbst Jassir Arafat und die ihm folgenden PLO-Führer warnen, daß Sie verdammt sind, erschossen zu werden, wenn man sie erkennt, weil sie rebellieren und bewaffnete Aktionen ohne Billigung der PLO angeführt haben. Wie gelingt es Ihnen, bei aller dieser Feindschaft und Verfolgung zu überleben?

Abu Nidal: Arafat und ich sind seit 1970 in grundlegenden Fragen sowohl politischer als auch strategischer Natur verschiedener Meinung. Wir haben die Dinge niemals in derselben Weise gesehen. Zuerst haben ich und die Kämpfer, die wie ich denken, gedacht, daß Dispute zwischen den palästinensischen Aktivisten durch Verhandlung beigelegt werden sollten, innerhalb der Räte der PLO. Aber Arafat und seine Fraktion fing an, gewaltsam gegen uns ins Feld zu ziehen. Es kam zwischen uns zu Zusammenstößen und Blutvergießen.

Arafat nahm Befehle von Israel entgegen

Heute ist unsere Gruppe nicht mehr Teil der PLO. Für diesen Schritt haben wir mit dem Leben von mehr als 150 unserer Mitarbeiter bezahlt, die von Arafats Schützen brutal ermordet wurden.

Mit dem Einsatz solcher Terrortaktiken unter den Palästinensern noch nicht zufrieden, hat Arafat und seine Statthalter



Abu Nidal, der militante Palästinenserführer, wird weltweit von der Reagan-Regierung und Israel gesucht.

Standgerichte abgehalten, bei denen sie mich und meine Leute zum Tode oder lebenslänglich Gefängnis verurteilt haben – in absentia natürlich. Arafat ist weit davon entfernt, mich »eliminieren« zu können.

Welche Ursache hat denn der Konflikt zwischen Arafat und Ihnen?

Abu Nidal: Diese selbsternannten »Befreier«, mit Arafat an der Spitze, haben Befehle von den USA und sogar von Israel entgegengenommen. Sie haben die Sache der palästinensischen Befreiung aufgegeben – in einigen Fällen sogar verraten. Wir werden uns niemals wieder zusammenschließen. Arafat hält sich persönlich für den großen Marionettenspieler, doch in Wirklichkeit liegt er an der Leine unserer Feinde und gehorcht ihrem Befehl.

Es gibt Berichte, daß Sie nicht nur wegen der Politik gegen Arafat sind.

Abu Nidal: Das stimmt. Es geht um die Frage der Hunderten von Millionen Dollar, die Arafat und seine Clique mißbraucht haben. Einige dieser Mittel wurden in reicheren arabischen Ländern gesammelt, um palästinensischen Flüchtlingen in öden Lagern zu helfen, zum Beispiel in Sabra und Shatila, wo Tausende von ihnen in den letzten Jahren von israelischen Söldnern hingemetzelt wurden, und weitere Tausende in schlimmster Armut leben.

Arafat ist nicht ehrlich gewesen, was die Hilfeleistungen für diese Opfer anbelangt. Ich will keine Verschwörung gegen ihn; ich bekämpfe ihn. An dem Tag, an dem Sie erfahren, daß Arafat erschossen wurde, werden Sie wissen, wer seine Erschießung angeordnet hat.

Aber in der Zwischenzeit gibt es Stimmen – sogar arabische –, die Sie als einen Extremisten, einen Terroristen bezeichnen?

Abu Nidal: Extremisten? Es gibt eine Sache, die ich weiß: sogenannte gemäßigte, lauwarme Maßnahmen funktionieren nirgendwo mehr in der Welt. Betrachten Sie die arabische Geschichte. Kein schrittweiser, pazifistischer Versuch hat zu irgend etwas geführt. Die meisten der sogenannten gemäßigten arabischen Anführer, die Sie nennen können, könnte ich als stillschweigende Komplizen oder willfährige Instrumente von Israelis festnageln.

Aber wie steht es um die Anklage, daß Ihre mangelnde Kompromißbereitschaft Sie zum Terrorismus verleitet hat?

Abu Nidal: Die Mobilmachung eines Volkes, um jeden verfügbaren Mann in seinem Kampf gegen einen arroganten Aggressor und Besatzer einzusetzen, das ist eine legitime bewaffnete Aktion. Terrorismus bedeutet das nicht zu rechtfertigende Ermorden von unschuldigen Zivilisten, sei es durch kleine Banden oder Streitkräfte der Regierung.

Wir glauben an legitime bewaffnete Aktionen gegen den Feind, der unser Heimatland besetzt hält – Israel und seine Unterstützer – aber nicht an Terrorismus.

Aber haben Ihre Gegner nicht behauptet, daß Ihre bewaffneten Ausfälle nicht mehr Tote unter den Arabern als unter den Israelis gefordert haben?

Abu Nidal: Die Araber, von denen Sie sprechen, sind zu Kollaborateuren oder Agenten des Mossed (israelischer Geheimdienst) oder dessen US-Helfershelfer geworden. Kein Gegner, dessen Tod uns zugeschrieben werden kann, ist frei von dem Makel einer Verbindung zum Mossad gewesen. Wir heißen das Abschlachten von Unschuldigen nicht gut, und wir beseitigen aus unserer Gruppe auf die eine oder andere Weise jeden, der des willkürlichen Tötens für schuldig befunden wird.

Wer sind die Feinde?

Meinen Sie, daß diese Taktiken Ihnen zum Sieg über Israel verhelfen werden?

Abu Nidal: Schlußendlich, ja. Aber nur nachdem der Kampf gegen den israelischen Invasor zu einer pan-arabischen Bewegung geworden ist. Wir nehmen arabische Anführer aufs Korn, die einer solchen umfassenden Vereinigung aller islamischen Kräfte im Wege stehen, als die schlimmsten Feinde der palästinensischen Befreiung.

Wer sind diese Feinde? Ägyptens Präsident Hosni Mubarak?

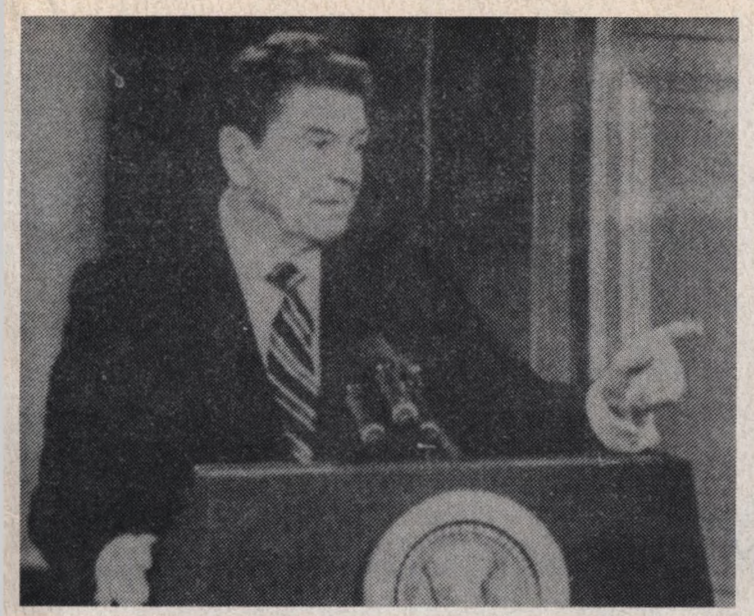
Abu Nidal: Ja. Mubarak ist einer davon. Er arbeitet an einer fortwährenden Beziehung mit Israel und ist ein Feind unserer Sache. Das Regime in Kuwait ist ein anderer. Ebenso König Hussein von Jordanien.

Ist zwischen diesen Personen und Ihnen überhaupt kein Kompromiß möglich?

Abu Nidal: Nein. Unsere Mitteilung an diese Männer ist eine einfache Mahnung: Hochverrat wird mit dem Tode bestraft.

Dürfen wir etwas über Ihren eigenen Hintergrund erfahren und sei es nur, um Ihre Aktionen besser verstehen zu können?

Abu Nidal: Ich spreche nicht gerne über mich selbst. Ich bin mein ganzes Leben lang ein Aktivist und Organisator gewesen.

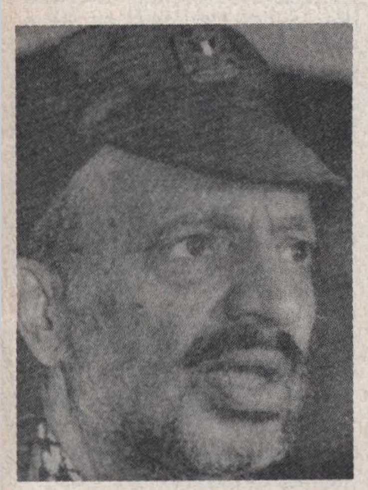




US-Präsident Ronald Reagan und der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, verkünden eine unerbittliche Jagd auf Terroristen vor allem auf Abu Nidal.

Ich habe nur drei Interviews gegeben. Dies ist das vierte, aber meine Identität ist kein Geheimnis. Unsere Feinde, darunter Arafat und seine Clique, wissen nur zu gut, wer ich bin.

Ich bin 1937 geboren, mit dem Namen Sabri Khalil al-Banna. Meine Familie waren reiche palästinensische Kaufleute und Bankiers. Ich habe die Schule in Jaffa besucht, wo die Lehrer französische Missionare waren, und in Jerusalem. Aber als die Zionisten Palästina übernahmen, sind wir vor dem israelischen Terror geflohen. Heute ist meine Familie in alle Winde zerstoben.



Yassir Arafat soll nach Meinung von Nidal Befehle von den USA und Israel entgegengenommen haben.

Zu den Gerüchten um Sie gehört, daß Sie ein amerikanisches College irgendwo im Mittleren Osten besucht haben sollen.
Abu Nidal: Nein. Ich habe für ARAMCO gearbeitet, der saudi-amerikanischen Erdölgesellschaft, und zwar etwa drei Jahre



Auch Hosni Mubarak soll ein Feind der palästinensischen Sache sein und für die Gegenseite arbeiten.

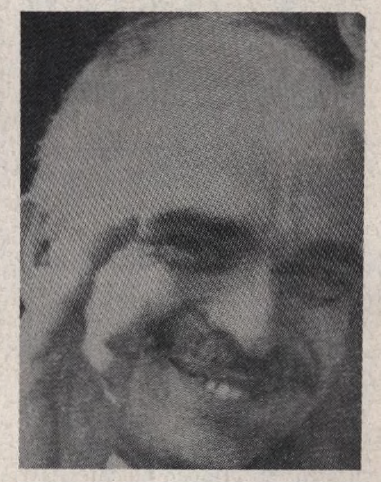
lang. Aber als die saudische Polizei entdeckte, daß ich eine bewaffnete Aktionsgruppe unter den palästinensischen Flüchtlingen in Riyadh zu organisieren versuchte, wurde ich verhaftet und aus Saudi-Arabien ausgewiesen.

Betrachten Sie die saudische Monarchie als einen Feind?
Abu Nidal: Trotz all ihrer sogenannten »Mäßigung« sind sie nicht halb so schlimm wie das Regime in Kuwait. Palästinensische Freiheitskämpfer werden in Kuweit regelmäßig verhaftet und gefoltert.

Was ist mit der Arabischen Liga, die von 22 Nationen gebildete Regionalvereinigung, zu der sämtliche Regierungen des Mittleren Ostens gehören mit Ausnahme Israels?

Der Plan ist einfach: weiter kämpfen

Abu Nidal: Ja, was ist damit? Wo ist diese Arabische Liga? Wo sehen Sie irgendeinen Beweis für ihre positiven, konkre-



König Hussein von Jordanien wird von Nidal als Feind der palästinensischen Befreiung dargestellt.

ten Aktionen zugunsten des palästinensischen Volkes? Was hat sie für die Befreiung des palästinensischen Volkes getan? Was hat sie für die Befreiung unseres Heimatlandes getan? Ich werde es Ihnen sagen: nichts Nennenswertes.

Aber hat die Arabische Liga nicht immer wieder die PLO in ihren Kämpfen unterstützt?
Abu Nidal: Ja, und das Ergebnis davon ist, daß die PLO jetzt nicht mehr existiert – nicht als ein effektives, vereintes Instrument zur Befreiung von Palästina. Das Geld, das seine Stammesführer sammeln, dient nicht mehr unserer gemeinsamen Sache.

Haben Sie die gleiche negative Ansicht über die Vereinigten Staaten?
Abu Nidal: Ja. Auch Amerika existiert für uns nicht – außer als ein gehorsamer Unterstützer und Lieferant für Israel.

Wir sehen nichts von dem wirklichen Amerika – einem Land, dem wir einmal gehofft haben, vertrauen zu können. Lassen Sie die amerikanische Regierung das Zugseil durchtrennen, das sie im Kielwasser von Israel hält – gleich einam Beiboot, das einen Dampfer schleppt – und unsere Ansicht über Amerika wird sich sofort verbessern.

Können Sie uns etwas über Ihre Gruppe und Ihre Pläne für die Zukunft sagen?
Abu Nidal: Ich kann Ihnen nichts über unsere Kämpfer sagen, ohne dadurch ihre Sicherheit zu gefährden. Ich habe das niemals getan. Was die Zukunft angeht, so ist unser Plan einfach: weiter kämpfen, gegen unsere Feinde kämpfen, wo immer und wer immer sie sind, bis die Freiheit Palästinas aus der Einheit der arabischen Kräfte und des arabischen Willens geboren ist. □

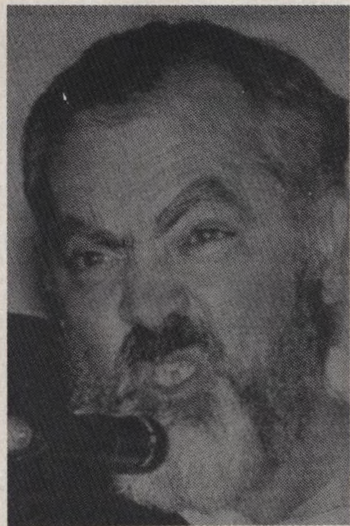
Zionismus

Terror aus dem Untergrund

Charles M. Fischbein

Die zionistische Bewegung manipuliert Juden in aller Welt, beherrscht Banken und Medien, und hat einen gefährlichen Terroristen-Untergrund aufgebaut, der dem israelischen Geheimdienst, dem Mossad, zur Verfügung steht.

In den Vereinigten Staaten gibt es beispielsweise Hunderte von zionistischen Dienststellen mit dem Zweck, Juden und evangelische Christen aus allen sozioökonomischen Schichten anzuziehen und ihre Aktivitäten, einschließlich ihrer finanziellen Ressourcen, zu kontrollieren. Diese Dienststellen reichen von der mächtigen Israel Board Organization (Israel Development Corporation), die Anlagen in Millionenhöhe von Pensionskassen und Angestelltenversicherungen auf sich zieht, bis hin zu der militanten Jewish Defense League (JDL), die derzeit mit einer Kampagne befaßt ist, in der Juden und evangelische Christen in dem Gebrauch von Feuerwaffen und Stadtguerilla-Taktiken ausgebildet werden.


Meir Kahane bricht sämtliche jüdischen Gesetze und Traditionen, in dem er Gewalttaten sanktioniert.

Gemeinsames Ziel von Mossad und B'nai B'rith

Zwischen diesen beiden Organisationen existieren Hunderte von steuerbefreiten Gruppen mit dem Zweck, israelische Universitäten, israelische Krankenhäuser und israelische Religionsschulen zu finanzieren. Es gibt sogar eine Organisation mit dem Zweck, das Verständnis zwischen verschiedenen jüdischen Gruppierungen zu fördern: Die Judd Hirsch Foundation, die von dem amerikanischen Fernsehstar Judd Hirsch aus der Serie »Taxi« ins Leben gerufen wurde.

Alle diese Organisationen haben ein ähnliches Ziel, nämlich die Unterstützung für die Existenz und Expansion des Staates Israel, sowie Befehlsempfänger der Anti-Defamation League der B'nai B'rith-Loge und des Mossad zu sein.

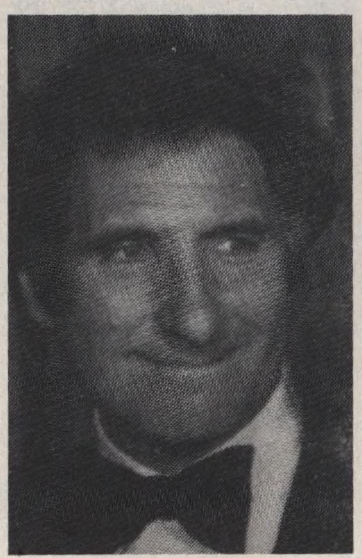
Das breite Spektrum der Organisation dient den Zwecken eines wachsenden zionistischen Untergrunds, der einmal all die Organisationen schützen soll, und zum anderen jegliche Opposition gegen zionistische Machtstrukturen angreifen und zum Schweigen bringen möchte. Der terroristischen JDL nahestehende Organisationen gehen sogar so weit, Filme herzustellen, die so gemacht sind, daß sie die Berichterstattung über Ereignisse im Nahen Osten in den Medien diskreditieren und sie als »proarabisch« bezeichnen.

Eine solche Organisation mit engen Verbindungen zur JDL ist die »Americans for a Safe Israel« (AFSI), die als der gesetzgeberische Apologet für die JDL dient und kürzlich einen großen Film mit dem Titel »NBS's War in Lebanon: The Distorting Mirror« (»NBCs Krieg im Libanon: Der Zerrspiegel«) hergestellt hat.

Zu beachten ist bei der AFSI und anderen Zionisten-Organisationen die Tatsache, daß sie alle das Vorhandensein eines mächtigen zionistischen Untergrunds bestätigen, aber leugnen, daß sie darin verwickelt sind.

Die Fakten jedoch lauten anders. Jede größere Zionisten-Organisation, außer der JDL, gehört zu einem lokalen Jewish Community Council (Jüdischer Gemeinderat) oder anderen verbündeten zionistischen Organisationen. Die JDL handelt unabhängig von dem jüdischen Gemeinderat und ist nur der Regierung in Israel rechenschaftspflichtig, und zwar über den Mossad und die israelischen Streitkräfte.

Jede Organisation, die zu dem Jüdischen Gemeinderat oder der zionistischen Föderation gehört, zahlt einen Teil ihrer gesammelten Gelder an die großen Dachorganisationen, die dann die Mittel für Geheimaktivitäten durch die JDL und andere zionistische Untergrundgruppen zuteilen.


Judd Hirschs Stiftung dient dem besseren Verständnis zwischen verschiedenen jüdischen Gruppierungen.

Die Existenz dieser Terrorgruppen ist den meisten hochgestellten zionistischen Beauftragten bekannt. Selbst die JDL, die eine Beteiligung an einer Reihe von gewalttätigen Ereignissen gegen anti-zionistische und arabische Ziele verleugnet hat, gibt zu, daß es tatsächlich einen breiten und wachsenden jüdischen Untergrund gibt.

In einer von der »New York Times« veröffentlichten Story wird Irv Rubin, nationaler Direktor der JDL in den USA, mit den Worten zitiert: »Es scheint offenbar einen jüdischen Untergrund in den Vereinigten Staaten zu geben.« Weiter sagte er: »Ich will stolze, harte Juden sehen. Ich hoffe, den Tag zu erleben, wenn sie in jede Ecke, jeden Winkel und jede Nische dieses Landes gehen und den Judenhassern eine Lektion erteilen, die sie niemals vergessen werden.«


Irv Rubin, nationaler Direktor der Jewish Defense League in den USA: »Ich will stolze, harte Juden sehen.«

Der JDL fängt auch an, eine wachsende Zahl von Terroranschlägen außerhalb Amerikas auf sein Konto zu schreiben. In derselben »New York Times«-Story heißt es, daß vier israelische Schützen, die auf einen arabischen Bus auf den von Israel besetzten Westbanks geschossen und sieben Fahrgäste verwundet haben – es geschah im März 1985 –, in JDL-Lagern in New York und Kalifornien im Umgang mit Feuerwaffen ausgebildet wurden.

Trainierte Fanatiker

Auf dieselbe Weise wie fehlgeleitete arabische Terroristen dazu angeworben werden, Greueltaten gegen unschuldige Bürger in aller Welt zu begehen, wirbt die JDL fehlgeleitete Zionisten an und verabreicht ihnen eine Gehirnwäsche, so daß sie glauben, die einzige Lösung für das Überleben Israels bestehe in der Ausradierung aller Araber und Anti-Zionisten.

Hand in Hand mit der ADL, dem Simon Wiesenthal-Center und den Americans for a Safe Israel-Organisationen, die jeden Anti-Zionisten als Anti-Semiten zu etikettieren trachten, holt sich die JDL die Fanatiker und bildet sie in Terrortaktiken in den USA und in Israel aus.

Während alle Menschen guten Willens und Gewissens sinnlose Gewalt und Terroraktionen gegen Zivilisten bedauern dürften, ist es von Interesse, daß die JDL, unter der Leitung des orthodoxen Rabbi Meir Kahane, sämtliche jüdische Gesetze und Traditionen bricht und Gewalttaten gegen unschuldige Menschen sanktioniert.

Die Struktur der jüdischen Gemeinde und ihrer christlichen Zionisten-Mitläufer wird somit zur Unterstützung dieses wachsenden terroristischen Untergrunds benutzt. Die Ironie dabei ist, daß die Mehrzahl der Leute, die an die israelisch orientierten Organisationen Beiträge spenden, keine Ahnung davon haben, wo ihr Geld hingeht, und die meisten würden nicht einen Pfennig für die Unterstützung von Terroristen geben, wenn sie wüßten, daß ihr Geld für solche Zwecke mißbraucht wird.

Jedoch werden in den kommenden Monaten die JDL und andere Randorganisationen wie zum Beispiel die AFSI noch kühner werden, da sie die Empörung ausnutzen werden, die durch den zunehmenden Einsatz von sinnlosen Terroraktionen radikaler arabischer Randgruppen ausgelöst werden wird, die ihre fehlgeleiteten Frustrationen an Zivilisten auslassen.

Die Frage ist, welche Gruppe wird als erste Schritte unternehmen, um die Spirale von Haß und Totschlag zu unterbrechen. Nach allem, was zu hören ist, wird es nicht die JDL sein, die öffentlich erklärt hat, daß sie die Vertreibung aller Araber aus Israel unterstützen will. Es werden auch nicht die arabischen Randgruppen von Terroristen sein, die dem zionistischen Terror Rache geschworen haben.

Der einzige mögliche Weg, die eskalierende Gewalttätigkeit zu stoppen, liegt darin, daß die Vereinigten Staaten den Blankoscheck streichen, den sie Israel jeden Tag ausstellen, und den Status der Steuerbefreiung für AFSI, ADL und andere zionistische Organisationen widerrufen, die eine ansteigende Terrorwelle unterstützen. □



Mitglieder der Jewish Defense League lernen in den Bergen von Los Angeles den Umgang mit Feuerwaffen.

CIA

Ärger mit Schatten-Soldaten

Victor Marchetti

Das US-Army-Netzwerk der geheimen Militäreinheiten, die die Aufgabe haben, Terrorismus abzuwehren, Geiselnahmen zu bewältigen und andere Spezialunternehmungen durchzuführen, steht wegen Betruges und Mißbrauchs von Staatsmitteln unter Untersuchung.

»Delta Force«, offizieller Name »First Special Forces Operational Detachment-Delta (Airborne)«, die Gruppe, die 1980 den Befreiungsversuch für die amerikanischen Geiseln im Iran grob verpatzte, steht im Mittelpunkt einer Untersuchung in den USA.

Die Sache ist sehr groß

Über 80 Mitglieder der Eliteeinheit, die in Fort Bragg in Nordkarolina stationiert ist, haben sich lieber für eine »nichtgerichtliche Bestrafung« entschieden, als sich einem öffentlichen Militärgericht zu stellen. Mehrere Mitglieder der Army's Office of Special Operations« in Washington wurden von einem amerikanischen Bundesgericht angeklagt, beziehungsweise vor ein Militärgericht in Virginia gestellt. Andere Sondergruppen wie »Seaspray« (Forst Rotary Wing Test Activity) mit Basis in Fort Eustis in Virginia, die an Geheimeinsätzen in Mittelamerika beteiligt waren, werden ebenfalls untersucht.

»Das Pentagon versucht, diesen Skandal unter Verschluß zu halten«, wie ein früherer hochrangiger paramilitärischer Spezialist gegenüber Journalisten äußerte. »Doch weder Noel C. Koch, der stellvertretende zweite Verteidigungssekretär, der für die Überwachung der Sonderkommando-Einheiten zuständig ist, noch Verteidigungsminister Caspar W. Weinberger, oder auch das Weiße Haus, werden ungeschoren davonkommen. Diese Sache ist zu groß. Tatsächlich befaßt sich bereits der Kongreß mit diesem Schlamassel.«

Dennoch wurde in Alexandria, Virginia, auf Veranlassung des zweiten US-Staatsanwaltes Theodore Greenberg, ein Untersuchungsausschuß eingesetzt, der mit der Beweisaufnahme darüber begonnen hat, was über den sich zusammenbrauenden Skandal an die Presse durchgesickert ist. Es war ein verzweifelter Versuch der amerikanischen Regierung – auf Drängen des Weißen Hauses – diese Information der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Die Untersuchung über diese wenig bekannten Militäreinheiten begann vor zwei Jahren, als der Generalinspekteur der US-Army selbst Fragen bezüglich ihrer Finanzierung und Ausgaben stellte, sowie bezüglich ihrer Kontrolle oder deren Nichtvorhandensein. Schon bald wurde offensichtlich, daß etwas faul war.

Erlaubnis zum Geldwaschen

Die Special Operations Devisions beispielsweise verfügte über einen Stab von 20 Leuten und einen Jahresetat von mehr als 100 Millionen Dollar, also 5 Millionen Dollar pro Person. Darüber hinaus hatte die Geheimeinheit die Erlaubnis, ihr Geld zu »waschen«, so daß die Spuren nicht zum Pentagon zurückzuverfolgen sind.

»Wenn es jemals eine Versuchung zum Diebstahl gegeben hat, dann diese«, wie ein Army-Offizier sagte, der mit solchen Unternehmungen vertraut ist.

Colonel James E. Noble, ein Militärrichter, der den Vorsitz in einem der großen Betrugsfälle

CIA

Ärger mit Schatten-Soldaten

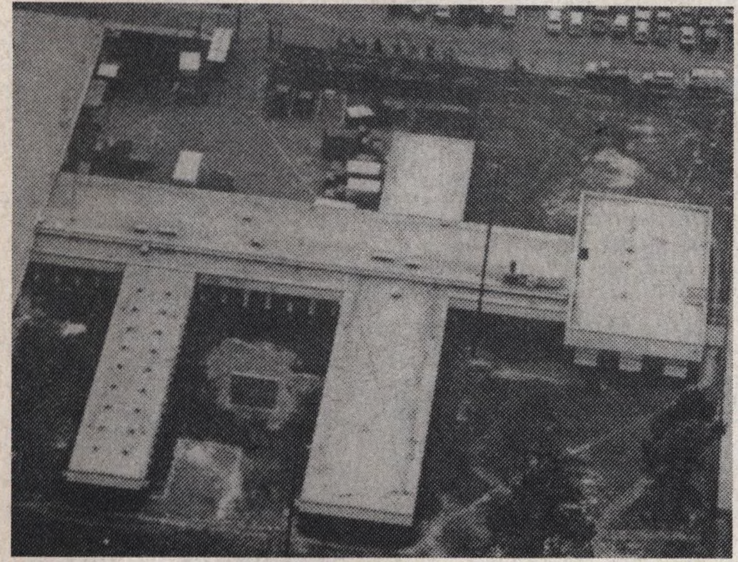
führt, die den Sondergruppen der Army vorgeworfen werden, sagte dazu: »Die Army hat diese ungewöhnlichen Mittel gewählt, um die Rechenschaftspflicht für ihr Geld zu umgehen. Der Staatsanwalt wird es daher schwierig finden nachzuweisen, daß eine gesetzliche Forderung gegen diese Soldaten besteht.«

Zu den vielen Mißbräuchen, die zur Untersuchung anstehen, gehören: Spesen, die den Schatten-

Andere Gruppen haben Briefkastenfirmen eingerichtet, um Flugzeuge zu kaufen, die niemals für geheime Einsätze benutzt wurden, und für die die Regierung einen überhöhten Preis bezahlte.

Lügner und Betrüger

»Diese Typen sind eine Bande Lügner und Betrüger – manchmal beides«, so ein früherer CIA-Experte für Paramilitärisches. »Wann werden wir jemals lernen, daß man den Militärs niemals vertrauen darf, wenn es um Geheimoperationen geht? Diese Dinge übersteigen einfach ihre Tauglichkeit.«



Dies ist der Ausbildungsbereich in Fort Bragg, der unter dem Namen »Projekt Delta« bekannt ist.

soldaten entstanden sind, als sie sowjetische Autotelefone in Westeuropa mit Wanzen versehen haben oder sowjetische Beamte in den Vereinigten Staaten abgehört haben oder Abhörgeräte in den Konferenzraum eines Staatsoberhauptes in Mittelamerika geschmuggelt haben.

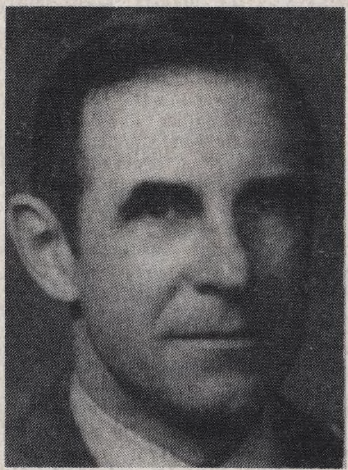
Für diese Einsätze haben die geheimen Soldaten anscheinend der Army ihre Arbeit in Rechnung gestellt, und dann noch einmal dem Verteidigungsministerium, in einigen Fällen sogar noch dem CIA. Der Kommandant einer Gruppe, ISA (Intelligence Support Activity), »erwarb einen Heißluftballon von der Drug Enforcement Agency (Rauschgiftbekämpfungs-Dezernat) sowie einen Rolls Royce »für mögliche zukünftige Aufgaben«.

Die CIA-Profis sind über den Skandal besonders wütend, teils deshalb, weil sie wegen ihrer engen Verbindung mit den Schattensoldaten der Army über einen Kamm geschoren werden. Das »Zivilflugzeug« der Army, das letztes Jahr über Nicaragua abgeschossen wurde, wobei alle Passagiere umkamen, befand sich auf einer CIA-Mission.

Die Hubschrauber, die den libanesischen christlichen Führer Bashir Gemayel 1981 von Ägypten nach Beirut brachten – nachdem er die Unterstützung von Ronald Reagan erhalten hatte –, wo er die Präsidentschaft in jenem Land antrat, wurden von Schattensoldaten unter Vertrag mit dem CIA geflogen.

»Es wäre nicht notwendig gewesen, in diesen Situationen auf die Army zurückzugreifen«, klagte ein CIA-Informant. »Aber das Weiße Haus hatte uns unter Druck gesetzt, diese Leute zu verwenden. Wir hätten die Sache alleine selbst besser gemacht, und wir hätten subtilere und fortschrittlichere Mittel verwendet.«

Ein anderer CIA-Informant sagte: »Wir haben für diese Art Arbeit durchaus Militärs in der



Edward C. Meyer, ehemaliger Stabschef der US-Army, zum Netzwerk der Schattensoldaten: »Es gelten andere Regeln.«

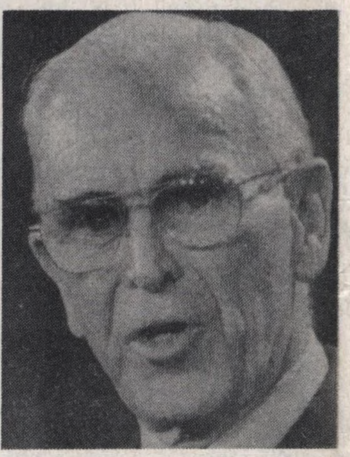
Vergangenheit eingesetzt. Aber wir haben sie damals an kurzer Leine gehalten, und das hat gewöhnlich gut funktioniert. Sie waren in den U-2- und SR-71-Programmen von unschätzbarem Wert. Sie waren in Korea und Vietnam hilfreich. Manchmal allerdings haben sie etwas vermasselt, aber solange wir die Kontrolle hatten, ließ sich alles in Ordnung bringen. Und genau das fehlt heute: Kontrolle.«

Wie man sagt, ist das größte Problem für die geheimen Elitegruppen der Army Präsident Reagan. Nach Meinung vieler paramilitärischer Experten ist Reagan, in seinem Wunsch etwas gegen den Terrorismus zu unternehmen, über das Ziel geschossen. Er zeigt »eine Neigung, sich für Lösungen à la Hollywood zu entscheiden, wenn er vor komplexen Problemen steht. Er glaubt Rambo kann alles lösen«, wie ein ehemaliger Adjutant im Weißen Haus äußerte.

Auch die Generäle im Pentagon, sowohl außer Diensten als auch im Dienst, sind nicht mit dem von Reagan verfolgten Ansatzweg glücklich. Sie achten jedoch sorgfältig darauf, ihn nicht offen zu kritisieren. General a. d. Edward C. Meyer, der Stabschef war, als die Reagan-Regierung das Army Netzwerk der Schattensoldaten geschaffen hat, sagt jetzt einfach nur: »Es gelten andere Regeln.«

General a. D. John W. Vessey jr., ehemals Vorsitzender der Gesamtoberbefehlshaber, sagte, die Army »hat sich von diesem ganzen James Bond-Zeug verleiten lassen«.

Ein früherer Drei-Sterne-General sagte es unverblümter: »Es



Drei-Sterne-General a. D. John W. Vessey: »Die Army hat sich von diesem James-Bond-Zeug verleiten lassen.«

ist keine Frage der Loyalität. Sie sind patriotische Amerikaner – genauso wie die Rüstungsindustrie. Aber beide neigen dazu, unehrlich zu sein, wenn sich eine Chance zeigt, schnell an Geld zu kommen.«

Aufgrund der Probleme, die die Geheimgruppen der Army ausgelöst haben, werden im Pentagon wie auch im amerikanischen Kongreß Schritte vorbereitet, um alle diese Einheiten sowie ähnliche in der Navy und Air Force unter die Kontrolle einer einzigen Amtsstelle zu bringen. □



Spionage

Prediger spitzeln für Geheimdienst

Charles M. Fischbein

Das amerikanische FBI untersucht einen ausgeklügelten Spionagering, der einige der führenden christlichen Prediger mit Spionage-Aktivitäten auf hoher Ebene in Verbindung bringt, in deren Mittelpunkt Organisationen stehen, die von prominaten Fernseh-Predigern in den USA und dem American Christian Trust for Israel (ACT) geleitet werden. Beim ACT handelt es sich um eine zionistische Organisation, die vom Mossad, dem israelischen Geheimdienst kontrolliert wird. Gegründet wurde und geleitet wird ACT von der Ehefrau eines Wissenschaftlers in Spitzenstellung bei einem großen amerikanischen Raumfahrt-Unternehmen an der Westküste.

Bestätigt wurden Informationen, daß Anhänger von Christian Trust for Israel (ACT) auf einige der höchsten Posten in der US-Militärführung und in der Reagan-Regierung gekommen sind. Während die amerikanischen Establishment-Medien schließlich gezwungen waren, diese Tatsachen zu veröffentlichen, daß Israel seine Finger in einem innerhalb der Vereinigten Staaten operierenden ausgeklügelten Spionagenetzwerk hat, erfuhren Journalisten, daß das Netz sehr viel tiefer reicht, als ursprünglich veröffentlicht, und daß versucht wird, den Schaden zu vertuschen, den dieses Netzwerk bisher verursacht hat.

Spionage aus religiöser Überzeugung

Aus der Presse haben US-Bundesbehörden erfahren, daß ein hoher Beauftragter eines wichtigen US-Rüstungsherstellers, der top-secret Weltraumforschung betreibt, diese Informationen an Israel weitergibt und eng mit dem ersten Testpiloten eines anderen wichtigen militärischen Auftragnehmers kooperiert, der in großen Mengen Kampfflugzeuge an arabische Länder verkauft. Dieser Testpilot ist ein enger Freund des Weltraumspezialisten und ein Anhänger des American Christian Trust for Israel, der die Unterstützung der führenden Fernsehprediger der USA genießt.

Dieser erste Testpilot trifft sich häufig mit ACT-Anhängern und gibt ihnen Top-secret-Informationen über die Konstruktionsbeschaffenheit der Flugzeuge seiner Firma sowie über ihre Kampfleistungen. Diese Angaben gehen weit über das hinaus, was die Israelis aufgrund von Sonderabmachungen zwischen den Vereinigten Staaten und der zionistischen Regierung zu erfahren berechtigt sind.

Es steht noch nicht fest, ob diese Person die Spionage rein wegen seiner religiösen Überzeugung betreibt, oder ob er von der israelischen Regierung Geld erhält.

Informationen im Austausch an die Sowjets

Bestätigt wurde jedoch, daß das FBI an der Untersuchung von ACT arbeitet, und daß seine Anhänger einige der höchst vertraulichen Stellungen in der Industrie, im Militär und in der Regierung innehaben, darunter auch Top-Beratungspositionen im Weißen Haus.

In einem Telefongespräch mit dem Chef der betriebsinternen Sicherheitsabteilung des Weltraumunternehmens erfuhren Journalisten, daß das Unternehmen die Angelegenheit selbst prüft, jedoch keine Einzelheiten bezüglich des betriebseigenen Sicherheitsdienstes an die Öffentlichkeit verbreitet. Wie zu erfahren ist, könnten Untersuchungen dieser Art Jahre dauern, ehe die beteiligten Personen festgenommen werden.

In dem Gespräch mit dem Public Relations-Direktor des Flugzeugbauers, dessen erster Testpilot die Informationen an das Weltraumunternehmen weitergibt, haben Journalisten erfahren, daß diese Firma einige technisch hoch entwickelte US-Flugzeuge und Leitsysteme an eine Anzahl arabischer Länder verkauft. Wenngleich diese Länder als amerikafreundlich betrachtet werden, so befinden sie sich noch immer im Krieg mit Israel, womit die Informationen, die den Israelis von dem Piloten gegeben werden, äußerst wertvoll für das militärische Establishment in Israel sind.

Abgesehen von der Gefährdung der nationalen Sicherheit Amerikas könnte die Spionagetätigkeit dieser pro-israelischen Evangelisten viele freundlich gesinnte arabische Länder dazu zwingen, mit der Sowjetunion über zukünftige Waffenverkäufe zu verhandeln, wenn sie zu der Meinung kommen sollten, daß die amerikanische Regierung die Vertraulichkeit der Systeme, die sie kaufen, nicht garantieren kann. Man weiß aber auch, daß Israel diese Informationen an die Sowjets im Austausch gegen die Auswanderungsgenehmigung für sowjetische Juden verkauft.

Hochgestellte arabische Journalisten behaupten, daß man in arabischen Ländern sich große Sorgen über den weiteren Einkauf bei US-Waffenherstellern macht, weil man befürchtet, daß die sehr geheimen Leistungsdaten über diese Waffen in den Händen der Israelis sein könnten, noch bevor diese Länder die bestellten Geräte in Empfang nehmen.

Bekannt wurde dies zu einer Zeit, da das FBI und andere US-Regierungsstellen ihre Untersuchungen über Spionageaktivitäten innerhalb der USA durch die israelische Regierung ausweiten und das Netz, das diese Prediger umgibt, anscheinend enger wird.

Viele der christlichen Prediger, die sich an der Spionage für Israel beteiligen, sind besessen von dem Konzept von Harmageddon und haben keine Skrupel, wenn es darum geht, Israel und die instabile Lage in Nahost zu unterstützen, um die Flamme des Hasses gegen die Araber zu schüren.

Besessen von Harmageddon

Eine solche Besessenheit von Harmageddon könnte schließlich sogar zu einer atomaren Konfrontation in Erfüllung der biblischen Prophezeiung von Feuer und Untergang führen, die die Christenprediger mit dem Eifer eines aalglatten Werbemanagers der Madison Avenue zu fördern scheinen.

Jedoch sind die auf US-Bundesebene tätigen Untersucher zu dem Schluß gekommen, daß sie die israelischen Spionageindustrie nicht mehr leugnen können, und in Zukunft werden die amerikanischen Massenmedien keine andere Wahl mehr haben, als einige der an höchster Stelle stehende Bürokraten ebenso wie große Rüstungsunternehmen als Spione Israels zu entlarven.

Viele der Leute, die sich gegenwärtig an solchen Aktivitäten beteiligen, versuchen, sich von Verbindungen mit israelischen Agenten zu distanzieren. Sie erkennen aber, daß es jetzt bereits zu spät ist, den Folgen ihrer illegalen Spionagetätigkeit zu entrinnen.

Inzwischen wurde ein getreuer Zionist, Abraham Sofaer, nach Israel geschickt, um die Angestellten der israelischen Botschaft zu befragen, die plötzlich die USA verlassen haben, als man Jonathan Pollard verhaftet hat, der der Spionage für Israel angeklagt ist.

Die Regierung von Israel hat versprochen, in den amerikanischen Untersuchungen des Pollard-Falles zu kooperieren. Sie hat aber typischerweise nichts darüber verlauten lassen, andere Spionageaktivitäten in Amerika einzustellen. □



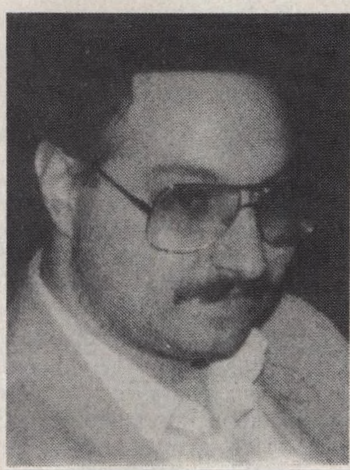
Spionage

Wer ist in den USA doppelt-loyal?

P. Samuel Foner

»Pollard ist nur die Spitze des Eisberges.« Dieser Kommentar eines in New York beheimateten Geheimdienst-Spezialisten bezog sich auf die Verhaftung von Jonathan Pay Pollard, einem zivilen Angestellten der US-Marine, der der Spionage für Israel angeklagt ist. »Aber halten Sie die Wassersuppe, die über ihn verbreitet wird, nicht für echte Brühe«, wie der Informant hinzufügte.

In einer Diskussion über den derzeitigen Spionageskandal in Washington sagte der Geheimdienstexperte unter der Bedingung, daß seine Identität geschützt bleibt: »Es ist unglaublich, aber nach dem Mißgeschick mit Pollard haben die Israel-Apologeten in der Regierung und den nationalen Medien versucht, die amerikanische Öffentlichkeit dazu zu überzeugen, daß dies ein Einzelfall sei. Jedermann im Geheimdienst-Geschäft weiß, daß höchste Politiker in der Reagan-Regierung einen steten Strom an vertraulichen Informationen nach Israel senden. Sind sie Spione?«



Jonathan Jay Pollard, ein ziviler Angestellter der US-Marine, ist der Spionage für Israel angeklagt.

»Pollard konnte einfach nicht den Mund halten, und das könnte zu großen Schwierigkeiten für den gesamten israelischen Spionageapparat in Amerika führen«, so erklärte der Geheimdienst-Spezialist.

Neben Pollard wurde auch Larry Wu-tai Chin verhaftet, ein CIA-Experte, der für Rotchina spionierte. Damit belaufen sich die Verhaftungen wegen Spionage in den letzten zwölf Monaten auf insgesamt 15. Das FBI hat dagegen nur acht Leute wegen Spionage in den letzten drei Jahren in Haft genommen – je zwei in den Jahren 1983 und 1984, sowie vier 1982. Die Reagan-Regierung meint dazu, die Zunahme sei nicht auf mehr Spionage zurückzuführen, sondern auf mehr Entdeckung.

In der amerikanischen Zeitschrift »The Spotlight« wurde in den letzten Jahren wiederholt exklusiv über die Aktivitäten einer Anzahl von Leuten berichtet, die zu den höchsten Politikmachern und Geheimdienstexperten zählen, sei es innerhalb oder außerhalb der Regierung, die zumindest doppelt-loyal sind in bezug auf den nahöstlichen Ministaat, der oft als »Amerikas bester Verbündeter« bezeichnet wird.

Hier eine Liste der wichtigsten Personen mit einer Zusammenfassung ihrer Aktivitäten und welche Rolle sie in dem Spiel haben:

Stephen D. Bryen

In den amerikanischen Establishment-Medien als ein »Washingtoner-Makler« bezeichnet, ist Stephen D. Bryen der stellvertretende zweite Verteidigungssekretär für internationale Wirtschafts-, Handels- und Sicherheitspolitik. Im Sommer 1985 kam es in der Bryen-Untersuchung zu einer neuen Wende, als die »Nation«, eine linksgerichtete politische Wochenzeitung in den USA, einen Bericht veröffentlichte, der viele frühere »Erstmeldungen« in »The Spotlight« bestätigte.

Den Fußspuren der historischen Exklusivberichte dieser Zeitung folgend, beschuldigte »Nation« Bryen, er habe »regelmäßig Befehle von Zvi Rafiah erhalten, einem Berater bei der israelischen Botschaft«.

In den USA ist bekannt, daß Rafiah als der amerikanische Stationschef der geheimen Abteilung des Mossad, dem israelischen Geheimdienst, gedient hat, als er in Washington im Amt war. Das FBI und das US-Justizministerium haben Bryen fünf Jahre lang untersucht für eine Anklage, daß er ein nicht eingetragener Agent und Spion für Israel sei.

Aber kurz nach seiner Berufung auf den Posten in der Regierung ging seine super-geheime, 632 Seiten starke Akte auf geheimnisvolle Weise im US-Justizministerium »verloren«.

Wie erfahrene Abwehrleute sagen, hat die FBI-Untersuchung über Bryens geheime Aktivitäten »auch ein ausgearbeitetes, geheimes Netzwerk enthüllt, das Geheimoperationen des Mossad mit der israelischen Lobby und einflußreichen Gruppen von ›konservativen‹ Machtmaklern in Washington verbindet«.

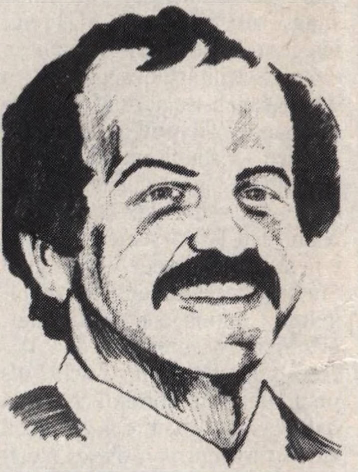
Im März 1983 wurde dann die verschwundene Bryen-Akte auf geheimnisvolle Weise wiedergefunden. Doch war das Aufgetauchte sehr stark zensiert, und Bryen setzte seinen Weg durch die oberen Ebenen der Washingtoner Bürokratie fort.

Im April 1983 meldet sich einer von Bryens Hauptanklägern, der aus Nord-Dakota stammende Geschäftsmann Michael P. Saba, freiwillig zu einem Lügendetektortest im FBI-Büro in Washington. Saba hatte dem Justizministerium in einer eidesstattlichen Erklärung mitgeteilt, daß Bryen, seinerzeit ein hoher Mitarbeiter des Senatsausschusses für Auslandsbeziehungen, im Verlaufe eines Gespräches, das er in einem exklusiven Hotelcafé in Washington mitgehört habe, ein Agent für den Mossad sei.

Saba hörte mit, wie Bryen Geheimdienst-Informationen an zwei Männer weitergab, die als Mossad-Agenten verdächtig waren. Als über Israel gesprochen wurde, benutzte Bryen das Wort »wir«. Wenn über die USA gesprochen wurde, sagte er »sie«.

Richard Perle

Einer von Stephen Bryens Hauptsponsoren in der amerikanischen Bundesbürokratie, Richard Perle, ist der zweite Verteidigungssekretär für internationale Sicherheitspolitik. Bekannt für seine enge Beziehung zu Bryen, während sie beide an der Seite von einflußreichen Sensatsmitarbeitern in der Amtszeit Carters standen, »ist Perle auch ein alter ›Pro-Israel‹«, der jüngst von der Zeitung »Globe« als »geschickter, lautloser Manipulator der nationalen Sicherheitspolitik Amerikas« denunziert wurde.



Stephen Bryen aus dem US-Verteidigungsministerium erhielt regelmäßige Befehle aus der israelischen Botschaft.

Im Sommer 1983 wurde Perle vereinzelt in der amerikanischen Presse angegriffen, weil er enor-

me Beratungsgebühren – einige Berichte sagten 150 000 Dollar – von einem israelischen Waffenkonzern entgegengenommen und dann dessen Produkte bei der US-Army propagiert habe, nachdem er einen hohen Posten im Pentagon erhalten hatte.

Am 25. August 1978 – wie »The Spotlight«-Geheimdienst-Informanten die Szene beschrieben – stürzte der CIA-Direktor Admiral Stansfield Turner wütend in das Büro von Senator »Scoop« Jackson, seinerzeit Boß von Perle im Senatsausschuß für die Streitkräfte.

Turner sagte zu Jackson, daß David S. Sullivan, ein hoher Spezialist in dem super-vertraulichen CIA-Office of Strategic Research (Büro für strategische Forschung), erwischt worden sei, als er geheime Dokumente entfernt und an Perle übergeben habe, dessen keineswegs saubere Sicherheitsakte Berichte über private Kontakte zu israelischen Geheimdienstlern in Washington enthielt.

Verärgert war der CIA-Direktor vor allem darüber, wie diese Quellen berichteten, daß Sullivan »Akten entwendet hat, deren Geheimhaltungsstufe achtmal höher als ›top-secret‹ war«.

Diese Dokumente enthielten, wie eine Quelle sagte, »absolut die am strengsten geheimgehaltenen Angaben, die der CIA jemals in seinen Tresoren aufbewahrt hat. Sie enthielten Daten darüber, wie der CIA seine Nachrichten über die Sowjetunion erhalten hat.«

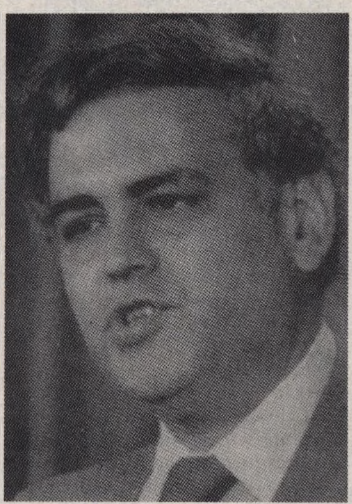
Wütend verlangte Turner, Jackson solle Sullivans Komplizen Perle »auf der Stelle« entlassen. Doch der altgediente Israel-Befürworter verblieb auf seinem einflußreichen Posten.

Einen noch stärkeren Beweis für die Macht der israelischen Lobby auf Capitol Hill wurde geliefert, als Sullivan, der auf Turners Anordnung persönlich aus dem CIA-Büro abgeführt wurde, sofort wieder auf die Gehaltsliste der Regierung gesetzt wurde. Er wurde als ein »Geheimdienst-Berater« von Senator Lloyd Bentsen angeheuert.

Noel Koch

Zu denjenigen, die ein starkes Comeback in der nationalen politischen Szene in der zweiten Amtszeit Reagans gemacht haben, gehört Noel C. Koch, der schon für Präsident Nixon als Spendensammler unter den reichen Freunden und Befürwortern Israels gedient hat und nach dem Watergate-Skandal in weiten Kreisen als »bloß ein weiterer Beutelhalter des Weißen Hauses« galt.

Doch seit kurzem erscheint Koch, der jetzt stellvertretender zweiter Verteidigungssekretär für »Gegenterrorismus« und verdeckte Streitkräfte ist – schon an sich eine Schlüsselaufgabe –, immer häufiger in der Prestigepresse, wo er als der »Hauptstellvertreter« von Richard L. Armitage bezeichnet wird, dem zweiten Verteidigungsminister für internationale Sicherheitsangelegenheiten der USA.



Richard Perle ist ein alter »Pro-Israel« und geschickter Manipulator der US-Sicherheitsinteressen.

Ein Ergebnis von Kochs neuerlichem Auftauchen im Washingtoner »Machtkorridor« ist, daß zwei Pentagon-Abteilungen, in denen die wichtigsten politischen Grundsätze für Übersee formuliert werden – das Büro für internationale Sicherheitspolitik unter der Leitung von Richard Perle, und sein Gegenstück für Sicherheitsangelegenheiten unter der Leitung von Koch –, von eisernen Doppelt-Loyalen geleitet werden.

Michael Ledeen

Ein anderer der Israel-über-alles-Anhänger mit einem starken Comeback ist Michael Ledeen, ein professioneller Stratege. Ledeen war verantwortlich für einen Großteil des schlechten Pro-Israel-Rates, der zu der unheilvollen Nebenrolle der Vereinigten Staaten bei der israelischen Invasion im Libanon 1982 geführt hat.

Ledeen, ein in Washington stationierter Politologe, längst als Doppelt-Loyaler bekannt, wurde 1983 als Berater des US-Außenministeriums gefeuert, nachdem er als Hauptschrittmacher hinter dem Libanon-Debakel identifiziert worden war.

Anfang 1985 stellte sich heraus, daß Ledeen noch für einen anderen Spionagedienst gearbeitet hat, nämlich für den italienischen SISMI. Trotz dieser anstößigen Vergangenheit wurde Ledeen im September 1985 als Berater für Terrorismusfragen für das Weiße Haus ernannt – angeblich von Reagans Chefberater für nationale Sicherheitsfragen, dem kürzlich zurückgetretenen Robert McFarlane.



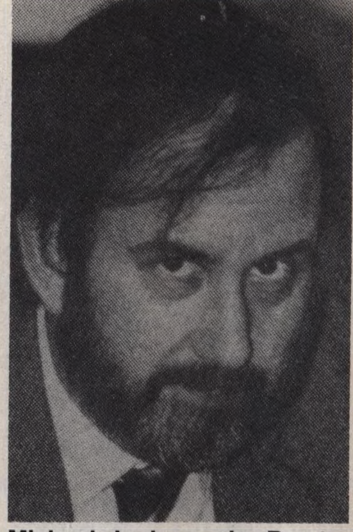
Noel Koch diente schon für Präsident Nixon als Spendensammler unter den reichen Freunden Israels.

Zusammen mit Joseph Churba ist der für das Weiße Haus tätige Ledeen bei Sicherheitsüberprüfern für seine Verbindungen zu zwei ausländischen Spionagediensten bekannt. Ledeen und Churba konzentrieren sich auf die Beeinflussung von Entscheidungen im Nationalen Sicherheitsrat der USA. Bei getrennt geführten Untersuchungen wurden Ledeens Verbindungen mit dem SISMI, dem skandal-umwitterten militärischen Geheimdienst-Direktorium Italiens sowie dem Mossad festgestellt.

Barbara Ledeen, die Ehefrau des Beraters, wurde als eine wichtige Leitung für vertrauliche Informationen identifiziert. Frau Ledeen arbeitet für das US-Verteidigungsministerium und wurde von Perle und Bryen angestellt.

»Dies bedeutet, daß die Durchsetzung des Pentagons unter Perle und Bryen sowie das Wabennetz im Weißen Haus unter Ledeen integrale Bestandteile einer großangelegten israelischen Operation sind«, wie ein Sicherheitsbeamter erklärte, der mit den Einzelheiten der FBI-Untersuchung vertraut ist.

Wie »The Spotlight« und auch »Diagnosen« berichteten, hat



Michael Ledeen als Berater des US-Außenministeriums, ist der Hauptschrittmacher hinter dem Libanon-Debakel.

der ausländische Agent Francisco Pazienza sein Schweigen in den USA gebrochen und kompromittierende Enthüllungen zu streng gehüteten Geheimnissen gemacht, darunter die Mittäterschaft von amerikanischen Beamten in Mossad-Unternehmungen. Zu den genannten Namen gehörten Michael Ledeen, der, wie Pazienza enthüllte, ebenfalls im Sold des italienischen Geheimdienstes stand.

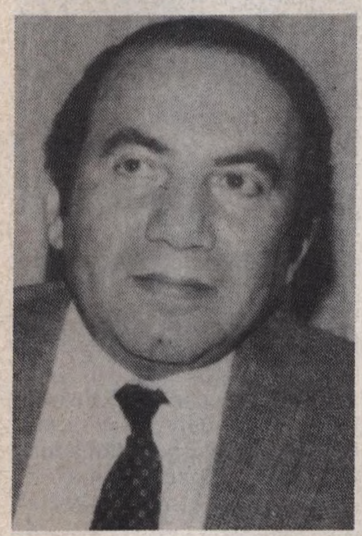
Joseph Churba

Joseph Churba, ein einflußreicher doppelt-loyaler »Insider« gehört zu den Anführern eines Angriffs auf Präsident Ronald Reagan und seine Mitarbeiter, die als »fuschende Amateure« und »Strohmänner« bezeichnet werden, die von »besseren Führern« abgelöst werden müssen.

Wer ist in den USA doppelt loyal?

»The Spotlight« schrieb dazu: »Im Weißen Haus ist man zunehmend besorgt über die Attacke, die von Michael Ledeen, Joseph Churba und Edward Luttwak angeführt wird – drei hohe politische Berater, die seit langem in FBI-Spionageabwehr-Berichten als verdächtige Mitarbeiter des Mossad identifiziert sind.«

Von Churba glaubt man, daß er einer der Männer war, die geholfen haben, Jimmy Carters politische Karriere in den Jahren



Joseph Churba steht im Verdacht, Jimmy Carters politische Karriere in den Jahren 1978/79 zerstört zu haben.

1978/79 zu zerstören, als man der Meinung war, der Präsident der Demokraten unterstütze Israel unzureichend.

Zu der Zeit des Libanon-Feldzuges hatte die Regierung Begin die Fähigkeit, »das Aussehen des Nahen Ostens nach ihrem Willen zu verändern«, wie Churba erklärte. Während er mehrere von Reagans Spitzenmitarbeitern wütend beschuldigte, »zu den Arabern zu tendieren«, nannte Churba namentlich den Präsidentschaftsberater Edwin Meese, den stellvertretenden Stabschef Michael Deever und den nationalen Sicherheitsberater William Clark als die Gegner der weiteren Expansion Israels.

Churba, ein enger Freund des Journalisten John Rees, erhielt einmal einen günstigen Artikel in »Review of the News«, der von der John Birch Society veröffentlicht wird.

John Rees

Vielleicht eine der rätselhaftesten Figuren auf der Washingtoner Bühne, wird John Rees verdächtigt, mit ausländischen Geheimdiensten in Verbindung zu stehen.

Zu Beginn der siebziger Jahre widerrief er öffentlich und lautstark seine seit langem gepflegten Beziehungen mit den radikalen Linken. »The Spotlight« kommentierte diesen Schritt mit den Worten: »Sein Verlassen des ultraliberalen Schiffes war so geschickt getimed und inszeniert, daß ihm der scheinbar unmögliche Streich gelang, den Konservativen als eine Art Held zu erscheinen, indem er sie glauben machte, er habe ihrem Zweck schon immer gedient.«

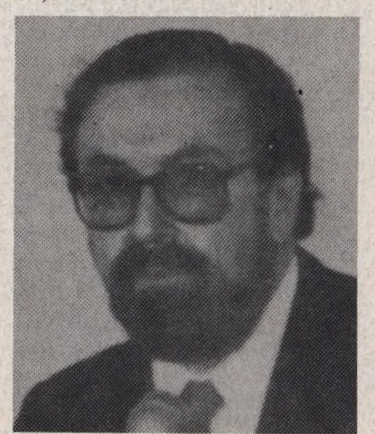
Rees fand zwei mächtige Beschützer: den verstorbenen Abgeordneten Larry McDonald und den verstorbenen Robert Welch, Leiter der John Birch Society.

Rees wurde 1926 in England – wahrscheinlich London – geboren. So gut wie nichts ist über seine Jahre in England bekannt, obwohl es Gerüchte gibt, daß er Verbindungen mit dem britischen Geheimdienst MI-6 gehabt hat und Journalist gewesen sein könnte.

Die erste »handfeste und nachweisbare« Referenz über John Rees stammt erst aus dem Jahr 1962, als er im Alter von 36 Jahren angeblich England verlassen hat, um sich in den Vereinigten Staaten niederzulassen. Dagegen sagen einige Geheimdienstexperten, die seine Aktivitäten überwacht haben, er sei erst 1963 nach Amerika gekommen.

Rees erreichte bald eine gewisse Berühmtheit wegen seiner Verbindung mit der Autorin Grace Metalious, deren Bestseller-Roman »Peyton Place« sie zur unumstrittenen Porno-Königin machte. Rees wurde zum einzigen Erben ihres Nachlasses ernannt, doch verzichtete er schnell auf sein Erbe, als er erfuhr, daß es in rund 200 000 Dollar Schulden bestand.

Der nächste öffentliche und nachweisbare Auftritt von Rees fand in Newark, New Jersey, statt, und zwar im Kielwasser von umfangreichen Tumulten, die sich im Anschluß an die Ermordung von Martin Luther King im Jahre 1968 ereigneten. Zu dieser Zeit tritt Rees als der fachmännische Informationssammler auf, der er einwandfrei ist, und als öffentlicher Verbün-



John Rees sammelt Informationen wie andere Leute Briefmarken sammeln und handeln.

deter von links-gerichteten Dissidentengruppen, die er, wie er später behauptet, »infiltriert« hat.

In seinem Buch »No Cause for Indictment: An Autopsy of Newark« (»Kein Fall für eine Anklage: Eine Autopsie Newarks«) berichtet der Autor Ron Porambo, daß nach Kings Ermordung Rees plötzlich als ein Unterhändler zwischen den Newark-Beamten, einschließlich Polizeihauptmann Charles Kinney (der Leiter des Newark Police Department Subversions-Teams war), und keiner geringeren Person als dem schwarzen Nationalisten Le Roi Jones auf der Szene erschienen ist, der das Black Arts Repertory Theater in Harlem mit Hilfe eines US-Bundesdarlehens in Höhe von 40 000 Dollar unterhielt.

Man fand später heraus, daß das »Theater« eine Fassade für die Ausbildung von neuen Terroristen war. Bei einer Polizeirazzia in den sechziger Jahren wurde ein großes Waffenlager entdeckt.

Als Hobby Nachrichten-Handel

Viele Leute haben schon von »Western Goals« gehört, aber nur wenige erkennen, daß sie einer Organisation entsprungen sind, die 1968 von Rees gegründet worden war, und National Goals Inc. hieß. Obwohl die Organisation erfolglos war, bildete sie die Grundlage für ein anderes Rees-Projekt namens »Information Digest«, ein Nachrichtenbrief, der bis zum heutigen Tag an die örtlichen Polizeibehörden versandt wird und angeblich Angaben über linksgerichtete Gruppen liefert. Rees arbeitet mit dem Syndikatsschreiber Jack Anderson und dem Desinformations-Spezialisten Irwin Suall von der Anti-Defamation League (ADL) zusammen.

In den sechziger Jahren zogen Rees und seine Frau nach Washington. Sie beteiligten sich mit verschiedenen Anliegen in Gruppen der Linken. Dazu gehörte auch die Übernahme von führenden Positionen an dem Rockefeller-verbundenen Institut für Politische Studien und der Washington National Lawyers Guild, einer sehr umstrittenen Vereinigung.

1973 widerrief Rees öffentlich seine linken Verbindungen und bezeugte vor dem Senate Internal Security Subcommittee seine linksgerichteten Aktivitäten und diejenigen seiner Freunde. Seit dieser Zeit nun hängen sich John und Louis Rees den Mantel von »Konservativen« um und schließen sich eng an McDoland, und über ihn, an die John Birch Society an.

Ein Faden läuft durch alle Aktivitäten von Rees, unabhängig von dem politischen Spektrum, bei dem er angeblich zu finden ist, und das ist das Wohlergehen des Staates Israel.

Ein Beobachter, der die Karriere von Rees über lange Zeit beobachtet hat, erklärte: »Rees sammelt Informationen wie andere Leute Briefmarken sammeln und handeln. Es ist sein Hobby und seine Karriere. Es ist praktisch sein ganzes Leben.« ☐

Henry Kissinger

»Räuber zu mieten«

Peter Blackwood

Es ist kein Zufall, daß gerade in dem Moment, da die mexikanische Regierung noch einen weiteren Besuch der Delegation des Internationalen Währungsfonds (IWF) erhalten soll – während das Land in einer der heftigsten Debatten darüber steht, ob Mexiko die Route Perus in der Frage der Auslandsschulden einschlagen soll oder nicht – das Wirtschaftskabinett unter Führung von Finanzminister Jesus Silva Herzog eine Verbindung mit den blaublütigen Oligarchen von Monterrey eingeht, um die Dienste der Kissinger-Gesellschaft mit dem Spitznamen »Räuber zu mieten« zu beanspruchen.

Zu diesem Zweck traf der lateinamerikanische Schuldenexperte der Kissinger-Gesellschaft, Alan Stoga, in Monterrey ein. Eingeladen wurde er vom Rat der Institutionen von Nuevo León, der alle führenden Geschäftsorganisationen der sogenannten »Monterrey-Gruppe« vertritt. Dort erklärte Stoga den mexikanischen Geschäftsleuten in einem privaten Treffen, daß Mexikos wirtschaftspolitische Richtlinien »während des vergangenen Jahres uneinheitlich waren, und zwar infolge des Rückgangs der Ölpreise und dem wachsenden Ärger bereitenden Protektionismus der Vereinigten Staaten, der der mexikanischen Wirtschaft schaden könnte«.

Funktion wie die Mafia

Stoga empfahl, Mexikos Wirtschaft soweit nur möglich zu »liberalisieren«, weil es angebracht sei, »sowohl kurz- als auch langfristig, das Handelssystem, die Devisenkurse und das Preissystem freier zu machen. Die Industrie sollte weitgehendst privatisiert werden, und man muß ein fortschrittlicheres Finanzsystem schaffen, um im Inland größere Ersparnisse zu ermöglichen.«

Zum Schluß verkündete Stoga die Notwendigkeit, daß Mexiko dem GATT beitritt.

Die Kissinger Associates Inc. wurde 1982 gegründet, als die mexikanische Wirtschaft gerade mitten in einer Krise steckte. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, ihren Einfluß geltend zu machen, um ibero-amerikanische und andere Regierungen gefügig zu machen, den Forderungen der Finanzoligarchie nachzugeben.

Ihre Funktionen sind im wesentlichen die der Mafia in den dreißiger Jahren: Verkauf von Schutz an diejenigen Interessen, die ihn anfordern, und Eliminierung – durch politische und wirtschaftliche Erpressung – derjenigen Einzelpersonen, Industrieunternehmen oder Regierungen, die sich ihren politischen Diktaten widersetzen.

Und daher beweisen Stogas Gebote, daß die Linie von Kissinger Associates immer dieselbe ist: Wenn sich die nationalen Märkte nicht für Auslandsinvestitionen öffnen, wenn die Schulden nicht bezahlt werden, sei es in Geld oder Gut, wenn die Vorschriften des Internationalen Währungsfonds (IWF) nicht buchstabengetreu eingehalten werden, dann folgt daraus die Kapitalflucht, Zusammenbruch der Investitionsausgaben und politische Destabilisierung – und Kissinger Associates werden stets dafür sorgen.

Stoga war Vizepräsident der First Chicago Corporation. Er ist auch ein Mitglied der »Western Hemisphere Commission« für Schulden, die von David Rockefellers »Americas Society« gegründet wurde. Die Kommission bildete 1983 die sogenannte »Ditchley-Gruppe« oder auch »Gläubigerkartell« genannt, weil zu ihr sämtliche führenden Handelsbanken gehören und sie darauf spezialisiert ist, die Schulden um jeden Preis beizutreiben.

Ermutigt durch den »Rat« von Kissinger Associates und verankert in der Linie von Friedman und der Wharton School, die sie ausgebildet haben, kamen die Geschäftsmänner von Monterrey von ihrem Treffen mit Stoga zurück und erklärten, daß »der Mangel an reinem Willen zur Änderung der Fehler in Fragen der Wirtschaft und Politik die Amtszeit des derzeitigen Präsidenten zu der ineffektivsten macht, die es jemals gegeben hat«.



Henry Kissingers Associates Inc. erfüllt die Funktionen der Mafia in den dreißiger Jahren.

Dies äußerte Jorge Arrambide Garza, ein Direktor der Industrievereinigung Canacintra. Er fügte hinzu, daß »übermäßige öffentliche Ausgaben und Subventionen die Hauptursachen für eine hohe Inflationsrate in Mexiko sind. Mexikos staatliche Unternehmen müssen verkauft werden, und die Bürokratie muß abgebaut werden, damit die Ressourcen freigesetzt werden, die im privaten Sektor eingesetzt werden können. Der Regierung fehlt es an Mumm, diese Maßnahmen zu ergreifen.

Kein Job für das liebste Kind

Mexikos Finanzminister Silva Herzog, der sich mit der organisierten Arbeiterbewegung zusammensetzte, vertrat dieselbe Linie. Nicht nur äußerte er sich eindeutig gegen ein Schuldenmoratorium, sondern auch gegen den Widerstand, für den sich der peruanische Präsident Alan Garcia entschieden hat und nur 10 Prozent der Exporteinnahmen des Landes für die Rückzahlung von Auslandsschulden zu bewilligen. Er verwarf auch jegliche Möglichkeit zu einer kontinentalen Allianz zwecks gemeinsamer Neuverhandlungen der Schuldenlast. Er verneinte, daß er neue Kredite aufnehmen möchte, sei es für den Wiederaufbau in dem Erdbebengebiet, sei es für Schuldentilgung. Statt dessen benutzte er Stogas Argument, daß das Land seine »inländischen Ersparnisse« ankurbeln müsse. Mit anderen Worten: mehr Sparpolitik.

Wie man aus gut informierten Kreisen erfahren hat, wird das Finanzministerium vermutlich demnächst einen neuen Chef bekommen. Aber Silva Herzog wird nicht gern arbeitslos. Deshalb, so diese Kreise, spielt Silva Herzog bei Kissinger Associates Inc. lieb Kind. Allerdings wird es in Anbetracht des berüchtigten Rassismus unter Mitgliedern der Kissinger Gesellschaft für unwahrscheinlich gehalten, daß er bei Henry Kissinger einen neuen Job finden wird, mag er sich auch noch so anstrengen. ☐

Henry Kissinger

Comeback als Senator

Tom Bradley

Der frühere amerikanische Außenminister Henry Kissinger erwägt, 1988 in New York für den US-Senat zu kandidieren. Es scheint, daß die Bemühung von der Konservativen Partei im Staat New York inszeniert wird, die eng mit der Republikanischen Partei in New York verbunden ist.



Henry Kissinger erwägt eine Kandidatur für den US-Senat, und zwar als Vertreter der Konservativen Partei in New York, die von William F. Buckley jr. (rechts) kontrolliert wird.

Vermutlich als ein Versuchsballon wurde der Presse in New York durch Serphin R. Maltese, Exekutivdirektor der Konservativen Partei, signalisiert, daß Kissinger an einem Versuch interessiert sei, den demokratischen Senator Daniel Patrick Moynihan von seinem Sitz im US-Senat zu vertreiben, der 1988 zur Neuwahl ansteht.

Ein sehr verwundbarer Senator

Interessanterweise ist die New Yorker Konservative Partei eng mit dem Verleger und Kolumnist der »National Review«, William F. Buckley jr. und seinem Bruder, dem ehemaligen Senator James L. Buckley, verbunden, der seinen Senatssitz für New York 1976 an Moynihan abtreten mußte.

Der Vorsitzende der Konservativen Partei ist J. Daniel Mahoney, der auch Rechtsanwalt von William F. Buckley jr. bei dessem jüngsten erfolglosen Versuch war, Liberty Lobby zu vernichten, und zwar mit einer Verleumdungsklage in Washington, die abschlägig beurteilt wurde.

Maltese erklärte, er sei an Kissinger mit der Möglichkeit herangetreten, daß Kissinger für den Senat kandidiert. Der Vorschlag wurde gemacht, als die beiden an einer jüngst in New York City veranstalteten Spenden-Gala zugunsten des Präsidentschaftskandidaten der Republikaner Jack Kemp aus Hamburg, New York, teilnahmen.

Maltese sagte gegenüber dem Kolomnisten der New Yorker Zeitung »Post«, Fred Dicker, er habe Kissinger mitgeteilt, daß Moynihan 1988 »sehr verwundbar« sei und »wahrscheinlich von anderen Demokraten in den Vorwahlen herausgefordert« werden wird.

Laut Dicker war Maltese »sehr überrascht«, daß Kissinger für diese Möglichkeit durchaus empfänglich war.

Welche Rechtfertigung hatte Maltese dafür, daß die Konservativen Kissinger unterstützen, der seit langem ein Mitglied des Rockefeller-Flügels der Republikanischen Partei ist?

Kissinger, so Maltese, »saß während des Diners rechts von Jack. Ich denke, dies ist sicher ein Zeichen dafür, daß Jack Kemp fühlt und wie jene Kemp-Unterstützer fühlen, die an dem Diner teilnahmen.«

Eine rauhe Schlittenfahrt

Wie jedoch Maltese dazu kommt, anzunehmen, daß Moynihan »sehr verwundbar« sein wird und 1988 in einer Vorwahl vermutlich auf Opposition von seinen Parteigenossen treffen wird, ist ein Rätsel. Tatsächlich hat Moynihan Buckley 1976 leicht besiegt, als er in den US-Senat gewählt wurde, und er ist 1982 mit einer überwältigenden Mehrheit gegenüber einem aufrichtigen Konservativen wiedergewählt worden, nämlich Florence Sullivan aus Brooklyn. Die Wahrheit ist, daß Moynihan in New York äußerst beliebt ist, die Stadt wird von der Demokratischen Partei beherrscht.

Tatsache ist auch, daß es für den republikanischen Kandidaten für den Senat aus New York sehr wahrscheinlich eine rauhe Schlittenfahrt werden wird, da Ronald Reagan nicht mehr an der Spitze auf der Parteikarte steht. Reagan holte New York sowohl 1980 als auch 1984, aber der republikanische Präsidentschaftskandidat für 1988 wird sehr wahrscheinlich den Staat verlieren, insbesondere da die Demokraten vermutlich keinen politischen Stolperer wie Jimmy Carter oder Walter Mondale als ihren nationalen Kandidaten aufstellen werden.

Die New Yorker Konservative Partei wurde 1962 von Mahoney, seinem Schwager Kieran O'Doherty und einer Handvoll anderer gegründet. Darunter Mitarbeiter von »National Review«. William F. Buckley jr. hatte die »National Review« 1955 in Manhattan, einer Gemeinde der Stadt New York, installiert und lieferte, wie Mahoney sagt, »perfekte Werber für die Organisationsbemühungen der Konservativen Partei«.

Jedenfalls stellte die noch junge Konservative Partei einen Schlitten voll mit Kandidaten als Gegner für Nelson A. Rockefeller auf, der sich um die Wiederwahl als Gouverneur bewarb, sowie für den republikanischen Senator Jacob K. Javits, der ebenfalls zur Wiederwahl anstand.

Bei der Wahl erhielten die Konservativen nur einen Bruchteil der gesamten abgegebenen Stimmen, aber damit hatte die Partei einen regelmäßigen Platz auf dem Wahlzettel für den Staat New York.

Wie die konservative Führung äußerte, war die Partei gegründet worden, um den Linksdrall dieses Staates unter der republikanischen Führung von Nelson A. Rockefeller gegenzusteuern.

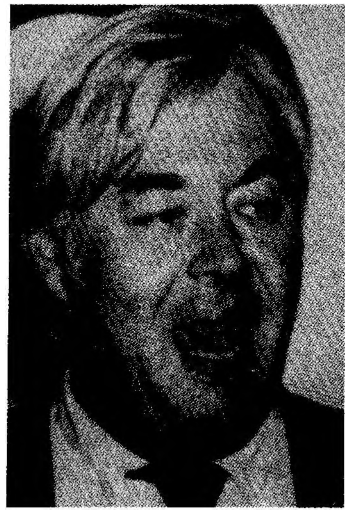
Die Konservativen machten ihren ersten großen Wahlwirbel im Jahr 1965, als sie William F. Buckley jr. in ein Drei-Parteien-

Rennen um den Bürgermeistertitel der Stadt New York schickten, und zwar gegen den liberalen republikanischen Abgeordneten John V. Lindsay und den Demokraten Abraham D. Beame. Wenngleich Lindsay über Beame und Buckley siegte, so erhielt der Verleger von »National Review« doch respektable – jedenfalls für einen dritten Parteikandidaten in New York Stadt – 341 226 Stimmen.

Kehrtwendung zu Rockefeller

1968 schickten die Konservativen den Bruder des Zeitungsmanns, James L. Buckley, gegen Javits ins Feld. Obwohl Buckley verlor, konnte er einen großen Stimmenanteil verbuchen.

1970 wurde Buckley wieder für den Staat aufgestellt, diesmal gegen einen höchst unbeliebten Senator, Charles Goodell, einen liberalen Republikaner, der von Gouverneur Nelson Rockefeller in den Senat berufen wurde, nachdem Senator Robert F. Kennedy ermordet worden war.



Daniel Moynihan soll von Kissinger von seinem Sitz im US-Senat vertrieben werden, der 1988 zur Neuwahl ansteht.

In einem Drei-Parteien-Rennen gegen Goodell und den Demokraten Richard Ottinger, einem vehementen Gegner des Vietnam-Krieges, gelang Buckley ein knapper Sieg, womit die New Yorker Konservative Partei in den Blickpunkt des ganzen Landes gebracht wurde. Senator Buckley stellte sich als ein Republikaner und Konservativer 1976 zur Wiederwahl und wurde leicht von Moynihan besiegt, der amerikanischer Botschafter bei den Vereinten Nationen unter dem Republikaner Richard Nixon gewesen war.

Buckley ließ sich 1980 von seinem Heimatstaat Connecticut für den Senat aufstellen und verlor gegen den demokratischen Abgeordneten Christopher Dodd, dem liberalen Sohn des früheren Senators von Connecticut, Thomas Dodd, einem antikommunistischen liberalen Demokraten.

Heute wartet Buckley auf die Bestätigung durch den Senat für die von der Reagan-Regierung ergangene Berufung in den Washingtoner Gerichtsbezirk des US-Berufungsgerichtes. Bisher hat er der Reagan-Regierung als ein Unterstaatssekretär gedient und als Präsident von Radio Freies Europa. Seine Berufung an ein Gericht ist in weiten Kreisen kritisiert worden, da es ihm an richterlicher Erfahrung fehlt.

Nachdem sie gegründet wurde, um in New York dem Linksdrall des Republikanismus à la Rokkefeller entgegenzuwirken, hat die Konservative Partei jetzt eine Kehrtwende gemacht, wenn sie Kissinger nominieren will, der seit langem ein Schützling von Rockefeller ist.

Interessanterweise hat William Buckley jr. Kissinger bei Richard Nixon eingeführt. Kissinger wurde dann 1969 von Nixon zum nationalen Sicherheitsberater ernannt und später zum US-Außenminister, was er auch unter Präsident Gerald R. Ford blieb.

In den letzten Jahren ist die Konservative Partei in New York immer stärker zu einem Anhängsel der Republikaner geworden. Seit 1974, als die Konservativen den von Gouverneur Rockefeller persönlich ausgesuchten Nachfolger Malcolm Wilson als ihren Kandidaten für die Gouverneurswahlen akzeptiert haben, hat die Partei in den Augen der Öffentlichkeit an Ansehen verloren. Heute ist sie kaum mehr als ein Flügel der Republikaner.

»Ich denke, daß Kissinger bei den New Yorker Wählern enorm gut ankommen wird«, erklärte Maltese. Das bleibt allerdings abzuwarten. □

Trilaterale Kommission

Demonstration von Macht

Mit einer Demonstration brutaler Macht haben die internationalistischen Finanziers US-Präsident Ronald Reagan gezwungen, seine Wahlversprechen zu schlucken und Amerikas Subventionen an die Sowjetunion und die Ostblockstaaten zu erhöhen.

Billige Kredite und vermehrter Handel wurden den hohen amerikanischen Regierungsbeamten aufgedrängt, die an den Treffen hinter verschlossenen Türen der Trilateralen Kommission und der Bilderberg-Gruppe teilgenommen haben, und deren Ergebnisse auf dem Genfer Gipfel zum Vorschein kamen.

Daher hat sich Reagan, gegen die Einwände von Verteidigungs- und Justizministerium, entschlossen, gegen Gesetzesvorlagen zu stimmen, die es US-Banken verbieten würden, verbilligte Kredite an die Warschauer Paktländer zu vergeben, während man den eigenen Landsleuten Wucherzinsen berechnet.

Der Rat, gegen die Gesetzesvorlage zu stimmen, kam aus dem Verteidigungsministerium. Richard Perle, zweiter Verteidigungssekretär für internationale Sicherheitspolitik und Doppelt-Loyaler, war beim letzten Bilderberg-Treffen Teilnehmer für die US-Regierung.

Inzwischen hat US-Handelsminister Malcolm Baldrige ein Kontingent von 450 amerikanischen Geschäftsleuten nach Moskau geführt, um den Abbau der Restriktionen zu erörtern, damit der Handel mit den Kommunisten erweitert werden kann.

1985 erreichte das Handelsvolumen zwischen den USA und der Sowjetunion 3,2 Milliarden Dollar. Kredite amerikanischer Großbanken und Ostblockstaaten stiegen von 75 Millionen im Jahr 1984 auf 1,3 Milliarden Dollar 1985, weil, nach Angaben des Pentagon, sie »dem Sowjetblock Kredite zu Zinssätzen angeboten haben, die weit unter den Zinssätzen von europäischen Banken lagen«.

Dadurch wird es für die Kommunisten billiger, Waffenvorräte aufzubauen. Im Grunde läuft es darauf hinaus, daß amerikanische Banken die sowjetische Aufrüstung finanzieren.

Als die DDR 1985 um einen 100-Millionen-Dollar-Kredit nachsuchte, boten US-Banken den kommunistisch regierten Deutschen 20 Millionen Dollar. Die Ostdeutschen nahmen den ganzen Kredit. Sie gaben dann einen 20-Millionen-Dollar-Barkredit an das rote Regime in Nicaragua, das gegen seine proamerikanischen Bürger Krieg führt.

Während nun alle diese Milliarden von Dollar kommunistische Regime subventionieren, die andernfalls im Wirtschaftschaos stecken würden, verlieren Tausende amerikanischer Landwirte jedes Jahr ihren Grund und Boden, weil sie entweder keinen Kredit erhalten können oder Wucherzinsen bezahlen müssen. Desgleichen bezahlen Amerikaner, die ein Haus oder ein Auto kaufen wollen, hohe Zinsen, während die Roten Billigzinsen eingeräumt bekommen.

Die Steuerzahler bürgen dafür

Warum sind die Bankers so eifrig, kommunistischen Ländern so viel Geld zu verbilligten Zinsen zu leihen? Zum ersten, es besteht kein Risiko, weil die amerikanischen Steuerzahler für die Kredite bürgen, wenn es zum Verzug kommt. Zum zweiten, es fördert das Ziel der Internationalisten, die »Umverteilung des Reichtums« durch Senkung des amerikanischen Lebensstandards bei gleichzeitiger Anhebung des Lebensstandards sozialistischer Länder.

Um dieses Ziel voranzutreiben, hat die Achse Trilaterale Kommission – Bilderger – Council on Foreign Relations in Zusammenarbeit mit verbündeten Gruppen wie dem Club of Rome und dem Aspen-Institut, die Reagan-Regierung unter Druck gesetzt, eine geheime Bereitstellung von 50 Milliarden Dollar für Ostblock- und Dritte-Welt-Länder einzugehen. Dies geschah bereits auf der Weltwirtschaftskonferenz in Williamsburg im Jahre 1983. □

Henry Kissinger

Protegé mit goldener Hand

Sasha Rakoczy

Der verschlagene Guru des Rockefeller-Globalismus ist kein Freund der Steuerzahler in der westlichen Welt. Ungezählte Milliarden Dollar sind unter seiner Führung der US-Außenpolitik in den letzten 20 Jahren in ausländische Rattenlöcher abgeleitet worden.

Henry Kissinger, der ehemalige amerikanische Außenminister und frühere Chef des nationalen Sicherheitsrates, leitet die teuerste Beratungsfirma von New York City. Er geht mit den Geldern anderer Leute noch immer sehr großzügig um. Diese Erfahrung haben Hunderte von reichen Anlegern gemacht, die mehr als 20 Milliarden Dollar in einen Wall Street Fonds eingeschossen haben, der als Securities Groups Inc. bekannt ist. Sie glaubten, hier stark benötigte Erleichterung vor ihrem Finanzamt zu finden.

Wall-Street-Wunderkind

Die Klienten der Securities Groups waren keine gutgläubigen Neulinge auf dem Geldmarkt. Zu ihnen gehörten so gestandene Finanzmagnaten wie William Salomon, leitender Partner der Investitionsbank, die seinen Namen trägt. Auch der liberale amerikanische Medienmogul Norman Lear engagierte sich hier, ebenso wie Paul Volcker, Vorsitzender des Federal Reserve Systems.

Warum haben diese erfahrenen Finanzmanager der Securities Groups Riesensummen anvertraut, wo das Geld fast schneller verschwand als es hereinkam? Die Antwort ist, wie Insider des New Yorker Geldgeschäfts sagen, daß der Fonds von Charles A. Atkins gemanaget wurde, einem Wall-Street-Wunderkind, der als Kissinger-Protegé bekannt und mit 28 Jahren das jüngste Mitglied des Council on Foreign Relations (CFR) ist.

Atkins erhielt diese ungewöhnliche Auszeichnung, weil er schon mit 27 Jahren ein persönliches Vermögen angesammelt hatte, das auf 500 Millionen Dollar geschätzt wurde. Als Gründer, Hauptgeschäftsführer und Sprecher von Securities Groups, deren Aktiva in nur drei Jahren von null auf 22 Milliarden Dollar kletterten, verschaffte sich Atkins den Ruf, Manhattans führender Geldmagier zu sein, ein Anlageberater mit einer goldenen Hand.

Wie kommt ein Wertpapierverkäufer von etwas über zwanzig Jahren zu einem so brillanten Ruf in so kurzer Zeit auf einem Gebiet, das von ehrgeizigen Lehrlingen nur so wimmelt?

Atkins hat eine gute Ausbildung. Er war ein Phi Beta Kappa von der Universität Nord-Karolina, ein PhD von der London School of Economics, und er absolvierte seine Zeit als Praktikant bei Brookings, dem vorrangigen Washingtoner Denk-Tank des liberalen Establishments.

Auch besaß Atkins hilfreiche Familienverbindungen in die Geschäftswelt. Doch was ihn schneller reich machte als die zielstrebigsten Träumer seiner Generation war seine Fähigkeit, einen neuen Dreh für den uralten Schwindel zu finden, wie man Geld aus Steuerzahlern herauspreßt und es auf die Bankkonten der Superreichen überweist.

Ein toller neuer Dreh

In einer Ära der verfassungsmäßig unzulässigen und räuberischen Besteuerung sind es in der Mehrheit die Lohn- und Gehaltsempfänger und kleine Unternehmungen, die Schutz brauchen. Doch Atkins erfand einen tollen neuen Dreh, um die Steuerflucht zu einem Instrument für die Polsterung der Gewinne der Reichen zu machen. Er erkannte, daß Abschreibungen sich zu einem esoterischen Nebenzweig der Establishment-Wirtschaft entwickelte. Die Mehrzahl der Amerikaner, weit davon entfernt, sie sinnvoll nutzen zu können, wissen nicht einmal genau, wie alles funktioniert. Dennoch



Charles Atkins, der in der Wall Street »bezaubernder Charlie« heißt, ist Kissingers Wunderkind.

ist das wesentliche Konzept, das diesen legalen Steuerumgehungs-Möglichkeiten zugrunde liegt, einfach.

Steuergesetze sind so geschrieben, daß Löhne und Gehälter ausgepreßt werden, während bestimmte Arten von Investitionen begünstigt sind. Jeder der sein Geld in solche Investitionen anlegt, wird am Ende eine hübsche Prämie vom Finanzamt erhalten und damit einen Riesenvorteil von jenen haben, die Steuern nach dem Strafsatz zahlen, der der arbeitenden Bevölkerung vorbehalten ist.

Atkins, der in Wall Street als »bezaubernder Charlie« bekannt ist, und zwar aufgrund seiner einnehmenden Manieren und geschickten Vekaufstalente, entwickelte diese Ausfluchtmöglichkeit zu solcher Perfektion, daß sie schließlich von einem aufgebrachten amerikanischen Kongreß aus dem Steuergesetz gestrichen wurde.

Meister der Gaukelei

Joseph R. Laird ist ein anderer geschäftstüchtiger internationaler Händler auf diesem Gebiet, der mit dem Verkauf von zweifelhaften Steuerabschreibungen Millionen gemacht hat. Der zungenfertige Laird erzählt allen Leuten – einschließlich dem Konkursgericht –, daß er pleite sei. Aber Freunden erzählt er, »ich befehle über Millionen«. Alle seine Vermögenswerte sind in einer Vielzahl von Unternehmen versteckt, die er kontrolliert, obwohl er in keinem Vorstand sitzt.

Aber der Mann, der die meisten Millionen, ja Milliarden mit dem Verkauf dieser »Steueroasen« gemacht hat, ist Atkins. In Dollar schwimmend kaufte Atkins 1981 die New York Hanseatic Corp., eine Erwerbung, die ihn ermächtigte im Kauf und Verkauf von amerikanischen Regierungsschuldverschreibungen direkt mit dem Federal Reserve System zu verhandeln.

Daß Kissinger und Atkins sich zusammentun würden, war unvermeidlich. Beide waren sie Meister der Gaukelei, die genau wußten, wie man die Hoffnungen und Ängste der Superreichen ausnutzt und zum eigenen Vorteil verkehrt. Der einzige Unterschied ist der, daß Kissinger die Millionen absahnte, Atkins Imperium jedoch Ende 1984 über Nacht einstürzte.

Wohin ist all dieses Geld geflossen? Entsprechend der von Atkins und seinen Partner vor dem Konkursgericht gelieferten Version ist Securities Groups Inc. Pleite gegangen wegen zuvieler schlechter Investitionen.

Allerdings war schon vorher Edward Markowitz, der zusammen mit Atkins die Securities Groups gegründet hatte, wegen mehrfachen Investmentbetruges von der US-Polizei verhaftet worden. Obwohl Atkins selbst nie strafrechtlich angeklagt wurde, führen verärgerte Anleger Prozesse gegen ihn, weil er das Finanzunternehmen ausgeplündert und seine Kunden um Milliarden Dollar gebracht habe. ☐

George Bush

Der Mann der Trilateralen

Zweiter Teil

Michael Collins Piper

US-Vizepräsident George Bush war als fortgeschrittenes Semester an der Yale-Universität in die Reihen einer mysteriösen, supergeheimen Gesellschaft eingeweiht worden, die als »The Order« (»Der Orden«) bekannt ist, eine schattenhafte Gruppe, deren prominente Mitglieder, während ihrer Amtszeit auf strategischen Regierungsposten, einige der schlimmsten Debakel in der US-Außenpolitik in diesem Jahrhundert bewerkstelligt haben.

»Der Orden«, der auch unter dem Namen »Skulls and Bones« (»Totenköpfe und Knochen«) oder »The Brotherhood of Death« (»Die Bruderschaft des Todes«) bekannt ist, wurde im Jahre 1833 an der Yale-Universität gegründet und 1856 als der »Russel Trust« eingetragen. Er soll angeblich Kapitel 322 einer in Deutschland beheimateten Geheimgesellschaft sein, und seit seiner Gründung schätzungsweise 2 500 Mitglieder gehabt haben, die alle aus einflußreichen Establishment-Familien gekommen sind.

Die Sprache der Internationalisten

Tatsächlich ist die Mitgliedschaft in »The Order« fast eine Familienangelegenheit. Sowohl George Bush als auch sein Vater Prescott – ein internationaler Banker bei der Firma Brown Brothers, Harriman – haben der Geheimgesellschaft angehört. Prescott Bush wurde schließlich als republikanischer Vertreter von Connecticut in den US-Senat gewählt.

Als ein Senatsmitglied hat der ältere Bush zu den führenden Internationalisten unter den Parteianhängern gezählt und häufig für die liberale Linie in der Innenpolitik gestimmt. Sein Sohn hat bewiesen, daß er vom selben Holz geschnitzt ist, der die Sprache der Internationalisten spricht und der sich dem von Rockefeller beherrschten Council on Foreign Relations (CFR) angeschlossen hat sowie der Trilateralen Kommission, eine weitere Rocky-Frontorganisation, und natürlich »The Order«.

In der im September 1977 erschienenen Ausgabe von »Esquire« hat Ron Rosenbaum eine interessante Studie über »The Order« verfaßt, die die Überschrift trägt »The Last Secrets of Skull and Bones« (»Die letzten Geheimnisse der Totenköpfe und Knochen«). Rosenbaums Artikel geht nicht tiefer auf die internen Aktivitäten der Geheimgesellschaft ein, aber er berichtet folgendes über die Mitglieder der Gruppe:

»Sie mögen keine Leute, die neugierig sind und ihnen ins Gehege kommen. Die Macht der ›Bones‹ ist unglaublich. Sie haben ihre Hände auf allen Stufen der Macht in diesem Land.«

Dementi mit Ausflüchten

»Sie werden sehen«, so wurde Rosenbaum zu Beginn seiner Untersuchung über »The Order« gesagt, »es ist, wie wenn Sie der Mafia in die Bücher schauen wollen. Vergessen Sie nicht, daß auch sie eine Geheimgesellschaft sind«.

Zu den Mitgliedern dieser Geheimgesellschaft zählen auch so bekannte Establishment-Insider wie William F. Buckley jr., der »frühere« CIA-Agent und Eigner und Redakteur von »National Review«-Magazin. Außerdem der frühere Leiter der Ford Foundation McGeorge Bundy, der als Amerikas Sicherheitsberater während des Vietnamkrieges eine Schlüsselrolle in der Gestaltung der unheilvollen Politik gespielt hat, die Amerika gegenüber Südostasien verfolgt hat. Außerdem Winston Lord, der amerikanische Botschafter für das kommunistische China. Bush selbst ist einmal Hauptverbindungsoffizier der Amerikaner in Peking gewesen, bevor Rotchina offiziell anerkannt wurde.

Bush, Buckley, Bundy und Lord sind nicht nur einfach Mitglieder von »The Order«. Sie sind auch herausragende Mitglieder des CFR, der Gruppe, die »glaubt, daß nationale Grenzen abgeschafft und die Welteinheitsherrschaft errichtet gehört«, wie Senator Barry Goldwater sagt.

Tatsächlich ist Lord eine Zeitlang Vorsitzender des CFR gewesen.

Kritiker an »The Order« behaupten, daß diese Geheimgesellschaft, deren Mitglieder ihr die Treue schwören, die geheime Kraft innerhalb des CFR ist, die diese kontroverse Organisation beherrscht.

Ein Sprecher des Vizepräsidenten hat offiziell dementiert, daß Bush jemals Mitglied des »Ordens« gewesen ist.

In einem Brief an eine Person, die das Büro von Bush um eine Erklärung bezüglich seiner Mitgliedschaft in der Yale-Gruppe gebeten hat, schrieb Shirley Green, die amtierende Pressesekretärin des Vizepräsidenten: »Der Vizepräsident ist jetzt nicht und war nie ein Mitglied irgendeiner ›schmutzigen Geheimgesellschaft‹.«

Dagegen ist die Mitgliedschaft von Bush in »The Order« eine belegte Tatsache, eine, die



George Bush

Der Mann der Trilateralen

Bushs Mitbruder bei den »Knochenmännern« und CFR-Kollege William F. Buckley jr. bestätigt hat. In einem Artikel zur Verteidigung von Bush gegen Attacken wegen seiner Mitgliedschaft in der internationalistischen Gruppe, die als Trilaterale Kommission bekannt ist, bemerkte Buckley, daß Bushs Mitgliedschaft »in einer Geheimgesellschaft in Yale« ebenfalls ein Streitpunkt in der Wahlkampagne gewesen ist.

Andere wichtige »Knochenmänner«

Sogar das »Wall Street Journal«, erwiesenermaßen die Zeitung des internationalen Bank-Establishments, hat Bushs Zugehörigkeit zu der Geheimgesellschaft bestätigt mit einem Artikel vom 26. Februar 1980, der diejenigen kritisiert, die Bush wegen seiner Verbindung mit »Skull and Bones« zur Rechenschaft zogen.

Und wie Syndikatsschreiber Kevin Phillips, sagt, hat »Newsweek«-Magazin, ein weiteres Establishment-Journal, aufgedeckt, daß Schecks, die Bush im Wahlkampf 1980 als Beiträge von Genossen in »Skull and Bones« erhalten hat, häufig geheime Mitteilungen im Geheimkode von »The Order« enthielten.

Bushs Pressesekretärin war nicht ganz ehrlich, als sie seine Mitgliedschaft in »The Order« verneinte. Gewiß hat sie »Skull and Bones« nicht als »schmutzige« Geheimgesellschaft betrachtet. Nur, eine Geheimgesellschaft sind sie, eine, deren prominenteste Mitglieder weitgehend für einige der schmutzigsten Fehlunternehmungen in der US-Außenpolitik in moderner Zeit verantwortlich waren.

Andere wichtige »Knochenmänner«, die eine bedeutende Rolle in der amerikanischen Außenpolitik gespielt haben, sind – neben Bush, Buckley, Bundy und Lord: W. Averill Harriman, Oberhaupt des Harriman-Banken-Clans, der einmal Botschafter in der Sowjetunion war; der ehemalige Minister für Äußeres und Krieg, Henry Stimson, Mentor von McGeorge Bundy. Sowie William Bundy, Bruder von McGeorge. Wie sein Bruder ist William eine Schlüsselfigur im Establishment.

Harriman ist natürlich ein alter Sowjetapologet und ein Hauptarchitekt der verheerenden Außenpolitik, die Amerika nach dem Zweiten Weltkrieg gegenüber dem kommunistischen Block eingenommen hat. Von den Sowjets immer wieder hoch gelobt, von Amerikas Anti-Kommunisten getadelt, ist der alternde Harriman der Dekan des außenpolitischen Establishments.

Stimson, der eine entscheidende Rolle bei den Plänen der Roosevelt-Regierung gespielt hat, die Vereinigten Staaten in den Zweiten Weltkrieg hineinzuziehen, ist von zahlreichen Historikern bloßgestellt worden – unter ihnen David Irving, John Costello und Publitzer-Preisträger John Toland. Sie deckten auf, daß Stimson von dem bevorstehenden Angriff der Japaner auf Pearl Harbor Kenntnis hatte, und dies zwei Wochen vor dem tatsächlichen Angriff.

Der mächtigste Insider-Club

In seinem eigenen Tagebuch schrieb Stimson: »Die Frage war, wie wir die Japaner dahin manövrieren könnten, den ersten Schuß abzugeben, ohne daß wir selbst viel Schaden nahmen. Es war eine schwierige Lage.«

William Bundy, der zwischen 1951 und 1961 beim CIA war, übernahm später einen wichtigen Part in der Ausarbeitung des unseligen Verhaltens der Amerikaner im Vietnamkrieg. Von 1961 bis 1963 war er stellvertretender zweiter Verteidigungssekretär für internationale Sicherheitsfragen, und von 1964 bis 1969 war er zweiter außenpolitischer Sekretär für Ostasien und den Pazifik.

CFR-Mitglied wie sein Bruder McGeorge war William Bundy Herausgeber von »Foreign Affairs«, dem Quartalsblatt des CFR im Jahre 1972.

Es gibt noch sehr viel mehr über den »Orden« herauszufinden. Aber eines ist sicher: »Der Orden« ist ein mächtiger Insider-Club des Establishments, dessen Einfluß weit über seine geringe Mitgliederzahl hinausgeht. Viele der Cliquenmitglieder sind in bedeutsame politische Ämter aufgestiegen, insbesondere im Bereich der Außenpolitik, und ihre Taten, diktiert von ihrer Ergebenheit an die Interessen des Establishments, haben sich, milde gesagt, für Amerika als unheilvoll erwiesen.

Und jetzt möchte ein bekannter »Knochenmann«, George Bush, gerne Präsident der Vereinigten Staaten werden.

Große Namen für Bush

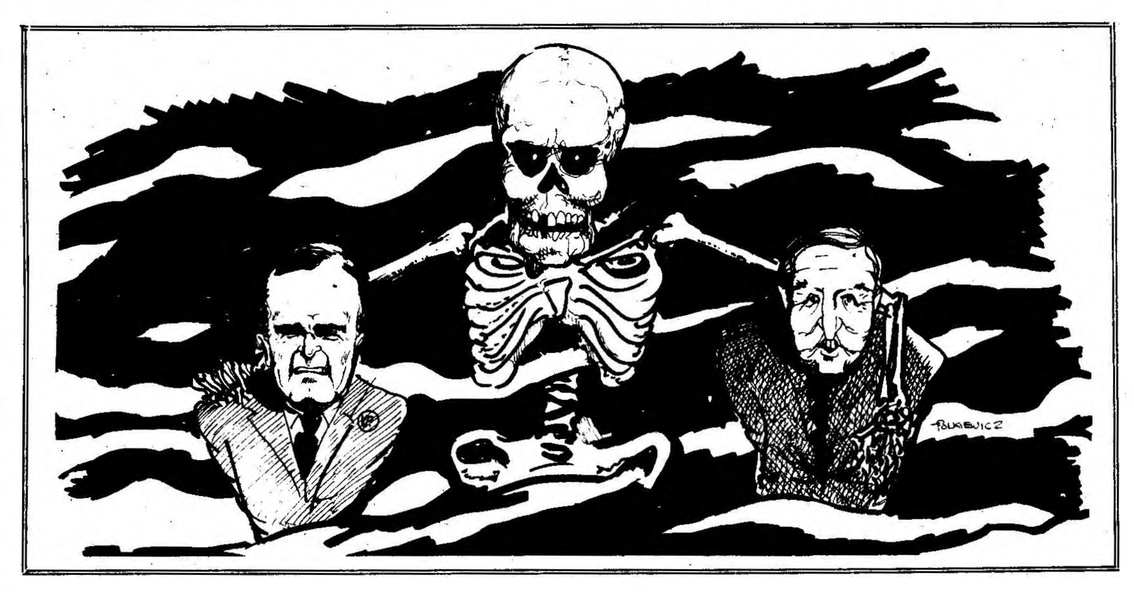
Der Rockefeller-Clan, voran sein Oberhaupt David Rockefeller, damals Vorsitzender der Chase Manhattan Bank, hat sich gegen George Bush besonders großzügig gezeigt, als dieser 1980 um die Präsidentschafts-Nominierung der Republikaner kämpfte.

Nicht überraschend ist, daß viele von Bushs und Rockefellers Genossen in der Trilateralen Kommission und im CFR mit zur Stelle waren und Beiträge für den Wahlkampf Bush geleistet haben.

Man erwartet, daß sie, wenn Bush seine Alles-oder-nichts-Kampagne für die republikanische Nominierung 1988 beginnt, ebenso großzügig sein werden. Schließlich ist Bush einer ihrer treuesten Verbündeten geworden.

Die Unterlagen der »Federal Election Commission« vom 31. Dezember 1979 beweisen genau, wie viel Geld die Trilateralen in die Bush-Kampagne eingeschossen haben:

David Rockefeller, 1 000 Dollar; Edwin S. Rockefeller, 1 000 Dollar; Helen Rockefeller, 1 000 Dollar; Lawrence S. Rokkefeller, 1 000 Dollar; Mary Rockefeller, 1 000 Dollar; Godfrey Rockefeller, 350 Dollar; George Champion, Chase Manhattanbank, 1 000 Dollar; Alton C. Marshall, Rockefeller Center, 1 000 Dollar; Peter Crisp, Rockefeller Family and Associates, 250 Dollar; J. Richardson Dilworth, Rockefeller Family and Associates, 1 000 Dollar; John Cowles jr., Vorsitzender der Zeitungen »Star and Tribune«, 1 000 Dollar; Barber B. Conable, republikanischer Kongreßabgeordneter aus New York, 1 000 Dollar; William A. Hewitt, Vorsitzender von Deere and Co., 1 000 Dollar; Carla



Hills, ehemalige Ministerin für Wohnungsbau und Städteplanung, 1 000 Dollar; David Pakkard, ehemaliger stellvertetender Verteidigungsminister, 1 000 Dollar; Rober Ingersoll, ehemaliger stellvertretender Außenminister, 500 Dollar; Paul McCrakken, ehemaliger Vorsitzender des Rates der Wirtschaftsberater, 500 Dollar; William Coleman, ehemaliger Verkehrsministers, 500 Dollar; Edson Spencer, erster Exekutivdirektor von Honeywell, 250 Dollar; Russell Train, ehemaliger Administrator des Amtes für Umweltschutz, 1 000 Dollar; Martha Wallace, Exekutivdirektor der Henry Luce Foundation, 500 Dollar; George Weyerhauser, Präsident von Weyerhauser Co., 1 000 Dollar.

Verwandte des Trilateralen John Cowles spuckten ebenfalls 1 000 Dollar aus. Verwandte und Bekannte des Trilateralen William Hewitt spendeten 2 475 Dollar.

Das Mitglied der Trilateralen Kommission Robert Roosa, ein Gesellschafter des internationalen Bankhauses Brown Brothers, Harriman and Co. – in dem auch einst Bushs Vater Gesellschafter war –, hat zwar nicht direkt zur Bush-Kampagne per 31. Dezember 1979 beigetragen, doch 15 seiner Angestellten, oder deren Ehefrauen, haben gemeinsam 9 000 Dollar aufgebracht.

Auch CFR-Mitglieder gehörten zu den ersten Beitragsspendern für die Bush-Kampagne, noch ehe sie richtig begonnen hatte.

C. Douglas Dillon, ein Direktor des CFR und Schatzsekretär während der Kennedy-Regierung, spendete 1 000 Dollar, ebenso seine Frau.

Wenigstens vier weitere CFR-Direktoren waren Großspender: William Forster, 125 Dollar; Irwin Miller, 500 Dollar; John Williams, 250 Dollar; Phillip Reed, 250 Dollar.

Außerdem gaben vier Angestellte von Dillons Investitionsfirma eine Summe von 2 550 Dollar.

Die Bedeutung dieses »Saatgeldes« kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die politischen Feldzüge, die als erste Geld auftreiben, entwickeln gewöhnlich eine eindrucksvolle Schlagkraft, und mit der Hilfe der Establishment-Medien, die fest in der Hand der Mitglieder der Trilateralen Kommission und des CFR sind sowie ihrer Verbündeten liegen, sah es zunächst auch tatsächlich so aus, als werde Bush an Reagan vorbeiziehen.

Rotchina hat seinen sehr guten Freund

Vizepräsident George Bush könnte sehr gut einer der besten Freunde sein, die Rotchina jemals gehabt hat. Als Amerikas Botschafter bei den Vereinten Nationen von 1971 bis 1973 hat Bush die Aufsicht über die Zulassung Rotchinas in dieses weltweite Gremium geführt, trotz stärkster Einwände der Anti-Kommunisten in Amerika und der ganzen Welt.

Die Verteidiger von Bush behaupten, daß Bush eine Politik der »zwei Chinas« verfochten habe, das heißt, Beibehaltung des Rechts der anti-kommunistischen Republik China auf Taiwan, in der UNO ebenso einen Sitz zu erhalten wie Rotchina.

Die Wahrheit ist jedoch, daß Bush eine Riesenkehrtwende gemacht hat, die viele verärgert hat, die den ehemaligen Kongreßabgeordneten aus Texas in seinen politischen Feldzügen unterstützt hatten.

1964 gab Bush als ein republikanischer Kandidat für den US-Senat aus Texas – wo anti-kommunistische Rhetorik populär ist – die folgende Erklärung ab: »Wenn Rotchina in die Vereinten Nationen aufgenommen wird, dann ist die UNO ein hoffnungsloser Fall, und wir sollten austreten.«

Doch weniger als zehn Jahre später, aber erst nachdem er seinen sicheren Kongreßsitz für Houston in einem sehr stark anti-kommunistischen Wahlkreis aufgegeben hatte und auch ein zweiter Versuch daneben gegangen war, von Texas aus in den Senat zu kommen – das war 1970 – entschied sich Bush, Sprachrohr der Establishment-Linie zu werden und die Aufnahme der Rotchinesen in die UN zu befürworten.

1971 schreibt Syndikatsschreiber Jeffrey St. John über Bush: »Als Botschafter bei den Vereinten

George Bush

Der Mann der Trilateralen

Nationen ist Bush der typische Nixon-Typ: keine Prinzipien, keine Glaubenstreue und kein Schamgefühl, eine Politik zu verkaufen, gegen die er einst war. Bush zeigt einen Fall moralischer Amnesie mit einer solchen Position, insbesondere da eine Million oder mehr Chinesen umkommen mußten, weil Mao seine Widersacher in der Kulturrevolution in den sechziger Jahren unterdrückt hat.«

Experten schätzen, daß 40 bis 60 Millionen Menschen unter Mao gestorben sind.

Aber dies war erst der Anfang der herzlichen Beziehung mit Chinas Kommunisten.

Im Oktober 1974, nachdem Bush ein Jahr lang Vorsitzender des Republican National Committee nach seiner UN-Tätigkeit gewesen war, ging Bush als Amerikas Hauptverbindungsoffizier nach Peking, wo er über ein Jahr blieb. In dieser Zeit stellte Bush »viele persönliche Kontakte« her – wie es in seiner eigenen, für den Wahlkampf 1980 erstellten Literatur heißt –, und zwar zu dem Kommunistenführer Mao Tse-tung, Maos Nachfolger Teng Hsiaop'ing, sowie anderen Personen in den oberen Rängen der kommunistischen Führung.

Auch hier geht es um das Ölgeschäft

Bush war effektiv amerikanischer Botschafter in Rotchina, und er hat seine Position nach seiner Abreise aus Peking 1975 sehr gut genutzt.

Im März 1977 nahm Bush einen alten Partner aus dem Ölgeschäft, Hugh Liedtke, mit nach China, wo er mit der kommunistischen Elite zusammentraf. Bush führte Liedtke, den neuen ersten Exekutivdirektor von Penzoil, bei dem chinesischen Minister für Handel und dem Personal des erdöltechnischen Referats der Pekinger Regierung ein.

Und als der Handelsminister Rotchinas nach Texas zu Besuch kam, wartete Bush ihm mit einem freundlichen Empfang auf, der zu Ehren des kommunistischen Ministers gegeben wurde.

Die Kommunisten zeigten sich erkenntlich, indem sie ihre geologischen Vermessungen bei Bushs Kameraden Liedtke bekanntmachten. Damit wurde dessen Unternehmen in eine strategische Lage versetzt, in dem potentiell erdölreichen Gebiet im Südchinesischen Meer zu bohren.

Bemerkenswert ist im übrigen, daß Botschafter Bush, während seines China-Aufenthaltes, sehr viel Zeit mit den Besuchen von potentiell erdölreichen Gebieten verbracht hat – ein Projekt, das sich für Bushs Freunde im internationalen Ölgeschäft und für die Rotchinesen eindeutig bezahlt gemacht hat.

Doch damit hatte Bush noch nicht genug für seine Freunde in Rotchina getan. Am 17. August 1982 äußerten sich der Vizepräsident und andere Establishment-Angehörige begeistert über die Entscheidung der Regierung, ein gemeinsames Kommuniqué zwischen den USA und Rotchina zu billigen, in dem die kommunistische Regierung auf dem Festland als die »ausschließliche legale Regierung von China« anerkannt wurde, und sie kündigten eine neue Politik der reduzierten Waffenlieferungen an die pro-amerikanische Regierung auf Taiwan an.



George Bush, US-Vizepräsident, ehemaliger CIA-Chef und einst Mitglied von Rockefellers Trilateralen Kommission, möchte der nächste Präsident der Vereinigten Staaten werden.

Taiwan denunzierte das Kommuniqué als einen Trick und einen Betrug und beschuldigte Amerika, es habe sich von der Pekinger Regierung »übertölpeln« lassen. Aber Beweise zeigen, daß Bush und das Establishment schon lange mit den kommunistischen Chinesen liebäugelt haben. »Genarrt« ist sicher nicht der passende Ausdruck; »kollaboriert« dürfte wohl richtiger sein.

Das kommunistische China, wie Bush und die US-Regirung, begrüßen das Kommuniqué als einen großen Triumph.

»The Order« stellt den neuen Botschafter

Am 5. November 1985 wurde der neue US-Botschafter in China vom amerikanischen Senat bestätigt, trotz des tapferen Versuchs von Senator Jesse Helms, die Nominierung zu blockieren.

Winston Lord, der ehemalige Leiter der CFR und ein führendes Mitglied der Trilateralen Kommission – zwei einflußreiche politische Gruppen, die von Rockefellers Konzernimperium finanziert und beherrscht werden, das lukrative Geschäftsverbindungen mit dem kommunistischen China unterhält –, ist der neue Botschafter in Peking. Und er ist einer, mit dem sich Bush sicher identifizieren kann.

Denn schließlich ist Bush bis zu seinem »Rücktritt« sowohl im CFR und in der Trilateralen Kommission gewesen und war, so wie Lord, zur entsprechenden Zeit an der Yale-Universität in eine Geheimgesellschaft auf dem Yale-Campus eingeweiht worden, die als »The Order« (»Der Orden«) bekannt ist – eine mächtige Establishment-Clique, die viele führende globalstrategisch denkende Außenpolitiker hervorgebracht hat.

George Bush ist wahrlich einer der besten Freunde, die Rotchina jemals hatte. □

In der nächsten Ausgabe veröffentlichen wir den dritten Teil der Serie »George Bush: Der Mann der Trilateralen«.

Südafrika

Kein Kompromiß zwischen Schwarz und Weiß

Professor Lawrence Schlemmer, Dozent für politische Wissenschaften an der Universität Natal in Durban, Südafrika, hat die Möglichkeiten baldiger direkter Verhandlungen zwischen der weißen südafrikanischen Regierung und repräsentativen schwarzen Führern zur Beendigung der Unruhen untersucht. Er ging davon aus, daß sowohl starke Kräfte innerhalb Südafrikas – insbesondere aus Wirtschaftskreisen – als besonders auch die westliche Welt auf rasche Verhandlungsaufnahme drängten, daß nur auf diese Weise die Stabilisierung der politischen Lage und eine Erholungsphase für die Wirtschaft erreicht werden könne. Professor Schlemmers Analyse präsentiert sich wie folgt:

Auch wenn die weiße Regierung kürzlich ihre Bereitschaft zur Machtteilung mit anderen repräsentativen, insbesondere auch schwarzen Gruppen, deutlich sichtbar gemacht hat, sind mögliche schwarze Verhandlungspartner bisher nicht auf dieses Angebot eingegangen. Denn die weiße Regierung hat deutlich gemacht, daß sie nur über Machtteilung, nicht aber über bedingungslose Machtübergabe zu verhandeln bereit ist; ein Standpunkt, der auch von Indern und Mischlingen in Südafrika weitgehend geschlossen unterstützt wird. Sie will ein Absinken der Weißen in die Stellung einer politischen Minorität um jeden Preis verhindern. Nur wenn die Weißen auch in Zukunft gleichgewichtig mit allen anderen Gruppen an der Macht beteiligt bleiben, ist weiße Gesprächsbereitschaft gegeben.



Südafrika verfügt über unschätzbare Bodenschätze und über eine moderne Industrie, die beste Afrikas.

Die Ausgangslage der Schwarzen

Trotz der gegenwärtigen Krise ist die weiße Regierung weit vom Zusammenbruch entfernt, so daß sie ihre Forderung, Verhandlungen nur mit jenen schwarzen Führern aufzunehmen, die sich klar gegen Gewaltanwendungen äußern, noch für lange Zeit aufrechterhalten kann. Würde sie diese Forderung bedingungslos fallenlassen, so würden damit nur unrealistische Hoffnungen auf seiten der Schwarzen geweckt, demnächst die ganze politische Macht übernehmen zu können.

Der Kampf zwischen verschiedenen schwarzen Organisationen um die Vormachtstellung hat in den letzten zwei Jahren einen tiefgreifenden Radikalisierungsprozeß bei den Schwarzen bewirkt. Dieser Radikalisierungsprozeß verhindert, daß die um die Vormachtstellung ringenden Kräfte auch Kompromisse eingehen könnten. Ihr Anhang ist eingeschworen auf die Forderung nach bedingungsloser Machtübernahme, nicht nach Machtteilung.

Der in Südafrika verbotene African National Congress (ANC) kann sich auf keine etablierte Parteiorganisation stützen. Die United Democratic Front (UDF) ist eine unklar organisierte Dachorganisation von rund 600 kleineren und größeren Gruppierungen, deren gemeinsames Anliegen allein die Rückweisung der Regierungsvorschläge ist. Die wahre Stärke der UDF ist schwer abschätzbar. Die Azanian Peoples Organization (Azapo), eine streng nationalistische, jegliche Zusammenarbeit mit Weißen ablehnende Bewegung, besitzt nur in städtischen Agglomerationen ernstzunehmenden Anhang.

Einzig die Inkatha-Bewegung, angeführt von Zulu-Führer Gatsha Buthelezi, stellt eine derart solide politische Basis, daß ihre Führung sich wirklich auch auf solche Verhandlungen einlassen könnte, die die Fähigkeit zum Kompromiß verlangen.

Genau diese Fähigkeit geht Persönlichkeiten wie Bischof Tutu und Reverend Allan Boesak ab. Beide werden sie zwar im Ausland als Führerpersönlichkeiten dargestellt, in Südafrika selber fehlt ihnen indessen der Anhang, der ihnen ein Verhandlungsmandat einräumen könnte. In ihrer jetzigen Position stellen sie daher keine ernstzunehmenden Geprächspartner für die südafrikanische Regierung dar.

Die in den Städten wohnende schwarze Intelligenz lehnt jegliches Denken in den Kategorien eines ethnischen Föderalismus strikt ab. In ihrer Sicht ist nur eine Lösung in einem Einheitsstaat möglich, was nicht nur von der Regierung, sondern auch von verschiedenen schwarzen Führern verworfen wird.

Die jetzige Ausgangslage läßt es aus der Sicht Professor Schlemmers als wenig wahrscheinlich erscheinen, daß bereits in nächster Zukunft Verhandlungen auf höchster Ebene aufgenommen werden. Drei – absolut unerfreuliche und entsprechend unerwünschte – Voraussetzungen müßten dazu erfüllt werden: Die Regierung müßte sich definitiv als unfähig erweisen, der Unrast in den schwarzen Townships Herr zu werden. Die Wirtschaft müßte einen eigentlichen Zusammenbruch erleiden. Die Schwarzen müßten ihren Widerstand bis zur Erschöpfung durchgefochten haben.

Weil diese Voraussetzungen noch während Jahren nicht und hoffentlich überhaupt nie erfüllt sein werden, müsse heute auf anderer als nationaler Ebene nach Möglichkeiten gesucht werden, die gegenseitige Dialogbereitschaft von Weiß und Schwarz zu fördern. Eine Grundlage dafür könnte die kürzlich etablierte Zusammenarbeit zwischen der liberalen weißen Oppositionspartei PFP und der schwarzen Inkatha-Bewegung von Gatsha Buthelezi abgeben.

Die Regierung könnte solche Initiativen fördern, indem sie regionale Anstrengungen für Rassenschranken überwindende Zusammenarbeit fördern würde.

Mit diesem Vorschlag am Schluß seiner Untersuchung spielt Professor Schlemmer auf einen bisher auf die Provinz Natal begrenzten Versuch an, eine gemeinsame, schwarz und weiß gemischte Provinzregierung zu schaffen.

Für entsprechende Verhandlungen zwischen der jetzigen weißen Provinzregierung von Natal und Gatsha Buthelezi, Chiefminister des ebenfalls in Natal gelegenen KwaZulu, hat die weiße Zentralregierung in Pretoria vor einigen Wochen grünes Licht erteilt. □

Südafrika

Bedrohung kommt aus der Regierung

Alec de Montmorency

Könnte Südafrika einer Invasion durch die gesamten Streitkräfte seiner marxistischen, von Schwarzen regierten Nachbarländer widerstehen? »Die Antwort darauf ist ein eindeutiges ›Ja‹«, so Professor Karl Borgin, ein norwegischer Militärexperte. Wie er sagt: »Die Ironie ist, daß ohne die ständigen Angriffe von den Stützpunkten in den Nachbarländern und ohne den internationalen Boykott Südafrika militärisch sehr viel schwächer wäre als es heute ist.«

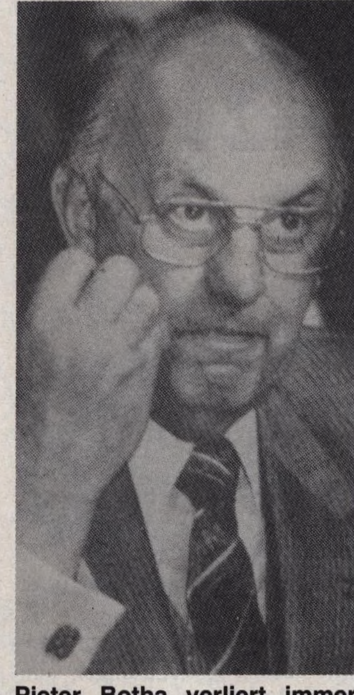
Laut Professor Karl Borgin gibt es drei Hauptgründe, warum Südafrika die stärkste Militärmacht in Afrika ist: An drei Seiten ist es umgeben von marxistischen Staaten, die von der UdSSR, Rotchina und Nordkorea Militärhilfe erhalten, und an der vierten Seite ist das Meer. Diese Nationen arbeiten aktiv daran, die weiße Regierung zu stürzen und lassen in ihren Territorien Stützpunkte für Terroristen und Guerillas zu.

Die Ironie der Situation

Südafrika verfügt über moderne Industrie, die beste in Afrika, die bei Bedarf sämtliche Waffen herstellen kann, die von den Militärs gewünscht werden; und es ist gezwungen worden, seine eigenen Waffen herzustellen, weil es aufgrund des internationalen Boykotts schwierig geworden ist, aus dem Ausland Waffen zu erhalten.

»Die Ironie der Situation ist«, so Borgin, »daß es Südafrikas Feinde waren, die das Land gezwungen haben, in der Rüstung autark zu werden, sowie eine effektive Militärmachtstellung aufzubauen.«

Einige Leute hoffen, daß die Regierung in Südafrika mittels einer militärischen Konfrontation mit dem übrigen Afrika gestürzt werden kann. Jene Hoffnung fand seinen Ausdruck in Erklärungen von Politikern in Ländern wie Tansania und Nigeria, die zu Protokoll gegeben haben, daß sie »ihren kämpfenden Brüdern im Süden helfen« werden.



Pieter Botha verliert immer mehr an Glaubwürdigkeit, weil er über den Ausverkauf Südafrikas verhandelt.

»Ist dies eine realistische Hoffnung?« so Borgin. Er verneint seine eigene Frage mit der folgenden Erläuterung:

»Tansania mit 40 000 Soldaten und Nigeria mit 133 000 Mann und einer großen Anzahl von Panzern und Flugzeugen stellen – auf dem Papier – große Streitkräfte dar. In Wirklichkeit sind sie in einem Militärkonflikt mit Südafrika bedeutungslos, da sie über keine Transportmöglichkeiten verfügen, um weder ihre Truppen noch ihre Geräte in ein so weit entferntes Schlachtgebiet zu bringen.«

Wie der norwegische Militärexperte darlegte, sind die einzigen Länder, die Südafrika militärisch auf die Probe stellen können, seine nächsten Nachbarn, die sogenannten »Frontstaaten«. Die mächtigsten von ihnen – Mozambique, Angola, Sambia und Zimbabwe (ehemals Rodesien) – haben eine Gesamtbevölkerung von 34 Millionen gegenüber den in Südafrika lebenden 4,8 Millionen Weißen.

Eine Mobilmachung endet in Chaos

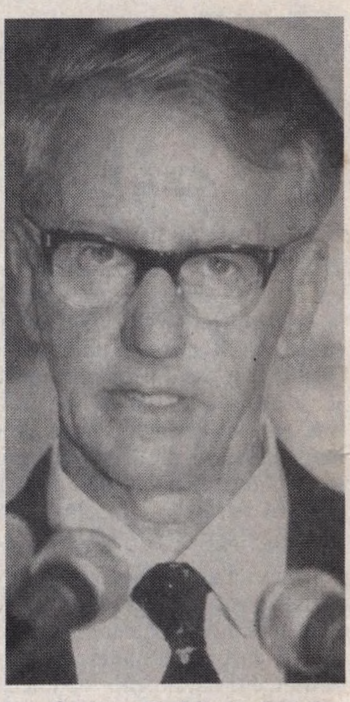
Wenngleich es schwierig ist, absolut zuverlässige Zahlen über die militärische Stärke der erwähnten Länder zu erhalten, gilt derzeit allgemein, daß die Anzahl an Soldaten für Südafrika rund 82 000 Mann beträgt und für die Frontstaaten insgesamt 105 000.

Südafrika verfügt über 250 Panzer, 3100 Schützenpanzer und 313 Kampfflugzeuge, während die entsprechenden Zahlen für die Frontstaaten 637 Panzer, 791 Schützenpanzer und 138 Kampfflugzeuge betragen. »Zahlenmäßig haben Südafrikas Nachbarn fast dreimal soviele Panzer, aber weniger Schützenpanzer und Flugzeuge als Südafrika. Doch diese Zahlen bestehen nur auf dem Papier«, so Borgin. »Die Wirklichkeit sieht anders aus.«

Er erklärte, daß jüngste Ereignisse in Afrika beweisen, daß eine Mobilmachung gewöhnlich in Chaos endet, und daß die Transportmittel unweigerlich zusammenbrechen. Wie viele Soldaten aus den Frontstaaten ein bestimmtes Schlachtgebiet in einer kurzen Zeit erreichen würden, kann man nur erraten.

»Aber Südafrika«, so der skandinavische Experte, »mit einem erstklassigen Transportsystem und beachtlichen Kommunikationsmitteln wird seine Truppen innerhalb kurzer Zeit aufmarschiert haben.«

Sowohl die schwere wie auch die leichte Ausrüstung der marxistischen Staaten stammt aus dem Ausland, hauptsächlich aus der UdSSR und Rotchina. Zumeist alte Modelle wie die sowjetischen Panzer T-34, T-54 und PT-76, die Kampfjäger MiG-17 und MiG-21, sowie MiG-8 Hubschrauber. »In jüngster Zeit«, so Borgin, »wurden jedoch völlig moderne MiG-Jäger und Hubschrauber in Angola beobachtet, und die Luftstreitkräfte von Zimbabwe verfügen über einige moderne englische Kampfjäger.«



Ian Smiths Politik in Rhodesien und seine »Kompromißlösungen« führten zur Machtübernahme durch die Kommunisten.

Das ändert jedoch nichts, meinte Borgin.

Da Südafrika fast seine gesamte militärische Ausrüstung selbst herstellt, ist sie für eine besondere Form der Kriegsführung entwickelt, die nur in Afrika zu finden ist. »Ratel« und »Eland«, Schützenpanzer, die in Südafrika gefertigt werden, eignen sich weit mehr für den Krieg im Dschungel und in der Wüste Afrikas als die sowjetischen Fahrzeuge auf der anderen Seite, wie der Professor ausführte.

Die Qualität der Soldaten

Die süfafrikanische Luftwaffe verfügt über eine große Anzahl von französischen Mirage-Kampfjägern und von südafrikanischen Impalas, die rund um die Uhr einsatzbereit sind. Die Hubschrauber sind bemerkenswert zuverlässig, insbesondere die Super-Frelon und die Alouette, die gegen die Guerilla-Soldaten entlang der Grenze zu Angola eingesetzt werden.

Weiter wies Professor Borgin darauf hin, daß die südafrikanische Armee das Gros seiner Ausrüstung aus der eigenen Industrie erhält: Armscor, die Schützenpanzer, Raketenbatterien und eine sehr moderne und leistungsstarke Panzerhaubitze, die G-6, herstellen. Die G-6 ist »übrigens ein beliebter Artikel im internationalen Waffenhandel«, wie Borgin bemerkte.

Ausländische Panzer, wie zum Beispiel der britische Centurion, werden nach Spezifikationen gebaut, die den Bedingungen in Afrika Rechnung tragen.

Bei einer militärischen Konfrontation zwischen Südafrika und seinen unmittelbaren marxistischen Nachbarn spielen natürlich die zahlenmäßigen Bedingungen und die technische Ausrüstung eine große Rolle, wie der Professor erläuterte. »Aber was letzten Endes der wichtigste Faktor ist, ist die Qualität der Soldaten und Offiziere. Einen Krieg zu überleben oder eine Begegnung zu entscheiden, hängt von der Mannschaft ab, die die moderne Kriegsausrüstung in die Schlacht tragen.«

Ein Centurion oder T-34 Panzer gewinnt ein Duell mit einem anderen Panzer nur, wenn die Mannschaft gut genug ist. Und es sind die Piloten an Bord einer Mirage oder MiG, die das Ergebnis eines Nahkampfes bestimmen. »Der moderne Krieg mit komplizierten Waffen und Elektronikgerät verlangt, daß Soldaten und Offiziere einen hohen Stand der technischen Ausbildung erreicht haben«, wie Borgin sagte. »Und auf diesem Gebiet ist Südafrika weit überlegen.«

Auf die Frage, was die Gegner Südafrikas veranlassen könnte, einen Angriff auf das Land zu wagen, antwortete der norwegische Militärexperte, ein koordinierter und synchronisierter Volksaufstand innerhalb Südafrikas mit einem Angriff durch kubanische Truppen aus Angola und Guerillas von Stützpunkten in Angola, Sambia und Zimbabwe.

»Die Weißen in Südafrika haben keine andere Wahl, als ihre Aufrüstung fortzusetzen, wenn sie eine Situation des totalen Chaos verhindern wollen«, so äußerte sich Borgin.

»Zur Ermutigung derjenigen, die in der Zone den status quo aufrechterhalten wollen und zur Ironie derjenigen, die die Weißen in Südafrika bekämpfen möchten, ist es ein militärisch starkes Südafrika, das den Frieden im Süden jenes Kontinents garantiert.«

»In Afrika ist alles möglich«, so Borgin. »Wenn die Frontstaaten ausreichend ermutigt werden und wenn sie mit genug sowjetischen Waffen und Beratern versehen werden, könnten sie einen Weltsturm auslösen.«



Südafrikanische Rekruten in Johannisburg. Experten behaupten, daß die südafrikanische Armee ihren Nachbarn weit überlegen ist.

Botha verhandelt hinter den Kulissen

Wenn Südafrika irgendeine Schwäche hat, dann ist sie nicht der Wille des Volkes noch der Streitkräfte, es ist die Regierung. Staatspräsident Pieter Botha ist heute, und war es schon immer, der Liebling der internationalen Elite. Er nimmt den gleichen Kurs wie Ian Smith in Rhodesien, eine »Kompromißlösung« ansteuernd, die, so meinen skandinavische Informanten, schwarze Marxisten an die Macht bringen würde.

Während er die bodenständigen weißen Wähler, die gegen jedweden Ausverkauf sind, mit Lippenbekenntnissen abspeist, verhandelt Botha hinter den Kulissen. Vielleicht sollte er Ian Smith zuhören, der, Jahre nachdem Rhodesien einem kommunistischen Aufstand zum Opfer gefallen war, entschied, daß die Sowjetunion hinter den Destabilisierungs-Anstrengungen im Süden Afrikas und den Angriffen auf Südafrika steckt.

Allerdings verliert Botha an Glaubwürdigkeit. Die nationalen Befürworter in Südafrika vereinigen sich, um sicherzustellen, daß sie nicht das gleiche Schicksal erleiden wie ihre Verwandten in Rhodesien.

Die größte Überraschung in diesem Zusammenhang waren die Nachwahlen in Südafrika am 31. Oktober 1985 und der größte Schock für die Regierung von P. W. Botha war der Sieg der Herstigte Nasionale Partei in Sasolburg im Freistaat Oranien, einer Provinz Südafrikas.

Diese »Miniwahlen« haben klar gezeigt, wie der »Natal Mercury« in Durban richtig bemerkte, daß eine Koalition von J. A. Marais' Herstigte Nasionale Partei und Dr. Andries Treurnichts Konservativer Partei viele andere Regierungssitze überall im Land bedrohen könnte.

Dieses wachsende Nationalbewußtsein, vorwiegend unter den Afrikaans, aber auch immer stärker bei den Englisch sprechenden Südafrikanern, die immer noch sehr »britisch« sind, könnte einen Ausverkauf untergraben. Wie schon Dr. Borgin meinte, alles kann in dem unbeständigen Klima geschehen, das heute in Südafrika herrscht. □

Südafrika

Gewaltlosigkeit von der Kirche abgewiesen

Gatsha Buthelezi

Der Chiefminister von KwaZulu, Gatsha Buthelezi, wollte den nachstehenden Text als Rede vor dem Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund vortragen. Der Schweizer Kirchenbund hat sich jedoch geweigert, Buthelezi anzuhören. Die vom Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund gegenüber Buthelezi beschlossene Gesprächsverweigerung erfolgte offensichtlich gemäß einer Absprache mit dem Südafrikanischen Rat der Kirchen (SACC), dessen Generalsekretär bis Ende 1984 Bischof Tutu war, wonach dieser vom jetzt amtierenden Generalsekretär Christian Beyers-Naudé abgelöst wurde. Buthelezi ist als Führer des Zulu-Volkes, der größten schwarzen Bevölkerungsgruppe in Südafrika, nicht nur die wohl wichtigste schwarze Persönlichkeit in Südafrika. Er bekennt sich überdies zum christlichen Glauben, was die ihm gegenüber gezeigte brüske Zurückweisung durch den Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund um so bedauerlicher und unbegreiflicher erscheinen läßt. Offenbar unterwarf sich der Kirchenbund mit dieser Gesprächsverweigerung ganz der vom SACC bereits unter Tutu diktierten Linie, mit dem SACC-Alleinvertretungsanspruch insbesondere zu verhindern, daß auch solche schwarze Persönlichkeiten aus Südafrika, die trotz aller Opposition zur südafrikanischen Regierung für einen konstruktiven Dialog um eine friedliche Zukunft eintreten, in Europa überhaupt zu Wort kommen.

Eine Gefahr ist heutzutage groß, daß christliches Romantisieren christliche Einsicht in das Wesen des schwarzen Befreiungskampfes in Südafrika verdrängt. In Südafrika fällt mir oft die Aufgabe zu, an Wahrheiten und harte Realitäten zu erinnern, selbst wenn einige schwarze Berühmtheiten und von den Medien zu angeblichen Führern gemachte Leute sich darüber ärgern.

Bevorzugung der Gewalttätigkeit

Nicht weniger oft aber muß ich in Europa eigentliche Mythen richtigstellen, auf deren Grundlage die europäischen Kirchen sich in den schwarzen Befreiungskampf in Südafrika einmischen. Auch heute habe ich mich dieser Aufgabe wieder zu stellen. Als ich mich im Gebet auf das heutige Treffen vorbereitete, mußte ich mich einmal mehr zum Glauben durchringen, daß wahre Gefolgschaft in Christus uns auch aus sehr unterschiedlichen Gesichtspunkten zusammenführen kann zur Erkenntnis dessen, was recht und was falsch ist.

Sowohl bei europäischen als auch bei nordamerikanischen Kirchenleuten besteht heute eine Tendenz, die Rolle von Befreiungsbewegungen in unterdrückten Gesellschaften zu romantisieren. Es scheint, als würden sich Christen ganz besonders daran begeistern, wenn andere in schwierigen Situationen zu den Waffen greifen. Und es scheint weiterhin, daß solche, die sich die Etikette des Freiheitskämpfers umhängen, von allem Anfang an in strahlendem Licht gesehen werden, so daß ihnen auch in ganz besonderem Ausmaß Hilfe zuteil wird.

Kämpfte ich für die genau gleichen Ziele, die ich heute und bereits seit Jahren verfolge, jedoch unter Befürwortung von Gewalt zu ihrer Erreichung, dann wäre ich eine vom Weltkirchenrat gefeierte Persönlichkeit. Und internationale Organisationen würden sich darum reißen, mir jede nur denkbare Unterstützung zukommen zu lassen.

Theologische Begünstigung von Gewalt

Tatsächlich verdammen mich all jene, die zur Erreichung von besseren Verhältnissen in Südafrika den Verhandlungsweg ablehnen, die es als falsch betrachten, die Apartheid von innen heraus unter Benützung der existierenden Strukturen zu bekämpfen. Jener Strukturen, die mit der Apartheid eine besondere Form der politischen Unterdrückung realisieren wollten.

Tatsächlich aber habe ich nach langen und intensiven Gesprächen mit Persönlichkeiten wie Chief Albert Lutuli, Walter Sisulu, Nelson Mandela und anderen vor Jahren in KwaZulu jene Führungsposition übernommen, die mir aus vererbtem Familienrecht, zurückgehend ins letzte Jahrhundert, zustand. Weil ich diese Verantwortung übernahm, werde ich jetzt von vielen gebrandmarkt. Ständig wird versucht, mich zu einem Unberührbaren, einem Rechtlosen, einem Verräter an der heiligen Sache zu machen. Und der Papageienruf, ich sei ein Handlanger der Regierung, ein Führer der sich verkaufe, um innerhalb des »Systems« mitzuarbeiten, wird rund um die Welt oft auch von hochgestellten Christen übernommen.



Nelson Mandela, Funktionär des Afrikanischen Nationalkongresses, wurde 1963 zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

Ich frage ganz offen, ob die Evangelische Kirche der Schweiz irgend ein theologisches Argument dagegen anführen kann, daß ich von den Zulu zum Chiefminister von KwaZulu gewählt worden bin. Von jenen Zulu, die von der südafrikanischen Regierung ins Homeland-System gezwungen wurden und deshalb verzweifelt Ausschau hielten nach einem Führer, der sie davor bewahren könnte, gleich wie ihre Brüder in Transkei, Bophuthatswana, Venda und Ciskei in eine sogenannte Unabhängigkeit gedrängt zu werden.

Erst dann, wenn die Anwendung von Gewalt, wenn eine Politik der bedingungslosen Konfrontation theologisch gerechtfertigt und für alle Schwarzen in Südafrika vom christlichen Glauben her als verbindlich erklärt werden kann, erst dann wären kirchliche Führer allenfalls berechtigt, mich als einen von politischen Gegnern innerhalb Südafrikas ausgestoßenen Mann zu meiden. Wo aber ist die theologische Begründung, die dazu berechtigen würde, solche schwarze Führer zu verurteilen, die von der Überzeugung getragen werden, daß der notwendige Reformprozeß zum Teil innerhalb der von Südafrika geschaffenen Strukturen durchgefochten werden muß?

Bekenntnis zu Gewaltlosigkeit

Die Kirchen selber sind doch in jenes gesellschaftliche Netz Südafrikas verstrickt, das die Apartheid zum festen Bestandteil des menschlichen Lebens gemacht hat. Auch die Glieder der Kirchen gehorchen doch jenen Gesetzen Südafrikas, die Menschen voneinander trennen. Auch die Christen lassen doch ihre Kinder

in getrennten Schulen erziehen und kirchliche Würdenträger vollziehen die vom Staat geschaffenen Ehegesetze.

Weiße Christen nehmen Saläre in Empfang, die ihnen einen Wohlstand gestatten, wie ihn ihre schwarzen Brüder und Schwestern nie erreichen können. Weiße Christen wählen Abgeordnete ins südafrikanische Parlament, sie sind Teil von getrennten Stadtverwaltungen, sie begraben ihre Toten in nach Rassen getrennten Friedhöfen. Kann es wirklich die Aufgabe der Kirche sein, ihre Gemeindemitglieder für dieses Tun zu verdammen?

Steht es den Kirchen wirklich zu, all jene ihrer Mitglieder zu verurteilen, die im Dienste dieses Staates stehen? Glücklicherweise hat die Kirche nie Anstalten gemacht, solche Schritte auch nur zu beabsichtigen. Schließlich gäbe es auch keinerlei theologische Rechtfertigung für solche Maßnahmen. Aber ebensowenig gibt es eine theologische Begründung, mich wegen meiner besonderen Stellung als Chiefminister von KwaZulu aus dem Dialog auszuschließen.

Ich habe mich, hier und jetzt, mit meiner ganzen Person dem gewaltfreien Befreiungskampf der Schwarzen verschrieben. Entsprechend eindeutig weise ich nicht nur jeglichen Kampf mit Waffen zurück, ich widersetze mich auch politischen Strategien, die auf gewaltsame Einschüchterung und Konfrontation setzen, um Südafrika unregierbar zu machen.

Seit 25 Jahren versucht der aus dem ausländischen Exil operierende Africa National Congress (ANC) vergeblich, den bewaffneten Kampf in Südafrika auszulösen. Er wird, wenn er an diesem Ziel weiterhin festhält, damit auch in den nächsten 25 Jahren – und vermutlich noch viel länger – scheitern. Ich widersetze mich diesem Ziel mit aller Schärfe, denn wird das Land heute unregierbar, so bleibt es für die Dauer von Generationen unregierbar.

In erster Linie aber widersetze ich mich jeglicher Gewaltanwendung, weil ich als Christ davon überzeugt bin, daß, solange nicht wirklich jeder gewaltlose Weg zur Versöhnung versucht worden ist, ein mit Waffengewalt ausgetragener Kampf niemals als gerechter Krieg bezeichnet werden darf. Das ist meine innerste Überzeugung, die mich von jeglicher Unterstützung des bewaffneten Kampfes Abstand nehmen läßt, die mich jedem Versuch, mich in eine Politik der gewaltsamen Konfrontation zu verstricken, widerstehen läßt.

Die Ziele des ANC

Aus dieser christlichen Überzeugung heraus habe ich den Verhandlungsweg gewählt, bereit, aus den heute bestehenden gesellschaftlichen Institutionen heraus zu wirken. Und diese meine Entscheidung ist ausschlaggebend dafür, daß ich heute von verschiedenen schwarzen Gruppierungen als Feind behandelt werde.

Welches ist denn das Ziel der aus dem Exil operierenden Führung des ANC? Sie will die Konflikte in Südafrika verschärfen. Um dieses Ziel zu erreichen, fordert sie schwarze Südafrikaner auf, alle jene umzubringen, die sich für die Eindämmung der Gewalt einsetzen.

Ich unterbreite Ihnen hier die Texte von Radioaufrufen der ANC-Führung im Exil, ausgestrahlt über jenen Sender, dem die ANC-Führung den Namen »Radio Freedom« zu geben beliebte. Gesammelt wurden diese Aufrufe von der britischen BBC für die Sendung »Summary of World Broadcasts«. Nehmen Sie daraus bitte für sich selbst zur Kenntnis, in welchem Ausmaß Schwarze aufgefordert werden, andere Schwarze, aber auch Weiße, umzubringen.

Im Alltag geschieht das, indem Menschen zu Tode gesteinigt, mit Benzin übergossen und lebendigen Leibes verbrannt werden, indem Menschen in ihren Häusern verbrannt oder indem sie mit Pangas oder Messern buchstäblich zu Tode gehackt werden. Aus dem Exil stachelt der ANC schwarze Südafrikaner auf, Brutalitäten zu entfesseln. Weiße, nicht einmal ihrem Namen nach bekannte Personen, werden zu Zielscheiben erklärt, indem von ihnen behauptet wird, sie würden sich in ihren Häusern mit Pistolen und Gewehren bewaffnen.

Sind die Kirchen etwa in der Lage, die Verführung schwarzer Kinder und Jugendlicher zu solchen Brutalitäten theologisch zu rechtfertigen? Brutalitäten, die angeblich politische Ziele verwirklichen helfen sollen? Ich stehe da auf dem Standpunkt: Genug ist genug! Deshalb rief ich in einer Rede in einer großen Volksversammlung in Umlazi außerhalb Durbans kürzlich die schwarzen Südafrikaner auf, dem sinnlosen Morden endlich ein Ende zu setzen.

Ich unterbreitete den dort anwesenden schwarzen Südafrikanern die gleichen Aufrufe der Exil-Führung des ANC, die ich auch Ihnen heute unterbreite: Und ich rief die Schwarzen auf, selber zu entscheiden, ob die von diesen Aufrufen vorgezeichnete Straße identisch sei mit jener, die sie beschreiten wollten. Die gleiche Frage richte ich heute an Sie, Verantwortliche der evangelischen Kirche: Erwarten Sie von mir, daß auch ich diesen Weg der Gewalt wähle?

Dialog mit allen politischen Kräften

Immer wieder muß ich die Welt daran erinnern, daß eine endgültige Stellungnahme der Kirche zur Frage der Gewaltanwendung bis heute nie erfolgt ist. Damit kann es auch keine bindenden Vorschriften geben, auf deren Grundlage Christen anderen Christen vorschreiben könnten, wann ein Krieg gerecht und wann er ungerecht ist. Auf der anderen Seite bin ich aber auch nie zu Gericht gesessen über irgend jemanden in Südafrika, der für sich Gewaltanwendung beschlossen hat, weil er alle Hoffnung, allen Mut, jegliches Vertrauen in andere als gewaltsame Möglichkeiten, die noch zu ergreifen wären, verloren hat.

Ich beklage zwar solche persönliche Entscheidungen und warne die, die sie treffen, vor der Tollkühnheit ihrer Vorhaben. Aber nie habe ich sie verurteilt, nie habe ich sie verdammt. Ich habe Verständnis für den Zorn der schwarzen Südafrikaner, ich kenne selber jenes Gefühl, das Menschen ergreift, die nur noch in gewaltsamen Aktionen einen Ausweg erblicken können. Schließlich habe ich selbst lange genug mit dieser Entscheidung gerungen, habe ich selbst einen alles aufwühlenden Kampf ausgetragen gegen diesen unbändigen Zorn, der sich auch in mir regt.

Von keiner politischen Taktik, von keiner politischen Strategie kann man nach meiner Überzeugung behaupten, sie sei für Südafrika die einzige Taktik oder Strategie, die Gott, unser Herr, schützt und begünstigt. Ich bin nicht zu glauben bereit, daß Gott nicht auch das Wirken in der Nationalen Partei beeinflußt. Ebensowenig glaube ich, daß er nicht auch die Maßnahme der hohen Armeeoffiziere mitlenkt.

Ich bin sogar der Meinung, daß der Herr auch das Tun der Polizei beeinflußt. Ich kann auch nicht glauben, daß er nicht auch mit dem Tun der exilierten ANC-Führung verbunden ist oder mit jenen, die eine radikale Änderung in Südafrika herbeiführen wollen, indem sie das Land mittels Gewaltanwendung unregierbar zu machen trachten.

Ich weiß aber, daß Christus innerhalb der Inkatha-Bewegung und innerhalb der gesetzgebenden Versammlung von KwaZulu am Werk ist. Ich glaube, daß ich bei allem, was ich tue, in seinem Dienst stehe. Selbst dann, wenn meine sündige menschliche Natur, wenn mein Ich sich dazu verleiten läßt, die Gebote christlichen Handelns zu verdrängen, selbst dann führt mich der Herr und läßt mich Dinge tun, die seinem Willen entsprechen. Bei all seiner Gnade aber bleibe ich bei meiner tiefen christlichen Überzeugung, daß es sowohl für mich als auch für Inkatha richtig ist, den Weg des Friedens zu beschreiten und an einer Politik festzuhalten, die Vermittlung und Versöhnung will.

Überall auf der Welt ist es das Recht von Christen, eigenständige Meinungen zu äußern. Eigenständig zu urteilen, welche politischen Strategien wirksam und welche unwirksam sind. Aber es wäre ein großes Wagnis für Christen, zu sagen, daß, wenn von den Ärmsten der Armen sich mehr als eine Million zu einer politischen Gemeinschaft zusammenschließen, wie dies in der Inkatha geschehen ist, diese von der internationalen Christenheit verstoßen werden sollten. □

Südafrika

Marktwirtschaft oder Planwirtschaft

Lucas Mangope, Präsident des unabhängigen Homelands Bophuthatswana, äußerte sich in einem Gespräch zu den von der Regierung Südafrikas begonnen und in Aussicht gestellten Reformen. Präsident Mangope äußerte dabei die Überzeugung, daß die Zukunft Südafrikas mit der Frage entschieden werde, ob Südafrika seine noch immer bedeutende wirtschaftliche Kraft bewahren könne. Dies sei allerdings nur möglich, wenn die heute geltende Ordnung freier Marktwirtschaft auch für die Zukunft erhalten werden könne. Freiheit und Wirtschaftskraft seien in Südafrika nur mit einer unzweideutigen Absage an jegliches sozialistisch inspiriertes System zu erhalten oder zu erreichen. Wenn Südafrika weiterhin die Rolle des wichtigsten Ernährers des ganzen südlichen Afrikas spielen müsse, dann dürfe das System der freien Marktwirtschaft in Südafrika auf keinen Fall zerstört werden.

Die Reformen, die die weiße südafrikanische Regierung zur Zeit zu verwirklichen sucht, betrachtet Präsident Mangope von der Sache her als richtig und auch als ernsthaft gemeint. Problematisch sei, daß die Regierung den richtigen Zeitpunkt der Lancierung ihres Reformkurses verpaßt habe. Wäre die Abschaffung jener Immoralitätsgesetze, die Heiraten und Geschlechtsverkehr über Rassengrenzen hinweg verboten hatten, drei Jahre früher erfolgt, wäre das Recht auf Grundeigentum für Schwarze in Gebieten außerhalb der Homelands drei Jahre früher erteilt worden, wären die Einwanderungsbeschränkungen früher überarbeitet und die Bürgerrechtsfrage früher neu geregelt worden, dann wären all diese Reformen ohne Zweifel auch von der schwarzen Bevölkerung Südafrikas lebhaft begrüßt worden.

Die Freilassung Nelson Mandelas

Die heutigen Unruhen wären auf diese Weise wahrscheinlich vermieden worden. Heute aber ist Südafrika mit einer sehr schweren Wirtschaftskrise konfrontiert, die Hunderttausende ohne Arbeit läßt – wesentlichste Ursache der gegenwärtigen Unrast.

Die Zerstörungswut schwarzer Randalierer nähre sich zum Teil an der nach wie vor bestehenden tiefen Kluft zwischen weißem und schwarzem Bildungswesen in Südafrika. Die daraus entstandene, jahrelang angestaute Frustration ließ die Lage explodieren, wobei zahlreiche Gewaltakte auf das Konto krimineller Elemente zu verbuchen seien. Insgeamt aber war die Lage in Südafrika nie schwieriger als heute.

Die bedingungslose Freilassung von Nelson Mandela durch die weiße Regierung könnte aus der Sicht Präsident Mangopes möglicherweise eine Beruhigung der Lage einleiten. Denn rasch würde sich danach zeigen, daß Mandela längst nicht von allen Schwarzen als Führer anerkannt wird. Die Inkatha-Bewegung von Zulu-Führer Gatsha Buthelezi wird sich nach einer Freilassung Mandelas als stärkste politische Kraft des schwarzen Südafrikas erweisen.

Liebäugeln mit dem Sozialismus

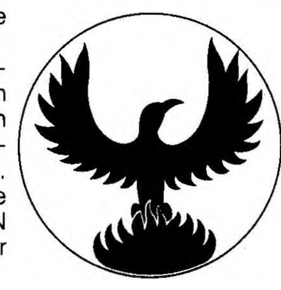
Mandela müßte bald erkennen, daß er nur einer unter verschiedenen schwarzen Führern ist. Möglicherweise würden seine Ansprüche dadurch realistischer, weniger theoretisch-deklamatorisch. Müßten die städtischen Schwarzen gewahr werden, daß es unter den Schwarzen verschiedene Persönlichkeiten mit Führungsqualitäten gibt, dann würde die heute ziemlich amorphe Masse dieser Bevölkerungsgruppe möglicherweise etwas strukturiert.

Präsident Mangope ist überzeugt, daß die Zukunft Südafrikas mit der Frage entschieden wird, ob dieses Land seine noch immer bedeutende wirtschaftliche Kraft erhalten kann. Dies könne nur geschehen, wenn die heutige Ordnung freier Marktwirtschaft auch für die Zukunft erhalten werden kann. Weitverbreitet sei heute der blinde Glaube, die schwarze Mehrheit würde, wenn sie sich politisch durchsetzen könnte, ganz von selbst auch Wirtschaftsblüte und Freiheit bewirken.

Freiheit und Wirtschaftskraft ist in Südafrika allerdings nur mit einer unzweideutigen Absage an jegliches sozialistisch inspiriertes System zu erhalten oder zu erreichen. Weil die Vertreter der freien Wirtschaft von vielen Schwarzen als Exponenten von

Auf dem Gebiet der Elektronik ist Südafrika weltweit ein ernstzunehmender Konkurrent.

DIAGNOSEN sollte eigentlich an jeder Zeitschriften-Verkaufsstelle in Deutschland, in Luxemburg, Österreich und Schweiz zum Kauf bereit liegen. Leider ist das nicht der Fall. Die Grossisten, die die Einzelhändler beliefern, begründen diese Tatsache damit, daß für diese Zeitschrift keine Nachfrage besteht.
Verlag und Redaktion von DIAGNOSEN können sich eigentlich nicht vorstellen, daß die Ausrede der Grossisten den Tatsachen entspricht. Die täglichen Telefongespräche und vielen Briefe, in denen uns interessierte Leser mitteilen, daß sie trotz wiederholter Nachfrage DIAGNOSEN nicht bekommen, zeigen eine andere Wirklichkeit.
Von den rund 80000 Verkaufsstellen in der Bundesrepublik werden trotz unserer ständigen Bemühungen höchstens 7000 mit DIAGNOSEN beliefert. Im Grunde kann man in diesem Verhalten des Zeitschriften-Grossos eine Art Zensur für diese Zeitschrift sehen. Verlieren Sie aber bitte nicht die Geduld, fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler, warum er DIAGNOSEN nicht führt. Fragen Sie ihn auch, warum er DIAGNOSEN nicht sichtbar in die Auslagen legt.



Repression und Unfreiheit betrachten würden, ist aus der Sicht Präsident Mangopes die Skepsis vieler Schwarzer gegenüber der freien Marktwirtschaft entsprechend ausgeprägt. Das Liebäugeln mit sozialistischen Modellen, von denen eine gerechte Verteilung aller Wirtschaftsgüter erhofft wird, sei nur eine Folge dieser Skepsis.

Daß allzu viele schwarzafrikanische Staaten als Folge unüberlegten Experimentierens mit sozialistischen Wirtschaftsmodellen regelrecht zugrunde gerichtet worden sind, wie Präsident Mangope feststellte, scheint die Sozialismus-Träumer in Südafrika bisher wenig zu beeindrukken. Wenn aber Südafrika weiterhin die Rolle des wichtigsten Ernährers des ganzen südlichen Afrikas – und kein anderer Staat ist sichtbar, der Südafrika diese Rolle abnehmen könnte – spielen soll, dann darf das System der freien Marktwirtschaft in Südafrika auf keinen Fall zerstört werden.

Wer angesichts der schwierigen Situation in Südafrika jetzt in Europa und Amerika zu Sanktionen aufruft, macht sich – so betonte Präsident Mangope nachdrücklich – unmittelbar mitschuldig an den Unruhen und am Elend, welches eine Ausdehnung oder Verschärfung der wirtschaftlichen Krise besonders bei den Schwarzen hervorrufen wird.

Die Zukunft der Homelands

Als wirksamste Waffe gegen die Apartheid hat sich bis heute die Wirtschaft erwiesen. Insbesondere die multinationalen Unternehmungen haben eigentliche Pionierarbeit geleistet bei der Abschaffung von Rassengesetzen im Arbeitsbereich.

Verschiedene Südafrika-Theoretiker in Europa sehen in den Homelands den Kern allen Übels und verlangen gebieterisch deren Abschaffung. Mit dieser Forderung beweisen sie, daß sie das Denken und Wollen der Schwarzen nicht verstehen.

Wer beispielsweise Bophuthatswana, Homeland der Tswanas, abschaffen wolle, der müsse wissen, daß er, um dieses Ziel zu erreichen, letzten Endes auch das Volk der Tswanas abschaffen müßte. Warum, fragte Präsident Mangope ganz direkt, dürfen wir nicht, die Tswanas, entscheiden, welchen Staat und welche Form der Unabhängigkeit wir für uns wünschen. Wer die weiße Regierung Südafrikas kritisiert, sie würde den Schwarzen die politische Mitbestimmung verweigern, der solle bitte nicht selber im gleichen Atemzug den Schwarzen im südlichen Afrika vorschreiben, in welcher Form sie ihr politisches Zusammenleben gestalten sollen.

Bophuthatswana, führte Präsident Mangope weiter aus, wurde nie gezwungen, die volle Unabhängigkeit zu erlangen. Es war ein freier Entscheid, so wie es Buthelezis freier Entscheid war, KwaZulu nicht in die Unabhängigkeit zu führen. Daß Bophuthatswana einen anderen Weg als KwaZulu gegangen ist, sei historisch begründbar: Bophuthatswanas Nachbarland Botswana, ehemaliges englisches Protektorat, ist die Heimat von ungefähr einem Viertel der Tswanas und ist seit Jahren unabhängig. Weil Botswana unabhängig ist, wollten auch die auf südafrikanischem Territorium lebenden Tswanas unabhängig werden. Deshalb werde Bophuthatswana nicht auf seine Unabhängigkeit verzichten.

Im übrigen habe Bophuthatswana bewiesen, daß es auch wirtschaftlich auf eigenen Füßen zu stehen vermag. Weniger als zehn Prozent des Staatshaushaltes von Bophuthatswana werden von Pretoria getragen. Welches schwarzafrikanisches Land bedarf ähnlich geringer Unterstützung aus dem Ausland, um seine Bevölkerung ernähren zu können? Dabei ist Bophuthatswana in Jahren mit normalen Niederschlägen noch in der Lage, landwirtschaftliche Produkte in bedeutendem Umfang in seine Nachbarländer zu exportieren.

Tatsache sei auch, daß es in den südafrikanischen Homelands in den vergangenen Monaten kaum je zu Unruhen gekommen ist, die mit jenen Unruhen in den schwarzen Townships Südafrikas auch nur entfernt vergleichbar wären. Die politische Selbstbestimmung der Schwarzen in den Homelands ist offensichtlich ein politischer Faktor, der möglichen Unruhestiftern den Boden unter den Füßen entzieht. □

Südafrika

Schaden für die Nachbarn

Die marxistischen schwarzen Nachbarstaaten Südafrikas fügen sich mit ihrem Beharren auf einem internationalen Boykott mehr Schaden zu als ihren von Weißen regierten Nachbarn. Viele der schwarz-regierten Staaten nehmen ihren Warenverkehr über südafrikanische Häfen vor und benutzen südafrikanische Transportsysteme wie Schiene und Straße.

In Südafrikas Bergwerken arbeiten viele nicht-südafrikanische Schwarze, darunter Dreiviertel der Lohnempfänger aus Lesotho. Der Präsident von Tansania, Julius Nyerere, verlangt, daß ein totaler internationaler Boykott durchgesetzt werden muß. Der Premierminister von Zimbabwe, Robert Mugabe, ist jedoch nicht so eindeutig.

Ausweisung der Gastarbeiter

Der Grund dafür ist, Tansania erhält sowohl vom Westen als auch vom Osten Hilfe und hängt für seinen Handel nicht von Südafrika ab. Für Zimbabwe ist aber genau das Gegenteil wahr.

Südafrika ist Zimbabwes Haupthandelspartner, und während die Regierung Botha recht gut ohne Zimbabwe auskommen kann, ist Mugabe klug genug zu erkennen, daß es in seinem Land ein Wirtschaftschaos geben wird, wenn Südafrika die Grenze schließt. Daher ist Mugabe zwar im Prinzip für einen Boykott, aber er wird sich ihm nicht anschließen.

Botha, verärgert über eine vom UN-Sicherheitsrat am 26. Juli 1985 verabschiedete Resolution, die die Regierungen auffordert, begrenzte Sanktionen gegen sein Land zu verhängen, drohte mit Vergeltungsmaßnahmen; er werde den schwarzen Nachbarstaaten den Zugang zu Südafrikas Transportsystem verweigern, Handelsbeziehungen abbrechen und 1,5 Millionen Gastarbeiter des Landes verweisen.

Nach Zahlenangaben aus Botswana, Lesotho und Swasiland, alles Binnenländer, hat Südafrika im letzten Jahr je 88,99 und 91 Prozent der Importe dieser Länder geliefert. Wenn die Botha-Regierung die 152 000 Staatsbürger von Lesotho, die in südafrikanischen Minen arbeiten, ausweist, wäre die Wirtschaft Lesothos völlig lahmgelegt. Die Gesamteinnahmen des Landes im vergangenen Jahr entsprachen etwa den 160 Millionen Dollar, die die Gastarbeiter nach Hause geschickt haben.

Botswana, Lesotho und Swasiland sind für ihre Elektrizitätsversorgung fast völlig von Südafrika abhängig, und Teile von Mozambique und Zimbabwe beziehen ihre Energie aus dem weiß-regierten Südafrika, das auch bei der Verteilung von Erdölprodukten an die Nachbarländer eine Schlüsselrolle spielt.

Bei einer Unterbrechung des Handels sind die einzigen alternativen Handelswege für die schwarzen südafrikanischen Staaten die durch Angola, Mozambique und Tansania – allesamt geplagt von unzulänglichen Transportsystemen, Ineffizienz und einem Mangel an ausgebildeten Arbeitskräften.

Der tansanische Hafen Dar-es-Salaam ist dermaßen heruntergekommen, daß westliche Spendengeber Millionen Dollar für ein Wiederaufbauprojekt bereitgestellt haben, das Jahre beanspruchen wird. Der Weg durch Angola wäre von Sabotage durch anti-kommunistische Guerillas bedroht. Mozambiques überlasteter Hafen Beira wird derzeit von Südafrika restauriert.

In einem Buch mit dem Titel »Sanctions Double-Cross« (»Sanktionen-Betrug«) schreibt Jorga Jardim, ehemals Direktor der nationalen Erdölgesellschaft von Mozambique, über die von der UN verhängten Sanktionen gegen Rhodesien. Die Regierung Ian Smith wehrte sich seinerzeit dagegen mit der Einstellung der Öllieferungen an den Nachbarn Sambia, während britische und andere Gesellschaften Rhodesien weiterhin mit unerlaubtem Öl versorgten.

Jardim schreibt: »Der Kraftstoffmangel für den sambesischen Markt war sehr viel gravierender als die Verknappung in Rhodesien in der entscheidenden Phase.« □

Rüstungskontrolle

Vertrauen ist gut, Kontrolle besser

Victor Marchetti

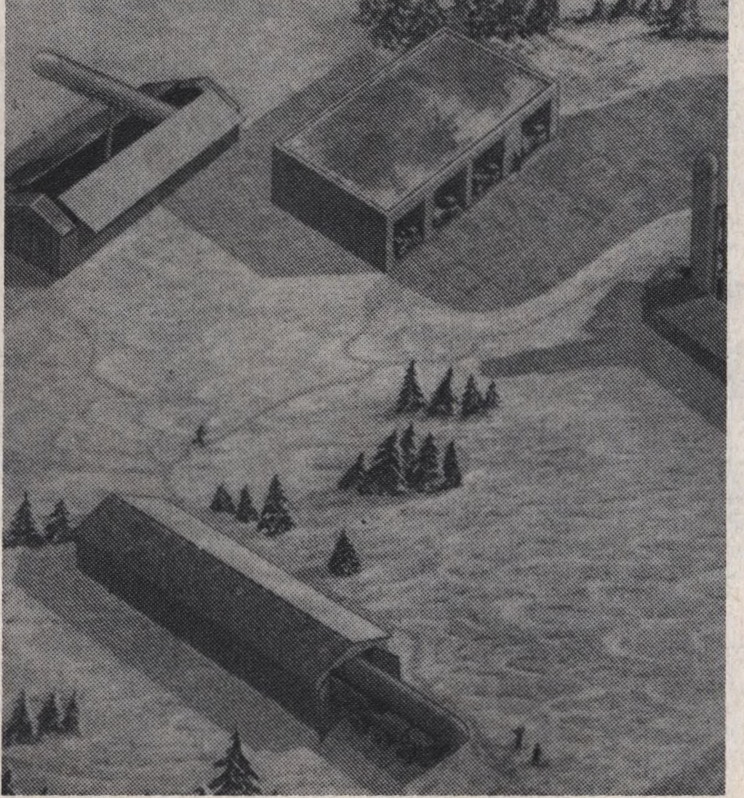
Der wichtigste Punkt des Gespräches in Genf und der noch kommenden Kontakte zwischen US-Präsident Ronald Reagan und Michail Gorbatschow ist die Rüstungskontrolle. Das Ergebnis dieser Diskussion dürfte nicht so sehr davon abhängen, inwieweit der geschickte Gorbatschow das Vertrauen des amerikanischen Präsidenten gewinnen kann, sondern vielmehr von den harten Tatsachen der amerikanischen Möglichkeiten zur Kontrolle; das sind die verschiedenen fotografischen, elektronischen und anderen High-tech-Aufklärungs- und Überwachungssysteme, die eingesetzt werden um festzustellen, ob die Sowjets bei einem Abrüstungsabkommen schummeln könnten über das zwischen den beiden Staatsmännern Vereinbarte.

Gegenwärtig reichen die amerikanischen Nachprüfmöglichkeiten aus, doch gibt es beunruhigende Anzeichen dafür, daß sie anfangen, nicht mehr Schritt zu halten. Wenngleich neue Überwachungssysteme auf dem Reißbrett stehen, so ist doch die Entwicklung dieser sehr wichtigen Augen und Ohren des US-Nachrichtendienstes nicht energisch genug von der Reagan-Regierung verfolgt worden.

Schummelei der Roten

Der Forschungsdienst des US-Kongresses hat kürzlich einen Überblick über die Nachprüftechnologien fertiggestellt, wobei er zu dem Schluß kam, daß »in praktisch jedem Fall« die amerikanischen Möglichkeiten zur Überwachung von strategischen Waffen der Sowjets, verglichen mit Moskaus potentieller Fähigkeit, neue Systeme zu entwickeln und aufzustellen, »weit hinterherhinken«.

Allerdings hat der amerikanische Kongreß pro forma einen Versuch unternommen, den Fehler der Regierung zu begradigen, indem dem Energieministerium zusätzlich 7,5 Millionen Dollar für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Atomtestüberwachung bewilligt wurden. Merkwürdigerweise wurde die Vorlage von zwei Demokraten eingebracht: Senator Gary Hart aus Colorado und Senator Jeff Bingaman aus New Mexico.



Eine grafische Darstellung einer SS-X-25-Stellung in der Sowjetunion.

Die Mehrzahl der Experten glauben, daß die amerikanischen Nachprüfmöglichkeiten anfangen, ihre Effektivität zu verlieren und schließlich nicht mehr ausreichen werden, um potentielle strategische Gefahren auf sowjetischer Seite so rechtzeitig zu entdecken, daß ausreichende Gegenmaßnahmen getroffen werden können.

Es kann gar nicht oft genug betont werden, wie wichtig es ist, erstklassige Nachprüfmöglichkeiten zu haben. In wenigstens acht Fällen, seit der ehemalige amerikanische Präsident Richard Nixon und sein Kompagnon Henry Kissinger das SALT I-Abkommen zu Beginn der siebziger Jahre verhandelt haben, sind die Sowjets dabei erwischt worden, wie sie das Abkommen umgangen haben. Drei dieser Verstöße bereiten den amerikanischen Verteidigungsplanern besondere Sorgen.

Verschlüsselung von Telemetrie

In einem Fall handelte es sich um den Versuch, insgeheim ein riesengroßes Multiphasen-Radar in Krasnojarsk in Zentralsibirien zu errichten. Das Radar ist zweifellos Teil eines antiballistischen Raketensystems, ein klarer Verstoß gegen bestehende amerikanisch-sowjetische Abrüstungsabkommen. Die Sowjets behaupten dagegen, das Krasnojarsk-Radar sei lediglich eine harmlose Einrichtung zur Verfolgung von Gegenständen im Weltall.

Amerikanische Geheimdienstspezialisten sagen, wenn es wie eine Ente aussieht und wie eine Ente watschelt, dann macht es Quak und nicht Wau.

In einem anderen Täuschungsversuch, mit dem Moskau die US-Nachprüfbarkeit umgehen wollte, ging es um die übermäßige Verschlüsselung von Telemetrie beim Testen von nuklearen ballistischen Raketen. »Telemetrie« heißen die Daten, die von einer Rakete während des Fluges an die Abschußstelle zurückgesendet werden und ihre Flughöhe, Geschwindigkeit sowie andere wichtige Leistungsstatistiken betreffen. Übermäßige Verschlüsselung dieser Informationen ist nicht nur eine Umgehung von SALT I-Abkommen, es ist der offensichtliche Versuch, die den Vereinigten Staaten gemäß den Bestimmungen dieses Rüstungskontrollvertrages eingeräumten Nachprüfrechte zu verweigern. Auch ist es ein Weg, um herauszufinden, wie gut die amerikanischen Überwachungssysteme sind.

In einem dritten Versuch der Schummelei der Sowjets handelte es sich um das illegale Testen einer neuen ICBM (interkontinentale ballistische Rakete), der SS-X-25, einer potentiell hochbedrohlichen strategischen Offensivwaffe, die straßenfahrbar sein wird. Unglücklicherweise ist dieses System technisch keine Verletzung von SALT I, obwohl sie gegen den Geist des unter Jimmy Carter geschlossenen SALT II-Abkommens mit den Sowjets verstößt. Daher sagt Moskau, es zähle nicht zu dem derzeitigen Stand der Dinge.

Eine Vorliebe für Täuschung

Dennoch stellt es eine ernsthafte Bedrohung dar, mit der sich Amerikas Verteidigungsplaner befassen müssen. Als eine gewisse Antwort auf die SS-X-25 hat das amerikanische Verteidi-

gungsministerium an einem ähnlichen System gearbeitet, der Midgetman-ICBM. »Wenn sie schummeln können, warum nicht auch wir?«, wie ein DOD-Mitarbeiter fragte.

Und es gibt noch ein weiteres Beispiel für die Schummelei der Sowjets, die bis jetzt noch nicht vollständig nachgewiesen ist und unterirdische Tests von Nukleargerät betrifft. Empfindliche US-Überwachungssysteme, die Erderschütterungen aufzeichnen, deuten darauf hin, daß die Sowjets unzulässig große Geräte in Semipalitisk, dem sowjetischen Los Alamos, testen.

Zu welchem Zweck? Der amerikanische Geheimdienst weiß es derzeit nicht. Und ohne klassische Nachprüfmöglichkeiten könnte es sein, daß wir es niemals herausfinden, bis es zu spät ist.

Die Sowjets haben eine Vorliebe für Täuschung. Man hat sie erwischt, als sie versuchten, ihre ICBM-Stellungen als Bauernhöfe und andere ländliche Szenerien zu tarnen.

Erst vor wenigen Jahren versetzten sie den amerikanischen Geheimdienst in hellen Aufruhr, als eine »neue U-Boot-Klasse« im Hafen von Murmansk entdeckt wurde. Die Marine legte sich in Schnellgang, um mit dieser unerwarteten Bedrohung fertig zu werden. Zum Glück ereignete sich nicht lange danach ein schwerer Sturm über Murmansk, der das U-Boot der neuen Klasse mitten auseinanderbrach. Und da erst erkannten die US-Geheimdienstspezialisten, daß das neue U-Boot in Wirklichkeit eine riesige Gummiattrappe war.

Zur Zeit sind die US-Nachprüfmöglichkeiten sehr gut, und zwar sowohl bezüglich der Vielfalt als auch der Qualität. Es gibt fotografische und elektronische Satelliten der verschiedensten Arten, die ständig ein Auge und Ohr auf die strategisch-militärischen Entwicklungen der Sowjets haben. Einer der fotografischen Superspion-Satelliten, der KH-11, ist ein Echtzeit-Monitor. Er kann sowjetische Manöver in dem Moment fotografieren, in dem sie sich abspielen, und die Information sofort über andere Satelliten auf Erdumlaufbahn an Bodenstationen in den Vereinigten Staaten weiterleiten, wo sie schnell analysiert und bewertet werden.

Dieses Nachprüfsystem, mit einer Nutzungsdauer von gut einem Jahr, wird demnächst durch einen noch größeren und besseren Nachfolge-Satelliten ersetzt werden, dem KH-12. Der KH-12 soll planmäßig 1986 einsatzbereit sein. Er wird nicht nur eine längere Nutzungsdauer haben, sondern auch klarere und genauere Bilder machen. Er wird sich auf ein Ziel einstellen können, das so klein ist wie ein ländlicher Briefkasten.

Dann gibt es noch den synchronorbitären Satelliten. Einer davon ist Rhyolite und sein demnächst einsatzbereiter Nachfolger, der über Australien arbeitet und in die Sowjetunion und Rotchina hineinhört. Er kann gleichzeitig bei mehr als 10 000 Telefongesprächen mithören, sowie zahlreiche sowjetische Radar- und Raketenanlagen kontrollieren.

Verrat für Rauschgift

Und es gibt das Satelliten-Frühwarnsystem, das die Infrarot-Strahlung mißt, die beim Abschluß einer ballistischen Rakete frei wird. Außerdem ist da NAVSTAR, ein System, das Atomtests in der Atmosphäre entdeckt für den Fall, daß die Sowjets versuchen sollten, einen an uns vorbei zu schmuggeln. Und es gibt Teal Ruby, einen Satelliten, der sowjetische ICBMs mit Infrarot verfolgt, wenn diese Waffen getestet werden.

Zusätzlich ist die Sowjetunion umgeben von zahlreichen Abhörposten jeder Art. Einige fangen Kommunikationen ab, andere sind auf Radar- und sonstige militärische Signale eingestellt. Zu den besten dieser Vorrichtungen zählt das Shemya-Radar, das sich auf der Aleuten-Insel mit demselben Namen befindet. Es kann Gegenstände wahrnehmen, die so klein sind wie ein Fußball, wenn sowjetische Tests überwacht werden, bei denen ballistische Raketen von Zentralasien auf die Halbinsel von Kamchatka an der sowjetischen Pazifikküste abgeschossen werden.

Die US-Nachprüfmöglichkeiten sind von zwei Dingen bedroht: Verrätern und sowjetischer Schummelei. Ein steter Strom von geldhungrigen Verrätern verkauft unsere Überwachungsgeheimnisse an die Sowjets. Christopher Boyce, der für den CIA-Auftragnehmer TRW gearbeitet hat, und Dalton Lee haben die Geheimnisse von Rhyolite an KGB-Agenten in Mexiko City verkauft, und zwar um Geld für Rauschgift zu haben.

William Kampiles, ein ehemaliger CIA-Wachpolizist niedrigen Ranges, verkaufte das KH-11-Handbuch an einen KGB-Agenten in Athen gegen nur 3000 Dollar. Und Johnny Walker und seine Bande zweitklassiger Diebe haben verkauft, was sie nur konnten – darunter wertvolle Nachprüfungsinformationen. Für den KGB waren es nur wenige Dollar, und für sie selbst ein großer Ego-trip.

Wie unliebsam Spione und Verräter auch sein mögen, das Hauptproblem der amerikanischen Nachprüfmöglichkeiten liegt in der Schummelei und Täuschung durch die Sowjets. Es ist ein natürliches Merkmal der sowjetischen Mentalität, argwöhnisch, mißtrauisch und geheimnistuerisch zu sein, ganz besonders in bezug auf Ausländer. Da sie sich selbst nicht dazu bewegen können, anderen zu trauen, gibt es keine Möglichkeit, ihnen selbst zu trauen. Sie werden immer versuchen, zu schummeln oder zu täuschen.

Somit ist die Frage des beiderseitigen Vertrauens zwischen Reagan und dem neuen Chef im Kreml, Gorbatschow, irrelevant. Der US-Präsident kann so freundlich gegen Gorbatschow sein, wie er nur will, doch er darf den Sowjets nicht trauen. Jegliches Abkommen über Rüstungskontrolle muß auf den Doppelsäulen der garantierten Nachprüfung beruhen. Und was noch wichtiger ist, es muß auf der militärischen Stärke der USA begründet sein. Letztere können die Sowjets nicht beschummeln, und sie haben Respekt vor ihr. □

Thailand

Hungern für Weltbank-Diktat

Der thailändische Premierminister Prem Tinsulanonda steht in seinem Land vor unlöslichen landwirtschaftlichen Problemen, die letztendlich die politische Stabilität seines Regimes bedrohen. Als die letzte Ernte auf den Inlandmarkt kam, waren laute Proteste zu hören: Der Preis für ungeschälten Reis fiel um rund 24 Prozent. Damit kamen die Minister der Sozialen Aktionspartei (SAP), wie zum Beispiel der Landwirtschaftsminister Narong Wongwan und der Handelsminister Kosol Krairiksh in eine politisch unbequeme Lage ihren Wählern gegenüber.

Die Minister der Sozialen Aktionspartei (SAP) hatten keine Chance, die Thailänder ihrer ländlichen Wahlkreise für ein Sparprogramm zu gewinnen. Sie mußten vielmehr der Regierung Prem, der sie als wichtigste Koalitionspartner angehören, ein Ultimatum stellen: Entweder stimmt die Regierung einer Subventionierung für einen Mindestpreis von rund 3300 Bhat je Tonne zu – das ist etwa das Preisniveau von 1984 –, oder die SPA-Minister müßten ihren Rücktritt einreichen.

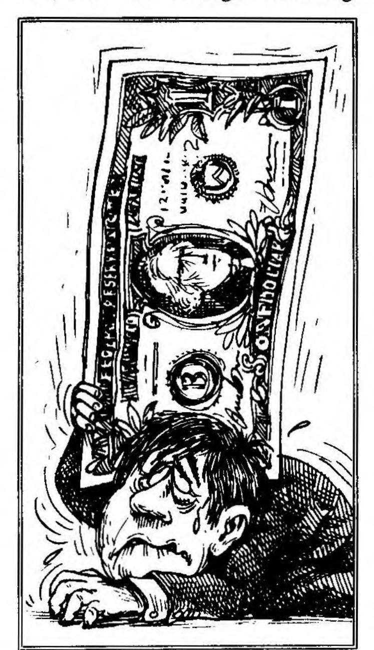
Nicht genug Geld für Schuldentilgung

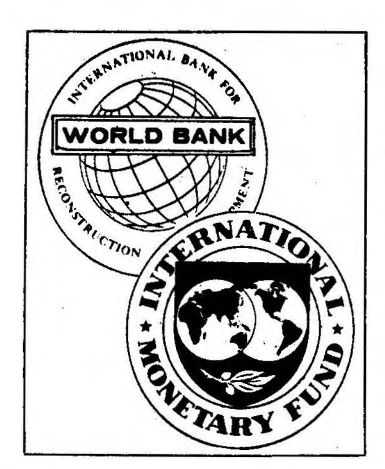
SAP-Führer M. R. Kukrit Pramoj hat erklärt, daß Mittel gefunden werden müssen, um Reis-Subventionen zu finanzieren. Wenn die Regierung unfähig ist, die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu bereinigen, so äußerte sich Kukrit, dann hat die SAP einen geeigneten Mann für jeden Ministerposten, einschließlich dem des Premierministers.

Die Oppositionspartei Chat Thai hat ebenfalls gedroht, sie werde in Bangkok eine Konferenz der Reis-Verarbeiter und Reis-Anbauer einberufen, die 40 Provinzen vertreten, wenn die Regierung sich weigert, einen Mindestpreis für ungeschälten Reis zu garantieren.

Unterdessen sind die Prem umgebenden Technokraten eher bereit, die Bauern hungern zu lassen, die 70 bis 75 Prozent des thailändischen Arbeitsmarktes ausmachen. Sie sollen dies im Namen des »freien Handels« tun, da Thailand nicht genug Geld aufbringe, um die Schulden an die internationalen Gläubiger zu zahlen.

Zu den Befürwortern dieses harten Kurses zu Gunsten der internationalen Bankers gehören Thailands Finanzminister Sommai Hoontrakul und sein Protegé im Steueramt, Nibhat Bhukkanasuth; Prems persönlicher Wirtschaftsberater, der seine Ausbildung an der Wharton School in Philadelphia erhalten hat; Dr. Virabhongsa Ramangkura; Dr. Snoh Unakul vom Amt für Nationale Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung (NESDB) sowie sein Stellvertreter Dr. Phisit Pakkasem.





Diese höchstes Vertrauen genießenden Technokraten in der Umgebung von Prem sind auch diejenigen, denen der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank höchstes Vertrauen entgegenbringen, daß sie jedwede Sparpolitik ausführen, mit der Bargeld aus der Bevölkerung gepreßt werden kann, um so die Zahlungsverpflichtungern Thailands einzuhalten. Zur Zeit werden 27 Prozent der thailändischen Exporteinnahmen für den Schuldendienst bereitgestellt.

Die Bauern schützt die Verfassung

Nun ist aber die Garantie für die Preise von ungeschältem Reis keineswegs eine Frage politischer Entscheidungsfreiheit, sie ist gesetzlich gefordert und zwar in Artikel 67 der thailändischen Verfassung. Danach muß die Regierung einen Mindestpreis für landwirtschaftliche Erzeugnisse garantieren, wodurch der landwirtschaftlichen Bevölkerung ein bestimmtes Mindesteinkommen pro Jahr garantiert wird.

Des weiteren hat die Regierung Preise zu kontrollieren und andere Maßnahmen zu ergreifen, um die Interessen der Bauern zu schützen. Alles ist zu tun, um den Bauern bei der Erzeugung und dem Vertrieb ihrer Produkte zu helfen. Die Verfassung fordert auch, daß die Bauern in zunehmendem Maße in der Lage sein müssen, ihr eigenes Land zu besitzen. Daher handelt jede Regierung, jede Partei oder Person, die nicht die Interessen der Bauern schützt, verfassungswidrig und gegen die Interessen des Landes.

Indem sie den IWF- und Weltbank-Diktaten folgen, muß es zwischen Prems technokratischen Beratern sowie NESDB und der SAP in der Frage der Reispreise zu einer Konfrontation kommen. Prems Berater und das NESDB legten getrennt Dokumente vor, die nachweisen, warum es finanziell unmöglich ist, die Reispreise zu stützen, und es doch nichts bringen würde, auch wenn sie subventioniert sind.

Die SAP ihrerseits übergab Prem ein eindringliches Memorandum, warum Preisgarantie, Reisbestände und Reisexportprämien aufrechterhalten werden müssen. Bei Erzeugerkosten von 2480 Bhat je Tonne für ungeschälten Reis und einem Verkaufspreis von rund 2500 Bhat je Tonne sehen sich die Bauern vor den Bankrott gestellt.

Wie die Bangkok-Fusionsenergie-Stiftung vorgeschlagen hat, sollten nicht 23 Prozent des Haushalts für 1986 – das sind 50,7 Milliarden Bhat oder rund 2 Milliarden Dollar – für die Schuldentilgung bereitgestellt werden, sondern nur fünf Prozent.

Gewerkschaft für Bauern

Die eingesparte Differenz von rund 39 Milliarden Bhat könnten dann leicht das 9 Milliarden Bhat umfassende Reis-Subventionsprogramm mit 3300 Bhat je Tonne finanzieren sowie zusätzlich ein umfassendes agro-industrielles Entwicklungsprogramm, zu dem auch wichtige infrastrukturelle Projekte wie Bewässerung und Energieversorgung zählen.

Der thailändische Gewerkschaftsbund (TTUC), mit 120 000 Mitgliedern die größte Gewerkschaft des Landes, erwägt, die Bauern in dieser Frage zu unterstützen und erörtert derzeit die von der Stiftung gemachten Vorschläge zur Reispolitik.

Angeführt wird der TTUC von einem Gemäßigten, Paisal Thawatchainan. Anders als der thailändische Gewerkschaftskongreß (LCT) war der TTUC nicht an dem versuchten Staatsstreich im September 1985 beteiligt. □

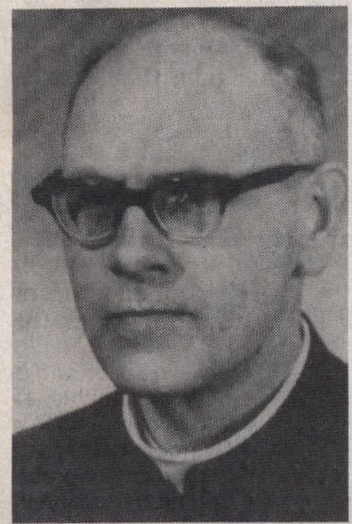
Litauen

Sowjets unterdrücken Religion

Mike Blair

Eine Sammlung von sehr geheimen Staatsdokumenten mit einem Umfang von 18 Seiten, die aus Litauen herausgeschmuggelt wurden, bestätigten, daß die Sowjetunion die Unterdrückung der Religionsausübung in den baltischen Staaten fortsetzt. Zu den baltischen Staaten gehören Estland, Lettland und Litauen, die zur Zeit Bestand der Sowjetunion sind. Sie wurden im Zweiten Weltkrieg von den Sowjets besetzt und dann annektiert.

Zusätzlich zu den neuen Informationen, die die Religionsunterdrückung bestätigen, ist zu erfahren, daß die Kommunisten für brutale Angriffe auf katholische Priester verantwortlich sind. Drei sind ermordert worden. Litauen ist überwiegend römisch-katholisch, obwohl die UdSSR ihr Bestes tut, um dort ihren Atheismus einzuführen.



Der Priester Bronius Laurinavicius wurde vom KGB ermordet, in dem er vor einen herannahenden Laster gestoßen wurde.

Vor kurzem wurde der Priester Vaklovas Sakenas gekidnappt, gefesselt, geknebelt und in einem Wald in der Nähe der Stadt Krokialaukis ausgesetzt. Sakenas ist ein Mitglied des »Katholischen Komitees für die Verteidigung der Rechte Gläubiger Christen« in Litauen, das die Sowjets entschlossen sind zu unterdrükken. Trotz mehrerer Aufforderungen durch den KGB, er solle aus dem Komitee ausscheiden, hat sich Sakenas mutig geweigert.

Davor sind drei Priester der römisch-katholischen Kirche in Litauen ermordet worden, und fünf andere wurden geschlagen, erstochen oder verbrannt. Sie alle waren aktive Kämpfer für die Menschenrechte in Litauen und protestierten auf die eine oder andere Weise gegen die Einmischung des Staates in religiöse Angelegenheiten.

Seit 1983 sind drei bekannte katholische Priester Litauens wegen religiöser Aktivitäten ins Gefängnis gesperrt worden; zwei von ihnen haben das katholische Komitee mitbegründet.

Priester Bronius Laurinavicius ist einer der Priester, die ermordet wurden. Er hat dem litauischen Komitee für die Überwachung des Abkommens von Helsinki angehört, das gegründet wurde, um auf die Verletzungen der Menschenrechte durch die Sowjets aufmerksam zu machen. Die Menschenrechte waren 1975 auf der Konferenz in Helsinki proklamiert worden. Die Sowjets haben die Abkommen unterzeichnet.

Nachdem Laurinavicius in der litauischen Hauptstadt Vilnius im November 1981 vom KGB zur Befragung vorgeladen worden war, wurde er vor einen herannahenden Lastwagen gestoßen und sofort getötet. Dissidenten-Kreise weisen die Verantwortung für den Mord dem KGB zu.

In den aus Litauen herausgeschmuggelten Dokumenten sind viele Priester aufgeführt, die als »anti-sowjetisch« gelten. Daneben werden verschiedene Überwachungsgruppen für die Zulieferung von genauen Informationen über kirchliche Aktivitäten in ihren Orten gelobt.

Nach diesen Dokumenten gibt es 764 religiöse Vereinigungen und 12 nicht eingetragene religiöse Gruppen in Litauen, die zehn Konfessionen verkörpern. Trotz der massiven Anstrengungen des KGB setzen die Gruppen ihre Arbeit unbeirrt fort. □

Kuba

Sowjets im US-Hinterhof

Victor Marchetti

Die Politik der amerikanischen Regierung unter Ronald Reagan bezüglich Kuba ist bankrott. Niemand im Weißen Haus oder sonstwo in der Regierung hat irgendwelche durchführbaren Pläne oder auch nur irgendwelche vernünftigen Ideen, wie man mit dem Moskau-Ersatz Fidel Castro oder den vielen, von ihm im karibischen Gebiet verursachten Problemen fertig werden soll. Dies sind die Feststellungen einer Reihe amerikanischer Militär- und Außenpolitik-Experten.

»Aber irgend jemand sollte besser bald ein paar gute Ideen haben«, warnte vor kurzem ein sich im Ruhestand befindender Pentagon-Beamter, »ansonsten wird das Karibische Becken in den nächsten 5 bis 10 Jahren zu einer großen sowjetischen Militärbasis werden.«



Ein sowjetisches Auftankschiff und ein Zerstörer mit Lenkflugkörpern an Bord operieren in der Karibik, sozusagen im Hinterhof der USA. Jedes Jahr werden die Sowjets und mit ihnen die Kubaner unverfrorener.

Reagan redet nur ohne zu handeln

Ein anderer Militärspezialist war sogar noch pessimistischer: »Wenn wir weiterhin die Dinge dort so schleifen lassen, werden die Sowjets nicht nur Kuba und später Nicaragua als strategische Luft- und Marinestützpunkte benutzen, sondern sie könnten möglicherweise Raketengeschosse wiedereinführen. Und dieses Mal werden wir nicht fähig sein, sie aufzuhalten. Wir werden überlistet und gleichzeitig umklammert sein.«

US-Präsident Ronald Reagan hat seit Beginn seiner Amtszeit

Kuba

Sowjets im US-Hinterhof

mit Castro geredet, aber sein Gerede wurde nie in die Tat umgesetzt. Einige Kritiker der Kuba-Politik der Regierung glauben, daß die energischen Gespräche Castro vorübergehend zu seinem guten Benehmen gebracht haben, sogar soweit, daß er einige vorsichtige Schritte bezüglich der Herbeiführung einer Normalisierung der Beziehungen zu den USA unternahm. Aber als die harten Gespräche weitergingen und ihnen keine Taten folgten, schloß Castro schließlich daraus, daß Reagan, im Gegensatz zu Teddy Roosevelt, zwar laut redet, aber nur einen kleinen Knüppel mit sich trägt.

Das Ergebnis war, daß der kubanische Diktator in seine alten Eigenheiten zurückgefallen ist, und daß er wieder Waffen und Militär zur Verfügung stellt, um dem Regime der Sandinisten in Nicaragua und anderen kommunistischen revolutionären Bewegungen in Mittelamerika zu helfen. Vor einigen Monaten entdeckten zum Beispiel US-Hochleistungs-Aufklärungsflugzeuge vom Typ SR-71 sowjetische Handelsschiffe, die militärische Ausrüstung in Havanna entluden.

Dieselbe Ausrüstung wurde später auf nicaraguanische Schiffe verladen, die die sowjetischen Waffen an die Sandinisten lieferten.

Vielleicht jedoch von größerer Bedeutung ist die Tatsache, daß kubanische Boden-Luft-Raketengeschütze die amerikanischen Aufklärungsflugzeuge verfolgten und darauf zielten, woraus man sehr wohl die Schlußfolgerung ziehen kann, daß die Kubaner Versuche in Betracht zogen, sie abzuschießen.

Kubas Ausstattung mit Waffen

Aber noch mehr Sorgen macht den Planern im Pentagon die Tatsache, daß Kuba von der Sowjetunion wieder mit Waffen ausgestattet wird. Seit Castros Aufstieg zur Macht hat Moskau militärische Hilfe für Kuba in Höhe von mehr als 5 Milliarden US-Dollar geliefert, von denen 3 Milliarden US-Dollar während der Regierungszeit von Ronald Reagan zur Verfügung gestellt wurden. Alle Zweige der kubanischen Militärs, von den Bodenstreitkräften bis zu den Marine- und Luftstreitkräften, sind wesentlich verbessert worden, und zwar so stark, daß einige militärische Beobachter sich zu fragen beginnen, ob die Verteidigungsverdichtung – wie 1962 – ein Auftakt zu der Einführung von sowjetischen Truppen benannten strategischen Offensivwaffen sei.

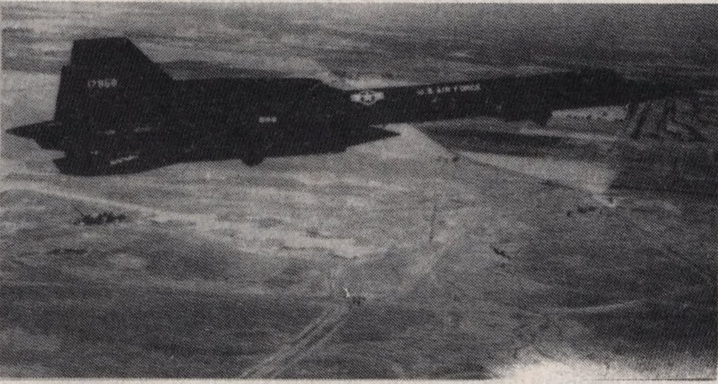
»Ich würde es ihnen schon zutrauen«, bemerkte ein ehemaliger Geheimdienstbeamter. »Sie haben es schon einmal gemacht. Warum sollten sie es nicht noch einmal versuchen?«

Es gibt tatsächlich Gründe sich zu fragen, was Castro und die Sowjets nur 90 Meilen von der amerikanischen Küste entfernt im Schilde führen. Es gibt jetzt 6000 bis 8000 sowjetische zivile Berater und Techniker und mehr als 7000 Militärpersonen, darunter eine Kampf-Infanteriebrigade, die auf Kuba stationiert sind.

Besondere Sorge erregte die sowjetische Betonung, Kuba als Sammel- und Vorbereitungsstützpunkt für Marineeinsätze in der Karibik zu benutzen. Unter diesen Spezialeinheiten waren Langstrecken-Angriffs-U-Boote, Fregatten mit Lenkflugkörpern und Hubschrauber-Träger.

Zusätzlich benutzten sowjetische Langstrecken-Aufklärungsflugzeuge sowie U-Boote-Abwehrflugzeuge die kubanischen Einrichtungen noch viel häufiger und verbessern so ihre Fähigkeiten, US-Marineoperationen in der Gegend zu überwachen.

Darüber hinaus haben die Sowjets drei Stationen für das Abfangen von Geheimdienst-Kommunikationen auf der Insel errichtet. Die Stationen zielen in erster Linie auf amerikanische kommerzielle Satelliten ab und stellen eine Quelle von potentiell äußerst wertvollen Informationen für Moskau bei seinen Bemühungen dar, mit amerikanischen kommerziellen und technischen Entwicklungen auf gleichem Niveau zu bleiben.



Ein US-Aufklärungsflugzeug vom Typ SR-71 entdeckt beim Überfliegen von Kuba, wie sowjetische Handelsschiffe militärische Ausrüstung für Nicaragua entladen.

»Jedes Jahr«, so sagte ein Geheimdienst-Analytiker, »werden die Sowjets und Castro unverfrorener. Ich mache mir Sorgen.«

Ansicht von Optimisten

Diplomatische Quellen neigen normalerweise dazu, doch noch etwas Gutes in schlechten Situationen zu sehen. Folglich weisen sie darauf hin, daß trotz der möglichen Bedrohung, die Castros Kuba darstellt, die Sowjets einen sehr hohen Preis dafür zahlen. Seit mehr als 25 Jahren mußte Moskau Kubas Wirtschaft mit durchschnittlich mehr als einer Milliarde US-Dollar pro Jahr an Hilfe stützen, zweifellos eine große Belastung für die Wirtschaft der Sowjetunion. Zukünftige »Kubas«, wie zum Beispiel Nicaragua, werden die sowjetische Wirtschaft weiter bluten lassen.

Das mag wohl so sein, geben militärische Geheimdienstquellen zu, aber Moskau ist offensichtlich gewillt, jenen Preis zu zahlen, um seine militärische und politische Präsenz in der Karibik aufrechtzuerhalten und zu vergrößern.

Was jedoch einen Geheimdienstexperten am meisten beunruhigt, ist das Muster, das er in Kubas gegenwärtigem militärischem Modernisierungsprogramm und der begleitenden allmählichen Waffenverdichtung in Nicaragua erkennt. »Es ist wirklich unheimlich«, meinte ein langjähriger Kuba-Spezialist.

»Es erinnert einen an den Anfang der sechziger Jahre, als Kuba eine starke defensive Haltung zu entwickeln schien, um sich selbst vor einer möglichen amerikanischen Invasion zu schützen. Wenigstens dachten die meisten von uns im Geheimdienst so zu dem Zeitpunkt. Aber wir hatten Unrecht.

Es stellte sich heraus, daß mit der Verteidigungsverdichtung beabsichtigt wurde, die strategischen Raketengeschosse zu schützen, die die Sowjets bald danach auf Kuba aufstellten. Die Geschichte scheint sich zu wiederholen, nur ist jetzt auch Nicaragua ein Faktor in der Gleichung.«

Ob Kuba und letzten Endes Nicaragua zu einer direkten militärischen Bedrohung der Vereinigten Staaten werden oder nicht, muß man abwarten. Aber zumindest kann man erwarten, daß Castro und die Sowjets weiterhin in der Karibik Unruhe stiften werden.

Dem Bericht einer Person zufolge, die kürzlich längere Zeit auf Kuba verbrachte und Castro bei mehreren Gelegenheiten interviewte, hat der kubanische Führer überhaupt keine Angst vor einer Grenada-ähnlichen Invasion durch die USA, und ihn interessierten auch nicht irgendwelche geheimen Bemühungen seitens des CIA, ihn zu stürzen oder sein Regime zu destabilisieren. Und Castro ist auch entschlossen, alle kommunistischen revolutionären Bewegungen im Karibischen Meer, das er als seinen eigenen Hinterhof betrachtet, zu fördern und ihnen zu helfen. □

Victor Marchetti gehört zum Redaktionsteam der amerikanischen Zeitschrift »The Spotlight«. Er war davor geschäftsführender Assistent des stellvertretenden Direktors des CIA und Verfasser des Bestsellers »Der CIA und der Geheimdienstkult«.

Nicaragua

Das freie Volk der Moskitos

Alec de Montmorency

Amerikas Lösung des Nicaragua-Problems – sowohl für das marxistische Sandinista-Regime in Managua als auch für die gegenwärtige Auseinandersetzung vor dem internationalen Gerichtshof – befindet sich für die Reagan-Administration in greifbarer Nähe. Doch das amerikanische Außenministerium verheimlicht sowohl die Antwort vor dem Präsidenten, wie es gleichzeitig den Kommunisten Munition liefert zur gefälligen Bedienung durch die Juristen des internationalen Gerichtshofes in Den Haag.

Zur Debatte steht eine angebliche »Einmischung« der Vereinigten Staaten oder US-unterstützter Truppen entlang der Ostküste von Nicaragua in der von den Sandinisten so bezeichneten Provinz Zelaya. Der amerikanische Außenminister ist mit dem Regime in Managua über den Ort der angeblichen Vorfälle einig: Zelaya. Und daran knüpft sich auch die Lösung.

Es geht um das Königreich Mosquitia

Nach internationalem Recht gibt es in Nicaragua keine Provinz Zelaya. Doch entgegen den nationalen Interessen Amerikas zieht es das US-Außenministerium vor, so zu tun, als gäbe es eines.

Tatsächlich handelt es sich bei dem fraglichen Land um das Königreich Mosquitia. Es ist das Land, das nach historischen Maßstäben den Moskitos gehört. Die Einwohner wurden nie von den Spaniern unterworfen, noch von irgendeinem der regionalen und nationalen Staatsgebilde, die auf den Zusammenbruch des spanischen Weltreiches in der Neuen Welt folgten. Die Schaffung der sogenannten Provinz Zelaya war nie mehr als Wunschdenken seitens der dortigen Hispano-Amerikaner.

Präsident Ronald Reagan könnte unter Berufung auf die Doktrin der Selbstbestimmung für Völker in dieser Hemisphäre Truppen schicken, um die Rechte der Moskitos zu schützen und gleichzeitig die »nicaraguanische« Ostküste zu besetzen. Doch wird man weder vom amerikanischen Außenministerium noch von den Establishment-Medien in den USA, die beide der kommunistischen Richtung anhängen, von dieser Möglichkeit hören. Hier nun die historische Entwicklung der Region, wie sie in den staatlichen Schulen der USA auch nicht gelehrt wird.

Es geht um das ehemalige Königreich Mosquitia, das weder von den Spaniern noch von anderen Eroberern unterworfen wurde.

Erste Berichte vom Schauplatz, die sich mit den Moskitos und ihrem Land befassen – einem fruchtbaren Gebiet am Golf von Mexiko –, tauchten in einem königlichen Dekret auf, das im Jahre 1576 von Philip II. von Spanien erlassen wurde. Philip war sehr unzufrieden mit der Leistung der Konquistadoren in den neugeschaffenen Provinzen Taguzgalpa, Tauzgalpa und Tologalpa am Fuße der Provinzen Honduras und »Nicaragua«, die beide nach Plan christianisiert und besiedelt worden waren.

Die Freibeuter weigerten sich

Hauptmann Diego Lopez wurde dazu bestimmt, für Abhilfe zu sorgen. Es gab einen alarmierenden Bericht von Mönchen in Guatemala, die versucht hatten, die »Wilden« zu bekehren – vergeblich. Die Mönche berichteten von den Eingeborenen: »Sie streifen durch das dicht bewaldete Gebirge, ohne des Regens oder der wilden Tiere zu achten noch der giftigen Schlangen. Sie tragen nur Gürtel um die Taillen und sind mit Speeren bewaffnet. Ihre Nahrung beschränkt sich auf Fisch, Bananen und die Früchte des Waldes.«

Diese Eingeborenen werden von den europäischen Siedlern als von den anderswo in der Umgebung angetroffenen Völkern grundverschieden bezeichnet. Die Spanier hätten das Gebiet bei genügend Zeit und ohne Einmischung von außen vielleicht eingenommen. Doch im Januar 1585 informierte die Kirchenverwaltung Philip II., daß es schwierig werde, die Eingeborenen zu bekehren und das Gebiet zu besiedeln, weil englische Freibeuter die Mündung des San Juan besetzt hielten und alles abfingen, was durch diesen Hafen kam.

Trotz dieses Berichts sandte der König dem Hauptquartier in Guatemala am 15. April 1585 den Befehl, mit der »Entdekkung und friedlichen Eroberung von Taguzgalpa« fortzufahren. In Befolgung dieser königlichen Verordnung erließ der Gouverneur von Honduras Rodrigo Ponce de Leon einen Befehl, »den Taguzgalpa genannten Landstrich zu entdecken und zu kolonisieren«.

Die Freibeuter jedoch verweigerten ihre Mitwirkung. Sechs Jahre zuvor, im Jahre 1579, waren die Freibeuter unter dem Kommando von Sir Francis Drake durch die Magellanstraße in den von den Spaniern Südsee genannten Pazifischen Ozean vorgestoßen. Schon 1589 hatten die Briten entlang der Küste in der Pearl- und der Bluefields-Lagune Beobachtungsposten eingerichtet, die den spanischen Seeverkehr überwachten und einen hohen Zoll einzogen.

So war der Stand der Dinge am Ende des 16. Jahrhunderts im Land namens Mosquitia und bezüglich der Besiedlung – auf dem Papier – von Taguzgalpa, das unerobert blieb. Der gewünschten Eingliederung Mosquitias stand die Feindseligkeit der Eingeborenen entgegen, die dort lebten, verschärft durch die Anwesenheit britischer Piraten.

200 Jahre kämpften Spanier und Briten

1579 erschien der britische Kaperkapitän William Parker an der Küste von Honduras, versenkte spanische Schiffe und zerstörte spanische Siedlungen. Er war einer der vielen Kaperkapitäne, die Dauerstützpunkte entlang den Küsten von Nicaragua und Honduras gründeten.

Die Piraten, die sich eingeborene Frauen nahmen oder auf ihren weitgespannten Raubzügen gefangengenommene Frauen

Nicaragua

Das freie Volk der Moskitos

der verschiedensten Rassen mitbrachten, begründeten eine neue Rasse entlang der Küste Mittelamerikas. Eine Stelle in einem Lied jener Zeit lautete: »Ich werde mir eine Wilde zur Frau nehmen. Sie wird meine dunkelhäutige Sippe großziehen.«

Der hispano-amerikanische Standpunkt ist schon immer, daß das Gebiet Spanien und den Rechtsnachfolgern Spaniens gehört, und daß alle Auswärtigen Eindringlinge seien. Einer dieser Eindringlinge war der oben schon erwähnte Drake, der den Spaniern das Gold raubte, das sie ihrerseits den Eingeborenen geraubt hatten. Ein anderer berühmter »Eindringling« war John Davis, der berühmte »Davy Jones« aus der englischen Umschreibung für »im Seemannsgrab«.

Danach kam Lord Warwick, der einen von Karl I. von England unterzeichneten Freibrief mit sich führte. Dafür sandte der König der Moskitos seinen erstgeborenen Sohn zur Ausbildung nach England. Das war 1640.

Sir Henry Morgan kam als nächster. Im Jahre 1643 drang er an der Spitze einer von ihm angeworbenen, ausgebildeten und bewaffneten Armee von Moskitos tief in das spanisch regierte Gebiet von Nicaragua ein und plünderte die Stadt Natividad. Zehn Jahre später eroberte die kombinierte Truppe aus Briten und Moskitos die spanische Siedlung Nueva Segovia.

Fast 200 Jahre lang kämpften Spanier und Briten um die Kontrolle des Gebietes, wobei die Briten Enklaven entlang der Küste aufbauten und hielten, während die Spanier das Innere in Besitz hatten. In der Mitte des 19. Jahrhunderts erreichte ein zunehmender Schwall Engländer, Schotten und Iren die Moskitoküste und Reserve, wie die Gegend inzwischen genannt wurde.

Der König von Spanien war aus dem Spiel; der hispano-amerikanische Teil Mittelamerikas befand sich unter lokaler Kontrolle. Die Hispanos für ihren Teil waren immer noch entschlossen, die Küstengebiete zu übernehmen, von denen sie glaubten, sie hätten sie von Spanien geerbt. Die Briten waren nicht weniger entschlossen, das Gebiet ihrer Kontrolle zu entziehen. Die Eingeborenen entlang der Ostküste hielten dem britischen Monarchen die Treue.

Es geht um die Rechte der Moskitos

Die »Provinz Zelaya« erschien erstmals in schriftlicher Form, als Franklin Pierce ins Weiße Haus einzog. Das Hispano-Regime in Managua zettelte eine Intrige an, die Vereinigten Staaten dazu zu bringen, ihm zu helfen, die Briten herauszuschmeißen, und unternahm die notwendigen Schritte zur Einverleibung des Königreichs Mosquitia in Nicaragua als neue Provinz namens Zelaya.

Mittlerweile handelten die Briten den Clayton-Bulwer-Vertrag aus, der vom US-Senat gebilligt wurde. Nach den Bestimmungen des Paktes sollen weder das Vereinigte Königreich noch die Vereinigten Staaten Mosquitia in eine Kolonie umwandeln und es steht den Vereinigten Staaten frei, durch das Gebiet einen Kanal zu bauen.

Die britische Regierung gewährte Nicaragua nie irgendwelche souveränen Rechte über die Moskitos, die ihre Verbündeten aber nie ihre Untertanen waren. So stehen die Dinge heute rechtlich.

Andererseits hat das US-Außenministerium jahrzehntelang mit den Hispanos von Nicaragua – egal, wer immer in Managua an der Macht war – dahingewirkt, sich ungeachtet der Rechte der Moskitos die erfundene Provinz Zelaya unter den Nagel zu reißen.

Den Moskitos wurde vom CIA geraten, sich mit den Contras zu verbünden, damit sie Waffen und Versorgungsgüter zur Bekämpfung des Regimes in Managua erhalten.

Die tatsächliche Besetzung konnte jedoch nicht bewerkstelligt werden, da die von der britischen Marine unterstützten Miskitos erbitterten Widerstand leisteten. Das Militärregime in Managua wandte sich als nächstes an Washington. Die Briten, so unterrichteten sie Präsident Pierce, drängen in der Provinz Zelaya in das souveräne Staatsgebiet Nicaraguas ein.

Doch das US-Außenministerium – in jenen Tagen patriotischer und ehrlicher als heute – konnte auf seiner Karte von Mittelamerika keine Provinz Zelaya finden, und die diplomatischen Beziehungen zwischen Managua und Washington schliefen über dieser Frage ein.

Das Problem, dem sich Reagan gegenübersieht, ist, ob er die Rechte der Moskito-Nation zur Selbstbestimmung aufrechterhalten oder die ungewählten Bürokraten im US-Außenministerium unterstützen soll, die den Hispanos helfen wollen, die Moskitos zu besiegen.

Werden die Bürokraten aufwachen?

Präsident Reagan verkündete kürzlich, daß die Vereinigten Staaten die Autorität des internationalen Gerichtshofs nicht anerkennen würden. Die Debatte geht, wie gesagt, um die Behauptung des Sandinista-Regimes in Managua, die Vereinigten Staaten würden sich in der nicaraguanischen Provinz Zelaya einmischen. Rechtlich gesehen gibt es jedoch keine nicaraguanische Provinz Zelaya. Das Gebiet gehört bis heute den Moskitos, einem gemischrassigen Stamm, der bis heute nie unterworfen worden ist – weder von den Spaniern noch von ihren Rechtsnachfolgern.

Zu dem Problem hinzu kommt die irregeleitete Meinung in Washington einschließlich innerhalb des CIA, daß die Moskitos, die das Sandinista-Regime bekämpfen, natürliche Verbündete der »Contras« seien, jener Gruppe, die sowohl offen als auch verdeckt von den Vereinigten Staaten unterstützt wird.

Nichts könnte entfernter von der Wahrheit sein. Die Moskitos sehen alle Hispano-Amerikaner im selben Licht – als potentielle Eroberer. Den Moskitos wurde vom CIA geraten, sich mit den Contras zusammenzuschließen, um Waffen und andere Versorgungsgüter zur Bekämpfung des Regimes in Managua zu erhalten.

Dieser potentielle Verbündete geht verloren wegen der Dummheit der Bürokraten. Mit gebührender Hilfe und ohne direkte Einmischung der USA würden die Moskitos das Sandinista-Regime in Schach halten. Doch sie würden sich ebenso wenig den Contras anschließen, wie den Sandinistas, eine Tatsache, die der Aufmerksamkeit der Bürokraten im US-Außenministerium entgangen ist.

Reagan, der mit seiner Unternehmung in Grenada demonstrierte, daß er bereit ist, die Selbstbestimmung der freien Menschen dieser Hemisphäre zu unterstützen, wird bezüglich der Lage der Moskitos im dunkeln gelassen.

Solange die ungewählten Bürokraten und die Establishment-Medien einer Meinung sind, daß es zwar eine nicaraguanische Provinz Zelaya gibt, aber keine Moskito-Nation, werden die Kommunisten weiterhin ihre Karte der »Einmischung in lokale Angelegenheiten« im Weltmeinungspoker ausspielen. Bringt man die Moskito-Frage ins Spiel, verlieren sie. Doch werden die Bürokraten je aufwachen? □

Revisionismus

Der namenlose Krieg

Dritte Folge

Archibald Maule Ramsey

Monsieur François Coty, der bekannte Parfümhersteller, schrieb am 20. Februar 1932 in der französischen Zeitung »Figaro«: »Die Subventionen, die den Nihilisten in dieser Zeit (1905 bis 1917) von Jacob Schiff von der Firma Kuhn, Loeb & Co., New York, gewährt wurden, waren nicht länger Akte einzelner Großzügigkeiten. Eine lebensfähige russische Terroristenorganisation war auf seine Kosten gegründet worden. Ihre Emissäre befanden sich in ganz Rußland.«

Diese Schaffung terroristischer Strukturen, von Juden innerhalb eines für eine Revolution vorgesehenen Landes durchgeführt, seien sie nun Nihilisten oder wie in Frankreich im Jahre 1789 »heilige Banden« oder die »Marseillais« genannt, oder »Agenten«, wie im Großbritannien Charles I., wird jetzt als Standardverfahren angewendet. Jacob Schiff finanzierte auch Japans Krieg gegen Rußland 1904 bis 1905, wie man aus der »Jüdischen Enzyklopädie« erfahren kann.

Ein deutlich internationaler Charakter

Dieser Krieg wurde sofort von einem Revolutionsversuch beträchtlichen Ausmaßes in Rußland gefolgt, der sich jedoch als gescheitert erwies. Der nächste Versuch im großen Krieg gelang mit vollem Erfolg.

Am 3. Januar 1906 überbrachte der russische Außenminister dem Zaren Nikolaus II. einen Bericht über diesen revolutionären Ausbruch, der laut dem »American Hebrew« vom 13. Juli 1918, die folgenden Passagen enthielt:

»Die 1905 in Rußland stattgefundenen Ereignisse zeigen eindeutig an, daß die revolutionäre Bewegung einen deutlichen internationalen Charakter hat. Die Revolutionäre besitzen große Mengen aus dem Ausland importierte Waffen und sehr beträchtliche finanzielle Mittel. Man muß einfach daraus schließen, daß es ausländische kapitalistische Organisationen gibt, die daran interessiert sind, unsere revolutionäre Bewegung zu unterstützen. Wenn wir Obenstehendem hinzufügen, daß, wie ohne jeden Zweifel bewiesen wurde, eine sehr beträchtliche Rolle von Juden gespielt wird, als Anführer in anderen Organisationen als auch in ihren eigenen – immer das kampflustige Elemente der Revolution –, dürfen wir annehmen, daß die obengenannte ausländische Unterstützung der russischen revolutionären Bewegung aus jüdischen kapitalistischen Kreisen kommt.«

Die Annahme in dem vorangehenden Bericht war in der Tat durchaus berechtigt. Sie sollte durch ein sogar noch wichtigeres, offizielles Dokument bestätigt werden, das 1918 auf dem Höhepunkt der Revolution selbst von Herrn Oudendyke, dem Vertreter der niederländischen Regierung in St. Petersburg, verfaßt worden war, der nach der Auflösung der britischen Botschaft durch die Bolschewiken die britischen Interessen in Rußland vertrat.

Die Herrscher Rußlands

Mr. Balfour, an den sich dieser Bericht von Herrn Oudendyke wandte, hielt ihn in der Tat für so wichtig, daß er in einem im April 1919 von der britischen Regierung heausgegebenen Weißbuch über den Bolschewismus dargelegt wurde. Darin habe ich die folgende Passage gelesen:

»Ich betrachte die sofortige Unterdrückung des Bolschewismus als die wichtigste Aufgabe, die die Welt jetzt hat, und davon ist nicht einmal der noch herrschende Krieg ausgenommen. Und wenn der Bolschewismus nicht sofort im Keim erstickt wird, muß er sich zwangsläufig auf die eine oder andere Art in Europa und auf der ganzen Welt ausbreiten, da seine Organisation und Durchführung in den Händen von Juden liegt, die keine Nationalität haben und deren einziges Ziel ist, die existierende Ordnung für ihre eigenen Zwekke zu zerstören.«

Ein noch klareres Licht wird auf die Ereignisse geworfen in einem Artikel, der am 12. April 1919 von einem M. Cohen in der Zeitung »Der Kommunist« in Kharkow geschrieben wurde:

»Die große russische Revolution wurde in der Tat durch die Hände von Juden zustande gebracht. Es gibt keine Juden in den Rängen der Roten Armee, was die Gefreiten betrifft, aber in den Komitees und in der sowjetischen Organisation als Kommissare führen die Juden auf galante Weise die Massen. Das Symbol der Juden ist zum Symbol des russischen Proletariats geworden, was an der Tatsache erkennbar ist, daß der fünfzackige Stern angenommen wurde, der früher das Symbol des Zionismus und des jüdischen Volkes war.«



Lenin nach der Sitzung des ersten Allrussischen Kulturkongresses, am 28. August 1918 in Moskau.

Revisionismus

Der namenlose Krieg

In seinem wichtigen und immer wieder zitierten Werk »Die Herrscher Rußlands« wird Dr. Fahey genauer, indem er bemerkt, daß von den 52 Personen, die 1917 die Führung in Rußland übernahmen, alle bis auf Lenin Juden waren.

Die Massenliquidierung aller, ausgenommen der »Holzhauer« und »Wasserträger« war so gründlich, daß dieser jüdische Griff unverändert bestehen blieb. Dr. Fahey berichtet, daß im Jahre 1935 die Zentralexekutive der Dritten Internationale, von der Rußland regiert wurde, »aus 59 Männern bestand, von denen 56 Juden waren. Die anderen drei, darunter auch Stalin, waren mit Jüdinnen verheiratet. Von 17 der wichtigsten sowjetischen Botschaftern waren 14 Juden.«

Propaganda von einflußreichen Kreisen

Der Pfarrer George Simons, der von 1907 bis zum Oktober 1918 Superintendent der methodistischen Episkopalkirche in Petersburg war, erschien am 12. Februar 1919 vor einem Komitee des Senats der USA und berichtete über seine persönlichen Erfahrungen der Ereignisse in Rußland bis zu dem Zeitpunkt seiner Abreise. Dr. Fahey zitiert ihn, daß er bei dieser Gelegenheit folgendes gesagt habe:

»Im Dezember 1918 waren von 388 Mitgliedern der revolutionären Regierung nur 16 echte Russen; alle anderen waren Juden mit der Ausnahme eines amerikanischen Negers. 265 dieser Juden kommen aus dem unteren Ostviertel New Yorks.«

Von dem Tag an bis heute ist die Lage der Dinge in der UdSSR so geblieben.

Obwohl eine Anzahl von Juden in der sogenannten »Moskauer Säuberungsaktion« liquidiert wurden, wurde dadurch die Situation in keiner Weise verändert. Es bedeutete nur, daß eine jüdische Gruppe über eine andere triumphiert hatte und sie schließlich liquidierte. Es hat niemals so etwas wie eine Revolte der Nichtjuden gegen die jüdische Dominanz gegeben.

Die Tatsache, daß einige Juden von Gruppen, die hinter dem Eisernen Vorhang die Oberhand bekamen, liquidiert wurden, konnte dazu benutzt werden, die Außenwelt glauben zu machen, daß dieses das Ergebnis einer anti-semitischen Revolte gewesen sei, und von Zeit zu Zeit ein Trick dieser Art systematisch durch die Propaganda verbreitet worden.

Als die Welt im Laufe der Zeit eine feindselige Einstellung der UdSSR gegenüber bekam, begannen Juden in wichtigen Positionen zu fürchten, daß diese Einstellung in Verbindung mit der langsam wachsenden Erkenntnis, daß Bolschewismus jüdisch ist, unangenehme Folgen für sie haben könnte. Daher wurde um 1945 eine weitere massive Kampagne von einflußreichen jüdischen Kreisen, hauptsächlich in den USA, organisiert, um die Geschichte wieder einmal herauszubringen, daß sich Rußland gegen die Juden gewandt habe. Offensichtlich hatten sie jedoch versäumt, ihre einfachen Brüder von diesem Schritt zu unterrichten, und empörtes und gezieltes Leugnen setzte sofort ein.

In der Zeitschrift »Bulletin«, dem Sprachrohr der Glasgower Diskussionsgruppe, stand im Juni 1945: »Solch ein Unsinn, wie er jetzt bezüglich des Anwachsens des Antisemitismus in Rußland verbreitet wird, ist nichts als böse Lügen und reine Erfindung.«

Jüdische Kontrolle hinter dem Eisernen Vorhang

Im »Daily Worker« stand am 1. Februar 1949 ein Artikel, indem ein gewisser Parker einige Namen und Zahlen von Juden in hohen Positionen in der UdSSR nannte, von wo er offensichtlich vor kurzem zurückgekehrt war. Er schrieb: »Ich habe nie irgendeine Kritik über diesen Zustand der Dinge gehört«. Und er stellte weiter in demselben Artikel fest, daß »ein sowjetischer Beamter sich in derselben Weise wegen Antisemitismus strafbar machen würde, wie auch ein Bürger wegen Antisemitismus vor Gericht gebracht werden kann.«

Am 10. November 1949 druckte der »Daily Worker«, der ewige und leidenschaftliche Verfechter der Juden, einen Artikel von einem D. Kartun mit der Überschrift »Ausrottung des Antisemitismus«, in dem die völlige jüdische Kontrolle hinter dem Eisernen Vorhang angezeigt wird, und er schreibt: »In Polen und den Demokratien der anderen Völker wird Antisemitismus in Wort oder Tat äußerst schwer bestraft.«

Zwischen 1945 und 1949 wurde die Propaganda, die Nichtjuden außerhalb des Eisernen Vorhangs davon zu überzeugen, daß innerhalb dieses Gebietes der Antisemitismus wild wuchere und Juden überall aus hohen Positionen verdrängt werden, mit äußerster Anstrengung verbreitet. Eine ganze Anzahl von Persönlichkeiten, die es eigentlich besser wissen müßte, begannen, dieser Propaganda zu glauben, und zwar so sehr, daß ich es für lohnend erachtete, eine Liste aufzustellen, die die Anzahl der wichtigen, von Juden gehaltenen Positionen hinter dem Eisernen Vorhang aufführte.



Das Studierzimmer von Zar Alexander II. nach dem Sturm auf das Petersburger Winterpalais 1917.

Hier ist ein Auszug aus meiner Liste:

Premier: Stalin, verheiratet mit einer Jüdin; Vize-Premier: Kagonowitsch, Jude; Ministerium der Staatskontrolle: Meklis, Jude; Militär- und Marinebau: Ginsburg, Jude; Minister Cominform–Organ: Judin, Jude; wichtigster Publizist für die UdSSR im Ausland: Ilja Ehrenberg, Jude; Ministerium für Bauunternehmen und Maschinenbau: Judin, Jude; Außenminister: Molotow, verheiratet mit einer Jüdin.

In Polen sah die Lage ähnlich aus: Der eigentliche Führer: Jacob Bergman, Jude; Staatsanwalt: T. Chyprian, Jude; Jugendbewegungen: Dr. Braniewsky: Jude.

In Ungarn war der eigentliche Führer, Mathias Rakosi, ebenfalls Jude. Auch in Rumänien war die eigentliche Führerin, Anna Pauker, Jüdin. Mosche Pyjede, der Führer in Jugoslawien, war Jude.

Im Mai 1949 druckte der »Daily Worker«, der natürlich konstant und glühend pro-jüdisch ist, einen Artikel von A. Rothstein, in dem er die UdSSR in den Himmel lobte, und etwa zur gleichen Zeit einen anderen Artikel in ähnlicher Richtung über das Paradies hinter dem Eisernen Vorhang, verfaßt von Sam Aronwitsch.



Raffinierte Propaganda

Am 10. November 1949 erschien in derselben Zeitung ein Artikel, in dem D. Kartun über die »Demokratien der Völker« und die Ausrottung des Antisemitismus dort schreibt und feststellt: »Niemand könnte es sich erlauben, in irgendeinem dieser Länder eine antisemitische Rede zu halten oder einen antisemitischen Arti-

kel zu schreiben. Würde man es dennoch tun, so wäre eine Gefängnisstrafe prompt fällig mit einer entsprechenden Dauer.«

In den letzten Jahren ist uns weiteres dramatisches Beweismaterial über die wichtige Beziehung zwischen Juden und der UdSSR geliefert worden; zum Beispiel von den kanadischen Spionageprozessen, bei denen das Rampenlicht auf die Atomspionage für die UdSSR fiel, und die Verurteilung und Verhaftung von Frank Rosenberg (alias Rose), dem kanadischen jüdischen und kommunistischen Parlamentsmitglied, und zahlreicher anderer Juden. Die gleichen Verurteilungen und Verhaftungen gab es in Großbritannien und in den USA, darunter war auch Fuchs, Professor Weinbaum, Judith Coplon, Harry Gold, David Greenglass, Julius Rosenberg, Miriam Moskewitz, Abraham Brothanz und Raymond Boyer, der, obwohl er gebürtiger Nichtjude war, eine Jüdin heiratete und, wie ich glaube, den jüdischen Glauben bei dieser Gelegenheit annahm.

Schließlich war da noch die Flucht mit Atomgeheimnissen des jüdischen Professors Pontecorvo, der eng mit Fuchs zusammengearbeitet hatte. Er floh natürlich in die UdSSR.

Es besteht kein Zweifel daran, daß wir weiterhin mit plausiblen Geschichten ergötzt werden, die beweisen, daß Rußland antisemitisch geworden ist. Man kann sich leicht vorstellen, daß solch ein jüdischer Schachzug, der von den raffiniertesten Spionage- und Liquidierungskommandos, die man sich vorstellen kann, unterstützt wird, eine Erschütterung verursachen kann, die die Weltöffentlichkeit mit Grauen erfüllt, bis man eines Tages es für angebracht erachtet, daß man diesen Würgegriff wieder lockern kann.

Entwicklung der revolutionären Methoden

Vier Revolutionen in der Geschichte verdienen eine besondere Beachtung. Studiert und vergleicht man die darin angewandten Methoden, so wird einerseits eine grundsätzliche Ähnlichkeit zwischen ihnen enthüllt, andererseits bei jedem noch folgenden Aufruhr ist ein interessanter Fortschritt in der



Lenin im historischen Gespräch mit dem englischen Schriftsteller H. G. Wells am 6. Oktober 1920 in Moskau.

Methode festzustellen. Es ist so, als ob wir die verschiedenen Entwicklungsphasen des modernen Gewehres von der ursprünglichen alten »brown Bess« an näher betrachten.

Zur Debatte stehen zunächst die Revolution Cromwells, zweitens die Französische, drittens die russische und schließlich die spanische Revolution von 1936. Bei allen vieren kann bewiesen werden, daß sie das Werk des internationalen Judentums gewesen sind. Die ersten drei hatten Erfolg, und durch sie wurde der Mord an dem regierenden Monarchen und die Liquidierung seiner Anhänger sichergestellt.

In jedem Fall lassen sich die jüdische Finanzierung und das Untergrund-Intrigenspiel deutlich zurückverfolgen, und die frühesten Maßnahmen, die von den Revolutionären gutgeheißen wurden, waren »Emanzipation« für die Juden. Cromwell wurde von verschiedenen Juden finanziert, besonders von Manasseh Ben Israel und Carvajal, dem »Großen Juden«.

Bei diesem historischen Ereignis war der jüdische Einfluß auf das Finanzielle und Kommerzielle bezogen, während die Propagandawaffen und das Mittel der Propaganda halb religiös war und alle Anhänger Cromwells in den Judaismus des Alten Testaments eingeweiht wurden. Einige, wie zum Beispiel General Harrison, gingen mit ihrem Judaismus sogar so weit, daß sie die Annahme des Mosaischen Gesetzes als das Gesetz Englands befürworteten sowie auch das Ersetzen des Samstags als dem Sabbat an Stelle des christlichen Sonntags.

Uns sind alle die absurden Passagen des Alten Testaments bekannt, die die Mannschaften der Rundköpfe als Namen annahmen, wie zum Beispiel Feldwebel Obadja: »Legt ihre Könige in Ketten und ihre Adligen in eiserne Fesseln.«

Die Revolution Cromwells war von kurzer Dauer. Das Zerstörungswerk war nicht gründlich genug gewesen, um eine Gegenrevolution sowie die Wiederherstellung des alten Regimes zunichte zu machen. Eine zweite Revolution, die sogenannte »glorreiche Revolution« von 1689 war notwendig. Diese wurde auch wieder von Juden finanziert, hauptsächlich von Solomon Medina, Suasso, Moses Machado und vielen anderen.

Bis zur Französischen Revolution von 1789 war die Methode deutlich verbessert worden. In den vorangegangenen Jahren waren in ganz Frankreich Geheimgesellschaften im großen Rahmen entstanden. Die Pläne für die Liquidierung des ehemaligen Regimes sind zu diesem Zeitpunkt weitaus drastischer. Der Justizmord an einem gütigen und wohlmeinenden König und an einigen wenigen Adligen wird durch Massenmord an dem gesamten Adel, den Geistlichen, der Gentre und der Bourgeoisie, gleichgültig welchen Geschlechts, in Gefängnissen und privaten Häusern ersetzt.

Cromwells Beschädigung und Entweihung einiger weniger Kirchen durch die vorübergehende Benutzung als Ställe entwickelt sich zu einer allgemeinen Zerstörung der christlichen Kirchen, oder sie werden in öffentliche Toiletten, Bordelle und Märkte verwandelt. Die Ausübung der christlichen Religion und sogar das Läuten der Kirchenglocken wird verboten.

Die Fahne für Mord und Plünderung

Die Entwicklung eines Bürgerkrieges wird unterbunden. Die Armee wird abgelenkt und wird von ihrem König ferngehalten, indem er zu einem früheren Zeitpunkt gefangengenommen wird. Die unsichtbare Kontrolle ist 1789 so umfassend, daß der Abschaum der französischen Bevölkerung offensichtlich alle seine natürlichen Führer siegreich liquidiert, was an sich ein höchst unnatürliches und verdächtiges Phänomen ist.

Noch verdächtiger ist das plötzliche Erscheinen starker Banden von bewaffneten Rowdys, die von Lyon und Marseilles nach Paris marschieren, und von denen berichtet wird, daß sie offensichtlich Ausländer waren. Hier haben wir die erste Bildung von ausländischen Söldnern und kriminellen Elementen, die einem Land, das nicht ihr eigenes ist, Revolutionen aufzwingen, die ihren endgültigen und erweiterten Prototyp in den internationalen Brigaden finden, die 150 Jahre später versuchten, Spanien den Marxismus aufzuzwingen.

Das England des 17. Jahrhunderts war noch nicht zersplittert und nach ausländischen Gesichtspunkten auf schreckliche Weise neu gestaltet worden, aber alle bekannten Meilensteine Frankreichs im 18. Jahrhundert wurden zerstört. Die herrlichen und historischen Namen und Titel von Grafschaften, Departements und Familien wurden fallengelassen, und Frankreich wurde in numerierte Quadrate, die nur von »Bürgern« bewohnt wurden, aufgeteilt. Selbst die Kalendermonate wurden geändert. Die nationale Flagge Frankreichs mit ihren Lilien und ihrem Ruhm wurde verboten. Statt dessen erhielten die Franzosen die Trikolore, das Merk-

Der namenlose Krieg

mal für Mord und Plünderung. Hier machten die Planer jedoch einen Fehler.

Die Trikolore ist zwar nicht die geehrte und berühmte Flagge Frankreichs. Sie mag mit dem Blut von Massakern, Königsmord und Niederträchtigkeit beschmiert sein. Sie mag auch an die Juden erinnern, die sie entworfen und die sie dem französischen Volk verschrieben haben. Aber sie wurde zur nationalen Fahne erklärt, und sie wurde auch zur Landesflagge. Und mit der Nationalflagge kam die nationale Armee und ein nationaler Führer: Napoleon.

Es dauerte nicht lange, dann stieß dieser große Franzose auf die geheimen Mächte, die bis dahin die Kontrolle über die Armeen Frankreichs gehabt hatten. Sie hatten geplant, diese Armeen dazu zu benutzen, alle europäischen Staaten, einen nach dem anderen, zu revolutionieren, alle Regierungen zu stürzen und offensichtlich die Herrschaft des Mobs, in Wirklichkeit natürlich ihre eigene Herrschaft, einzuführen.

Genau auf dieselbe Art planten die Juden später die Rote Armee einzusetzen. Eine solche von Fremden dieser Art dirigierte Politik konnte nicht lange fortgeführt werden, wenn erst einmal ein echter nationaler Führer aus einer nationalen Armee hervorgegangen war. Ihre Ansichten und ihre Politik mußten zwangsläufig völlig gegensätzlich sein. Es dauerte nicht lange, und der Erste Konsul forderte diese Fremden und ihre Marionetten heraus und stürzte sie.

Französische Erfahrungen in Rußland verwirklicht

Bis zum Jahre 1804 hatte Napoleon die Juden und ihre Pläne als Bedrohung für Frankreich erkannt, und alles, was von der Revolution weggefegt worden war, stellte er systematisch wieder her. Von diesem Augenblick an finanzierte jüdisches Geld jede Koalition gegen ihn, und sie brüsten sich noch heute damit, daß es Rothschild und nicht Wellington war, der Napoleon besiegte.

Hitler, der von diesen Dingen wußte, befahl bei seiner Besetzung von Paris sofort, daß eine ständige Ehrenwache vor Napoleons Grab im Invalidendom aufgestellt wurde und ließ den Leichnam von L'Aiglon – Napoleons Sohn aus seiner Ehe mit Marie Louise – aus Österreich überführen und ließ ihn endlich an seinem richtigen Platz neben seinem Vater beerdigen.

Betrachtet man nun die russische Revolution näher, stellt man fest, daß die Methoden noch verwegener und viel drastischer sind. Bei diesem Ereignis wird keine nationale Flagge, Armee oder Hymne erlaubt. Nachdem der Abschaum der Gesellschaft offensichtlich das Unmögliche erreicht hat und jede andere Klasse bis hinunter zu den Kulaken – ein Mann mit drei Kühen – liquidiert hat, werden sie in eine vielsprachige Streitkraft, die sich Rote Armee nennt, getrieben. Über dieser Roten Armee weht eine internationale rote Fahne, nicht eine russische Flagge, ihre Hymne ist die Internationale.

Die Methode der Revolution in Rußland war so perfektioniert, daß das dort etablierte jüdische Regime bis zum heutigen Tag gegen alle Gegenschläge gesichert ist.

Die nächste Revolution, die unsere Aufmerksamkeit verdient, ist die, die 1936 in Spanien ausbrach. Glücklicherweise für Europa wurde sie von General Franco und einer Anzahl tapferer Männer, die sofort gegen die revolutionären Streitkräfte zur Schlacht antraten und nach einem langen Kampf sie erfolgreich vernichteten, zunichte gemacht.

Diese Leistung ist angesichts der jüngsten Entwicklung in der revolutionären Organisation um so bemerkenswerter, als sie sich dann in Form von internationalen Brigaden weiter entwickelt. Diese internationalen Brigaden stellten nicht nur die letzte Neuigkeit in der revolutionären Methode dar, sondern sie waren eine bemerkenswerte »Inszenierung«. Sie wurden aus 52 verschiedenen Ländern von Kriminellen, Abenteurern und Betrogenen – meist Kommunisten – rekrutiert, wurden innerhalb weniger Wochen nach dem Ausbruch der Unruhen auf mysteriöse Weise transportiert und in Formationen in Spanien zusammengestellt, trugen eine uniformähnliche Kluft, die sehr dem englischen Kampfanzug glich, und waren mit Waffen ausgerüstet, die den jüdischen fünfzackigen Stern schmückten. Dieser Stern und das Siegel von Salomon befanden sich auf den Siegelringen der Unteroffiziere und Offiziere in dieser kommunistischen Horde. Ich habe selbst gesehen, daß sie getragen wurden.

Macht für Gold und Wucher

Im Oktober 1936 waren diese internationalen Brigaden in beträchtlicher Anzahl schon in Spanien versammelt. Obwohl sie undiszipliniert und niederträchtig waren, ist es durchaus möglich, daß die bloße Tatsache einer großen und gut bewaffneten politischen Armee, die plötzlich auf einer Seite am Anfang des Bürgerkrieges eingegriffen hat, ihnen dazu verhelfen sollte, eine Entscheidung zu erreichen, bevor das patriotische und nationale Element im Land Zeit für die Schaffung einer angemessenen Kampfmaschinerie haben konnte.

Obwohl die britische Öffentlichkeit bezüglich der wahren Bedeutung über das, was in Spanien vor sich ging, in totaler Unwissenheit gehalten wurde, waren sich zwei Länder in Europa der Situation bewußt. Deutschland und Italien hatten beide abwechselnd die Wirren der kommunistischen Revolution erfahren und waren siegreich über diese übelste aller irdischen Seuchen daraus hervorgegangen. Sie wußten, wer die internationalen Brigaden finanziert und organisiert hatte, und mit was für einen fürchterlichen Zweck Barcelona im Oktober 1936 zur Hauptstadt der sowjetischen Staaten Westeuropas erklärt worden war.

Im kritischen Moment intervenierten sie mit gerade ausreichender Stärke, um sich gegen die internationalen Brigaden zu wenden und es dem spanischen Volk zu ermöglichen, seine eigene Armee zu organisieren, die im Laufe der Zeit die Angelegenheit einfach erledigte. Die Angelegenheit erledigen hieß nur, soweit es Spanien betraf.

Es sollte jedoch noch eine andere Erledigung kommen. Dem internationalen Judentum war ein ernsthafter Strich durch die Rechnung gemacht worden. Sie konten von jetzt an nicht mehr ruhen, bis sie ihre Rachen haben würden, bis sie auf Biegen und Brechen die Gewehre der Welt auf diese beiden Staaten richten konnten, die nicht nur ihre Pläne in Spanien vereitelt hatten, sondern die auch dabei waren, ein von Gold und Wucher unabhängiges System in Europa einzuführen, das, wenn es sich weiter entwickeln würde, diese internationalistische Macht für immer brechen könnte. □

General Francisco Franco zu Beginn des Spanischen Bürgerkriegs im Jahre 1936.

In der nächsten Ausgabe veröffentlichen wir die vierte Folge.

Schweiz

Mit Demokratie Volkswillen brechen

Beat Christoph Baeschlin

Im Herbst 1985 hat die Schweiz das Ungewöhnliche vollbracht: mittels Demokratie ist ein klar geäußerter Volkswille, der den Behörden mißfiel, kurzerhand abgebogen worden. Es handelte sich um die Frage des Schuljahrbeginns. Seit urdenklichen Zeiten begann in den meisten Kantonen – insbesondere in der ganz deutschen Schweiz – das Schuljahr im Frühling. Nur Genf und Tessin hatten von jeher den Herbstschulbeginn. Diese Ausnahmen haben niemanden jemals gestört. Besonders die Deutschschweiz hat sich nie berufen gefühlt, im Interesse der Gleichmacherei eine Änderung für diese beiden Außenseiter zu fordern.

Nun ist seit 1945 in Europa der Herbstschulbeginn allgemeine Mode geworden. Den eidgenössischen Behörden schien es sehr zu mißfallen, daß die Deutschschweiz gar keine Lust zeigte, dem internationalen Trend zu folgen. Aber noch war es der Eidgenossenschaft nie gelungen, sich in Schulfragen einzumischen; solche waren bislang unantastbares Reservat der Kantona.

Die Ungleichen fordern Gleichheit

Um den harten Widerstand der großen deutschsprachigen Kantone – insbesondere Bern und Zürich – zu brechen, kamen die eidgenössischen Behörden auf den tückischen Gedanken, eine gesamtschweizerische Volksabstimmung über den Frühjahrsschulbeginn zu veranstalten. Schon war in diesen beiden und anderen Kantonen mehrmals über diese Frage abgestimmt worden, jedesmal mit erdrükkender Mehrheit für die Beibehaltung des althergebrachten und durchaus bewährten Systems. Und siehe da: die gewünschte »demokratische« Mehrheit wurde erzielt.

So ist es der eidgenössischen Führung gelungen, den Volkswillen der Kantone Zürich, Bern und anderer durch Demokratie zunichte zu machen. Die Demokratie diente da nur noch als Manipulations-Methode. Der zunehmenden Resignation und Skepsis der helvetischen Staatsbürger gegenüber der schweizerischen Musterdemokratie ist durch dieses Vorgehen in kräftiger Weise Vorschub geleistet worden.

Besonders schockierend war der Umstand, daß die Kantone in Genf und Tessin diese Einmischung in die kantonale Schulhoheit mit klaren Mehrheiten guthießen. Ausgerechnet diese zwei, die generationenlang eine Sonderstellung betreffend Schuljahrbeginns eingenommen hatten, und die jede Änderung – wäre sie noch so formaldemokratisch untermauert gewesen – mit Entrüstung zurückgewiesen hätten.

Daß die Ungleichen nun absolute Gleichheit fordern, weist auf eine bedenkliche Trübung des eidgenössischen Staatsbewußtseins hin. Es ist unnötig darauf hinzuweisen, daß die auf strammen Konformismus getrimmte Schweizer Presse die Manipulierung des Volkswillens durch Demokratie begrüßt hat. Hauptschuldig an diesem Schwund eidgenössischer Staatsauffassung ist natürlich die in den letzten Jahrzehnten veranstaltete Masseneinwanderung und die daraus folgenden Masseneinbürgerungen.

Regierung braucht das Ja zum UN-Beitritt

Seit jeher war sich die eidgenössische Regierung im klaren, daß im Schweizervolk nicht die geringste Sympathie für die zwielichtige UNO bestand, daß also eine Volksbefragung ziemlich sicher ein ablehnendes Ergebnis zeitigen würde. Und das wollte die schweizerische Führungskaste nicht riskieren.

In den letzten Jahren wuchs aber die Sehnsucht der herrschenden Kreise, diesem Moskau-gesteuerten Gremium, das der Westen bezahlt, anzugehören, und das Parlament hatte sich in dem Sinne auszusprechen. Die UNO-freundliche Wendung der schweizerischen Regierung war einerseits dadurch bestimmt, daß die eidgenössischen Regierungspersonen und Diplomaten pausenlosem Druck nachgaben. Denn die UNO braucht Geld, viel Geld, und somit zahlungskräftige und zahlungswillige Mitglieder.

Andererseits aber war die schweizerische Regierung zur Überzeugung gelangt, das Schweizervolk sei nun »reif«, das heißt genügend kritiklos, geworden, um einen solchen Beitrag zuzustimmen.

Der schweizerische Bundesrat hatte sich nun mit dem UNO-Beitritt identifiziert und diese Mitgliedschaft gewissermaßen garantiert. Darum setzten die eidgenössischen Regierungsmitglieder alles daran, um vom Volk eine zustimmende Meinungsäußerung zu bekommen.

Alle sollen an die Demokratie glauben, nur nicht die Regierung. Die Regierungsmitglieder und die meisten Politiker sind gehetzte Leute, deren Agenden Monate voraus prall mit Verpflichtungen gefüllt sind. Solche Menschen haben kaum Zeit, um darüber nachzusinnen, was die gedankenlos und pausenlos angepriesene Demokratie in Wirklichkeit bedeutet: nämlich Verzicht auf die ewige Manipuliererei des Volkswillens.

Es kommt ihnen nicht in den Sinn, daß Regierung, Parlament und öffentliche Meinung einmal den Atem anhalten müßten, um vernehmen zu wollen, was das Volk in einer so wichtigen Angelegenheit wie UNO-Beitritt für eine Weisung erteilt. Ja, daß an einer so gewichtigen Frage Sinn oder Unsinn des obrigkeitlichen Demokratie-Verständnisses getestet wird.

Bundesrat glaubt nicht an Demokratie

Jeder Schweizer Bürger ist in der Lage, sich ein eigenes Urteil über Wert und Unwert der UNO zu bilden. Dazu braucht er keiner obrigkeitlichen Meinungs-Nachhilfe. Jeder Schweizer Bürger hat ein politisch sicheres Gefühl, ob ihm die Unterwerfung seines Vaterlandes unter die »moralische« Vormundschaft der UNO als wünschenswert oder als verwerflich erscheint.

Wenn der schweizerische Bundesrat und die UNO-Befürworter das Volk monatelang meinungsmäßig so unter Druck gesetzt hat, daß die Abstimmung das ihnen genehme Ergebnis erzielt, dann ist »Demokratie« wahrlich nur noch eine Beschwörungsformel, womit eine Oligarchie ihren Herrschaftsanspruch als »Volkswillen« getarnt ausgibt.

Die Schöpfer der Demokratie und des Begriffes »Volkssouveränität« hatten in ihren theoretischen Werken die Todesstrafe empfohlen für jeden, der versuchen sollte, den Volkswillen zu manipulieren. Im Zeitalter der Parteien-Demokratie wird dieser Gedanke Rousseaus schamhaft verschwiegen. □



Bauern gegen Agrar-Industrie

Oscar Boline

Wie Agrarpolitiker des Europäischen Parlaments in Straßburg sowie Experten der Europäischen Gemeinschaft (EG) in Brüssel behaupten, mache Washington die europäischen Kleinbauern und die EG-Agrarpolitik zum Sündenbock für die verunglückte amerikanische Landwirtschaftspolitik, seine wirtschafts- und außenpolitischen Fehlschläge. In Straßburg und Brüssel wie in den anderen Hauptstädten der EG-Länder herrscht darum große Sorge, daß sich Washington in einen Agrar-Handelskrieg mit den Europäern stürzen könnte.

Die Agrarpolitik der EG, wie auch die Industrie- und Wirtschaftspolitik des Gemeinsamen Marktes, basiert auf dem Grundsatz, daß die Wirtschafts- und Sozialordnung der EG aufrechterhalten werden muß. Im Falle der Landwirtschaft heißt das, daß den Landwirten ein Wohlstand garantiert werden muß, der sie auf den Höfen hält, auch wenn sie im Hinblick auf die Weltmarktpreise nicht mehr wettbewerbsfähig sind, um mit den großen »industriellen Farmen« der Vereinigten Staaten zu konkurrieren.

Veränderungen in der Weltwirtschaft

Washington behauptet, daß diese Vorgehensweise die europäischen Bauern von den Veränderungen in der »freien Weltwirtschaft«, die anscheinend niemand außer Washington versteht, isoliert, und dies, wie einige sagen, «auf unfaire Weise«. Diese Veränderungen haben für die landwirtschaftlichen Familienunternehmen überall in den Vereinigten Staaten den Ruin gebracht und zu einem Anwachsen der »industriellen Farmen« geführt, die von internationalen Getreidehändlern, Straßenbauunternehmen und Erbauern militärischer Stützpunkte geleitet werden. Es handelt sich dabei um Gruppierungen, die in Washington über mächtigen Einfluß verfügen und denen jede Menge Arbeiter und Geräte zur Verfügung stehen. Diese »Veränderungen in der freien Weltwirtschaft« haben nicht nur Umstrukturierungen und Verheerungen in die Landwirtschaft gebracht, sondern auch die Industriebasis der Vereinigten Staaten langsam aber sicher zerstört.

»Ich bin immer besorgt, wenn ich den Präsidenten der Vereinigten Staaten oder seinen Landwirtschaftsminister provokative Reden über die Situation in Europa halten höre«, so der Kommentar von Joseph Maher, ein Mitglied des Europäischen Parlaments aus dem Landkreis Tipperary, Irland.

Maher ist ein Kleinbauer und ein führender Experte in Fragen des Agrarhandels und der Landwirtschaft. In Maher haben die Familienbauern Europas einen beredten Sprecher und Verteidiger ihrer Existenz gefunden.

Europa ist keine Einbahnstraße

»Sehr häufig sind meiner Ansicht nach die Erklärungen des US-Präsidenten oder seines Landwirtschaftsministers zu vereinfachte Darstellungen. Sie tragen der Situation in Europa nicht voll Rechnung. Wir können erstens nicht nur zeigen, daß wir Agrar-Erzeugnisse in alle Welt exportieren, sondern auch, daß wir der größte Importeur von landwirtschaftlichen Erzeugnissen der Welt sind. Es ist keine Einbahnstraße.

Meiner Ansicht nach sollten die Amerikaner äußerst vorsichtig sein, daß die Kritik an der europäischen Agrarpolitik nicht überhand nimmt. Wir haben allen Grund dazu, auf einer freundschaftlichen und harmonischen Basis zu arbeiten, denn wenn wir in Konflikt geraten, und dieser Konflikt außer Kontrolle gerät, dann würde er ernstliche Auswirkungen im politischen Bereich haben.

Ich muß nicht erst sagen, wie wichtig es für die Europäer und die Amerikaner ist, eine einheitliche Front angesichts der Lage in der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten aufzuweisen.« Damit drückte Maher seine Besorgnis aus, daß Westeuropa gegebenenfalls einen »Alleingang« in der Entwicklung enger wirtschaftlicher und vielleicht politischer Beziehungen mit der Sowjetunion und Osteuropa zum Nachteil der Vereinigten Staaten machen würde.



Thomas Joseph Maher, Mitglied des Europa-Parlaments aus Tipperary, Irland, im Gespräch mit Oscar Boline.

Die EG-Agrar-Experten wie Maher und andere europäische Parlamentarier weisen häufig darauf hin, daß die EG der beste Kunde der amerikanischen Landwirte ist. In den letzten fünf Jahren hat die EG amerikanische Agrarerzeugnisse im Wert von 10 Milliarden Dollar pro Jahr importiert, während die Exporte in die USA nur 5 Milliarden Dollar betragen haben.

Die Importe der Europäer bestehen vorwiegend aus Getreidegluten, Sojabohnen, Pflanzenfette und Pflanzenöle. Exportiert werden hauptsächlich Wein, Käse und Molkereiprodukte. Außerdem werden die EG-Exporte auf die Weltmärkte – vorwiegend Molkereiprodukte, Fleischerzeugnisse und Geflügel – zum größten Teil dadurch ermöglicht, daß Getreide und Futtermittel aus den Vereinigten Staaten eingeführt werden.

Maher fragt: »Sagen die Amerikaner zu uns, ›Ihr sollt dieses Getreide nicht kaufen‹? Wenn wir das nicht tun, oder davon abgehalten werden sollten, mit den daraus hergestellten Produkten auf die Weltmärkte zu gehen, dann werden wir auch aufhören, amerikanisches Getreide zu kaufen. Wofür würden wir das Getreide brauchen? Ohne diese Exporte können wir in Europa genug Getreide selbst erzeugen.

Darum sage ich, es ist ein komplexes Problem. Es ist keine Einbahnstraße. Der Handel verläuft sehr wohl in beide Richtungen. Anstatt daß uns die Amerikaner attackieren, oder die gemeinsame Agrar-Politik der EG-Länder in unfairer Weise kritisieren, sollten wir uns besser zusammensetzen und herausfinden, ob wir nicht zu einer harmonischen Handelsbeziehung kommen können. Wir haben jeder eine Existenz in der Welt, und ob wir uns bekämpfen oder nicht, ändert nichts daran; deshalb haben wir allen Grund zu einer zufriedenstellenden Vereinbarung zu gelangen.«

Familienbauern gegen Industriebauern

Washington übt heftige Kritik an den Subventionen, die die EG

an die Landwirte zahlt. Doch erweist sich diese Kritik bei näherer Betrachtung als unfair, wie EG-Sprecher sagen. Auch eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der auch die Vereinigten Staaten angehören, kommt zu dem Schluß, daß die Landwirtschafts-Subventionen in den USA fast genauso hoch sind wie in der EG. Außerdem gehen die EG-Subventionen an die »Familienbetriebe«, während in Amerika die großen »Industriebauern« den Vorteil davon haben.

Auch sind die Behauptungen Washingtons, daß die EG-Subventionen den amerikanischen Bauern die Auslandsmärkte wegnehmen, absolut unwahr. Wenn Washington auf den Weizenmarkt verweist, dann antworten die europäischen Landwirte, daß Amerikas Getreideembargo für die Sowjetunion der Anlaß war, daß die EG-Exporte anstiegen. Wenngleich die EG-Weizenexporte in die Sowjetunion zunahmen, ist ihr Gesamtanteil auf dem Weltweizenmarkt zurückgegangen, während der amerikanische Anteil gewachsen ist.

Darüber hinaus wird von den europäischen Bauern die Meinung vertreten, daß das Gros der amerikanischen Weizenexporte nicht von Familienbauern erzeugt wird, sondern von den »Industriebauern«, während die EG-Exporte von den »Familienbauern« stammen, denen der Gedanke keineswegs schmeckt, daß sie von den mächtigen amerikanischen »Industriebauern«, die die Politik in Washington kontrollieren, aus ihrer Existenz verdrängt werden.

»Ich habe nicht die innenpolitischen Grundsätze in den Vereinigten Staaten zu kommentieren«, meint Maher. »Ich möchte mich nicht auf dieses Gebiet begeben, weil ich weiß, daß die Vereinigten Staaten das Recht haben, ihre eigene Politik nach bestem Vermögen durchzuführen, vorausgesetzt, daß diese Politik ihre Handelspartner nicht unmäßig verletzt. Wenn wir auch zugeben, daß wir unsere Bauern unterstützen, und dies aus einem sehr guten Grund, so können wir doch sagen, daß wir sie nicht in höherem Umfang unterstützen, als dies in den Vereinigten Staaten geschieht.

In der EG ist der durchschnittliche Bauernhof 19 Hektar groß. Es zeigt sich jedoch, daß es eine sehr große Anzahl von sehr kleinen Bauernbetrieben gibt. Das Gros der Landwirte in der EG sind Kleinbauern, sogenannte Familienbetriebe.

Wir machen uns Sorgen um ihre Zukunft, um ihre Existenz. Zuerst einmal weil sie die Basis der ländlichen Gemeinschaft bilden, und zweitens, wenn wir sie infolge eines sehr niedrigen Einkommens vertreiben, landen sie auf dem Arbeitsmarkt, der schon jetzt überlaufen ist. Wir haben in der EG fast 13,5 Millionen Arbeitslose.«

Größer nicht besser

Maher weiter: »Es gibt hier in der EG Leute, die argumentieren, daß, wenn wir die Betriebe sehr viel größer machen, wenn wir die derzeitige Größe verdreioder vervierfachen, das Problem dann gelöst sei, denn jene Landwirte brauchten dann keine staatliche Unterstützung und könnten wirtschaftlich recht gut alleine auskommen. Ich sehe recht gut, daß das amerikanische Experiment das nicht bestätigt hat. Auf jeden Fall ist es eine Aussicht, der wir nicht gern entgegensehen würden, weil dadurch das Landleben von einer großen Anzahl Leute entblößt werden würde.

Nehmen wir zum Beispiel das Land, aus dem ich komme. Die Landwirtschaft ist dort der Grundstock der Wirtschaft. Bis zu 20 Prozent des irischen Bruttosozialprodukts stammt aus der Landwirtschaft, und 40 Prozent der Arbeitskräfte sind direkt oder indirekt in der Landwirtschaft beschäftigt. Sie ist in der Tat die Grundlage der Wirtschaft Irlands. Wenn es daher zu einer drastischen Änderung der EG-Politik kommen würde, die zu einem Kollaps der Landwirtschaft führt, wird Irlands Wirtschaft zusammenbrechen. Daran wäre nichts zu ändern.

Ich leugne nicht, daß die Kosten für die gemeinsame Agrar-Politik hoch sind, aber die Kosten würden noch sehr viel höher sein, wenn sie abgebaut wird. Wenn ich auch nicht behaupte, daß die gemeinsame Agrarpolitik perfekt ist, so hat sie dennoch eine Reihe von Zielen erfolgreich verwirklicht.

Erstens, sie hat die Lebensmittelversorgung sichergestellt. Niemand in der EG hungert heute. Es gibt Nahrung in Hülle und Fülle. Zweitens, die Preise sind zumutbar. Nach dem Zweiten Weltkrieg, in den fünfziger Jahren, mußte der Verbraucher im Durchschnitt 40 Prozent seines Wocheneinkommens für Nahrungsmittel aufwenden. Jetzt gibt er nur 19 Prozent dafür aus, und dieser Satz nimmt noch ab. Nahrungsmittel sind für den Durchschnittskonsumenten kein Problem mehr. Drittens, sie hat zur Stabilisierung der ländlichen Gemeinschaft beigetragen. Das ist sehr wichtig.«

Wie Maher bleibt die überwältigende Mehrheit der Europäer fest bei ihrer Überzeugung, daß ihre Wirtschafts- und Sozialordnung trotz der Einwände aus Washington aufrechterhalten werden muß. Der wichtigste Teil jener Wirtschafts- und Sozialordnung sind die europäischen Familienbauern.

Häufig werden von Bauernvertretern, Politikern und anderen die Einwände aus Washington damit zur Seite gekehrt, daß man die Warnung des amerikanischen Bischofs Maurice Dingman aus Des Moines, Iowa, zitiert: »Wir sind am Sterben, wenn wir die Familienbauern und die Geschäftsleute in den Kleinstädten verlieren. Wir verlieren damit den Grundstock der Demokratie.« □





Das Böse in der Welt lebt nicht durch die, die Böses tun, sondern durch jene, die Böses dulden! Müßten wir da nicht alle etwas tun, damit wir selbst von Schuld frei werden?
Diese oder ganz ähnlich lautende Fragen hat man mit Bezug auf die in DIAGNOSEN veröffentlichten Berichte, Kommentare und Analysen immer an die Redaktion herangetragen.
Gleichzeitig haben Leser immer wieder Hinweise gegeben, wie das zeitkritische Magazin DIAGNOSEN größere Verbreitung finden könnte.
Alles schön und gut – nur über die Deckung der Kosten hat bisher niemand gesprochen.
Der Verlag DIAGNOSEN ist nun einmal kein Goldesel. Und wenig tröstlich sind auch die Hinweise vieler Leser und Abonnenten, daß sie sich nicht gern in die Rolle von »Werbern« gedrängt sehen möchten. Schade, wo es doch um eine eminent wichtige Aufgabe geht. Aber wir sind gern bereit Ihren Freunden und Bekannten Probehefte zu schicken.
Wenn alle Leser von DIAGNOSEN bereit wären für dieses zeitkritische Magazin zu werben, könnten wir alle im Kampf gegen das Böse in der Welt unseren Beitrag leisten. Wir sollten doch versuchen, breiteste Bevölkerungskreise über die wahren Sachverhalte und Hintergründe der derzeitigen Politik aufzuklären.

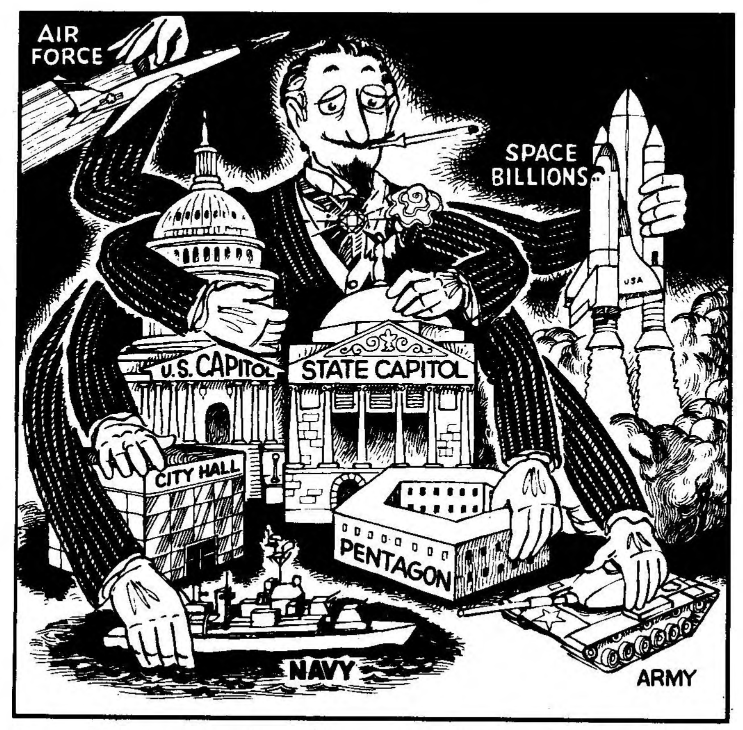
One-World-Bewegung

Bargeldlose Gesellschaft

Jan-Erik Sigdell

Es ist ein neues, bargeldloses Wirtschaftssystem geplant, das – falls es eingeführt wird – für jeden ungeheuere Konsequenzen haben wird. Es sollte heute schon jeder Bürger der westlichen Industriestaaten sich überlegen, ob er sich dem anschließen wird oder nicht. Falls er sich entschließt, sich diesem bargeldlosen Wirtschaftssystem zu verweigern, wird er nicht mehr kaufen oder verkaufen können und keinen Lohn mehr beziehen können in den Ländern, die dieses System eingeführt haben.

Das erste Mal, daß ich davon hörte, war im Juni 1982, als ich in Kalifornien war. Es gibt in den USA eine bunte und große Vielfalt von religiösen Fernsehprogrammen aller Qualitäten und aller christlichen Schattierungen. Eines der wenigen, das mir gefiel, ist »The 700 Club«. In diesem Programm zeigte man einmal eine Computerkarte, kleiner als eine Briefmarke, die für das Einpflanzen unter der Haut konzipiert war.



Tätowierung für das Laser-Lesegerät

Die Computerkarte wird nicht nur die Personennummer und die Kontonummer tragen, sondern auch den Kontostand magnetisch gespeichert haben. Bei jeder Benutzung wird automatisch der neue Kontostand nachgetragen. Die Karte soll auch als Führerschein und Versicherungskarte dienen und vielleicht sogar gleichzeitig als Paß.

Zur Zeit wird beim Batelle-Forschungsinstitut in den USA an dieser Karte gearbeitet, und Versuche werden laufend durchgeführt. Die Karte soll unter der Haut der Hand eingepflanzt werden, so daß sie niemals verloren noch gestohlen werden kann.

Man hat in dem Fernsehinterview den Batelle-Mitarbeiter gefragt: »Was macht man bei einer Person, die beide Hände verloren hat?« Antwort: »Man setzt die Karte unter die Stirnhaut ein.«

Dann kam das Bibelzitat: »Und das Ungeheuer 666 wird so machen, daß niemand wird kaufen oder verkaufen können, es sei denn, er trägt sein Zeichen in der Hand oder an der Stirn«. (Offenbarung 13, 16–17)

Eine Alternative zu der Karte ist die Markierung – ebenfalls an der Hand oder an der Stirn – mit einer für das Auge unsichtbaren Tätowierung, die aber von einem Laser-Lesegerät gelesen werden kann. Solche von Maschinen lesbare Markierungen des Individuums ermöglichen die Einführung einer bargeldlosen Gesellschaft.

Auf Schritt und Tritt überwachbar

Das Kapitel jedes Menschen ist dann nur eine Abspeicherung in einem Zentralcomputer. Jedes Geschäft hat eine einfache Computerkasse, die mit dem Zentralcomputer verbunden ist – so wie heute jeder ein Telefon hat. Das Telefonnetz mag dazu verwendbar sein, aber erst recht die Kabelfernsehleitungen, die heute überall gelegt werden, und große Übertragungskapazitäten für Daten bieten.

Wenn man etwas kauft, legt man nur die Hand – eventuell die Stirn – an das Lesegerät, und die Sache ist in Sekundenschnelle erledigt. Viele werden solche Geräte auch zu Hause haben für persönliche Transaktionen – erst recht, wenn sie einen Heimcomputer haben, der ebenfalls mit dem Netz verbunden werden kann.

Es gibt heute immer mehr Heimcomputer-Amateure, die über das Telefonnetz miteinander in Verbindung stehen. Unter ihnen gibt es einige, die versuchen, nicht ohne Erfolg, »geheime« Kanäle anzuzapfen, indem sie den Schlüssel-Code knacken.

Wenn ein solches System genügend umfassend eingeführt ist, erübrigt sich Bargeld. Es wird dann wohl heißen: »In sechs Monaten wird alles Bargeld aus dem Verkehr gezogen. Wer es noch nicht getan hat, hat in dieser Zeit die Gelegenheit, sich markieren zu lassen und den Anschluß eines Lesegerätes zu beantragen.«

Die Vorteile eines solchen Systems werden schon gepriesen: »Dein Geld kann nie gestohlen werden oder verloren gehen. ›Faule‹ Geldgeschäfte werden unmöglich, niemand kann Dich betrügen, denn alles ist überprüfbar. Wucher und überhöhte Preise sind aus dem gleichen Grund nicht mehr möglich. Ebenso Steuerhinterziehungen und viele Arten von Kriminalitäten.«

Aber: Kriminelle werden schon Wege finden. Es wird wohl eine »Untergrundwährung« entstehen.

Die Nachteile aber werden von behördlicher und wissenschaftlicher Seite her niemals erwähnt: »Du bist auf Schritt und Tritt überwachbar. Man kann sofort ›unbeliebte Elemente‹ aufspüren und gegen sie einschreiten; dazu gehören Personen mit einer bestimmten politischen Richtung, Glaubensrichtung, oder auch Personen, die sich mit Esoterik, Astrologie oder Naturheilkunde befassen – alles Dinge, die aus der Sicht des Staates als ›verdächtig‹, ›nicht der Wissenschaft entsprechend‹ oder als ›unerwünscht‹ bezeichnet werden.

Das Lager der Nichtangepaßten

Weitere Nachteile: »Du wirst bei jedem Kauf eines Buches, jedem Besuch einer Veranstaltung sofort registriert. Du kannst ja nur durch Deine Markierung bezahlen, und damit wird im gleichen Moment auch Deine Personennummer abgespeichert. Durch einen einfachen Befehl an den Computer hat ein Fahnder innerhalb von Minuten eine Liste aller, die ein bestimmtes Buch gekauft haben oder eine diesbezügliche Veranstaltung besuchten.

Personen, die ›unerwünschte Tätigkeiten‹ ausüben, können dann unter Druck gesetzt werden, vom Zahlungsverkehr in solchen Zusammenhängen ausgesperrt zu werden, oder im Extremfall gar vom ganzen System ausgeschlossen zu sein. Wird man teilweise ausgesperrt, bedeutet das, daß man niemals mehr gegen Entgeld oder Bezahlung solche Tätigkeiten ausüben kann, sondern es müßten zum Beispiel Veranstaltungen ge-

heim und gratis geschehen. Im Extremfall völlig ausgeschlossen zu sein, bedeutet Entziehung der Existenzgrundlage – eine sicher effektivere ›Bestrafung‹ als manche andere. Bei jedem Versuch zu kaufen, verkaufen oder durch Arbeit Lohn zu beziehen, antwortet der Computer stets: ›gesperrt‹ oder ›nicht registriert‹.

Man müßte in einer solchen Situation dann in den ›Untergrund‹ gehen, und würde wahrscheinlich irgendwann gefaßt und inhaftiert werden. Oder man müßte sich in einem Lager für ›Nichtangepaßte‹ melden.«

Es wird natürlich auch unmöglich sein, bestimmte Bücher oder Zeitschriften herauszugeben. Man wird sie nirgends drucken lassen und nirgends verkaufen können.

Offenbar muß dann ein zweifacher »Untergrund« entstehen, einerseits von kriminellen Elementen, andererseits von Außenseitern verschiedener Art, zum Beispiel Menschen mit nicht staatlich anerkannten Glaubensrichtungen, oder Menschen, die sich immer noch natürlich heilen lassen wollen.

Und sollte der Staat den Glauben überhaupt abschaffen wollen, müßte die ganze noch gläubige Christenheit in den »Untergrund« gehen, denn ein wahrhaft gläubiger Christ kann sich nicht durch das Zeichen 666 markieren lassen. Er würde ja damit das Zeichen des Antichrist tragen.

Vor einiger Zeit erlebte ich in diesem Sinne etwas Bemerkenswertes. In einer geführten Visualisation – eine Art Psychoanalyse – erlebte eine Österreicherin folgendes: Sie sah sich wegen ihres Glaubens gefoltert werden. Und das wäre in der Zukunft, in 10 bis 20 Jahren. Ich fragte, wie sie solchen Möglichkeiten entgehen könnte. Antwort: »Man müßte den Glauben leugnen, aber das wäre nicht richtig.«

Die ersten Schritte

Der Staat führt uns langsam in eine bargeldlose Gesellschaft hinein. Das geschieht durch »kleine Schritte«. Zuerst werden die Menschen durch Computerkarten zum Beispiel für die Krankenversicherung teilweise angeschlossen; ein Vorhaben in Deutschland. Das sind dann noch keine Karten, die etwa eingepflanzt werden sollen.

Ich war vor kurzem in Frankreich und ging in eine Apotheke. Da standen 5 bis 6 neue Computer-Terminals, und die Menschen zahlten nicht, sie zeigten nur eine Plastikkarte vor bei Mitteln, die die Kassen bezahlen. Die Kartenangaben wurden noch eingetippt, offenbar waren die Lesegeräte noch nicht angeschlossen.

In den USA geschieht es über die Kontokarten. Fast jeder Mensch hat dort eine kleine Sammlung verschiedener Kontokarten, womit er größtenteils seinen Zahlungsverkehr bargeldlos erledigt. In Zusammenhang damit habe ich eine deutliche Wandlung innerhalb der letzten fünf Jahre beobachtet, ich war in dieser Zeit verschiedene Male dort.

Vor fünf Jahren konnte man noch in ein Hotel einziehen oder ein Auto mieten und nachher bezahlen. Heute geht das nur, wenn man eine Kontokarte hat, sonst muß man alles im voraus bezahlen. Bei der Automiete zum Beispiel das Dreifache als Sicherheit hinterlegen.

Das Bargeld ist schon noch da, es wird für kleinere Ausgaben verwendet. Im Laden oder Einkaufszentrum kann man meistens nicht einen 100-Dollar-Schein wechseln. Manchmal nicht einmal einen 50-Dollar-Schein. Es ist nicht soviel Bargeld in der Kasse.

Wer einen Scheck einzulösen hat, wird es nicht machen können, außer er hat bei der Bank ein Konto. Reiseschecks, die nicht von »American Express« sind, werden auch nicht mehr überall angenommen, nicht einmal bei den Banken. USA-Reisende erleben so unter Umständen böse Enttäuschungen.

Als ich 1979 für eine längere Zeit in Denver war, bekam ich von zu Hause einen Scheck über 1000 Dollar. Keine Bank wollte ihn einlösen. Immer das gleiche: »Haben Sie ein Konto bei uns?«, »Nein!«, »Tut mir leid.« Schließlich hat die Firma, für die ich dort für einen vorübergehenden Auftrag tätig war, den Scheck für mich auf ihr Konto genommen, und mir so das Einlösen ermöglicht.

Solche Umstände üben dort einen ziemlichen Druck auf die Bürger aus, um sich an das Kontokartensystem anzuschließen. Es ist einfach viel zu unbequem, keine Kontokarte zu haben.

Kommt eine neue Inquisition?

Der nächste Schritt ist dann viel einfacher einzuführen: Vereinheitlichung der Kontokarten, alle verschiedenen werden durch eine universelle ersetzt. und dann als weiterer Schritt, die individuelle Personenmarkierung. Dann ist es auch Zeit, das Bargeld verschwinden zu lassen.

Besucher der USA werden dann wohl eine Besucherkarte bekommen, entweder vor der Abreise durch das Konsulat, oder die eigene Bank wird eine solche Karte ausstellen. Die Abrechnung könnte dann über das Konto im Heimatland geschehen, oder auch durch Hinterlegen eines größeren Betrages in geeigneter Währung, wovon die Differenz bei der Rückreise erstattet wird. Geschäftsleute, die oft in den USA sind, haben meistens heute schon eine Kontokarte einer Bank, die auch dort ebenfalls vertreten ist.

Hat nun einmal die USA die bargeldlose Gesellschaft verwirklicht, werden bald auch andere Länder folgen: Bundesrepublik Deutschland, Benelux, Schweiz, Frankreich, Skandinavien, Österreich und später weitere Länder Europas. Die technischen Voraussetzungen sind schon da.

Damit wäre das Werkzeug erstellt, womit jeder einzelne Bürger bis ins kleinste überwachbar ist. Sogar seine Post wäre überwachbar; man könnte beim Postamt nur mit der Kontokarte bezahlen, und Absender sowie Empfänger würden sofort registriert. Man könnte den gesamten Zahlungsverkehr erfassen und kontrollieren.

Und gewinnen dann Kräfte Einfluß im Staat, die etwas gegen den Glauben oder auch gegen verschiedene Alternativtätigkeiten haben, die nur Macht und Umsatz der Industrie fördern wollen, hätten wir rasch Zustände, die den Offenbarungen Johannes entsprechen: eine Inquisition, die der mittelalterlichen weitestgehend überlegen ist.

Viele Menschen sagen: »Das ist doch nicht möglich, die Menschen werden das nie akzeptieren.« Schließlich ist es in Deutschland gelungen, die Volkszählung zu stoppen, die sicher den Zweck hatte, eine solche Entwicklung vorzubereiten. Jedoch, was will der einzelne tun, falls das Bargeld eingezogen wird?

Das System schleicht sich an, so unbemerkbar wie möglich, in kleinen, sanften Schritten. Eines Tages kann es soweit sein. Der Staat findet schon Wege. Wer nicht mitmacht, muß sich auf größte Unbequemlichkeiten gefaßt machen. Damit ist die Versuchung groß, dem Druck nachzugeben. □

Krebs

Suche nach den Risikofaktoren

Paul Gerhardt Seeger

Risikofaktoren sind Wirkfaktoren, die grundsätzlich auf eine naturwidrige Lebensweise und auf umweltbedingte Störeinflüsse zurückzuführen sind. Es sind Schadfaktoren, die zu Krankheiten führen können, aber nicht müssen. Die Schadwirkungen auf den Organismus sind von verschiedenen Kriterien abhängig, wie beispielsweise von der Abwehrlage, Konstitution, Dauer der schädigenden Einflüsse, Dosis und Übermenge sowie der Addition mehrerer Risikofaktoren.

In diesem Sinne können Risikofaktoren krebswachstums-begünstigende Wirkungen haben und auslösen. Den meisten Zivilisationbskrankheiten liegen die gleichen Risikofaktoren zugrunde, da sie vorwiegend stoffwechselbedingt sind, wie dies auch beim Krebs der Fall ist. Im allgemeinen muß davon ausgegangen werden, daß die Krebsentstehung in den meisten Fällen nicht nur auf eine einzige Ursache, sondern auf mehrere gleichzeitig einwirkende Faktoren zurückzuführen ist. Man spricht daher von einem multifaktoriellen Geschehen bei Krebs.

Das Problem der Falschernährung

Unser Körper und dessen gesamte Substanz ist durch Nahrung aufgebaut und wird durch Nahrung erhalten. Und alle Körpervorgänge werden letztendlich durch Nahrung ausgelöst. Sämtliche Organe können nur dann ihre Leistung auf die Dauer störungsfrei erbringen, wenn ihnen die dazu erforderlichen lebendigen Nahrungsstoffe in ausreichendem Maße zugeführt werden.

Mit der Nahrungsaufnahme ist der Mensch in der Lage, seine Gesundheit zu erhalten und ständig neu zu reaktivieren oder seine Gesundheit zu zerstören und auf die Dauer zu ruinieren.

H. A. Nieper: »24 Stunden am Tag steht der Mensch unter dem Einfluß und unter der Wirkung dessen, was er für Nahrung zu sich genommen hat.«

C. Bernard: »Perversionen der Ernährung sind die eigentliche Ursache aller pathologischen Veränderungen der Gewebe.«

K. H. Bauer: »Der stärkste Umweltfaktor, auf den der Mensch wirklich gewaltigen Einfluß hat, ist seine Ernährung. Die Lebensmittel sind die Hebelarme zum guten oder auch zum Schlechten.«

Die wichtigsten Faktoren einer Falschernährung sind: Denaturierte Nahrungsmittel, Mangel an Vitalstoffen, tierische Fette, Ballaststoffmangel, Kochsalzmißbrauch und Genußmittelübertreibung.

Denaturierte Nahrungsmittel

Durch technische Veränderung der natürlichen Eigenschaften von Nahrungsmitteln mit in vielen Fällen gleichzeitiger Verringerung beziehungsweise Ausschaltung biologisch notwendiger Stoffe, werden Nahrungsmittel denaturiert. Darunter zählen hauptsächlich Feinmehlprodukte, Fabrikzucker und konservierte Nahrungsmittel.

Feinmehlprodukte entstehen durch die Beseitigung der Vitalstoffe: Vitamine, Fermente (Enzyme), Mineralsalze, aus dem Getreidekorn und durch Zusätze von Chemikalien nahezu zum toten Nahrungsmittel aufbereitet. Krebsgefährdete und Krebskranke müssen auf Vollkornnahrung übergehen.

Fabrikzucker ist frei von jeglichen Vitalstoffen und im Stoffwechsel ein starker Vitamin-B-Verbraucher. Da aber bei einem vorliegenden Krebsstoffwechsel ein Defizit an Vitamin B1 vorliegt, muß Fabrikzucker gemieden und für zusätzliche Vitamin-B-Zufuhr gesorgt werden. Es kann auf Bienenhonig, natürliche Früchte, Trockenfrüchte ausgewichen werden. Geringe Mengen Frucht- oder Vogelbeerzucker beziehungsweise Sorbit können als Ersatz für Fabrikzucker genossen werden.

Konservierte Nahrungsmittel sind zum Teil stark versalzen und mit chemischen Konservierungsstoffen behandelt. Deshalb sollten Konserven nur ausnahmsweise oder nur im Notfall verwendet werden, Dauerkonsum von Konserven schädigen das Immunsystem. Krebskranke müssen auf solche Nahrungsmittel sowie auf totgekochte und wieder aufgewärmte Speisen generell verzichten.

Mangel an Vitalstoffen

Mangel im Überfluß! Durch die verhältnismäßig hohen Anteile an denaturierten Nahrungsmitteln in der Alltagskost werden dem Organismus lebensnotwendige Stoffe, wie Vitamine, Mineralsalze, Enzymstoffe, hochungesättigte Fettsäuren, nicht in dem erforderlichen Umfange zugeführt.

Die Zubereitungsprozesse der Speisen verringern außerdem den Vitamingehalt zwischen 30 und 80 Prozent. Da krebskranke Menschen bereits an Vitaminmangel leiden, besonders an A, B1, C, D2 und E muß für eine reichliche Zufuhr gesorgt werden.

Zur Gesunderhaltung soll die tägliche Kost zumindest aus 50 Prozent natürlicher, unbehandelter Nahrung bestehen. Der Krebskranke soll sich zu 100 Prozent aus dieser Kost ernähren – Vollwertkost.

Im Gegensatz zu den hochungesättigten Fettsäuren, kaltgeschlagenen Ölen, haben die »gesättigten Fettsäuren« die Eigenschaft, den Stoffwechsel zu behindern. Unter diese schwer verbrennbaren Fette sind zu zählen: Tierische Fette, vor allem Schweinefleisch und Depotfett anderer Tiergattungen, besonders Nierenfett; durch chemische Behandlung gehärtete Fette und billige Margarinen; Walöle, die durch chemische Fetthärtung genießbar gemacht werden; gebleichte handelsübliche, billige Salatöle und Wurstwaren mit hohem Fettgehalt.

Die Verwendung solcher schädlicher Pseudofette soll gemieden werden; aus der Kost für Krebskranke sind sie zu verbannen.

Der Mißbrauch von Kochsalz

Kochsalz ist zwar ein lebenswichtiger Bestandteil aller Organe, wird aber durch Überdosis zum Gift. Seeger bezeichnet das Kochsalz (Natriumchlorid) als »heimlichen Killer« der zivilisierten Menschheit. Kochsalz schädigt das wichtigste Stoffwechselsystem des menschlichen Organismus, das Kapillarsystem, und inhibiert damit die Blutzirkulation, die Sauerstoffversorgung der Gewebezellen und den Abtransport der Stoffwechselschlacken.

Der Ernährungsforscher Bommer betont, daß er tagaus, tagein gewohnheitsmäßige Verzehr totgekochter, versalzener, extremer Fleischkost zur Schädigung des Systems der inneren Atmung, das heißt, der feinsten Kapillaren und der Oxydationssysteme, speziell der Atmungskette in den Zellen, führt.

Die tägliche Kochsalzzufuhr beim Erwachsenen unter normalen Bedingungen sollte drei Gramm nicht überschreiten. Es wird oft übersehen, daß bei dem Genuß von salzreichen Nahrungsmitteln Überdosen an Natriumchlorid dem Organismus zugeführt werden, zum Beispiel durch Schinken, gepökelte Fleischwaren, geräucherte Fleisch- und Fischwaren, Wurstwaren, Salzhering, bestimmte Käsesorten, Salzgebäck, Konserven. Sogar bei bestimmten Mineralwässern sind zu hohe Anteile an Natriumchlorid enthalten, die zusätzlich noch die Salzzufuhr erhöhen.

Wegen der schädigenden Wirkung des Kochsalzes als Na-

triumchlorid sollte der Salzverbrauch stark eingeschränkt werden. Bei stoffwechselgeschädigten Kranken, insbesondere bei Krebsleidenden sollte Natriumchlorid vollständig aus der täglichen Nahrung gestrichen werden.

Zum schwachen Würzen kann das etwas teurere Biosalz oder Meersalz aus Apotheke und Reformhaus verwendet werden.

Überfluß – das Übel unserer Zeit

Fast jeder zweite Bundesbürger ist überernährt. Eine Hauptursache aller Zivilsationskrankheiten! Überernährung hat folgende Sub-Risikofaktoren, die krebsfördernde Eigenschaften besitzen können, wie zum Beispiel: Überlastung des Herz-Kreislaufsystems, Bewegungsmangel, Sauerstoffnot der Gewebezellen und erhöhter Anfall von Stoffwechselendprodukten, alias Giften.

Kommen noch weitere wesentliche Risikofaktoren hinzu, wie beispielsweise Rauchen, Medikamentenmißbrauch, so kann sich die Schadgefahr für Körper und Organismus entsprechend addieren.

Unsere moderne Lebensweise hat eine Verschiebung, ein Mißverhältnis zwischen Nahrungsbedarf und Nahrungsaufnahme heraufbeschworen. Der heute vorwiegend sitzende Mensch nimmt durch intensiv nährstoffhaltige Kost eine größere Nährstoffmenge auf, als sie Schwerarbeiter, Holzfäller, Bauern, Schmiede oder Leistungssportler benötigen.

Der Mensch aus vergangener Zeit ernährte sich mit natürlicher, nicht vorbehandelter Kost und hatte durch seine körperbewegungsaktive Tätigkeit als Handwerker, Fischer, Jäger, Landwirt an frischer Luft eine wesentlich bessere Energieumwandlung und -ausnutzung.

Der heutige Durchschnittsmensch verbringt sein Tagewerk sitzend, fährt mit dem Auto von der Haustür bis zum Fabriktor oder vor den Supermarkt, wo er sich seine Lebensmittel fix und fertig, schön verpackt, vorwiegend konserviert oder chemisch haltbar gemacht, in höchster Nährstoffkonzentration einkauft.

Überernährte Menschen haben ein stärkeres beziehungsweise öfter wiederkehrendes Hungergefühl, da eine umfangreichere Zellensubstanz mit Nahrung versorgt werden muß. Je größer die Körpermasse, desto größer der Bedarf an Brennstoff.

Der natürliche Vorgang des Aufspeicherns bei Nahrungsüberangebot, beispielsweise in früheren Zeiten im Herbst, um dann in nahrungsschwachen Zeiten durch den Abbau der Fetteinlagerung leben zu können, wird durch ständige Überernährung zum eigenen Schaden mißbraucht. Es findet nicht der natürliche Abbau der Reserven statt, belastet den Organismus, Stoffwechsel, Blutkreislauf und hemmt die Ableitung der Stoffwechselschlacken.

Es gibt keine körpereigene Abwehr gegen übermäßiges Essen! Der Körper nimmt alles auf, was ihm zugeführt wird. Er ist dazu gezwungen und versucht damit fertig zu werden.



Sogar der Bundespräsident Richard von Weizsäcker ist bereit, für eine falsche Ernährung mit tierischen Fetten in der Öffentlichkeit zu werben.

Durchschnittlich werden 100 Tonnen an Nahrungsmitteln in einem Menschenleben mit 70 Jahren durch den Körper geschleust und müssen in den einzelnen Organen verarbeitet werden.

Falsche Schlankheitskuren

Der heutige Mensch möchte schlemmen und genießen. Um die daraus erwachsende Leibesfülle, die ihn belastet, wieder los zu werden, macht er vielfach Abmagerungskuren, wobei der Erfolg in den meisten Fällen ausbleibt oder nur von kurzer Dauer ist.

Er läßt sich vom Arzt Appetithemmer verschreiben, weil dies einfacher ist als seine Nahrung umzustellen. Die Nebenwirkungen, die auf dem Begleitzettel des Medikaments aufgedruckt sind, beeindrucken ihn nicht, wie beispielsweise bei folgendem Präparat: »Nicht länger als vier Wochen einnehmen! Länger dauernder Gebrauch kann die Gesundheit schädigen. Treten Herzklopfen, Herzrhythmusstörungen, Herzschmerzen, Erregungszustände seelischer und körperlicher Art und Zittern auf, Anwendung zwei bis drei Tage unterbrechen.«

Von den Hunderten verschiedenen auf dem Markt angebotenen und gepriesenen Schlankheits- und Abmagerungskuren, die auf bestimmte Nahrungsmittelkompositionen, technische Geräte, Chemikalien und auf irgendwelchen anderen Methoden beruhen, hat sich seither »Futtere die Hälfte« als die einfachste, natürlichste, billigste und gesündeste Methode bewährt.

Knappe Kost senkt nicht nur die Krebshäufigkeit, sondern hilft auch bei Krebskranken Geschwulst abbauen.

Giftstoffe in Nahrung und Umwelt

Die rapide Zunahme der Zivilisationskrankheiten und des Waldsterbens wird von vielen Experten auf die dynamisch anwachsende Umweltvergiftung zurückgeführt. Die Werke von Professor Sigmund Schmidt und Egmont R. Koch geben aufgrund ihrer umfangreichen Recherchen und Untersuchungen wertvolle Hinweise.

Nach Safiotti von der Weltgesundheitsorganisation WHO sind von 63 000 chemischen Substanzen etwa 7000 krebserregend.

Die gefährlichsten Gifte, die erwiesenermaßen Krebs induzieren können, werden in folgende Hauptgruppen zusammengefaßt: Schädlingsbekämpfungsmittel, künstliche Düngemittel, Nahrungsmittelgifte, Giftstoffe im Tabakrauch, Gase, Säuren, Metallstäube und innere Körpergifte.

Der menschliche Organismus kennt von Natur aus keine Abwehrmechanismen und keine Schutzinstinkte gegen die Gifte der modernen Technik. Der Krebskranke sollte alle Möglich-

Krebs

Suche nach den Risikofaktoren

keiten nutzen, um sich gegen derartige Gifteinwirkungen zu schützen.

DDT, das gefährlichste Gift, ist bereits im Polareis gefunden worden, hinausgetragen an das Ende der Welt. In Leichen wurden teilweise bis zwei Gramm dieses Gifts nachgewiesen. Dieses Gift wird hauptsächlich vom Körper in den Fettzellen abgespeichert und wird wahrscheinlich vom eigenen Organismus nicht mehr abgebaut.

DDT ist ein starkes kanzerogenes Gift, welches Krebse der Leber und des Blut- und Lymphsystems erzeugt. In Deutschland wurde die Herstellung inzwischen gesetzlich verboten. Die Rückstände sind jedoch überall vorhanden, bis in die Muttermilch. In der dritten Welt werden jährlich noch 100 000 Tonnen gegen die Malariamücke versprüht. Die Spuren erreichen über Umwegen das Ursprungsland Europa.

Die chemisch erzeugten Kunstdünger haben teilweise kanzerogene Eigenschaften. Es gibt Landstriche mit hohen Anteilen an Düngemittelrückständen, wobei nachgewiesen werden konnte, daß die Magenkrebsrate entsprechend höher vorhanden ist als in Gegenden mit niedrigen Anteilen.

Das Kunstdüngernitrat gelangt durch Resorption im Magen ins Blut und wird von den Speicheldrüsen in die Mundhöhle ausgeschieden, wo es durch Bakterien in Nitrit und andere Nahrungsbestandteile in Nitrosamin umgewandelt wird. In frischem Spinat können sich nach zwei Wochen Tiefkühlung 300 Milligramm pro Kilogramm Nitrat anreichern. Der Mensch nimmt pro Tag ungefähr 10 Mikrogramm Nitrosamin mit der Nahrung auf. Die größte Menge davon wird im Magen gebildet.

Vitamin C und E verhindern die Nitrosaminbildung im Magen.

Die Gifte in der Nahrung

Eine ganze Reihe von Schadstoffen sind durch chemische Zusätze in unserer täglichen Nahrung enthalten, die zum Teil stark kanzerogen sind. Solche Gifte gelangen mit der Nahrung in den Körper und Organismus.

Natürliche Stoffe werden ohne verbleibende Rückstände im Organismus verdaut und verbrannt, wobei unnatürliche, körperfremde Stoffe teilweise im Gewebe abgelagert und erst über einen längeren Zeitraum abgebaut, »verrottet« werden. Ständige Zugänge können so dann zu den bekannten Stoffwechselerkrankungen und Krebs führen.

Immer mehr Menschen ernähren sich heute mit unnatürlichen, vorbehandelten und konservierten Nahrungsmitteln.

Im wesentlichen handelt es sich um: durch chemische Konservierungsstoffe haltbar gemachte Lebensmittel; durch Übermengen an Natriumchlorid; durch hormonale Mastmittel, hauptsächlich aufgrund von Östrogenen hervorgerufene Rückstände im Fleisch; durch Kunstdünger chemisch infiltrierte Gewebe, Gemüse, Salate; durch Schädlingsbekämpfungsmittel chemisch belastete Nahrungsmittel, wie beispielsweise Gemüse, Obst, Beeren und Salate.

Dagegen kann man sich schützen, indem man chemisch konservierte Stoffe meidet, sparsam im Fleischverzehr vorgeht, biologisch angebaute Nahrungsmittel verwendet und gespritztes Obst sorgfältig vor dem Verzehr reinigt.

Nicht zu unterschätzen sind chemische Medikamente. Es hat sich gezeigt, daß durch Überdosis und langzeitige Einnahme von medizinischen Arzneien, die auf chemischer Basis aufgebaut sind, schwere organische Störungen hervorgerufen werden können. Viele Patienten nehmen an einen Tag drei, vier und mehr verschiedene Sorten ein.

Die meisten rezeptpflichtigen Medikamente enthalten körperfremde Stoffe, sie sind chemische Konstruktionen. Wo es ärztlich notwendig erscheint, sollen solche Medikamente nur kurzfristig eingesetzt werden. Zur Beruhigung, zum Schlafen, gegen hohen Blutdruck: für all das gibt es naturgemäße, nicht giftige Arzneien.

Nach dem heutigen Stand nimmt der deutsche Bundesbürger jährlich rund sechs Kilogramm Medikamente ein. Im Jahre 1981 wurden 800 Tonnen allein an Schmerzmitteln verbraucht. Jahr für Jahr werden 400 Millionen Rezepte mit 700 Millionen Positionen an Medikamenten ausgeschrieben.

Die gesetzlichen Krankenkassen zahlten im Jahr 1981 allein für Arzneimittel 13,4 Milliarden DM; weitere 4 Milliarden DM wurden für nicht rezeptpflichtige Präparate ausgegeben.

Das Buch »Bittere Pillen« (Kiepenheuer & Witsch Verlag, Köln) als Wegweiser durch den Pillendschungel ist ein Nachschlagewerk über die 2300 gängigen Medikamente, in dem es unter anderem heißt: »Nur jedes fünfte Medikament ist therapeutisch zweckmäßig.«

Innere Körpergifte

Außer den belastenden äußerlichen, exogenen Giften, ist der Mensch noch inneren, endogenen Giften ausgesetzt, die im Körper entstehen und Krebswachstum fördern können, wie beispielsweise: Cholesterinüberschuß, der aufgrund ständiger Fehlernährung im Organismus gebildet wird; Fäulnisherde, die inneren Giftproduzenten, und Eiter, der nicht über die Haut oder aus dem Organismus ausgeleitet werden kann. Aus diesem Grund empfiehlt Dr. Issels allen Krebsleidenden, die Fäulnisherde der Zähne und Mandeln entfernen zu lassen; Giftproduktion im Dickdarm bei der chronischen Stuhlverstopfung, die höchst krebsgefährdend sein kann; Toxine, in Form von Abbauprodukten, abgestorbenen Krebszellen, die den geschwächten Organismus zusätzlich erheblich belasten können; Fehl- und Überproduktion von Hormonen, die im Körper aufgrund seelischer Konflikte oder durch drüsenabhängige Störungen ausgelöst werden können.

Nach neuesten Berichten der Weltgesundheitsbehörde WHO muß das Follikelhormon Oestron als Synkarzinogen eingestuft werden. Seeger konnte 1939 einen stark vermehrten Oestrongehalt im Kern und in der kernnahen Plasmazone von Asziteskarzinomzellen nachweisen. Der vermehrte Oestrongehalt verursacht ein vollständiges Vitamin-D-Defizit, eine Vermehrung der synthetisierenden Esterasen und damit der Cholesterinester und eine Vermehrung der Phosphatasen.

Die Bildung von inneren Körpergiften lassen sich durch eine gesunde Ernährung und Lebensweise weitgehend vermeiden.

Chronische Verstopfung

Nach D. Reuben besteht eines der größten Risiken, das ein Mensch eingehen kann, darin, die Überreste der Nahrung drei bis vier Tage lang in Berührung mit den Wänden des Dickdarms zu lassen.

Die geringen Sterblichkeitsziffern bei Dünndarmkrebs gegenüber dem Dickdarmkrebs sind auf den rascheren Durchtransport im sieben Meter langen Dünndarmkanal zurückzuführen. Bezüglich des länger verbleibenden Abfalls im eineinhalb Meter langen Dickdarm spricht diese Statistik eine ernste Warnung aus.

1980 traten nur 0,40 Prozent der Krebssterbefälle an Dünndarm und Zwölffingerdarm auf; aber an Dickdarmkrebs starben 14,48 Prozent!

Die Gefahr an Dickdarmkrebs zu erkranken, ist 36mal größer als an Dünndarmkrebs. Es ist auf eine Vermehrung des Stuhlvolumens zu achten, um damit eine mechanische Aktivierung der Darmtätigkeit und den raschen Durchlauf des Darminhaltes zu erreichen.

Folgende einfache Mittel sind dazu geeignet: Vollkornbrot, Vollkornspeisen, quellfähige Kleie, alle eßbaren Samenkerne, insbesondere Leinsamen, rohe oder in Öl gedünstete Gemüse, frische Salate und kaltgepreßte Öle.

Zur Sanierung der dysbiotischen Darmflora ist die Zuführung verdauungsfördernder Bakterien notwendig. Dazu eignen sich besonders: Sauerkraut, Bioghurt, Sanoghurt, Molke, Sauermilch, Hefeflocken, flüssige Bierhefe.

Nach Dr. E. Schneider bildet körperlich anstrengende Betätigung in frischer Luft, also ganz einfache Muskelarbeit, eine unabdingbare Voraussetzung für jeden menschlichen Körper, der im nervösen und hormonalen Gleichgewicht bleiben soll. Sie ist um so nötiger, je mehr Nervenarbeit geleistet wird, und das ist der überwiegende Teil all unserer heutigen Arbeitsleistungen.



Zu einer gesunden, natürlichen Ernährung gehören vitaminreiche Salate aus biologischem Anbau.

Muskelarbeit mit der ganzen sich aus ihr ergebenden Stoffwechsel- und Hormondrüsenaktivierung läßt sich durch kein Medikament, keine Bestrahlung, keine Massage, keine Bäder und durch keine Diät ersetzen.

Muskelarbeit allein bewirkt die physiologische, täglich notwendige Umschaltung des Nervensystems auf den sympathischen, Energie verbrauchenden Anteil, auf den dann ganz von selbst und im rhythmischen Wechsel die gewebsaufbauende, die Zelle mit neuen Kraftreserven auffüllende und einen erholsamen Schlaf einleitende Phase folgt.

Jede Art von Muskelarbeit führt zur besseren Atmung, zur besse-

Krebs

Suche nach den Risikofaktoren

ren Sauerstoffversorgung des Blutes und damit der Gewebe. Vom Bewegungsapparat hängen hundert andere Funktionen ab. Eine der wichtigsten ist die Durchwalkung der Lymphe im weichen Bindegewebe.

Marschiere viel und iß wenig! Jeder mehrstündige Marsch in guter Luft erzielt Blutwäsche, da er die Entgiftung über Haut und Lungen anregt und durch Sauerstoffanreicherung Belebung der Atmung, Verdauung, Drüsen und Zirkulation mit sich bringt.

Aktivität gegen Sauerstoffmangel

Die Industrialisierung und Technisierung und nun auch die Automation haben den Menschen zu einem immer bewegungsloseren Individuum gemacht. Da dem Menschen die körperliche Anstrengung, die Muskelarbeit fehlt und er seine Tätigkeit mehr oder weniger sitzend ausübt, ist er zum »Flachatmer« geworden. Die Sauerstoffversorgung ist auf die niedrigste Stufe nach dem Schlafzustand eingestellt.

Die erforderliche Sauerstoffzufuhr für einen gesunden Stoffwechsel ist gedrosselt. Das Zwerchfell atmet kaum noch mit. Und in vielen Fällen schläft der Mensch bei luftdicht verschlossenen Fenstern. Jeder Mensch kennt das Verhalten eines offenen Feuers. Hat das Feuer ausreichend Sauerstoff, so gibt es eine schöne Flamme. Fehlt es an Sauerstoff, so verqualmt das Feuer.

Krebs hat nicht die Eigenschaft, den Stoffwechsel und den Organismus schwer zu schädigen, sondern er verleitet den Tumorträger eigenartigerweise außerdem sich so zu verhalten, damit das Geschwulstwachstum noch unterstützt wird. Beispielsweise atmet er schwach, wobei gerade bei ihm eine gute Sauerstoffversorgung notwendig ist; weicht er körperlichen Anstrengungen aus, wobei er sie nötiger hätte als der Gesunde; schläft er viel, anstatt den Körper zu fordern; ist er antriebsgehemmt und lustlos; verträgt er keine Sonne und schwitzt kaum; ist er eher apathisch als kämpferisch, obwohl ein ganzer Einsatz erforderlich wäre, um unter Aufbietung aller Möglichkeiten seine Krankheit zu überwinden.

Daher ist erforderlich, daß prophylaktisch gerade auf diesen Gebieten etwas getan wird. Der Krebskranke bedarf in den meisten Fällen dazu der Unterstützung von außen und ständige Anleitung. Die beste Sauerstoffversorgung ist durch körperliche Aktivität gewährleistet. Bei der Dynamik des Kreislaufes spielt der Sauerstoff als Gegenpol zum Elektronensystem in der Nahrung, die veratmet werden kann, immer eine wesentliche Rolle.

Physikalische Einflüsse

Kein Sinnesorgan des Menschen kann physikalische Strahlungen registrieren, mit Ausnahme von Wärmestrahlen, wenn sie ihn treffen. Lediglich ist bekannt, daß Säuglinge und Kleinkinder einen gewissen Instinkt gegen Erdstrahlen besitzen; sie bewegen sich von der Störzone weg. Mit fortschreitendem Alter jedoch verlieren sie die Schutzreaktion.

Der Körper ist fortwährend kosmischen und anderen biologischen Strahlen ausgesetzt, wie beispielsweise Infrarotstrahlung und natürlicher Radioaktivität, die ihm aber nicht schaden. Er tauscht ständig Strahlen aus, ohne dies jedoch wahrnehmen zu können.

Daß Röntgenstrahlen krebserregend sind, ist allgemein bekannt. Inzwischen sind die Schutzmaßnahmen verbessert worden, daß nur noch wenige Fälle von durch Röntgenstrahlung induzierte Krebse auftreten. Dagegen sind aber zahlreiche Menschen durch den Risikofaktor »Erdstrahlen« pathogen gefährdet.

Der Begriff »Erdstrahlen« wurde von Freiherr G. von Pohl geprägt, als er vor 50 Jahren eine Untersuchung zum Abschluß brachte, die er in seinem Werk »Erdstrahlen als Krankheits- und Krebserreger« niederlegte. Pohl gelang es 1932, ohne Lokalkenntnis und ohne Fehlangaben in D-8313 Vilsbiburg den Beweis zu erbringen, daß rund 50 amtlich registrierte Krebsfälle auf schmalen, die ganze Stadt durchziehenden Zonen und später auftretende Krebsfälle wiederum auf den im Stadtplan eingezeichneten Reizstreifen oder geopathischen Zonen lagen.

So konnte er nachweisen, daß die in Vilsbiburg inzwischen an Krebs verstorbenen Menschen nur in solchen Betten gelegen haben, die den von ihm ermittelten Linien von Störzonen entsprachen. Seine Untersuchungen wurden damals in Gegenwart von Zeugen durchgeführt, vom Amtsarzt bestätigt, vom Bürgermeister dokumentiert und vom »Deutschen Zentralkomitee zur Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheit«, Geheimrat Professor Blumental, Berlin, durch Abdruck in der Fachpresse wissenschaftlich anerkannt. Die Erfahrungen Pohls wurden zwischenzeitlich von zahlreichen Forschern, Ärzten, Biologen und Geologen untermauert.

Der Risikofaktor Erdstrahlen kann verhältnismäßig leicht ausgeschaltet werden, indem man feststellen läßt, ob man einem gestörten Bett- oder Arbeitsplatz ausgesetzt ist oder nicht, und indem man, falls dies der Fall wäre, seine Bettstelle oder seinen Arbeitsplatz verlegt und somit krankmachende Erdstrahlen ausweicht.

Dr. D. Aschoff konnte 1953 bei Versuchen mit Kapillarblut auf einem Schwingkreis feststellen, daß normales, gesundes Blut diesen auf der Spulenseite anregte; Blut von Patienten dagegen, die auf Reizzonen lagen, auf der Kondensatorseite. So bezeichnete er das gesunde Blut als magnetisch, das sogenannte Reizzonenblut als elektrisch. Mit anderen Worten: Gesundes Blut hat einen ausgerichteten Spin, das Reizzonenblut einen unausgerichteten Spin. In vielen Versuchen hat T. Weishaupt eindeutig festgestellt, daß die gesunde Zelle magnetisch gepolt ist. Auf dem Wege zur Bösartigkeit kommt sie in ein magnetisch-elektrisches Stadium und wird dann hochgradig elektrisch.

Ob ein Mensch geopathogen belastet ist oder nicht, kann mit Testverfahren aufgrund spezieller biophysikalischer Untersuchungen von Blut oder Haaren ermittelt werden, oder durch Messungen von Störzonen aufgrund physikalisch arbeitender Meßgeräte.

Psychologische Aspekte

Daß Hormone Krebswachstum beeinflussen und manchmal auch auslösen, gilt heute als erwiesen. Die Angstbelastung des Krebskranken zu verdrängen, ist als eine der wichtigsten prophylaktischen Maßnahmen, um Recidive und Metastasenbildungen zu verhindern. Denn nur so kann der Krebskranke am Wiederaufbau seiner geschwächten körpereigenen Abwehr selbst mitarbeiten, ohne die kein Arzt einem Kranken helfen kann.

Die wesentlichen psychologischen, seelischen Aspekte, die auf die Dauer und entsprechender Intensität und unter Mitwirkung anderer Risikofaktoren schwerwiegende Veränderungen im Organismus und Krebs zur Folge haben können, sind Angst, Bedrohung, Unterdrükkung, Dauerstreß, Depressionen, Gefühl der Überforderung, Hoffnungslosigkeit Konflikte, Kummer, Ärger, Verdruß, Sexualprobleme, Sorgen, soziale Not, Unterdrückung und Verlust eines geliebten Menschen.

Die Ausschaltung beziehungsweise Eindämmung solcher psychologisch bedingter Gesundheitsstörungen muß auf alle Fälle versucht werden. Wenn ein damit belasteter beziehungsweise betroffener Mensch selbst nicht in der Lage ist, sich von solchen krankmachenden Faktoren zu befreien, dann sollte nicht länger gewartet werden, fremde Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Die Krebskrankheit ist nach Hackethal auch eine Krankheit der Seele. Die Bekämpfung von seelischen Störungen hält er für genauso wichtig wie die körperliche Therapie. □

In der nächsten Ausgabe veröffentlichen wir den dritten und letzten Beitrag von Paul Gerhardt Seeger über Schutzmaßnahmen zur Verhütung von Krebs. Dr. med. Dr. sc. nat. Paul Gerhardt Seeger war als Oberarzt und Leiter einer Forschungsstelle für Krebsforschung in der Charité, Berlin, mit zwei Forschungsaufträgen betraut. Er veröffentlichte mehr als 250 experimentelle Arbeiten, darunter mehrere Bücher. Seine Bücher »Leitfaden für Krebsleidende und die es nicht werden wollen« und »Krebsverhütung durch biologische Vorsorgemaßnahmen« sind im Verlag Mehr Wissen, Jägerstraße 4, D-4000 Düsseldorf 1, erschienen.

Krebs

Biologische Abwehr beweist Wirksamkeit

Herbert Horn

Viel ist in letzter Zeit über die biologische Krebsabwehr geschrieben und gesprochen worden. Kongresse in Heidelberg und St. Gallen führten Ärzte verschiedener Therapierichtungen zusammen. Aber während noch heftig und teilweise kontrovers über die Wirksamkeit diskutiert wird, sind die Amerikaner bereits einen Schritt weiter. Dort hat das nationale Krebsinstitut an 25 Behandlungszentren eine Großstudie mit einem Thymuspräparat begonnen.

Äußerst erfolgversprechende Behandlungen mit dem von Professor Goldstein, New York, entwickelten Thymosin haben die Onkologen in den USA überzeugt. So konnten an der Universitätsklinik in Washington bei Lungenkrebs Lebensverlängerungen erzielt werden, wie sie mit konventionellen Therapien allein bisher nicht möglich waren.

Bio-Therapie findet offene Ohren

Doch auch in der Bundesrepublik lösen sich die bisher starren Fronten zwischen der sogenannten »Schulmedizin« und den Verfechtern zusätzlicher Heilmaßnahmen. Der von der Gesellschaft für Biologische Krebsabwehr angestrebte »Brückenschlag« scheint zu gelingen. In immer mehr Kliniken bis hinein in den Hochschulbereich findet die Bio-Therapie offene Ohren und Türen.

Erheblich dazu beigetragen haben Behandlungsstudien, die nun auch von deutschen Ärzten vorgelegt werden können. Sie zeigen, daß mit einer biologischen Zusatz- oder Nachbehandlung vielen Patienten wirksamer als bisher zu helfen ist.

An der Sonnenbergklinik in Bad Sooden-Allendorf werden Patienten mit Darmkrebs (Stadien Dukes B und C) seit drei Jahren mit einem aus Thymus und anderen Organextrakten bestehenden Mittel behandelt. Eine Vergleichsgruppe bleibt ohne diese zusätzliche Therapie. Eine Zwischenbilanz, von Professor Dr. Friedrich Douwes jetzt bekanntgemacht, ergibt eine deutliche Überlegenheit der zusätzlichen Thymusinjektionen. In dieser Patientengruppe gab es bisher keinen Todesfall und nur 15 Prozent Rückfälle (Metastasen). In der Vergleichsgruppe starben 20 Prozent der Patienten und 45 erlitten ein Rezidiv.

Bei Patienten im fortgeschrittenen Stadium Dukes D wird eine begleitende Misteltherapie durchgeführt. Die Überlebenszeiten sind doppelt so lange wie mit alleiniger Chemotherapie.

Lebensqualität besserte sich

Steigende Beachtung findet auch eine Studie mit zusätzlicher Zelltherapie bei fortgeschrittenem Brustkrebs. Sie wurde von Professor Dr. Kh. Renner in der Medizinischen Hochschule in Hannover durchgeführt. Vor allem jüngere Frauen profitierten davon. Ihre Überlebenszeiten waren doppelt so lang wie mit alleiniger Chemotherapie. Die Lebensqualität war sogar erheblich besser.

Deutlich zeigen alle Studien, daß die Wirksamkeit der Nachbehandlung um so besser ist, je früher sie begonnen wird. Sie sollte nach Auffassung von Professor Dr. Albert Landsberger, dem Präsidenten der Gesellschaft für Biologische Krebsabwehr, schon vor oder sofort nach der Erstbehandlung, meist der Operation beginnen. Denn die meisten Kranken haben zu diesem Zeitpunkt bereits Mikrometastasen.

Eine Abwehrstärkung durch die sogenannten Immunmodulatoren kann jetzt dem Körper helfen, aus eigener Kraft mit den Krebsnestern fertig zu werden. Eine vorbeugende (adjuvante) Chemotherapie hat nicht die erhofften Erfolge gebracht.

Verzicht auf Fett und tierisches Eiweiß

Auch die Bedeutung der Ernährung ist in den USA schon deutlicher erkannt worden als bei uns. Dort hat die Krebsgesellschaft Richtlinien herausgegeben, die einen weitgehenden Verzicht auf Fett und tierisches Eiweiß fordern. Professor Wynder, der als erster auf die Zusammenhänge zwischen Rauchen und Krebs hingewiesen hat, legte kürzlich eine Untersuchung vor, nach der sich die Heilungschancen bei Brustkrebs allein durch eine Ernährungsumstellung um bis zu 25 Prozent erhöhen lassen.

Es spricht also viel für die biologische Krebsabwehr. Leider werden jedoch die notwendigen Studien und Wirksamkeitsprüfungen durch Geldmangel behindert. Empörung herrschte, als auf dem Kongreß für Erfahrungsheilkunde in Baden-Baden bekannt wurde, daß die Deutsche Krebshilfe schon über 100 Millionen Mark aus Spendenmitteln hortet, es aber ablehnt, unkonventionelle Therapien zu fördern.



Bei der Gesellschaft für Biologische Krebsabwehr vorliegende Forschungsvorhaben können dagegen aus Geldmangel nicht begonnen werden. Die Gesellschaft für biologische Krebsabwehr konnte bisher 300 000 DM aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen für Forschungen bereitstellen. Sie bittet darum die Bevölkerung herzlich um Unterstützung.

Erfolge sind belegbar

Die Widersprüche bei der Erforschung unkonventioneller Therapien kommen aus der klinischen Onkologie. Sie nimmt die vorliegenden Behandlungsstudien nur widerstrebend zur Kenntnis. Und sie verschanzt sich hinter Prüfungs-Formalien, die für die harte Chemotherapie entwickelt wurden, die aber bei biologischen Therapien zu falschen Ergebnissen führen müssen. So wird verlangt, daß die Wirksamkeitsprüfung nur an ausbehandelten Patienten und nur mit Monosubstanzen stattfinden darf.

Bei der biologischen Nachbehandlung handelt es sich aber immer um ein Konzept verschiedener therapeutischer Maßnahmen und Mittel. Zur »Immunstimulation« muß nach Professor Douwes auch die »Immunrestauration« kommen, also allgemeine Maßnahmen, um den erkrankten Organismus erst abwehrbereit zu machen.

In dem Buch von Beyersdorff »Biologische Wege zur Krebsabwehr«, Verlag für Medizin, werden diese Möglichkeiten ausführlich dargestellt.

Erfolge sind jetzt belegbar. Doch weitere Forschungen sind nötig. Dann könnten die Bio-Therapien die »neuen Wege in der Krebsbehandlung eröffnen«, die Professor Nagel aus Göttingen für möglich hält. □

Gesellschaft für Biologische Krebsabwehr, gemeinnütziger Verein zur Förderung biologischer Heilverfahren bei Krebs, Präsident Professor Dr. A. Landsberger, Hauptstraße 27, D-6900 Heidelberg.

Medizin-Journal

Allergisch auf Austernpilze

Austernpilze sind nicht nur ein kulinarischer Leckerbissen, sie haben auch ihre Tücken. Dr. B. Betz vom Arbeitsmedizinischen Zentrum in Augsburg ermittelte, daß nämlich die Sporen dieses Speisepilzes unter Umständen zu allergischen Reaktionen führen. Husten, hartnäckige Heiserkeit, Schnupfen, Gliederschmerzen, Fieber und Schwäche sowie Atemnot bei Belastung sind Zeichen einer allergischen Reaktion.

Ist man den Sporen länger ausgesetzt, so kann es an der Lunge zu dauerhaften Schäden kommen. Glücklicherweise sind nur Menschen gefährdet, die direkt mit der Aufzucht der Austernpilze in Verbindung stehen, wie Hobbygärtner und Mitarbeiter in Zuchtbetrieben. Solchermaßen gefährdete Personen sollten, um den direkten Kontakt mit den Austernpilzsporen zu vermeiden, bei der Arbeit Atemschutzmasken tragen. □

Sport ja – aber wie?

Daß Sport jeder Art und Intensität Gesunden grundsätzlich nicht schadet, ist eine bekannte Tatsache.

Schwieriger ist es, den Nutzen des Sportes abzuwägen, wenn bereits eine chronische Erkrankung vorliegt. Professor Dr. Keul und sein Mitarbeiter H.-H. Dickhuth aus Freiburg sind der Ansicht, daß bei vielen derartigen Krankheiten eine sportliche Betätigung unter ärztlicher Aufsicht durchaus empfohlen werden kann.

So ist ein körperliches Training nach abgelaufenem Herzinfarkt oder bei einer Herzkranzgefäß-Erkrankung mittlerweile gang und gäbe. Auch für den Hochdruckkranken ist unter gewissen Voraussetzungen ein Ausdauersport durchaus günstig. Krafttraining oder Ballspiele mit Wettkampfcharakter dagegen sind für Herz-Kreislaufkranke grundsätzlich abzulehnen. Für Menschen mit zu niedrigem Blutdruck kann ein gezieltes Krafttraining allerdings durchaus sinnvoll sein.

Bei akuten Erkrankungen und Entzündungen – wie etwa einer Leberentzündung – ist sportliche Betätigung dagegen strengstens zu untersagen. Bei Nieren- und Lungenerkrankungen sollte man den Arzt entscheiden lassen, inwieweit ein Ausdauertraining hilfreich sein kann. □



Vital und gesund durch biologisch vitalen Sauerstoff. Er stärkt die körpereigene Abwehr, fördert die Zellerneuerung und Lebenserwartung. Die Dusche Aquamed kann leicht ohne Strom an jede Wasserleitung angeschlossen werden. Weitere Information durch Firma Novat, Zum Anger 15, D-3430 Witzenhausen 5 oder im Sanitätsfachhandel.



Für straffe Oberschenkel und flachen Bauch: Super-Scherenschritt. Öffnen Sie Ihre Beine zu einem weiten »V«. Dann die gestreckten Beine so weit wie möglich übereinander kreuzen, mal das linke über das rechte und umgekehrt.

Ballaststoffe helfen Zuckerkranken

Ballaststoffe wie Mais-, Weizen- oder Sojabohnenkleie sowie Johannisbrotkernmehl als Zusatz oder Teil der Nahrung beeinflussen den Stoffwechsel von Diabetikern günstig.

Aufgrund neuerer Erkenntnisse sind Stoffwechselforscher wie J. Schrezenmeir von der Universität Mainz der Ansicht, daß der Kohlenhydratanteil einer Diabetikerdiät heute mindestens 50 Prozent der Gesamtenergie betragen sollte, wobei als Kohlenhydratträger allerdings ballaststoffreiche Nahrungsmittel gewählt werden sollten.

Ballaststoffe sorgen nämlich dafür, daß die Blutzuckerspiegel von Zuckerkranken sehr deutlich niedriger bleiben. Bei insulinpflichtigen Diabetikern kann dadurch die Insulinmenge, die täglich gespritzt werden muß, herabgesetzt werden. Manchmal hilft auch allein der Zusatz von Ballaststoffen zur Nahrung, um den Blutzuckerspiegel wieder in normale Bereiche zurückzuführen. □



Gerade in der nassen Jahreszeit wird die Haut übermäßig strapaziert. Für ein gutes Aussehen ist eine gesunde Ernährung von innen wichtig. Ideal ist eine Kur mit dem Bierhefe-Präparat »Levurinetten«.

Bei Diät droht Eisenmangel

Britische Wissenschaftler um S. A. Barber untersuchten den Eisengehalt von einigen hundert junger Frauen und Mädchen im Alter von 15 bis 25 Jahren, die mit verschiedenen Diätprogrammen versuchten abzunehmen.

Wie die Hamburg-Mannheimer-Stiftung für Information mitteilt, stellte sich dabei heraus, daß fast alle jungen Frauen täglich weniger Eisen zu sich nahmen, als es der empfohlenen Tagesmenge von 12 Milligramm entsprechen würde. Am wenigsten nahmen die 15- bis 18jährigen Mädchen zu sich.

Zwar wird von den Forschern darauf hingewiesen, daß aus ihrer Studie nicht hervorging, ob diese niedrige Eisenzufuhr eine gesundheitliche Beeinträchtigung nach sich zieht oder ob lediglich die empfohlene Tagesmenge von 12 Milligramm zu hoch angesetzt sei, doch empfiehlt es sich, bei Schlankheitsdiäten, die tägliche Eisenzufuhr aus pflanzlicher Kost oder Fleischprodukten im Auge zu behalten. □

Leistungssport – ein Risikofaktor für Herztod

Amerikanische Wissenschaftler um David A. Siscovick befragten die Ehefrauen von 133 Männern, die während eines intensiven sportlichen Trainings einen plötzlichen Herzstillstand erlitten hatten. Es stellte sich heraus, daß es wesentlich häufiger zu ernsten Zwischenfällen kam, wenn zwar selten, dafür aber um so härter trainiert wurde. Dagegen war für jene Männer, die regelmäßig, häufig aber nicht bis an die Leistungsgrenze trainierten, das Risiko des plötzlichen Herzstillstandes um 60 Prozent niedriger.

Demzufolge läßt sich eindeutig behaupten, daß es nicht nur nicht sinnvoll, sondern mitunter sogar gefährlich ist, eine bewegungsarme Lebensweise nur hin und wieder mit intensivem Training »aufbessern« zu wollen. □



Knoblauch stärkt die Abwehrkräfte, weiß die 26jährige Studentin aus Bombay. Sie kennt das aus ihrer Heimat. In Deutschland nimmt sie Kwai. Sechs geruchslose Dragees haben die Heilkraft einer rohen Knoblauchzehe.

Richtiges Laufen will gelernt sein

Etwa sechs Millionen Menschen joggen täglich über unsere Straßen. Viele von ihnen laufen sich krank. Die von Amerika ausgegangene Jogging-Welle führte auch in der Bundesrepublik zu einer Art Lauf-Phänomen. Laufen ist – bei Einhaltung gewisser Richtlinien – immer ratsam, aber wer läuft, der sollte das Laufen genießen, er sollte spüren, wie der Körper allmählich ermattet, in dem angenehmen Bewußtsein, etwas für seine Gesundheit getan zu haben.

Laufen kann zwar ohne irgendwelche Kenntnisse von jedermann ausgeübt werden, richtiges Laufen will aber gelernt sein. Dazu gehören zunächst einmal Schuhe mit dicker, elastischer Sohlenpolsterung, die die Wucht des Aufpralls dämpft, um Fußbeschwerden auszuschließen. Denn bei einem Gehschritt treffen die Fersen beim Aufprall schon fast 80 Prozent des Körpergewichts an kurzfristiger Belastung. Beim Laufen potenziert sich diese aufzufangende Belastung noch, da die Bewegung schneller abläuft.

Die Kleidung sollte dem Wetter angepaßt sein, wobei darauf zu achten ist, daß sie nicht zu einer zu großen Schweißbildung beim Laufen führt, ohne daß der Schweiß nach außen abdunsten kann. So ausgerüstet, sollte man sich ein paar Grundregeln für richtiges Laufen ins Gedächtnis zurückrufen. Kein Hohlkreuz – aber auch kein übertriebenes Abknicken des Oberkörpers nach vorn. Er wird aufrecht gehalten, wobei der Kopf weder in den Nacken geworfen noch das Kinn auf die Brust gesenkt werden sollte.

Die Schrittlänge soll der eigenen Konstitution angepaßt sein. Der einem selbst als am kraftsparendsten erscheinende Schritt ist der beste. Die Arme sollen lokker mit in Hüfthöhe gehaltenen Händen schwingen.

Beim Laufen selbst ist zu unterscheiden zwischen Technik und Stil. Während jeder Mensch einen anderen Laufstil hat, ist die Technik für alle gleich: Arme und Beine bewegen sich diagonal zueinander. Daneben gibt es den Paßgang, bei dem rechter Arm und rechtes Bein oder linker Arm und linkes Bein in dieselbe Richtung pendeln. Diese Technik ist aber unharmonisch und unökonomisch.

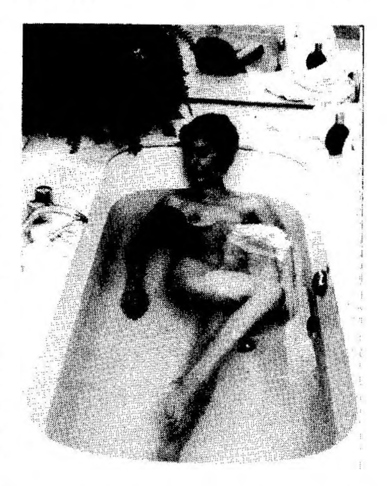
Der individuelle Laufstil ist davon abhängig, wie der Läufer seinen Fuß aufsetzt. Ein Langläufer setzt in der Regel vorzugsweise den Fuß zuerst mit der Ferse auf, rollt über die gesamte Fußsohle ab und verstärkt den Absprung in die Flugphase durch Einsatz der Wadenmuskulatur. Der Springer dagegen setzt bei schon gespannter Wadenmuskulatur mit dem Fußballen auf und beansprucht zum Vorwärtsschnellen in wesentlich stärkerem Maße die kräftige Oberschenkel- und Gesäßmuskulatur als der Langstreckler.

Diese einzelnen Laufdisziplinen erfordern allerdings ihr eigenes Training. Sprinten bedeutet kurzfristige Höchstleistung bei Gewinnung der dazu nötigen Energie aus den im Muskel lokalisierten Depots. Dauerlauf bedeutet langdauernde Energieleistung. Das zur Vorbeugung von allen Herz-Kreislauferkrankungen wichtigere Training ist somit das Dauerlaufen. Dabei sollten möglichst immer konstante Geschwindigkeiten eingehalten werden, die zwar das Herz belasten, aber zu keiner Atemnot führen. Ein Dauerläufer kann sich während des Laufens unterhalten. Gerät er in Atemnot, so ist dies ein Zeichen dafür, daß dem Muskel mehr Energie abverlangt wird, als vom Herz-Kreislaufsystem nachgeliefert werden kann. □

Allergisch auf Geschlechtsverkehr

Immer, wenn sie mit ihrem Freund Intimverkehr hatte, traten bei einer 33jährigen Frau 30 Minuten später Hautausschläge am ganzen Körper auf, der Hals wurde eng, die Augenlider schwer, sie litt unter Augenbrennen, Übelkeit und Juckreiz in der Scheide.

Die amerikanischen Ärzte R. L. und M. A. Green stellten glücklicherweise fest, daß die bedauernswerte Frau nicht auf ihren Freund allergisch war, sondern auf ein penicillinhaltiges Medikament, das ihr Partner wegen einer Hautinfektion täglich einnehmen mußte. Über die Samenflüssigkeit gelangte dieses Penicillin in die Blutbahn der Frau, die an einer Penicillinallergie litt. Für die Dauer der erforderlichen Penicillintherapie wurde dem Paar geraten, ihr Liebesleben mit einem Kondom abzusichern. □



Entspannen mit Unter-Wasser-Übungen. Am Wannenrand festhalten. Linkes Bein anwinkeln und zur rechten Seite führen. Dann das rechte Bein anwinkeln und zur linken Seite führen. Fünfmal im Wechsel.

Naturarzt

Hilfe bei mangelhafter Leber-tätigkeit

Alfred Vogel

Von vielen Ärzten wird bei mangelhafter Lebertätigkeit eine völlig fettfreie Leberdiät verordnet, weil man glaubt, die Leber durch diese Schonung wieder in Ordnung bringen zu können. Der Schweizer Naturarzt Dr. h. c. Alfred Vogel hat jedoch in seiner langjährigen Praxis die Beobachtung gemacht, daß durch eine geschickt gesteuerte Anregung mit einer Eingabe von zuerst nur kleinen, langsam aber größer werdenden Mengen von Öl eine raschere und bessere Heilung erzielt werden kann.

Allerdings habe ich dabei auch beobachtet, daß man zum Kochen keine tierischen Fette, also kein Schweinefett und keine Butter verwenden darf. Unraffinierte, völlig naturbelassene Öle sind unbedingt angebracht, denn sie zeitigen das beste Ergebnis. Man muß jedoch sehr streng darauf achten, daß man die Öle den gedämpften Speisen erst zuletzt zugibt, sie also roh verwendet und nicht erhitzt. Auf keinen Fall kommen bei einer mangelhaften Lebertätigkeit fett gebakkene Speisen in Frage. Diese müssen gänzlich gemieden werden.

Wie verhält es sich mit Eiweiß?

Nicht jeder weiß, daß bei einer mangelhaften Lebertätigkeit die Eiweißfrage eine besondere Rolle spielt. Eine schlechte Lebertätigkeit ist meist auch von einer mangelhaften Bauchspeicheldrüsentätigkeit begleitet. Nun bildet besonders das gekochte, tierische Eiweiß bei mangelhafter Leberfunktion als Zerfallprodukt Giftstoffe, die den Körper und somit wiederum die betroffenen Organe empfindlich schädigen.

Es ist daher in kritischen Fällen sehr notwendig, tierisches Eiweiß, wie Fleisch, Fisch, Eier, Käse und Milchprodukte völlig zu meiden, bis eine gewisse Besserung der Funktion erreicht ist. Der Körper kann jedoch auf die Dauer nicht ohne Eiweiß leben, weshalb schon bei kurzfristigem Eiweißentzug starker Gewichtsverlust einzutreten vermag.

Außer Quark ist darum pflanzliches Eiweiß in bescheidenen Mengen einzuschalten. Das Nußeiweiß von Mandeln, Baumnüssen, Haselnüssen, Pinienkernen und Paranüssen hat sich besonders bewährt. Man muß aber streng darauf achten, daß die Nüsse frisch sind, denn eine schlecht arbeitende Leber ist diesbezüglich sehr empfindlich. Ein gutes Mandelpüree ist eine sehr praktische, leicht verdauliche Diätnahrung. Auch Sesam ist vorzüglich.

Als Fett- und zugleich Eiweißlieferanten sind die Ölfrüchte sehr wertvoll. Sie werden, frisch verarbeitet, sehr gut vertragen. Frisch gemahlener Leinsamen oder frisch gequetschter Mohnsamen, wie auch Sonnenblumenkerne sind für Leberkranke eine Diät- und Heilnahrung. Das beste Eiweiß ist das Soja-Eiweiß.

Qualität und Quantität

Bei Leberstörungen und Leberleiden ist es sehr wichtig, mit möglichst wenig Nahrung auszukommen, weshalb es unbedingt notwendig ist, nur ganz vorzügliche Nahrung in kleinen Mengen einzunehmen. Der Grund, warum man nur wenig essen soll, liegt darin, daß man dadurch die Leber nicht belasten muß und damit schont. Denn bei einer mangelhaften Funktion muß die Nahrungsmenge so gehalten werden, daß die bescheidene Gallenausscheidung genügt, um die eingenommene Eiweiß- und Fettnahrung zu verarbeiten.

Alle Nahrung, die nicht verarbeitet wird, zersetzt sich und wird sofort zu Gift für den Körper. In erster Linie an diesem Übelstand hat die Leber zu leiden, denn bekanntlich kommt ja alles durch das Pfortadersystem wieder zur Leber zurück. Gleichwohl muß aber trotz der notwendigen Schonung der Leber darauf geachtet werden, daß die bescheidene Nahrungsmenge allen Anforderungen und Bedürfnissen des Körpers entspricht, weshalb nur die beste und konzentrierteste Nahrung gut genug ist. Wir müssen uns deshalb, um ganz sicher zu sein, daß wir die rechte Wahl treffen, ausschließlich einer reinen und unveränderlichen Naturnahrung zuwenden.

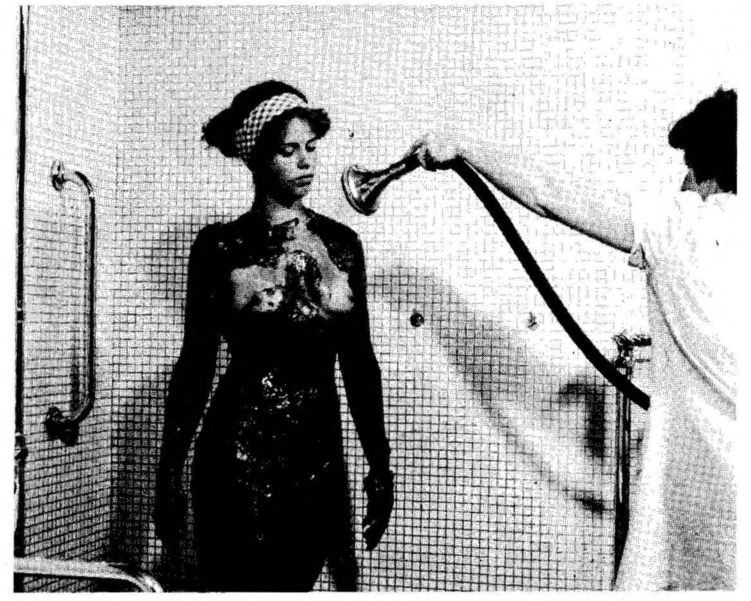
Als Vorbeugung Blutreinigungskuren

Die Betrachtung über die Giftstoffe, mit denen sich die Leber zu befassen hat, weckt in uns bestimmt auch das Verständnis für eine vorbeugende Pflege der Leber durch eine entsprechende Blutreinigungskur, wie wir solche in der Regel im Frühjahr durchführen. Diese muß zwar keineswegs auf die Frühjahrszeit beschränkt werden, sondern kann zur allgemeinen Entlastung je nach Notwendigkeit zu einer anderen Zeit des Jahres erfolgen.

Vor allem eignen sich die Wildgemüse ausgezeichnet zur Durchführung einer Blutreinigungskur. An erster Stelle steht der Löwenzahn. Doch auch Bärlauch, junge Brennessel, Schafgarbe und Brunnenkresse, ja sogar die Blätter der Kapuzinerkresse, die fast das ganze Jahr hindurch bis in den Herbst hinein zur Verfügung stehen, leisten bei einer Blutreinigungskur gute Dienste. Auch Luzerne, bekannt als Alfalfa, kann darauf Anspruch erheben, ein gutes Blutreinigungs- und Blutbildungsmittel zu sein.

Wer in seiner Nähe keine frischen Pflanzen dieser bekannten Kleeart findet, kann sich auch mit den Alfavenatabletten helfen. Sie stellen eine glückliche Verbindung von Alfalfa mit Brennesseln und Hafer dar, wodurch die Wirkung von Alfalfa wesentlich erhöht wird.

Bevor die Blutreinigungskur ihren vollen Wert entfalten kann, ist immer für eine gute Darmtätigkeit zu sorgen. Schleimbildende Samen wie Psyllium oder Leinsamen sind als wirksame Hilfe bekannt und die beiden Leinsamenpräparate Linosan und Linoforce sind für diesen



Lehm und Kräuter sind eine ideale Mischung. Auch die Kombination von Kräuterlehm und Meersalz ist ausgezeichnet.

Zweck praktisch und beliebt. Eingeweichte Feigen oder Zwetschgen reichen oft aus, die Darmtätigkeit genügend zu fördern.

Bei hartnäckiger Verstopfung werden stärkere Mittel angewandt werden müssen. Ein solches läßt sich herstellen, indem man eingeweichte Feigen und Zwetschgen mit 10 Prozent Sennesblätter- oder Faulbaumrindenpulver durch die Hackmaschine dreht. Man kann daraus eine Art Feigenpaste bereiten, die ausgezeichnet wirkt und ein einfaches, natürliches Mittel darstellt.

Die Rasayana-Kur

Wer die Mühe der Herstellung von Feigenpaste scheut, greift vorteilhaft zu jener gut bewährten Blutreinigungsmöglichkeit, die nach einer alten, indischen Methode mit pflanzlichen Mitteln durchgeführt wird und als Rasayana-Kur bekannt ist. Die Inder haben schon seit Jahrhunderten die Einstellung vertreten, daß man auf die Säfte einwirken müsse und durch die Säfte auf die Zellen und nicht umgekehrt.

Heute ist diese alte Methode in der modernen biologischen Medizin wieder richtunggebend. In diesem Zusammenhang erklärt sich auch der Name Rasayana – denn Rasa bedeutet in der indischen Sprache: der Körpersaft. Diese Rasayana-Kur ist eine Säftereinigungskur, die zum Teil Pflanzen aus Indien enthält. Sie wurde nach den Angaben einer Engländerin zusammengestellt, die viele Jahre in Indien lebte und mit indischen Ärzten zusammen die indischen Heilmethoden durchgeführt hat.

Die Kur ist sehr einfach und dennoch sorgt sie für die Reinigung der Niere, des Darmes und der Leber und regt zugleich diese Organe zu einer vermehrten Tätigkeit an, und zwar in dem Sinne, daß sie eine mangelhafte Funktion belebt und damit zur Heilung verhilft. Somit kann durch diese Kur eine Säfteerneuerung im wahrsten Sinne des Wortes erzielt werden, und gleichzeitig besteht auch der Vorteil, daß die Kur auf die einzelnen Organe heilsam einwirkt, wodurch sie vor allem auch der Leber recht vorteilhafte Dienste leistet.

Entschlackung mit Rhabarberblättern

Es gibt auch noch andere bewährte Blutreinigungskuren. Die erteilten Anweisungen sollen in diesem Sinne auch nur als hilfreiche Anregung dienen. Auf eine weitere wirksame Heilmethode muß noch hingewiesen werden. Man führt sie an besonders warmen, sonnigen Tagen durch, und es handelt sich dabei um eine von früher her bekannte Entschlackungskur mit Rhabarberblättern.

Wer Gelegenheit hat, auf einem flachen Dach, auf einem Balkon oder auch auf dem Boden eines Zimmers unbekleidet in der Sonne zu liegen, kann diese Kur mit einigen Rhabarberblättern durchführen, indem er seinen Körper von oben bis unten damit bedeckt. Unter dieser grünen, sonnenbeschienenen Decke kann man zwei oder noch mehr Stunden ruhig liegen bleiben. An heißen Sonnentagen wird man unter den Blättern zu schwitzen beginnen, und die ausgeschiedenen Giftstoffe nehmen dabei oft einen recht unangenehmen Geruch an.

Wer diese Kur zwei- bis dreimal durchführt, wird merken, wie wohl sie ihm bekommt, denn er wird sich dadurch wesentlich frischer, jugendlicher und elastischer fühlen. Es ist eine billige, einfache Entschlackungskur, die nichts kostet als nur ein wenig Zeit und ein paar Rhabarberblätter, die man ohnedies auf den Kompost werfen würde.

Eine nachträgliche Dusche oder ein Kräuter-Rieselbad wird das Wohlbefinden noch wesentlich erhöhen. Auf alle Fälle wird es sich lohnen, einmal einen Versuch mit dieser Kur zu machen, denn es ist dadurch leicht zu erkennen, daß durch sie vor allem die Leber im positiven Sinne entlastet wird.

Heiße Duschen auf die Lebergegend

Bei Leberstörungen wirken heiße Duschen auf die Lebergegend ganz hervorragend, um Stauungen zu beseitigen. Auch Sitzbäder, vor allem solche mit Beigabe eines Kräuterabsuds, mit Thymiantee oder Zitronenmelissentee sind vorteilhaft, da sie erweichen und zugleich auch die Bauchspeicheldrüse günstig beeinflussen.

Ein solches Bad soll eine halbe Stunde dauern, darf aber auch auf eine Stunde ausgedehnt werden, nur ist dabei darauf zu achten, daß man durch das Nachgießen von heißem Wasser die Temperatur stets auf 37 Grad Celsius hält.

Man kann ein solch einfaches Sitzbad zu einem gelinden Schwitzbad umwandeln, indem man die Temperatur langsam steigert, was zum Schwitzen führen kann. Bedeckt man sich dabei den Rücken und die Schultern mit einem Frottiertuch, dann schwitzt man rascher.

Wenn man dieses Schwitzen täglich oder aber zwei- bis dreimal wöchentlich sorgfältig durchführt, kann es sich nach einiger Zeit als förmliche Reinigungskur auswirken. Man darf sich dabei allerdings nicht erkälten oder zu sehr anstrengen. Günstig ist die Durchführung des Bades in der Morgenfrühe, weil man nachher noch einige Zeit im Bett nachschwitzen kann. Auch die Zeit abends vor dem Zubettgehen ist vorteilhaft, da man alsdann sogleich schlafen kann, denn das Bad entspannt und schläfert ein.

Nicht nur für die Leber, sondern auch für die anderen Organe wirkt dieses Schwitzbad entlastend. Herzleidende sollten sich jedoch mit einem gewöhnlichen Sitzbad begnügen.

Kohl- und Lehmwickel

Günstig sind bei Leberstörungen auch die Kohlblätteranwendungen. An Stelle von gequetschtem, frischem Kohl können auch die Blätter des Riesenampfers oder der Echinaceapflanze verwendet werden. Man kann aber auch feuchtheiße Kräuterwickel mit abgebrühtem Kräutersäcklein machen, indem man vor dem Abkühlen durch ein zweites Säcklein erneut eine heiße Auflage folgen läßt. Diesen Wechsel wiederholt man einige Zeit.

Vorteilhaft ist auch, wenn wir die Kohl- und Kräuteranwendungen im Wechsel mit Lehmwickel vornehmen. Auch diese Behandlungsart können wir in ihrer Wirksamkeit durch einen Kräuterabsud wesentlich steigern. Wir wählen hierzu Käslikraut, Sanikel, Zinnkraut, Kamille oder Kleinen Kostens. Lehm und Kräuter spielen nämlich harmonisch zusammen.

Wenn die Kräutersäfte von Lehm aufgesaugt werden, verlängern und verstärken sie ihre Wirksamkeit. Es ist daher sehr empfehlenswert, den Kräuterabsud mit Lehm zu vermengen. Gleichzeitig können wir dem Kräuterlehmbrei auch noch etwas Johannisöl beifügen. Dies hat besondere Vorteile, denn die Wirkung des Johannisöls ist entzündungswidrig und nervenberuhigend, auch bleibt der Brei weich und kann nachher besser abgelöst werden, als wenn er nur mit Tee oder Wasser zubereitet wird.

Auch die Kombination von Kräuterlehm mit Meersalz ist ausgezeichnet. Man kann das Meersalz entweder mit frischen Kräutersäften auflösen und mit Lehm vermengen oder in einer Kombination von Kräutertee und Meersalz auflösen und dem Lehm beifügen. Diese Anwendungsart ist besonders günstig bei Geschwulstbildung, bei Ödemen, wie auch bei dicken, aufgedunsenen Füßen und Beinen.

Kräuterlehm mit Heilölen oder Meersalzlösungen ist zuverlässig, wenn die Anwendungen richtig beachtet und durchgeführt werden. Sie sind nicht nur für die Leber, sondern auch für andere erkrankte Organe heilwirkend.

Auch Luft- und Sonnenbäder werden uns viel helfen, nur soll man dabei beachten, daß man nicht nur stundenlang in der Sonne liegen darf, sondern in der Sonne arbeiten, in der Sonne marschieren, in der Sonne spielen, kurz, sich in der Sonne bewegen muß, damit der Körper nicht am gleichen Ort immer gleichmäßig bestrahlt wird, sondern abwechslungsweise einmal da, und dann wieder dort, so daß durch die Tätigkeit Atmung und Bewegung in den Körper kommt. Alle physikalischen Anwendungen müssen mit viel Verständnis und Gefühl durchgeführt werden. Alles Übertreiben und Forcieren ist nachteilig. □

Der Schweizer Naturarzt, Heilpflanzenforscher und Ernährungstherapeut hat sich eingehend mit der Leber beschäftigt und seine Erfahrungen in dem Buch »Die Leber als Regulator der Gesundheit« niedergeschrieben. Das Buch ist erhältlich über den Buchversand M. Förster, Postfach 5003, D-7750 Konstanz.

Wasser

EG-Normen gegen zuviel Natrium

Hansjörg Pohlmann

Bisher wenig bekannt sind die Trink- und Mineralwasser-Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft (EG). Gemeint ist die EG-Richtlinie für Trinkwasser, die bisher noch nicht in deutsches Recht umgesetzt wurde, ferner die EG-Richtlinie für Mineral-, Tafel- und Quellwässer, die am 1. August 1985 in deutsches Recht überführt wurde. In den EG-Trink- und Mineralwasser-Richtlinien werden in wesentlichen Teilen viele Forderungen gerade der biologisch eingestellten Ärzte und Ernährungswissenschaftler zur Diät- und Natrium-Problematik erfüllt.

Erstmals ist in der EG-Richtlinie der neuartige Begriff »Natrium-Armut« anstelle von »Kochsalz-Armut« auch auf Trinkwässer des täglichen Bedarfs angewendet. Dabei ist weiter neu, daß die Definition der »Natrium-Armut« hier sogar drastisch und besonders im Hinblick auf die allgemeine Natrium-Überflutung durch nicht kennzeichnungspflichtige, das heißt unerkennbare und unmeßbare, Natrium-Konservierungssalze mit höchstens nur noch 20 Milligramm pro Liter Natrium bestimmt ist. Dahinter steht im ganzen Diät-Bereich ein Wandel von der bisherigen »Kochsalz-Diät« zur ungleich wichtigeren »Natrium-Diät.«

Das Wasser-Potential des Körpers

Die neuen Grundlinien der jetzigen EG-Trinkwasser-Gesetzgebung ergeben ganz eigenartige – im Grunde zunächst sogar unerwartete – Bestätigungen für alle jene Ärzte, die mit neuartig meßbaren »Außenseitermethoden« in Diagnose und Therapie »ganzheitlich-mehrdimensionale« Meßformen zu entwickeln versuchen. Und dadurch unterscheiden sie sich von der Masse der noch konventionell, das heißt, nur speziell »organ-perspektivistisch« arbeitenden Medizinern. Aber bei allen erfahrungsmäßig noch so wirkungsvoll feststellbaren Heilerfolgen liegt für sie die Schwierigkeit der herkömmlichen Medizin gegenüber eben immer wieder im »Verständlichmachen« dieser neuen Meßtechniken, die im Grunde das »Wasser-Potential« des menschlichen Körpers neuartig zu messen versuchen.

Es ist aufschlußreich, daß sich gerade in der neuen EG-Trinkwasser-Gesetzgebung an sich unerwartete Bestätigungen und Adäquanzen hierfür finden können.

Das bedeutet in der Sprache dieser EG-Gesetzgebung zum Trinkwasser die Normierung völlig neuer Qualitätserfordernisse und Wertprüfungen. Das heißt: Zusätzlich zu den bekannten chemisch-analytischen beziehungsweise bakteriologischen Methoden sollen diese jetzt erstmals unter rein »bio-energetischen« oder bio-physikalischen Qualitäts- und Meßkriterien erfolgen.

Es heißt hier mit einem neuen Qualitätswert, daß – unabhängig vom bisher üblichen pH-Wert – die EG-Trinkwässer nicht mehr zulässig sind, wenn sie unterhalb eines Ohm-Widerstandes von 2500 liegen; im Gesetz ist bei entsprechender elektromagnetischer Messung in elektrischer Leitfähigkeit angegeben, daß diese nicht mehr über 400 Mikro-Siemens liegen dürfen.

Der Unterschied wird bereits deutlich, wenn man den Trinkwasser-Atlas der Bundesrepublik Deutschland liest. Dort fehlen noch diese Elemente und Kriterien, obwohl sie seit langem den Wasser-Chemikern bekannt sind. Sie sind eben nur noch nicht in den früheren Gesetzgebungen eingebaut beziehungsweise gesetzestechnisch vorgeschrieben gewesen.

Allerdings fehlen hier auch noch völlig Trinkwasser-Untersuchungen unter dem Gesichtspunkt der Natrium-Ionen-Belastungen. Diese Gefahr ist erst während der letzten Jahre überstark – zusammen auch mit der zunehmenden Grundwasser-Belastung durch natriumhaltige Waschmittel-Tenside – aufgetreten, je mehr nämlich sogenannte »Ionenaustauscher-Verfahren« zur Enthärtung sehr leicht dem Wasser Kalk zu entziehen vermochten.

Aber dies eben nur unter der schwerwiegend immer größeren Belastung einer dauernden Zuführung von jeweils der doppelten Menge – nicht salzigschmeckbarer und bisher nicht gemessener – Natrium-Ionen. Die überstarke »Sättigung«, die das Trinkwasser aber gerade durch diese Natrium-Ionen – im Unterschied zu den Chlor-Ionen – erfährt, ist am ehesten nur mit derartig »elektromagnetischen« Meßverfahren, nicht aber mit der chemischen pH-Meßmethode überprüfbar.

Schließlich hatte sich herausgestellt, daß man früher beim Trinkwasser zwar sehr leicht und einseitig nur die Chlor-Ionen analytisch erfaßte und dann aber nur rein theoretisch die entsprechend gleiche Menge von Chlor-Ionen voraussetzte. In Wirklichkeit handelte es sich jedoch, wie sich dies später erst bei genaueren Berechnungen ergab, bei zunehmend enthärtetem Trinkwasser regelmäßig um ein Vielfaches an Natrium im Verhältnis zu den Chloriden.

Es ist nun aufregend zu erleben, wenn man durch Ärzte den unverhältnismäßigen »Schaden«, das heißt die rasante Verschiebung der »bio-energetischen« Kräfteverhältnissen erklärt bekommt, die dem menschlichen »Wasser-Körper« mit all seinen »Wasser-Organen« und »Wasser-Zellen« durch diese zunehmende, einseitige und kaum reparable »Natrium-Sättigung«, das heißt in Wirklichkeit physikalische »Entpotentialisierung« aufgrund dieser ständig viel zu vielen Natrium-Ionen im Trinkwasser zugefügt wird. Dieser »Sättigungs-Schaden« entzieht sich einer nur einseitig chemisch-analytischen Bewertung und Messung.

Die Hintergründe der Natriumsalze

Dies erfolgt im Unterschied zu den relativ wenigen das Wasser »sättigenden« Chlor-Ionen oder etwa anderen, ebenfalls zunehmenden toxischen Belastungen, die aber das Wasser nicht derartig unverhältnismäßig im bioenergetischen Ohm-Widerstand zu verändern vermögen. Aber: Auch heute noch sind viele Wasserwerke auf Anfrage immer noch nicht in der Lage, zusätzlich zum chemisch-üblichen pH-Wert den Ohm-Widerstand ihres derart aus Härtegründen bearbeiteten Trinkwassers anzugeben.

Das ist bedauerlich: Denn: Gerade diese unerkennbaren, unmeßbaren, nicht-salzig-schmeckbaren, bisher unbeachteten Natrium-Ionen scheinen überhaupt nicht mehr aus unserem Körper beziehungsweise unseren in der Regel »zivilisations-havarierten« Nieren abführbar zu sein. Zumindest ungleich schwieriger als die üblichen, ohnehin zunehmenden Zivilisationsgifte.

Und das erst recht, wenn wir auch noch immer häufiger im Unterschied zu früher zu Flaschenwässern greifen, die einen zu großen Überhang an Natrium haben. Dr. med. Nieper, der auch in der USA bekannte Krebsarzt, beschreibt in diesem Zusammenhang zum Beispiel, daß überhaupt nur der Haifisch – im deutlichen Unterschied zum Menschen – imstande sei, aus Natrium-Salzwasser »Süßwasser« zu machen. Und gerade der Haifisch soll angeblich gerade am wenigsten »Krebs« bekommen.

Aber auch jede Energiezuführung, jede physikalisch-magnetische »Aufladung«, jede Frequenz-Einleitung etwa von Arznei-Informationen kann meßtechnisch äußerst erschwert werden, wenn der falsche – das heißt zu niedrige – Ohm-Widerstand infolge Natrium-Sättigung derartigen Medikamenten-Tests am menschlichen »Wasser-Körper« zu verhindern vermag.

Es ist deshalb zum Verständnis der Hintergründe dieser merkwürdigen EG-Trinkwasser-Gesetzentwicklung auf eine grundlegende, bisher leider aber wenig bekannte Denkschrift der Weltgesundheitsbehörde (WHO) über die Natriumsalze im Trinkwasser hinzuweisen. Merkwürdigerweise ist sie bisher immer noch nicht ins Deutsche übersetzt oder hier publiziert worden, obwohl sie offiziell von allen führenden Kulturstaaten unter anderem auch speziell zur Frage des Bluthochdrucks verabschiedet worden ist.

In diesem WHO-Report wird erstmals vorgeschlagen, die ständig zunehmende, jedoch bislang nicht beachtete Natrium-Belastung von europäischen Trinkwässern zu messen und drastisch nur noch auf 20 Milligramm pro Liter und höchstens 200 Milligramm pro Liter der salzig schmeckbaren Chlor-Ionen zu begrenzen. Das heißt, die Weltgesundheitsbehörde erkannte, daß bereits ein Anteil Natrium allein die zehnfache Sättigungskraft beziehungsweise physikalische »Entpotentialisierungs-Wirkung« hat wie die zehnfache Anzahl der Chloride. Sie stellte dabei zugleich die überstarke Verschiebung der bio-physikalischen Faktoren, also der elektrischen Leitfähigkeit und des Ohm-Widerstandes heraus.

Und gerade deshalb hatte dieser weithin leider nicht bekannte WHO-Report bahnbrechend »bio-energetische« Meßmethoden und Qualitäts-Werte beim Trinkwasser vorgeschlagen. Dies gerade deshalb, weil der einseitig chemische pH-Wert diese mehrdimensionalen Faktoren einfach nicht erfassen konnte.

Auswirkungen bis zum Krebsgeschehen

Im gleichen Sinne und ebenfalls zum Verständnis des bio-energetischen Hintergrunds dieser Gesetzentwicklung ist ebenso eine gleichfalls pressemäßig nicht weiter bekannt gewordene, offizielle Verlautbarung des Bonner Bundesgesundheitsrates zu verstehen. Hier wird wegen der zunehmenden, bisher nicht gemessenen und nicht meßbar gewesenen Natrium-Überlastung des Grundwassers, die eben viel schlimmere Auswirkungen hat als dessen zunehmend toxische Belastung, vor der weiteren Einführung von immer mehr Ionen-Austauscher-Verfahren bei den Wasserwerken gewarnt.

Aber gerade solche Weichmacher- und Enthärtungstechniken stehen in Verbindung mit anderen Kräften der längst fälligen Ausführung der neuen EG-Trinkwasser-Gesetzgebung im Wege.

In diesen Kurzhinweisen kann dennoch eine beachtliche Bestätigung für alle Forschungs-Ärzte im Bereich der biologischen Erfahrungsheilkunde gesehen werden. Denn gerade sie müssen auf ihrem einsamen, weil »mehrdimensional-bio-energetischen« Diagnose- und Therapieweg immer wieder darum ringen, sich gegenüber den konventionell, das heißt, überwiegend »biochemisch« eingestellten Ärzten verständlich zu machen.

Es kann sein, daß jetzt eine gewisse gemeinsame Basis zum besseren Verständnis dieser neuartigen Meß- und Therapieverfahren im Entstehen ist, wenn derartige Elemente und Grundlinien nunmehr in der aktuellen EG-Trinkwasser-Gesetzgebung festgeschrieben sind. Und dies erst recht, wenn zugleich auch ein gemeinsames Verstehen aller nur in ersten Ansätzen revolutionierend erkennbaren medizinischen Auswirkungen der neuen Wassermessungen bis hin zum Krebsgeschehen möglich werden kann. □

Wasser

Zuviel Natrium macht krank

Wollten die Römer zum Ausdruck bringen, daß doch etwas Wahres an einer Geschichte ist, so sprachen sie davon, daß ein »Körnchen Salz dran sei – cum grano sale«. Für die Römer, wie für alle unsere Vorfahren war Salz etwas Kostbares, das man nicht in Unmengen verwendete, sondern als Würzmittel und sogar als Heilmittel einsetzte. Und weil es so kostbar war, ging es unseren Vorfahren oft wegen dieses Körnchen Salzes – eigentlich waren es mehr Tonnen und ganze Salzladungen – an den Kragen. Denn den Oberen war der Geldsatz durch den Salzsack sicher und so durfte der »kleine Mann« das so kostbare Salz für seinen Landesherrn gewinnen oder verteidigen.

Heute wird nicht viel gefragt, was mit dem menschlichen Körper angestellt wird, wenn es um das Salz geht. Dank der Chemie merken es die meisten Menschen gar nicht mehr, wie ihnen das Leben versalzen wird. Denn das, was den eigentlichen Kern des Kochsalzes ausmacht, das geruch- und farblose Natrium, finden wir heute überall in der Umwelt, also leider nicht mehr nur in seiner natürlichen Verbindung mit Chlor als Natriumchlorid oder Kochsalz, sondern »separat« und nicht salzig schmeckbar.

Die Zelle als Natriumpumpe

Natrium, ein Alkalimetall, geht wegen seines leicht ablösbaren Außenelektrons in geradezu idealer Weise vielfältige Verbindungen ein und kommt deshalb in der Natur ausschließlich gebunden vor. Für Mensch, Tier und Pflanze spielt Natrium in

Ein »Natrium-untersättigtes« Quellwasser reinigt die Zellen und entzieht ihm das zuviel zugeführte Natrium.



Wasser

Zuviel Natrium macht krank

Verbindung mit Chlor eine lebenswichtige Rolle im Elektrolythaushalt und ist deshalb für die Lebensfunktionen von entscheidender Bedeutung.

Aber auch hier kommt es immer auf die Dosierung an. Bisher weiß man nur so viel, daß jede lebende Zelle bemüht ist, nur soviel Natrium in sich aufzunehmen, daß sie eine elektrische Spannung von 70 mV im Ruhezustand halten kann. Die lebende Zelle – Hauptbestandteil ist Wasser – ist also eine winzig kleine »Säurebatterie«, die sich selbst immer wieder reguliert.

Dieser Regulationsmechanismus der Zelle wird zutreffenderweise als Natriumpumpe umschrieben, die durch den Stoffwechsel angetrieben wird. Nicht verwunderlich ist es dann, wenn der Stoffwechsel – also der eigentliche Motor der Pumpe gestört wird, so daß die »Pumpe« gestört arbeitet und zuviel angebotenes Natrium nicht mehr aus der Zelle herauspumpen kann.

Was dann mit der Zelle geschieht, läßt sich sehr gut vorstellen. Die »Batterie« wird durch ihren höheren Säuregehalt stärker, ihre Spannung an der Zellenmembran steigt und die Informationen, die diese Zelle jetzt von ihren Nachbarzellen, also von der Gesamtheit aller Zellen auf energetischem Weg erhält, kommt nur noch gestärkt oder überhaupt nicht mehr an. Ohne diese Informationen des gesamten Organismus muß sie auf ihren mitgegebenen Urbefehl zurückgreifen, der eben lautet: Wachsen!

Krebszellen pumpen sich mit Natrium voll

Wie und wozu, das kommt nicht mehr in ihre Befehlszentrale, denn mittlerweile fühlt sie sich nicht mehr zu diesem Gesamtorganismus gehörig und schottet sich mehr und mehr durch weitere Einlagerungen von Natrium ab. Selbst bei Kochsalzreduzierung pumpt sich die Krebszelle einseitig ständig mit Natrium voll, was neueste Forschungsergebnisse bewiesen haben.

Im gleichen Zeitraum gibt die so überladene Zelle immer mehr ihrer an sich für die Kommunikation der Zellen untereinander ebenso wichtigen Zellsubstanzen wie Calcium, Kalium und Magnesium ab. Die Abwehrmechanismen des Körpers greifen nicht mehr, weil die natriumüberladene Zelle jetzt ein elektrisches Verhalten hat, für das sich das Abwehrsystem nicht mehr zuständig fühlt. Der Anfang vom Ende beginnt – der Krebs wächst!

Daß diese Entwicklung der Zelle nichts mit einer Veränderung der Gene zu tun hat, wurde durch mehrere gentechnische Versuche, sogenanntes Kloning, eindeutig bewiesen. Zu gleichen Erkenntnissen, nur im positiven Sinne, kam die Marine- und Fischforschung in Norwegen und den USA. Hier entdeckten die Wissenschaftler, daß verschiedene Hochseefische, vor allem Haifische, so gut wie nie vom Krebs befallen werden – obwohl sie ja im Salzwasser leben.

Die Untersuchungen ergaben, daß Haifische in ihrer Leber eine Substanz abspalten, die die gesamte unnötige Salzlast wieder aus ihrem Körper ausspült und sie sich somit innerlich »süß« halten. Durch die ständige »Desodorisierung« sind Haifische sogar gegen von außen eingebrachten Krebs immun geblieben.

Die Menschen hatten es eigentlich in ihrer Entwicklung nicht nötig, sich vor zuviel Natrium zu schützen, denn was sie von der Natur an Natrium angeboten bekommen, ist nicht so viel, als daß sie sich dafür hätten ein spezielles Organ wachsen lassen müssen. Bis zur Jahrhundertwende hieß es sogar noch, der Mensch würde an einem Salzmangel leiden. Waren das noch Zeiten: Jedenfalls diesen Mangel haben die Menschen endgültig beseitigt.

Die Geheim-Waffe der Konservierungs-Künstler

Hört und liest man, daß Nahrungsmittel ohne Konservierungsstoffe im Handel angeboten werden, sollte man sich an das Grimmsche Märchen vom Rumpelstilzchen erinnern, in dem sich ein Gnom diebisch darüber freute, daß keiner seinen Namen kannte, und er sich somit im Glauben wähnte, er könne Schaden anrichten, ohne daß er dabei erwischt wird.

Ähnlich verhält sich heute die Nahrungsmittelchemie, weil sie es erreicht hat, daß Natriumverbindungen ausdrücklich als ideale Konservierungsmittel in zahlreichen Lebensmittelgesetzen aufgeführt sind und das auch noch mit dem Rumpelstilzcheneffekt, ohne daß sie genannt werden müssen. Diese für den kleinen Mann unerkennbaren Natrium-Konservierungsverbindungen sind im Unterschied zu Pökel- oder Kochsalz weder schmeck- noch riechbar. Vor allem aber: Sie brauchen nach den leider noch geltenden Konservierungsgesetzen noch nicht einmal auf den Packungen gekennzeichnet werden.

Die Nahrungsmittelindustrie kann sie in immer stärkeren Dosierungen getrost einsetzen und die Fäulnisvorgänge immer gewinnträchtiger hinausschieben und somit dem Handel eine Garantie geben, daß er nicht auf verfaulter Ware sitzenbleiben muß.

Natrium bindet im Unterschied zum Chlor zigfach mehr Wasser, so daß für keimendes Leben nichts mehr übrig bleibt. Darauf beruht seine von den Konservierungskünstlern so hoch geschätzte Wirkung. Nur, daß diese Wirkung leider nicht mit dem Konservierungsvorgang abgeschlossen ist, sondern sich auch dort weiter vollzieht, wo sie verheerende Folgen auslöst: im menschlichen Körper!

In dem wir immer häufiger so konservierte Nahrung zu uns nehmen, konservieren wir uns langsam, aber erfolgreich selbst, wenn nicht vorher einige natriumüberladene Zellen durchdrehen und ihr eigenes Spiel spielen wollen.

Als erstes werden unsere Nieren trockengelegt, weil die Natriumverbindungen dafür sorgen, daß der Körper keine Flüssigkeit mehr abgeben kann. Unser Flüssigkeitshaushalt wird dadurch erhöht, die Folge ist Bluthochdruck. Übrigens versuchten einige »Wissenschaftler« anhand von »Statistiken« nachzuweisen, daß kein Zusammenhang zwischen Bluthochdruck und Kochsalz besteht: Denn tatsächlich ist in der Bundesrepublik Deutschland die Verwendung von Kochsalz ständig rückläufig, die Kurve der Bluthochdruck-Erkrankungen steigt aber stetig an.

Unberücksichtigt blieb bei dieser »Untersuchung« aber die gleichzeitig steigende Anwendung von Natrium-Verbindungen als Konservierungsmittel und die steigenden Natrium-Belastungen aller Trinkwasser. Und zudem sind die »künstlichen« Natrium-Verbindungen noch viel gefährlicher als das natürlich vorkommende Natriumchlorid oder Kochsalz.

Normales Kochsalz kann unser Körper noch verhältnismäßig gut verarbeiten und zum Teil auch wieder über die Niere und die Hautporen ausscheiden. Mit den seperaten Natriumverbindungen, die wir ihm heute anbieten, geben wir unserem Körper jedoch Nüsse auf, die er nicht mehr knacken kann. Selbst ungeschädigte Säuglingsnieren können nicht mehr damit fertig werden. Und daß Säuglingsnieren damit beschäftigt werden, geschieht schon allein durch die Herstellung des Fläschchens für den kleinen Liebling mit unerkennbar natrium-konservierter Fertignahrung.

Natrium ist fast in allem

Nicht nur weil in den meisten Fällen die Fertignahrung mit irgendeiner Natriumverbindung konserviert wurde, sondern weil auch das Wasser, das wir zum Verflüssigen benötigen, oft schon mit Natrium übersättigt ist: Weil wir es eben nicht so hart haben wollten und es deshalb durch Ionenaustauschverfahren mit Natrium weich machen oder weil der Nitratgehalt des Grundwassers schon viel zu hoch ist.

Wer denkt denn schon an Salz, wenn er seinen Lieblingen einen Becher Schokolade oder Fruchtjoghurt oder ein Marmeladenbrot gibt. Daß auch wieder Rumpelstilzchen »Natrium« mit Freuden sein Unwesen treiben darf, ist gesetzlich verbrieft. Ein Blick in unsere Lebensmittelgesetze wird einem unbefangenen Verbraucher ein erstauntes »Oh« entlocken und er wird sich über die vielen Möglichkeiten wundern, wie und wo man überall Natrium verstecken kann, und das ohne jede Kennzeichnungspflicht.

Auch Raucher, erfährt man da, werden nicht von den Konser-

vierungskünsten des Natriums verschont und deshalb »trocknen« die sonst feuchten Bronchien durch natriumhaltigen Rauch aus, genauso wie vorher die Natriumverbindung, die noch die feuchten Tabakblätter auszutrocknen vermochte. Auch dies ist nach der geltenden Tabak-Konservierungsverordnung nicht erkennbar.

Ebensowenig wie der sich Zähne putzende Mensch. Auch hier sorgen Natriumverbindungen in vielen Fällen dafür, daß die Zahncreme nicht kaputtgeht. Die gleichen oder ähnlichen Stabilisierungsmittel findet man dann auch wieder in Medikamenten, Bonbons und Pralinen.

Und um Rumpelstilzchen »Natrium« letztes Versteck aufzustöbern, braucht man eigentlich nur in die Garage zu gehen, denn dort stehen sie, die größten Natriumverbraucher, sofern sie Superbenzin fressen. Die Antiklopfmittel, die für diese Autos benötigt werden, werden über eine Blei-Natrium-Legierung gewonnen. Und wo bleibt das Natrium nach dem Verbrennungsvorgang?

Vielleicht vertrocknen unsere Wälder nur, weil wir jahrzehntelang gedankenlos dem Natrium freien Lauf ließen? Schwierigkeiten wird nur der Nachweis bereiten, weil sich Natrium nur über die Leitfähigkeit messen läßt, und das ist nicht gerade einfach.

Wenn es schon nicht ohne Natrium geht, dann sollte sich jeder aber ausrechnen können, wieviel er davon zu sich nimmt.

Das nicht schmeckbare Natrium macht es

Nach den Erkenntnissen der Naturwissenschaften braucht der menschliche Körper täglich zwischen 1 und 7 Gramm Natrium. Was wir aber aufgrund der oben geschilderten Zustände zu uns nehmen, überschreitet diese Mengen um das Zigfache.

Wenn wir zum Beispiel wissen, daß bereits in 100 Gramm Tomatenketchup rund 1,2 Gramm Natrium enthalten sind, oder daß einem Liter Wasser ein Gramm Natrium zugeführt werden muß, um ein halbes Gramm Kalk zu neutralisieren, dann kann sich jeder sehr schnell ausrechnen, was er noch an Natrium täglich zu sich nehmen darf.

Deshalb muß sich der Gesetzgeber notwendige Schritte überlegen, um nachhaltigen Schaden vom Volk abzuwenden. Mit Zusatznovellen zu den bestehenden Lebensmittel- und Konservierungsgesetzen, die eine Kennzeichnungspflicht oder zumindest die Verwendung von Natrium-Verbindungen und ihre Mengen ausdrücklich auf den Verpackungen festlegen, wäre dem Bürger schon viel geholfen.

Zumindest sollten alle die von der Weltgesundheitsorganisation aufgestellten Empfehlungen sowie die EG-Mineralwasser- und Trinkwasser-Richtlinie und die neuen »Diät-Richtlinien« der deutschen Gesellschaft für Ernährung als neue Grundlage für »natriumarme« Ernährung widerspruchslos auch für unsere Gesetzgebung übernommen werden. In diesen Empfehlungen wird von einem Natriumgehalt von höchstens 20 Milligramm pro Liter ausgegangen, wenn es um die Kennzeichnung für Natrium-Armut geht, das heißt, die früheren und noch bestehenden Richtwerte sind im Interesse der Volksgesundheit noch weiter zu reduzieren.

Alle modernen Diät- und Trinkwasserrichtlinien sprechen deshalb nicht mehr von Kochsalz-Armut, sondern nur noch »Natrium-Armut«: Denn es hat sich die wissenschaftliche Erkenntnis durchgesetzt, daß eine strenge salzarme Diät sinnlos ist, wenn nicht die gesamte tägliche, bisher im Wasser und in der Nahrung unschmeckbare Natriumzufuhr für den Menschen gesenkt wird. Das nicht schmeckbare Natrium ist es, das zehnmal mehr Wasser im Körper bindet als die bisher verteufelten salzig schmeckenden Chlorsalze.

Solange es aber an einer gesetzlich geregelten Kennzeichnungspflicht für die eingebrachte Natriummenge fehlt, bleibt nur eines übrig, dafür zu sorgen, daß wir so wenig Natrium zu uns nehmen wie möglich und deshalb auf konservierte Nahrungsmittel in jeglicher Form verzichten. Das muß leider zu einem schier unmöglichen Unterfangen werden, weil es fast nichts mehr ohne das Rumpelstilzchen Natrium in unseren Supermärkten an Nahrungsmitteln zu kaufen gibt.

Und was noch viel schlimmer ist, unser Trinkwasser, das uns ins Haus geliefert wird, ist in vielen Fällen durch Ionenaustauscher enthärtet worden, was bedeutet, daß Natriumionen ins Wasser eingebracht werden, um den Kalk herauszulocken. Das können wir aber mit der bisher üblich pH-Meßmethode nicht erkennen; das geht nur mit der im EG-Trinkwassergesetz vorgeschriebenen elektrischen Leitfähigkeits-Meßmethode. Leider ist diese Meßmethode für uns noch nicht gültig.

Bei Heilwasser auf Natriumgehalt achten

Derjenige, der nun auf Heilwasser als tägliches Trinkwasser ausweicht, um wenigstens diesen unbekannten Natriummengen aus dem Weg zu gehen, sollte dann aber auch darauf achten, daß er natriumarmes Wasser zu sich nimmt, was ja aus der Analyse auf dem Flaschenetikett hervorgeht.

Noch besser wäre es, er würde ein »natrium-untersättigtes« Quellwasser zu seinem täglichen Trink- und Kochwasser machen. Nur so ein Wasser – vor allem, wenn es möglichst auch schonend abgefüllt wird, ist in der Lage, auf ganz natürliche Art und Weise unseren Körper wieder auf eine menschlich notwendige und naturgegebene Natriumkonzentration zu bringen.

Solch ein mit »natürlicher Energie« aufgeladenes Wasser mit hohem meßbarem elektrischem Widerstand, bewirkt einen Reinigungssog auf die Zelle und entzieht ihr das täglich viel zu viel zugeführte Natrium.

Wissende werden in Zukunft mit einem Glas kristallklarem Wasser auf ihre Gesundheit anstoßen, denn sie haben Grund sich zu freuen: Das Teufelchen Natrium wurde entlarvt und kann keine Macht mehr auf sie ausüben. Und wenn Sie, lieber Leser, jetzt glauben, solch ein Wasser gibt es ja gar nicht mehr und alles ist zu schön um wahr zu sein – eben wie im Märchen –, so kann ihnen versichert werden, daß es solche Wasser heute noch – auch in unserer so stark umweltbedrohten Region – gibt. □

Feuer des Lebens

Blut als Energieträger

Josef Oberbach

Die Erythrozyten, die vollentwickelten und damit kernlosen »roten Blutkörper«, besitzen eine minuspolige elektrische Ladung. Sie sind deshalb minuspolig, weil sie kernlos sind. Sie haben die Fähigkeit, sowohl pluspolige als auch minuspolige Ionen im »Huckepack-Verfahren« durch den ganzen Körper zu transportieren.

In erster Linie sollen sich die minuspoligen Sauerstoff-Atome daran anklammern, um hauptsächlich in den Arterien weiter befördert zu werden. An zweiter Stelle tragen sie auch pluspolige Moleküle, außer den nicht verbrauchten Sauerstoff-Atomen, hauptsächlich durch die Venen. Ein rotes Blutkörperchen ist befähigt, vier Atome Sauerstoff sich aufzuladen, wovon nur bis zur Hälfte verbraucht werden. Der Rest wird weiter transportiert. Wir können ihn wieder verwenden.

Die Farbe der Blutkörperchen

Der energetische Prozeß des Abstoßens von Kohlenstoffdioxyd geht in den Alveolen vonstatten. Alveolen sind die wichtigen Endzellen der Bronchialverästelungen.

Die Form der roten Blutkörperchen ist ein ovaler Ballon mit einer Delle. Bei starker Ladung mit minuspoligem elektrischem Gleichstrom zeigt sich das rote Blutkörperchen als prall gefüllter Ovalballon (hoher energetischer Druck). Bei schwacher elektrischer Ladung fällt es platt zusammen wie ein Pfannkuchen (niedriger energetischer Druck).

Seine gedellte Ballonstruktur wird durch eine Gerüstsubstanz (Stroma) aufrechterhalten, die die Blutgruppeneigenschaften enthält. In den Lücken dieses Gerüstes ist das Hämoglobin eingelagert. Dieses besteht aus zwei Energiestrukturen: Aus dem Häm, dem eisenhaltigen und pluspoligen Farbstoff, der eiweißfrei ist, und aus dem Globin, eine minuspolige Eiweißverbindung.

Die Färbung der roten Blutkörperchen macht eine eindeutige Aussage über ihre unterschiedlichen Polaritäts-Potentiale. Ein rotes Blutkörperchen, das voll mit Sauerstoff-Atomen beladen ist, haben wir uns als schnell beweglichen prallen Ovalballon vorzustellen. Diese seine basische oder physikalisch ausgedrückt, seine minuspolige Tendenz, zeigt sich in der hellroten, »purpur« Färbung. Bei Beladung mit Kohlendioxyd, der pluspolig ist, färben sich die Prophyrine im Hämoglobin dunkelrot.

Mangel an Bio-Elektrizität

Die Vorgänge sind interessant, aber sehr kompliziert. Deshalb sei hier nur zur Kenntnis gebracht, daß das hohe Bindevermögen von Kohlenstoffdioxyd an die Natrium- und Kalium-Verbindungen in allen Zellflüssigkeiten des menschlichen Organismus die lebenswichtigen elektrolytischen Vorgänge beeinträchtigt, wodurch sowohl ein Mangel an Sauerstoff als auch an Bio-Elektrizität entsteht. Genau dementsprechend ist die Wirkung beim Austausch von Kohlenstoffdioxyd mit Sauerstoff bei der Atmung.

Bei allen Vorgängen spielt das Blut-Eisen »Häm« noch eine andere Rolle. Bekanntlich ist Eisen am stärksten zu magnetisieren. Dasselbe gilt für das Häm in den Erythrozyten. Infolge der leichten Magnetisierbarkeit ferro-magnetischer Stoffe entsteht eine spontane Polarisation nach der Plusseite oder nach der Minusseite durch spontane Ionen-Verschiebungen. So kann dieser polarisierte Mikromagnetismus entweder das Plus oder das Minus beherrschen gemäß der »Domänentheorie« mit allen daraus resultierenden Konsequenzen und Folgeerscheinungen.

Um das in den roten Blutkörperchen erzeugte Mikroferro-Feld bildet sich ein gleichstarkes magnetisches Mikroferro-Feld aus, in dem spontan auch nur die zugehörigen und adäquat-polarisierten Ionen, Atome oder Atomverbindungen eingefangen werden. Ist also die Erzeugung von Bio-Elektrizität behindert, so entsteht auch kein minuspoliges magnetisches Feld, Hort der Vitaionen. Wir sehen, daß alle Faktoren vom Blut-Eisen »Häm« abhängig sind.

Dies wird auffällig sichtbar bei Pflanzen. Bei Eisenmangel verliert das Blatt nicht nur die grüne Farbe und wird gelb, sondern das Blatt kann auch keinen Sauerstoff erzeugen.

Im Menschen wie im Blatt ist der Sauerstoff-Status vom Eisen abhängig, vom Häm und nicht vom Globin. Beide aber sind notwendig, weil das eine »Plus« und das andere »Minus« ist. Es gibt eben keine Einseitigkeit im Kosmos.

Der dynamische Hauptakteur in diesem dramatischen Schauspiel »Das Blut als Energieträger« ist das Körperwasser. Wasser mit 70 Prozent und Salze mit 4,4 Prozent im menschlichen Organismus dienen der Elektrolyse. Welche Bedeutung der Elektrizität im Menschen zukommt, geht aus der Tatsache hervor, daß 90 Prozent der täglichen Nahrung für die Erzeugung der Bio-Elektrizität verbraucht wird.

Die biologische Selbstregelung

Der Konstanzer Arzt Dr. Buzzorini hat schon vor 100 Jahren nachgewiesen, daß eine Aufladung des Menschen durch unterirdische Strahlungen den Sauerstoffverbrauch in der Weise ändert, daß eine pluspolige Aufladung den Verbrauch an Sauerstoff erhöht, eine minuspolige Aufladung dagegen den Verbrauch an Sauerstoff senkt.

Durch seinen Gehalt an Ionen von Natrium, Kalium, Kalzium, Chlorid, Bicarbonat, Mangan, Nickel, Eisen und Kobald regiert Blut auf Druck, auf elektrische Felder (Curry-Netz, Wasser-Adern, Verwerfungen mit ihren radioaktiven Emissionen) und Temperatur-Veränderungen schnell.

Die biologische Selbstregelung – zum Beispiel die Katalase: eisenhaltige Enzyme, die die Aufgabe haben, das im Körper bei der Nahrungsverbrennung entstehende Wasserstoffperodyd abzubauen und in molekularen Sauerstoff umzuwandeln – wird durch ständige Impulsreize der geballten pluspoligen radioaktiven Ionenstrahlung gestört. Dadurch erhöht sich die Geschwindigkeit der Erythrozyten und Elektronen, der pH-Wert stürzt in den Säurebereich und dann haben wir es mit Bluthochdruck zu tun.

Bei erniedrigtem Blutdruck ist dagegen die Ionenbewegung im Blut träge. Das Bio-Energie-Potential der einzelnen Blutpartikel ist gering. Die elektroenergetische Spannung der Emulsionsteilchen in den Blutgefäßen ist ungenügend. Das Gleichgewicht der pluspoligen Energiekräfte zu den minuspoligen ist gestört. Der pH-Wert ist hoch und liegt im basischen Bereich.

Die Minuspolarität im Organismus sorgt für Ruhe (Nacht-Rhythmus), dagegen die Pluspolarität für Aktivität und Lebhaftigkeit (Tages-Rhythmus). Bei träger Ionenbewegung treiben im seichten Gewässer der Blutkanäle die Lastkähne langsam dahin. Gemächlich werden die Kähne an ihren Bestimmungsorten entladen und unkontrolliert, weil die Hypophyse mit verminderter Leistung arbeitet, und zumeist ungenau wieder beladen. Die Lieferzeiten werden nicht eingehalten, weil der Transportverkehr behindert abrollt. Es gibt immer wieder Stockungen und schließlich einen langen Stau.

Das bedeutet für den Organismus: Sauerstoff-Mangel mit Kohlendioxyd-Anhäufung; dadurch sind die Verbrennungsprozesse reduziert; die Körperwärme läßt nach und an einigen Körperstellen wird es empfindlich kühl bis kalt (Steißbein, Füße und Hände); der »Stau« verursacht die schmerzhaften Hämorrhoiden-Schwellungen; der zu träge Blutkreislauf äußert sich in Müdigkeit; der Blutdruck sinkt ab und das Lebenslicht brennt trübe und die Gemütsstimmung ist gedämpft. □

Naturheilmittel

Der Promille-Killer ist da

Österreichische Ärzte haben die Superwaffe gegen die meist gefürchteten Folgen des Alkoholrauschs entdeckt: den sibirischen Wurzelextrakt Eleutherokokk. Er schützt nicht nur vor dem Kater »am Morgen danach«, er senkt auch den Blutalkoholspiegel. Und zwar bis zu 60 Prozent unter normal! Das legendäre Naturheilmittel Eleutherokokk – Zehntausende von Bundesbürgern schlucken es bereits zur Grippeprophylaxe – erweist sich damit auch noch als echter »Promille-Killer«.

Der aufsehenerregende Befund wurde von dem Bad Hofgasteiner Internisten Dr. Günther Leiner in Zusammenarbeit mit Gerichtsmedizinern der Universität Innsbruck ermittelt. Anhand von Blutproben und Befindens-Kontrollen verglichen die Wissenschaftler die unterschiedliche Alkoholwirkung auf Versuchspersonen, die eineinhalb Liter Wein zunächst pur und in zwei folgenden Test-Durchgängen die gleiche Menge Wein nach Einnahme von Eleutherokokk getrunken hatten.

Teilnehmer des Alkoholtestes waren 16 Männer und Frauen im Alter zwischen 19 und 60 Jahren. Ihnen wurden bei drei Testdurchgängen – im Verlauf von drei Wochen – insgesamt 141 Blutproben entnommen. Vor Testbeginn bekamen sie jeweils das gleiche Essen (Reisfleisch), tranken den gleichen Wein. Während des Testablaufs schluckten sie dreimal täglich je einen Eßlöffel voll Eleutherokokk.

Ergebnis: Ohne vorherige Einnahme des Wurzelextraktes erreichten die Blutalkohol-Konzentrationen dreieinhalb stunden nach Testbeginn Höchstwerte bis zu zwei Promille. Durchschnitt: 1,59 Promille. Unter der Einwirkung von Eleutherokokk wurden dagegen zum Teil extrem niedrige Werte um 0,4 gemessen. Durchschnitt: 0,97 Promille.

Ebenso dramatisch der Wechsel im Stehvermögen der Versuchsperson. Dr. Leiner: »Ausfall-Erscheinungen, wie sie normalerweise im Rauschzustand zu beobachten sind – schwankender Gang, schwere Zunge, unkontrolliertes Benehmen – verringerten sich deutlich. Die Versuchspersonen fühlten sich ausgesprochen wohl. Und der am Morgen danach gewöhnlich auftretende Kater – Kopfweh, Brechreiz, Schwindelgefühl – war in den meisten Fällen wie weggeblasen.«

Ähnliches berichten auch sowjetische Wissenschaftler. Nach ihren Erfahrungen beweisen zechlustige Russen schon seit Jahren, daß sie mit Hilfe des Wurzelextraktes aus Sibirien nicht unter den Tisch zu trinken sind.

In einer weiteren Untersuchung wollen die österreichischen Mediziner jetzt klären, auf welche Weise Eleutherokokk den Promillespiegel senkt und den Alkohol dadurch verträglicher macht.

Dr. Leiner: »Der Wurzelextrakt beschleunigt wahrscheinlich die Verbrennung des Alkohols, verbessert möglicherweise zugleich die Durchblutung der Leber und reduziert auf diese Weise auch die Giftwirkung des Alkohols.«

Das liefert auch die Erklärung für einen von Dr. Leiner nachgewiesenen weiteren Eleutherokokk-Effekt. Bereits nach dreiwöchiger Einnahme des Wurzelextraktes gingen bei Versuchspersonen mit mäßigem bis starkem Alkoholkonsum zuvor alarmierende Leberwerte in die Nähe der Unbedenklichkeitsgrenze zurück. Dies, obwohl die Testteilnehmer in der Zwischenzeit ihre gewohnten Mengen an Bier und Schnaps weiter getrunken hatten. □



Putzmunter nach durchzechten Nächten, der legendäre Wurzelsaft macht's möglich! Unter der Aufsicht von Dr. Leiner geht Christine sicher auf der Linie.

Naturheilmittel

Was bei Rheuma hilft

Nikolaus Bergmüller

Die Zahl der an chronisch-rheumatischen Erkrankungen leidenden Menschen in der Bundesrepublik nimmt weiter zu. Bereits ein Drittel der Bevölkerung ist von dieser Krankheit betroffen, die damit für die Gesellschaft zu einer sehr teuren Krankheit wird. Die Zahl der Neuerkrankungsfälle vor allem bei Kindern und Jugendlichen ist alarmierend.

Das Gesamt-Krankheitsbild der »rheumatischen Erkrankungen« ist sehr umfassend und vielfältig, daher muß eine umfassende ganzheits-medizinische Behandlung die Konsequenz sein, neue Wege sollten beschritten werden.

Immunologische Fehlsteuerung

Die Zahl der sogenannten »Immun«-Krankheiten ist im Vormarsch, die Erkenntnise darüber sind in den letzten Jahren umfassender und das Wissen darüber ist sicherer geworden. Nach Professor Dr. Schattenkirchner beruhen die rheumatischen Krankheiten einerseits auf einer Veranlagungsgrundlage, andererseits möglicherweise auf äußeren Faktoren wie zum Beispiel Erreger. Dazu kommt offenbar noch eine immunologische Fehlsteuerung, die wahrscheinlich ebenfalls genetisch bedingt ist.

Gerade in der letzten Zeit besonders in das Blickfeld der Öffentlichkeit getretenen Erkrankungsfälle an AIDS lassen die Bedeutung der Immun-Situation von besonderem Interesse erscheinen. Dabei ist es vordergründig nicht von Relevanz, ob eine Störung der Abwehrmechanismen des humoralen oder des zellulären Systems vorliegt.

Bei einem Teil der rheumatischen Erkrankungen handelt es sich sicherlich um ein solches Mißverhältnis zwischen Abwehrsituation und Krankheitsbelastungs-Momenten. Deshalb ist es verständlich, wenn in der Rheuma-Dauer-Therapie versucht wird, durch Verbesserung und Stabilisierung des Immunstatus beim Kranken einen Therapieerfolg zu erreichen.

Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, wurde eine mehrjährige Untersuchungsreihe durchgeführt, deren Ergebnisse jetzt vorliegen. Einer Gruppe wurden kurmäßig zunächst über 120 Tage und dann in Intervallen zu je 40 Tagen das rein biologische Kombinations-Wirksystem »Regazell Energen« zusätzlich als Therapeutikum gegeben.

Man wollte auf diese Weise eine Antwort auf die Frage erhalten, kommt es durch die Einnahme dieser Kur zu einer objektiven Besserung des Immunstatus des Patienten. Von weiterem Interesse war die Beobachtung der Intensität und zeitliche Abfolge von Krankheitsschüben. Außerdem wurde natürlich auch das subjektive Wohlbefinden des Teilnehmers an dieser Untersuchung festgestellt.

Daneben wurde bei einer zweiten Gruppe von Patienten, die sogenannte Kontrollgruppe, die bisherige Medikation beibehalten. Beide Gruppen waren bezüglich Alter, Geschlecht, Beruf, Art der rheumatischen Erkrankungen und Krankheitsstadien homogen angelegt.

Im übrigen wurde darauf geachtet, daß keine Patienten, bei denen Allergien bekannt waren, in die Studie mit aufgenommen wurden. Dadurch konnte vermieden werden, daß durch allergische Reaktionen die Ergebnisse der Untersuchung verfälscht wurden.

Verbesserung der Immun-Lage

Bei allen Patienten, die an dieser Untersuchung teilnahmen, wurden regelmäßige Kontrollen der Labor-Parameter, Gesamt-Blutbild, Blutsenkung, Rheuma-Serologie, Immunglobuline und organische Beobachtungen, wobei die Funktionslage betroffener Gelenke mit erfaßt wurde, vorgenommen.

Als Ergebnis dieser Studie kann vorweg festgestellt werden, daß bei keinem Patienten auf die Einnahme des Naturheilmittels »Regazell Energen« irgendwelche Nebenwirkungen oder Begleiterscheinungen festgestellt wurden. Das Präparat wurde von allen gut vertragen.

Viele der Patienten, die sich an der Studie beteiligten, litten neben den rheumatischen Erkrankungen noch an zusätzlichen Krankheiten. Trotzdem vertrug das untersuchte Naturheilmittel sich gut mit den anderen Medikamenten. Auch die Verträglichkeit mit den notwendigerweise zu verabreichenden Antirheumatika – auch steroidalen Antirheumatika – und Immun-Suppressiva (Mittel mit unterdrükkender Wirkung) waren vorzüglich. Damit kann als gesichert angesehen werden, daß das Natur-Präparat bedenkenlos mit anderen Medikamenten, seien diese nun Naturheilsubstanzen oder chemisch-pharmazeutische Präparate, kombinierbar ist.

Objektiv wurde festgestellt, daß auch bei längerer Einnahme von »Regazell Energen« bei den Rheuma-Kranken eine zusätzliche Systemschädigung eingeschränkt und zum Teil verhindert werden kann. Bei der Gruppe von Patienten, die sich an der Kur beteiligten, kam es außerdem zu einer deutlichen Verbesserung der Immun-Lage, was seinen Niederschlag in der weitgehenden Normalisierung der Labor-Parameter zeigte.

Interessanterweise sprachen die Patienten mit Weichteil-Rheumatismus und degenerativen Verschleiß-Erkrankungen, sowie einige Formen aus dem Kreis mit entzündlich-rheumatischen Prozessen besonders gut auf das Natur-Präparat an.

Kleine Einwirkung, große Auswirkung

Die Ergebnisse der Studie führen zu der Erkenntnis, daß durch die regelmäßige Einnahme der biologischen Zellregenerations-Kur der Gesamt-Immun-Status verbessert und stabilisiert werden kann. Medizinische Wissenschaftler weisen immer wieder darauf hin, daß Mineralstoffe und Spurenelemente, sowie Enzyme besonders für die Abläufe in den Bereichen Stoffwechsel und Immunsystem von wachsender Bedeutung sind. Dabei sind von besonderer Bedeutung die Vitamine A, C und E sowie die Mineralien und Spurenelemente Selen, Kupfer und Zink, um nur drei herauszuheben. Natürlich werden auch den zahlreichen Enzymen eine wichtige Rolle in der Therapie bei chronisch-entzündlichen Krankheiten zugeschrieben. □

Weitere Informationen über »Regazell Energen« erhalten Sie bei Ihrem Apotheker oder bei Bio-Naturkraft, Gruber Straße 64, D-8011 Poing.



Patienten, die rheumatischen Erkrankungen ausgesetzt sind, schätzen eine Minderung von Beschwerden und Schmerzen.

Volksgesundheit

Erkenntnisse aus der Herz-Studie

»Der Mensch bringt jeden Tag sein Haar in Ordnung, warum nicht auch sein Herz?« So treffend beschreibt Professor Gleichmann vom Herzzentrum Nordrhein-Westfalen das vielfach verbreitete gesundheitliche Fehlverhalten. Die meisten von uns sind in der Tat mehr um ihr gepflegtes Äußeres bemüht und machen sich weniger Gedanken um ihr Innenleben. Ungesunde Lebensgewohnheiten machten Herz- und Gefäßerkrankungen jedoch zur Geißel der modernen Menschheit. Jeder zweite Todesfall ist inzwischen auf eine solche Krankheit zurückzuführen.

Die Entstehung von Herz- und Gefäßerkrankungen hängt vorwiegend von äußeren Umständen ab. Gleichmann forderte darum nochmals eindringlich, die krankheitsbegünstigenden Faktoren aufzuspüren und abzubauen. Der Wert solcher präventiver Maßnahmen ist heute unbestritten, sie werden aber leider in der ärztlichen Praxis immer noch vernachlässigt.

Das Verhalten der Bürger ändern

Aus den USA weiß man, daß eine Massenaufklärung und breit angelegte Gesundheitsprogramme helfen könnten, das Verhalten der Bürger zu ändern. Dort ist seit 1972 ein starker Rückgang bei den Herz- und Gefäßerkrankungen zu verzeichnen. Auch ist die durchschnittliche Lebenserwartung hier höher als bei uns.

Die Bundesregierung möchte dem guten amerikanischen Beispiel folgen und hat als ersten Schritt dahin bereits im letzten Jahr die Deutsche Herz-Kreislauf-Präventionsstudie (DHP) ins Leben gerufen. 80 Millionen DM werden investiert, um dem Herztod in den nächsten zehn Jahren konsequenter zu begegnen.

In fünf verschiedenen bundesdeutschen Regionen wurden bisher insgesamt 7200 Personen befragt und untersucht. Die ersten Erkenntnisse liegen jetzt vor: 50 Prozent der über 50jährigen Männer haben einen erhöhten Blutdruck; erhöhte Cholesterinspiegel haben fast 30 Prozent der 40jährigen, über 30 Prozent der 50jährigen und bei den 60jährigen sogar jeder zweite; 50 Prozent aller Männer ab 40 rauchen.

Das Präventivkonzept der DHP wird im wesentlichen ein Kampf gegen diese Risikofaktoren – Bluthochdruck, erhöhte Cholesterinwerte und Rauchen – sein. Gleichmann appellierte an die Mithilfe der Ärzte, die Bevölkerung zu einer Verhaltensänderung zu bewegen. Wobei die Aufklärung über eine gesunde Ernährung an erster Stelle steht.

Übergewicht ist abzubauen

Folgende Ratschläge sollen Ärzte ihren Patienten mit auf den Weg geben: Statt der zuviel verzehrten gesättigten Fette sollten mehrfach ungesättigte bevorzugt werden, keiner sollte mehr als 300 Milligramm Cholesterin pro Tag zu sich nehmen (diese Menge ist bereits in einem Hühnerei enthalten); Übergewicht ist abzubauen; der Kochsalzkonsum sollte auf 5 bis 6 Gramm täglich bechränkt werden; es sollten mehr Ballaststoffe (Vollkornprodukte, Gemüse, Obst) mit der Nahrung aufgenommen werden.

Außerdem sollten die Ärzte immer wieder auf die Gefahren des Rauchens aufmerksam machen. Wenn in jeder Praxis nur 20 Patienten zum Nichtrauchen bewegt werden könnten, wäre das schon ein beachtlicher Erfolg. Auch der Bluthochdruck muß konsequent behandelt werden. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß gleichzeitig eine Senkung erhöhter Cholesterinwerte angestrebt werden muß, ohne die eine Hochdrucksenkung uneffektiv wäre.

Gleichmann forderte sogar eine Cholesterinspiegel-Senkung auf einen Wert, der unter 200 mg/dl liegt. Denn – je höher der Cholesterinwert im Blut ist, desto größer ist auch das Risiko, an Herz oder Gefäßen zu erkranken. □

Verlorene Zeit für die Wildvögel

Auch wenn sie es selber nicht wissen, so profitieren die Vögel in der Europäischen Gemeinschaft doch seit fast fünf Jahren von einer Verordnung, die zu ihrem Schutz erlassen wurde. Doch leider hat diese EG-Gesetzgebung nicht viel geändert, denn kein einziger Mitgliedsstaat der Gemeinschaft hat sich an die Verpflichtungen gehalten, die er damals eingegangen ist. Dies hat jetzt die Europäische Kommission in Antwort auf eine schriftliche Anfrage einer britischen Europa-Abgeordneten, Margaret Daly, festgestellt und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß die EG-Behörde inzwischen Verfahren gegen alle EG-Staaten ohne Ausnahme eingeleitet hat, um sie auf diese Weise zu zwingen, endlich die Richtlinie aus dem Jahre 1979 zum Schutz der wildlebenden Vögel anzuwenden.

Die Richtlinie aus dem Jahre 1979 hätte ab April 1981 voll zur Geltung kommen müssen. Sie verpflichtet die Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft, eine Reihe von Maßnahmen zum Schutz der wildlebenden Vögel auf ihrem Territorium zu erlassen und diesbezügliche nationale Gesetze und Regeln dementsprechend anzupassen. Der Gemeinschaft geht es darum, alle Arten wildlebender Vögel sowie ihre Brutstätten, ihre Eier und ihr natürliches Habitat zu schützen.

Die Maßnahmen, die eingeführt werden müssen, umfassen sowohl die Kontrolle oder das Jagdverbot wie auch die Schaffung besonderer Schutzzonen. Für 74 vom Aussterben bedrohten Arten – unter anderem Reiher, Störche, wilde Schwäne, Adler, Falken und Eulen – sieht die europäische Richtlinie noch ganz besondere Schutzmaßnahmen vor, um auf diese Weise ihr Überleben sicherzustellen.

Allgemein verbietet die Richtlinie aus dem Jahre 1979 »absichtlich« Wildvögel zu töten oder zu fangen, die Brutstätten zu zerstören oder zu beschädigen, die Eier zu sammeln und diese Vögel »mit Absicht« in ihrer Umwelt zu stören. Die europäische Gesetzgebung erlaubt in bestimmten Ausnahmefällen die Jagd auf bestimmte Arten, zum Beispiel Enten oder Rebhühner.

Kein Mitgliedsland hat in der vorgegebenen Zeit die Richtlinie in nationales Recht umgewandelt. Aufgrund einer Intervention der Europäischen Kommission haben Luxemburg, Großbritannien und Dänemark ihre Gesetzgebung den europäischen Regeln angepaßt, doch ist noch nicht sichergestellt, ob diese angepaßten neuen nationalen Regeln auch wirklich angewandt werden.

Um festzustellen, ob die notwendigen Maßnahmen jetzt wirklich getroffen wurden, muß die Europäische Kommission auf die Mithilfe der verschiedenen Naturschutzverbände zählen, die jedoch weder über die Macht noch die finanziellen Mittel großer Industrieverbände, politischer Parteien oder Gewerkschaften verfügen. Doch wenn der Kommission ein Verstoß gemeldet wird, dann schreiten die europäischen Beamten ein. □

Ringelgänse in Holland

Seit einigen Jahren gestattet das niederländische Ministerium für Landwirtschaft und Fischereiwesen die Vergrämung von Ringelgänsen von Binnendeichweiden – auch durch den Abschuß von Einzeltieren – auf den Wattenmeerinseln Terschelling und Texel. Auf diese Weise sollen nicht nur die durch die Gänse angerichteten Schäden und die dadurch den Landwirten entstehenden Nachteile begrenzt werden, sondern auch die an diese Landwirte zu zahlende Entschädigungsleistungen durch das Ministerium.

Die Ringelgans ist auch im holländischen Wattenmeerbereich ein typischer Vogel der Watten und Salzwiesen. Im Vergleich zum übrigen Wattenmeer sind jedoch die Seegras-Bestände – ihre Hauptnahrung – hier heute fast völlig verschwunden. Früher waren 15 000 Hektar der holländischen Watten von dichten Seegraswiesen bedeckt. Daß es heute dort nur noch wenige 100 Hektar gibt, wird zum Teil auf die Eindeichung der Zuidersee zurückgeführt, die neben dem direkten Wattenverlust zu Strömungsveränderungen und damit Standortverschlechterungen für Seegras in anderen Bereichen führte.

Wenn heute 40 bis 50 Prozent der dunkelbäuchigen Ringelgänse im niederländischen Wattenmeer Station macht, um Energiereserven zu tanken, führt der Mangel an Seegraswiesen und nicht ausreichend vorhandenen Salzwiesen dazu, daß insbesondere auf Texel und Terschelling auch Binnenlandwiesen von den Tieren in Anspruch genommen werden. Probleme mit der Landwirtschaft entstehen vor allem im April und Mai.

Die beste Lösung des Schaden-Problems und gleichzeitig für die Erhaltung der Ringelganspopulation bestünde darin, mit einigen Landwirten, deren Weiden von den Gänsen aufgesucht werden, ein Abkommen mit bestimmten Ersatzzahlungen zu vereinbaren. In anderen Fällen bietet es sich an, einige Hektar oder einen ganzen Betrieb aufzukaufen. Es wäre dann möglich, von allen anderen Stellen die Gänse ohne Waffengewalt zu derartigen Reservaten zu lenken.

Der niederländische Wattenverein hofft, diese Vorschläge auch in einem ministeriellen Memorandum wiederzufinden, das in absehbarer Zeit erwartet wird. Um ein ausgewogenes Ringelgans-Konzept im Wattenmeer zu erreichen und das Problem der Schäden für die Landwirtschaft zu lösen, sind internationale Konsultationen und Vereinbarungen erforderlich. □

Soll der Habicht aussterben?

Der Landesbund für Vogelschutz in Bayern schlägt Alarm: In den letzten sechs Jahren haben die bayerischen Habichtbestände um rund 30 Prozent abgenommen. Die bayerischen Bestände liegen heute wieder auf einem ebenso niedrigen Niveau wie schon 1971; damals mußte mit Zustimmung der bayerischen Jägerschaft die konsequente Jagdverschonung aller Greifvögel verfügt werden, um Artenschutzkatastrophen bei dieser weltweit bedrohten Vogelgruppe zu verhindern.

Wie der Vogelschutzbund erklärt, hatten sich die Bestände des Habichts und auch anderer seltener Greifvogelarten wie Rohrweihe und Rotmilan nach Einführung der ganzjährigen Schonzeit erholt und stiegen bis 1978 kontinuierlich an, so daß zu diesem Zeitpunkt wieder eine stabile, lebensfähige Population vorhanden war. Die Gründe für den danach einsetzenden dramatischen Bestandsrückgang liegt in der Tatsache, daß trotz ganzjähriger Schonzeit in den letzten Jahren wohl über 100 Einzelgenehmigungen zum Fang oder Abschuß von Habichten durch die untere Jagdbehörde erteilt wurden. Exakte Zahlen waren nicht zu erhalten, da auf die Umfrage der Vogelschützer nur rund zwei Drittel der angeschriebenen Behörden überhaupt geantworteten haben.

Der Habicht ist durch die EG-Vogelschutzrichtlinie europaweit ganzjährig geschützt; er hat nach der Bundesjagdzeit-Verordnung auch in unserem Land keine Jagdzeit mehr. Allerdings sind Ausnahmeregelungen dieser Schutzgesetze möglich. Für den Vollzug solcher Ausnahmeregelungen sind in Bayern die untersten Verwaltungsbehörden, also die Jagdreferate der Landratsämter zuständig. Diese können Anordnungen zum Fang oder Abschuß von Habichten treffen. Solche Ausnahmen sind nur möglich, wenn diese aufgrund der Wildschadensbeschränkung mit Rücksichtnahme auf das allgemeine Wohl, insbesondere auch die Interessen der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft notwendig sind oder bei Störungen des ökologischen Gleichgewichts.

Im ersten Fall gehen die Rechtskommentare und die Praxis in fast allen Bundesländern – leider nur nicht in Bayern – davon aus, daß es sich um notstandsähnliche Schadenssituationen in der Landwirtschaft handeln muß, die durch den Habicht ausgelöst und durch sein Eliminieren beendet sein müssen.

Bei der Störung des ökologischen Gleichgewichts – wer beurteilt dies fachgerecht? – dürfte es bei rechtlich einwandfreiem Vollzug nur dann zur Abschuß-

oder Fangregelung kommen, wenn die Ursächlichkeit der ökologischen Störung durch den Habicht zweifelsfrei erwiesen ist.

Während die Gründe für eine derartige Anordnung im Fall des Wildschadens wenigstens zum Teil noch nachprüfbar ist, ist dies bei der Störung des biologischen Gleichgewichtes für die derzeitigen Sachbearbeiter schlichtweg unmöglich. Daß trotzdem eine Vielzahl der bayerischen Behörden den Habicht sogar aufgrund der extrem schwierig zu beweisenden Störung des biologischen Gleichgewichts zum Abschuß oder Fang freigibt, zeigt deutlich die Mißstände beim Vollzug des Jagdgesetzes auf.

Die Vogelschützer fordern darum: Der Habicht muß auch in Bayern wieder ganzjährig und zwar ausnahmslos geschont werden. Gründe für eventuelle Ausnahmen sind aus der Sicht des Artenschutzgesetzes nicht erkennbar. Bei einer Fortführung der bisherigen Verwaltungspraxis werden den bayerischen Habichtbeständen zukünftig weiter schwerste Schäden zugefügt. □

Kaufhaus gibt Pelzabteilung auf

Das Kaufhaus Overbeck in Saarbrücken gibt die Pelzabteilung auf. Es werden weitere Pelzabteilungen und Geschäfte folgen. Die Bevölkerung sieht immer mehr ein, daß es auch ohne Pelzmäntel geht, daß man sich auch anders warm und modebewußt kleiden kann. □

EG für schärfere Kontrollen bei Tierversuchen

Nach Meinung der Europäischen Kommission sind Tierexperimente im Labor notwendig, um die Gesundheit der Menschen und ihrer Umwelt zu schützen. Doch diese Experimente müssen in der Zwölfergemeinschaft nach einheitlichen Regeln durchgeführt werden, um sicherzustellen, daß weniger Tiere als bisher für solche Experimente gebraucht werden und daß kein Tier dabei unnötig leidet.

Dies sind die Hauptziele eines Richtlinienvorschlags, den die Europäische Kommission dem Ministerrat zur Annahme vorgelegt hat. Die Kommission möchte damit erreichen, daß derzeit übliche Tierversuchspraktiken überprüft werden, um herauszufinden, welche Technik es ermöglicht, weniger Tiere zu verwenden und schmerzlosere Versuche zu machen.

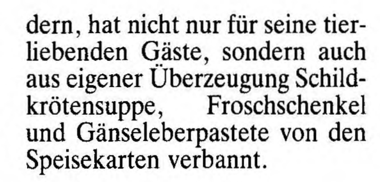
Um sicherzustellen, daß weniger Tiere verwendet werden, fordert die Europäische Kommission darüber hinaus ein Verbot von Tierversuchen für triviale Gründe sowie von Doppelversuchen im Tierlabor. Außerdem wünscht sie, daß Tiere niedrigerer Arten so weit wie nur möglich verwendet werden. Die Richtlinie verbietet Tierversuche mit wildlebenden Tieren sowie bedrohten Arten und erlaubt Experimente mit Primaten nur dann, wenn es absolut notwendig ist.

Nach der neuen Richtlinie wäre in Zukunft jeder Tierversuch genehmigungspflichtig. Detaillierte Informationen darüber müßten genau festgehalten und alle drei Jahre der Europäischen Kommission zur Verfügung gestellt werden. Im Augenblick ist es unmöglich, die Zahl der Tiere zu schätzen, die in der Gemeinschaft jedes Jahr für Laborzwekke gebraucht werden.

Der Richtlinienvorschlag ergänzt die neue Konvention zum Schutz der Tiere bei Laborexperimenten, die vor kurzem vom Europarat angenommen wurde, in dem 21 Nationen vertreten sind. Die Kommission fordert, daß sowohl der Ministerrat wie auch alle Mitgliedsstaaten die Konvention so schnell wie möglich unterzeichnen. □

Keine gequälten Tiere auf den Teller

»Der »Rastatter Kreis«, eine Vereinigung selbständiger Chefköche mit über tausend Mitglie-



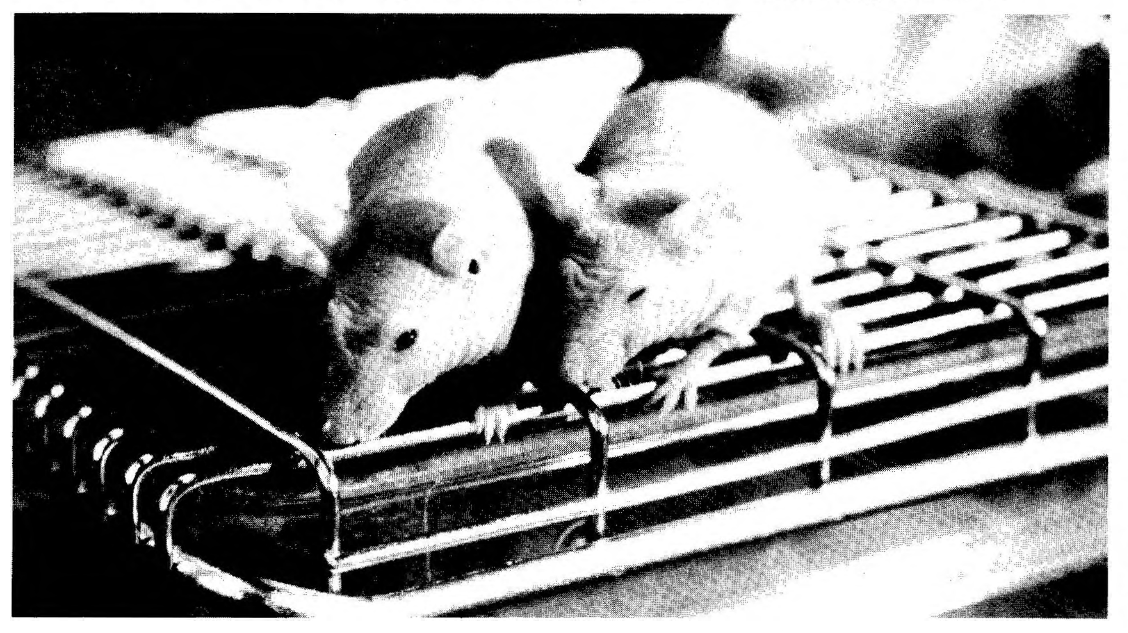
dern, hat nicht nur für seine tierliebenden Gäste, sondern auch aus eigener Überzeugung Schildkrötensuppe, Froschschenkel und Gänseleberpastete von den Speisekarten verbannt.

Die glaubwürdige Aufklärungsarbeit der tierschützenden Organisation hat ihnen die Augen geöffnet, wie schamlos es ist, das Fleisch der seit 250 Millionen Jahren in den Weltmeeren lebenden Schildkröten in »Lady-Curzon-Suppe« zu verwandeln. Sie sind vom Aussterben bedroht und zählen zu den geschützten Arten.

Auch Froschschenkel – den Tieren reißt man qualvoll die Schenkel aus, und wirft den Rest achtlos beiseite – gehören nicht auf den Teller.

Gänseleberpastete, hergestellt aus der Leber überfetteter Tiere, die kurz vor dem Ersticken geschlachtet werden, wurde auch gestrichen.

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tierschutz e. V., Dr. Boschheidgenstraße 20 in D-4130 Moers 1, sendet interessierten Gastronomen kostenlos entsprechende Bekenner-Aufkleber zu. □



Nacktmäuse haben einen genetisch bedingten Immundefekt und müssen darum in Tierversuchen für die Krebsforschung herhalten.

Hunde im Jagdrevier

Entgegen jagdläufiger Meinung dürfen Jäger freilaufende Hunde in ihrem Jagdrevier nicht ohne weiteres erschießen. Diese Entscheidung fällte das Verwaltungsgericht in Gelsenkirchen.

Ein Hundebesitzer hatte gegen seinen Nachbarn geklagt, der gedroht hatte, dessen Hund zu erschießen, falls er ihn in seinem Revier entdecken sollte. Der Richter gab dem Hundebesitzer recht. Nach dem Urteil dürfen Hundehalter ihre Vierbeiner durchaus im Wald von der Leine lassen. Bedingung: Ein freilaufendes Tier muß in Sicht- und Rufweite bleiben, damit der Besitzer es sofort herbeirufen kann.

Nach dem Jagdgesetz dürfen nur wildernde Tiere erschossen werden. Als wildernd sei ein Hund aber erst dann anzusehen, wenn er sich ohne »Einwirkungsmöglichkeit« seines Besitzers in einem Jagdgebiet aufhalte. □

Briefe

Betr.: Zionismus »Wie man Spenden sammelt«, Nr. 2/86

Was Sie darüber berichten, entspricht der Wahrheit und geschieht schon seit Jahrtausenden so. Daraus erkennt der wissende Mensch, daß gerade diese Menschheit sich keinen Jota gebessert hat. Und gerade sie sind es, die schon zu früheren Zeiten und so auch zur heutigen Zeit die Propheten verfolgt haben. Denn sie sind nicht gewillt, ihre Lasterhaftigkeit aufzugeben; aber nun ist die Zeit da, da ihrer Frevelhaftigkeit ein Ende bereitet wird.

Sie verstoßen durch ihre Lasterhaftigkeit gegen die Gesetze und die Gebote der Schöpfung. Die Schöpfung läßt sich aber nicht lästern.

Wen wundert es da also noch, wenn all jene, die in Ausartung leben, mit der grausamen Krankheit AIDS belegt werden? Diese Krankheit ist in der Tat grausam, und zwar deshalb, weil der Körper von innen heraus verfault. Es wird also kein Gegenmittel gefunden werden, damit die Ausgearteten ihre Lasterhaftigkeit weiter betreiben können. Diese Krankheit dient dazu, daß die Ausgearteten anfangen, darüber nachzudenken, worin der Sinn des Lebens überhaupt liegt. Ganz sicher nicht in der Hurerei, der Bisexualität und, was noch schlimmer ist, in der Homosexualität.

Diese Ausgearteten haben total vergessen, daß der Sinn des Lebens darin liegt, sich geistiges Wissen und Weisheit zu sammeln. Und nicht materielle Güter, denn diese werden früher oder später genauso vernichtet wie auch ihr materieller Körper.

Sissi Rüegsegger, Bern

*

Das Geschehen hinter der politischen Bühne, wie es von Ihnen geschildert wird, kann leider nur begreifen, wer geistig völlig frei und unabhängig von religiösen und politischen Bindungen, auch zeitkritisch veranlagt und erzogen ist. Es ist fast verständlich, daß ein autoritär und gläubig erzogener Mensch Ihre Berichte als unglaubwürdige Spinnerei beiseite legt. Die wissenschaftlich-technische Entwicklung hat die Konzentration der Macht und die Manipulierbarkeit der Menschen leichtgemacht.

Da ich, als sogenannter Ludendorffer, sehr zeitkritisch bin und auch Bücher von Gary Allen und Dall gelesen habe, sind Ihre Berichte für mich eine gute Ergänzung und Beleuchtung der Geschehnisse. Wobei mich die Übertragung der Politik, die ja in der Tat in den USA gemacht wird, auf unsere Verhältnisse in Europa besonders interessiert.

Der Weg geht auch in der EG (oder ist die EG dafür geschaffen worden), mit Riesenschritten, planmäßig in die Konzentration der Einweltler, auch in der Agrarpolitik. Es gilt, zu erkennen, daß das auserwählte Volk Israels über den Zionismus, mit Hilfe des Kapitals, des Christentums und des Islams als Propagandalehre, die »Eine-Welt« als Diktatur kommunistischer Prägung anstrebt.

Broder Ingwersen, Tettwand

Betr.: UNO »Die Farce einer Weltregierung«, Nr. 2/86

Auf der politischen Ebene kämpfen Sie in »Diagnosen« gegen die zionistische, imperialistische, molochartige »Eine-Welt-Bewegung«. Und das mit Recht.

Auf der religiösen Ebene treten Sie für den Monotheismus ein. Monotheismus, zu deutsch »Ein-Gott-Glaubenssystem«, ist aber doch die paradigmatische geistig-mythologische Voraussetzung von Weltimperialismus und ungeteilter Weltkontrolle ausgehend von einer einzigen Macht.

Wieviel gesünder und naturverwachsener waren doch die polytheistischen Göttersysteme unserer keltischen und germanischen Vorväter. Polytheismus ist die geistige Grundlage für die Respektierung der Eigenständigkeit der verschiedenen Völker und Menschen. Polytheistische Götter müssen ihre Interessen vernünftig aufeinander abstimmen – ein monotheistischer Gott ist a priori ein Verbrecher, er duldet keine anderen Götter neben sich und intendiert sie zu vernichten, um die Welt allein in Besitz zu nehmen (2. Mose 20,3), zum Beispiel durch Völkermord (1. Samuel 15,1–5).

Daher rege ich an, diese letztendgültig perfide, geistige Waffe des Zionismus, den Monotheismus, in Ihrem Magazin in seiner Autovirulenz kritisch unter die Lupe zu nehmen und auch auf diesem Gebiet Ihre Leser zu einem naturverbundenen und im kausalen Sinne ursprungsnahen Denken zu leiten.

Teiser, Augsburg

Betr.: Zeitdokument »Aus dem Tagebuch eines gefallenen SS-Führers«, Nr. 2/86

»Häuften sich Selbstmorde einiger SS-Führer.« Einige können sich schwerlich »häufen«. Tatsache ist, daß sich viele SS-Führer der KZ-Wachmannschaften, die besten, an die Front meldeten, weil diese Aufgabe – das Elend mitansehen zu müssen und nicht helfen zu können – sehr unbefriedigend war. Dadurch entstand bis zu einem gewissen Grade eine negative Auslese, die ohne Zweifel das ihre zur Verschlechterung der kriegsbedingten Verhältnisse in den Lagern beitrug.

Himmler soll angeblich von einer »Aufgabe, die keinen Zeitverlust duldet«, einer »schwierigen Aufgabe«, von einem »Führerbefehl«, präzisiert des weiteren dann in »biologischer Ausrottung des Judentums«, gesprochen haben. Dies liefe mehr oder weniger auf »Gaskammern« hinaus.

Es verwundert, daß Himmler diese höchst geheime Reichssache in Gegenwart des Sachbearbeiters aussprach und so gröblichst gegen den Führerbefehl Nr. 1 über die Geheimhaltung verstieß. Noch schlimmer allerdings war das in seiner »Posener Rede«, in der er vor 50 Teilnehmern »die Katze aus dem Sack ließ«. Wer, mindestens seit Katyn, nicht mißtrauisch geworden ist, dem ist nicht zu helfen.

Die Wahrheit aus berufenem Munde dazu lautet so:

»Warum soll ich die Juden mit anderen Augen sehen wie die russischen Kriegsgefangenen? In den Lagern sterben viele. Warum haben sie mich in diese Lage gebracht, haben sie den Krieg angezettelt!« (Hitler, Heims Monologe)

Himmler versteht – lt. HH, Briefe, dtv-dokumente Nr. 639, 1970 – unter »Endlösung« die Internierung der Juden in großen Lagern im Osten (Nr. 126), mit »Einsatz zu harter Arbeit für kriegswichtige Aufgaben« (Nr. 94) bei »erhöhter Sterblichkeit« (Nr. 173).

Unter »erhöhter Sterblichkeit« litt freilich auch die deutsche Zivilbevölkerung im Spreng- und Brandbomben-Holocaust über den deutschen Städten, wie denn überhaupt der unmenschliche, moderne totale Krieg zwischen Schuldigen und Unschuldigen nicht unterscheidet.

Die Anstifter und Verantwortlichen für dieses Völkermorden, so meinte man, dürften dieses Mal nicht wieder ungeschoren davonkommen. Anstifter würden in jeder Rechtsordnung bestraft. Daß man sich dabei am »Volk Gottes« vergriff, dafür muß das deutsche Volk »bis ins 3. und 4. Glied« büßen. Wenn dieses Volk aber seine Grenzen nicht kennt und seine Überheblichkeit weiter steigert, wird alles, auch für dieses selbst, ein schlimmes Ende nehmen.

Dr. Fritz Greiner, Linz

Betr.: Nuklearverteidigung »Das Märchen vom Sternenkrieg«, Nr. 12/85

Nach drei Jahrzehnten nuklearer Hochrüstung brauchen Amerikas Waffenkonzerne SDI zum »finanziellen« Überleben, es garantiert ihnen Aufträge für die nächsten 30 Jahre auf Kosten der Armen. Um diesen hirnverbrannten Schwachsinn durchsetzen zu können, braucht die USA weiterhin »das Böse«, das es gilt zu vernichten.

Es bietet sich aber nur der Kommunismus dem Kapitalismus als Böses an, folglich sind die Genfer Gespräche nur ein Alibi für den »Schein-Guten-Willen« der USA.

Viele Europäer merken mit der Zeit, wohin die »Abrüstung« führt, nämlich in eine totale Abhängigkeit der Supermächte. Sie wünschen darum für die Zukunft eine andere Politik, um der Menschheit endlich die Angst vor dem atomaren Holocaust zu nehmen.

Ein erster Schritt auf dem Weg der Überlebensangst ist der Abbau von Feindbildern. Der Bolschewismus kann sich einen Weltkrieg zu verlieren nicht erlauben, denn damit ist das Ende seines »kommunistischen Systems« verbunden. Die Demokratien hätten im Falle einer Niederlage das Ende ihrer Gesellschaftssysteme nicht zu befürchten.

Fazit: Die UdSSR fängt nie einen Dritten Weltkrieg an, darum können die Demokraten ruhigen Gewissens mit der Abrüstung beginnen. Die UdSSR würde sofort nachziehen, um Gelder für ihre Wirtschaft freizubekommen. Der Westen sollte also lieber eine gewisse wirtschaftliche Konkurrenz des Ostens auf den Weltmärkten in Kauf nehmen, als weitere Aufrüstungen zu finanzieren. Ich meine: »Die Menschheit braucht eine neue Vision, um in Frieden leben zu können!«

W.-D. Mueswieck, Barsinghausen

Betr.: Zweiter Weltkrieg »Degrelle nimmt Stellung«, Nr. 2/86

Erlauben Sie mir einen kurzen Hinweis zur Person des von mir hochgeschätzten Leon Degrelle:

Sein Dienstgrad war SS-Standartenführer, das entspricht einem »Oberst« im Heer.

Er war ausgezeichnet mit Ritterkreuz am 18. Februar 1944, mit dem Eichenlaub am 29. August 1944. Die »Schwerter« zum Eichenlaub hat er nicht bekommen.

Wilhelm Hillen, Wangen

Betr.: Therapie »Immer mehr Allergien«, Nr. 2/86

Es wird der Punkt getroffen, wenn Sie schreiben, daß das Grundübel, die »Anfälligkeit«, bei einer Therapie auszuschalten sei.

Aber was ist Anfälligkeit?

Die ererbte Konstitution oder die erworbene Disposition?

Seit einigen Jahren behandelte ich nach den Regeln der klassischen Homöopathie Hahnemanns. Seine Therapie, und nur sie allein, vermag fast alle Krankheiten an der Wurzel zu packen und zu heilen. Die sog. »Allergien« sind geradezu ein dankbares Feld für die homöopathische Behandlung, und wenn diese kunstgerecht, d. h. nach den Regeln Hahnemanns, eingesetzt wird, treten auch keinerlei Nebenwirkungen auf und die sog. Anfälligkeiten verschwinden.

Gertrud Reimers, Köln

Diagnosen
Das zeitkritische Magazin

Verlag DIAGNOSEN GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11

Herausgeber und Chefredakteur: Ekkehard Franke-Gricksch

Redaktion: Gunther Burkhardt, Heinz M. Schwan

Layout: Grafik Design Team

DIAGNOSEN erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

DIAGNOSEN hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitschrift »The Spotlight«, einer wöchentlichen populistischen Zeitschrift aus Washington. Im Rahmen dieses Abkommens werden eine Reihe nationaler und internationaler Beiträge übernommen und in die deutsche Sprache übertragen. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Corporation, 300 Independence Ave., S. E. Washington, D. C. 20003, USA.

DIAGNOSEN kostet als Einzelheft DM 6,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 60,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

DIAGNOSEN darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

DIAGNOSEN kann im Abonnement bezogen werden. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen oder der Verlag DIAGNOSEN, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

Vertrieb Handel im In- und Ausland: Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Herstellung: Greiserdruck (Satz und Reproduktionen). Karlsruher Straße 22. D-7550 Rastatt.

Druck: Limmatdruck AG., CH-8957 Spreitenbach

ISSN 0171-5542

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift DIAGNOSEN erhalten Sie am 30. April 1986 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er DIAGNOSEN nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.


Des Griffin
Wer regiert die Welt?
ANNUIT COEPTIS
MDCCLXXVI
NOVUS
Protokolle der Weltdiktatur:
Satans neues Testament
Diagnosen